Archiv

für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit

No. 5

Karin Kramer Verlag
Berlin

Aus dem Inhalt:

Friedrich Ebert und der Mechterstädter Arbeitermord vom 25. März 1920
Sozialfaschismus und Spaltung der Arbeiterbewegung
Thesen zum nationalsozialistischen Arbeitsbegriff
Notizen zur Nazi-Propaganda
Die Pariser Kommune und ihr Erbe
Mutterschaft und Mutterideologie in der Geschichte der Frauenbewegung

Mathies-Hafen
Marx-Hafen
Kohlen-Hafen
Süd Hafen
Kanal-Hafen
Union
Vorst
Stadt-Hafen
72,0
Werkst.
Rote Erde

Sportpl.
Krankenhs.
Z. Kaiserstuhl
Brauerei
Hbf
Süd
Bf

Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit

Diese Zeitschrift bietet denjenigen, die sich mit der Geschichte des Widerstandes und der Arbeit beschäftigen, die Möglichkeit, sowohl ihre Ausarbeitungen, Materialien und Skizzen zu publizieren als auch in einen Diskussions- und Arbeitszusammenhang einzutreten.
Manuskripte (möglichst 30 Zeilen à 60 Anschläge) an die Redaktionsadresse.

Redaktion: Wolfgang Braunschädel, Jörg Hausmann, Johannes Materna, Gottfried Mergner; unter Mitarbeit von Alexander Brandenburg, und in Kooperation: Forschungsgruppe 'Soziale Integration und Widerstandsformen' der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg

Anschrift der Redaktion: Wolfgang Braunschädel
Oskar-Hoffmann-Straße 121
4630 Bochum

Umschlagentwurf: Renate Schürmann

Preis des Abonnements für die ersten 4 Hefte (incl. Porto): 48.- DM. Für Arbeitslose, Kriegsdienstverweigerer, Auszubildende kostet das Abonnement 32.- DM. Bei Überweisungen bitte Kennwort »ARCHIV« angeben. Auf das Postscheck-Konto: Karin Kramer Verlag Berlin, Berlin-West, Nr. 244053-104.

CIP Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit. — Berlin. Kramer.
Erscheint unregelmäßig.
No. 5 ff. — 1980 ff.

© Karin Kramer Verlag Berlin
Braunschweiger Str. 22 — Postfach 106
1000 Berlin-Neukölln (44)
1. Auflage 1982
Satz und Druck: Druckladen Bochum-Hamme GmbH
ISSN 0174-4658
ISBN 3-87956-146-X

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
w.nadir.org/infoladen_leipzig

Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit

Inhalt

Zu diesem Heft 4

Erhard Lucas-Busemann
Hat Friedrich Ebert dem Mechterstädter Arbeitermord vom 25. März 1920 nachträglich eine legale Grundlage zu geben versucht? 13

James Wickham
Sozialfaschismus und Spaltung der Arbeiterbewegung: Arbeiter und politische Parteien im Raum Frankfurt 1929/30 27

Joachim Bruhn
Thesen zum nationalsozialistischen Arbeitsbegriff, seinem historischen Umfeld und seinen Konsequenzen 57

Martin Chalmers
Notizen zur Nazi-Propaganda 73

Paul Avrich
Die Pariser Kommune und ihr Erbe 85

Helga Grubitzsch
Mutterschaft und Mutterideologie in der Geschichte der Frauenbewegung 95

Gottfried Mergner
Anmerkungen zu Henry Jocoby, Von des Kaisers Schule zu Hitlers Zuchthaus 113

Ojars J. Rozitis
Beobachtungen zu zwei Vorträgen: Richard Johnson und Jürgen Kuczynski 117

Karin Kramer Verlag
Berlin

Zu diesem Heft

I.

Erhard Lucas-Busemann beschäftigt sich in seinem Aufsatz mit dem Mechterstädter Arbeitermord vom 25. März 1920 und hinterfragt die juristische Absicherung dieser Vorkommnisse. Schon 1919 hatte die Reichsregierung eine geheime Schubladenverordnung zum Artikel 48 der Weimarer Verfassung erlassen, in deren Anwendung letztendlich die Aufhebung der Verfassung beschlossen lag. Auf der Basis dieser Schubladenverordnung, die am Tage der Morde durch den Reichspräsidenten Ebert offensichtlich hinsichtlich des hier behandelten speziellen Falles noch einmal besonders bestätigt wurde, fand die Ermordung von fünfzehn Arbeitern eine juristische Absicherung, die schließlich auch von der bürgerlichen Gerichtsbarkeit honoriert wurde.

Der Aufsatz von **James Wickham** erschien zuerst im Frühjahr 1979 in der englischen Zeitschrift »Capital and Class« und wurde vom Autor für die vorliegende Veröffentlichung geringfügig überarbeitet. Wickhams Anliegen besteht darin, einen Beitrag zu der Frage zu leisten, wie es angesichts der Bedrohung durch den Faschismus zu einer entscheidenden Spaltung innerhalb der Arbeiterbewegung kommen konnte; diese Spaltung wird beispielhaft anhand der Durchsetzung der Sozialfaschismus-Theorie nachgezeichnet, wobei Wickham sich in seiner Analyse auf den Frankfurter Raum beschränkt. Er geht davon aus, daß weder eine Analyse, die sich auf die institutionalisierten politischen Entscheidungsebenen konzentriert, noch eine Analyse, die die Spaltung der Arbeiterbewegung allein aus der ökonomischen und sozialen Fraktionierung der Arbeiterklasse ableitet, in der Lage sind, eine befriedigende Antwort auf das Versagen der Arbeiterorganisationen angesichts des Faschismus zu geben. Wickham bezieht in seine Betrachtungsweise gerade die vielfältigen informellen und quasi-institutionellen Kontakte und Aktivitäten mit ein, in denen eine gewisse Einheit der Arbeiterbewegung jenseits der Spaltung in Parteien zeitweise überlebt hatte. Die Inhalte des Sozialfaschismus mit ihren fatalen Folgen konnten nur dann entscheidend zum Tragen kommen, wenn diese tradierte Einheit verloren ging; eben diesen Zerfallsprozeß mit seinen Voraussetzungen und seiner immanenten Logik zeigt Wickham am Beispiel der Region Frankfurt in aller nötigen Detailfülle auf.

Joachim Bruhn versucht in seinem Aufsatz, den nationalsozialistischen Arbeitsbegriff anhand der Auffassungen Carl Arnholds, des Leiters des »Deutschen Instituts für technische Arbeitsschulung« (DINTA), darzustellen; 1925 im Kontext der rheinischen Schwerindustrie gegründet, konnte das DINTA nach der nationalsozialistischen Machtübernahme reibungslos in die »DAF« (Deutsche Arbeits-Front) übernommen werden. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt, neben einer Skizzierung des ökonomischen Hintergrundes, in dem Versuch, die wesentlichen Aspekte von Arnholds Konzeption einer besonderen »deutschen Rationalisierung« herauszuarbeiten. In diesem Kontext gewinnt die spezifische Aneignung der Entfremdungsproblematik eine nicht zu unterschätzende Bedeutung; jenseits einer scheinbar bloß sachbezogenen Rationalisierung geht es Arnhold um die Ausformulierung einer geistespolitisch begründeten »nationalsozialistischen Arbeitsidee«. Arbeit und Betrieb erfahren in dieser Konzeption eine Ideologisierung, in der die Realität des Betriebes als Arbeitslager und der Ökonomie als Kriegswirtschaft nicht ins Blickfeld der Betroffenen geraten sollen.

Schließlich mag diese Darstellung des Konzeptes einer fatalen Sinngebung von Arbeit auch in Hinsicht auf aktuelle Versuche sensibilisieren, angesichts erneuter Massenarbeitslosigkeit neue Kontroll- und Disziplinierungsmaßnahmen unter dem Zeichen von Sinnstiftung durchzusetzen.

Martin Chalmers geht es in seinem Beitrag um die Zurückweisung eines Ansatzes, der die Erfolge der Nationalsozialisten im wesentlichen auf eine gelungene Propaganda zurückführt. Der Begriff der Propaganda, so wird argumentiert, impliziert eine Betrachtungsweise, der die Vielfältigkeit und Komplexität nationalsozialistischer Tätigkeit aus dem Blickfeld gerät. Einer solchen reduktionistischen Betrachtungsweise gegenüber wird auf die Fähigkeit der Nationalsozialisten hingewiesen, an tradierte Verhaltensmuster verschiedener Klassen und Schichten anzuknüpfen, diese miteinander in Verbindung zu bringen und schließlich diese Verhaltensmuster in den Kontext moderner Technologien zu integrieren. Die immanente Widersprüchlichkeit des Nationalsozialismus, die somit zum Vorschein kommt, erfordert schließlich, daß die traditionelle Vorstellung von Aufklärung als einer adäquaten Reaktion auf Propaganda aufgrund ihrer dem Konzept von Propaganda analogen Eindimensionalität neu reflektiert werden muß.

Diese ersten vier Beiträge sollten durchaus auch im Zusammenhang gelesen werden. Die Revolten, die in den frühen Jahren der Weimarer Republik im Kontext sozialdemokratischer Herrschafts- und Regierungspolitik entscheidende Niederlagen erfuhren, fanden kaum ein Jahrzehnt später in der nationalsozialistischen Betriebs- und Volksgemeinschaft ihre falsche Aufhebung. Insofern mag in Geschichten von der Art, wie sie im ersten Beitrag geschildert werden, eine Entwicklung angelegt sein, die sowohl in der Unfähigkeit, dem Faschismus adäquat entgegenzutreten, als auch in der faschistischen Euphorie ihr konsequentes Ende fanden.

Bei dem Aufsatz von **Paul Avrich** über die »Pariser Kommune und ihr Erbe« handelt es sich nicht um einen Beitrag, der etwa den Stand, die Lücken oder die Perspektiven der Erforschung der Kommune aufzeigt oder ein Detailproblem der Forschung thematisiert, sondern um einen anarchistisch-parteilichen und emotionalen Aufsatz, dem man in der Tat vorwerfen könnte, er arbeite am Kommune-Mythos weiter. Gleichwohl glauben wir, daß dieser kenntnis- und faktenreich geschriebene Überblick verdeutlicht, warum die Pariser Kommune zu den zentralen Ereignissen der Geschichte der sozialen Bewegungen gehört.

Für die proletarischen Frauen und Sozialistinnen, deren Leben und Theorien in dem Aufsatz von **Helga Grubitzsch** skizziert werden, waren Mutterschaft, Erwerbstätigkeit und politische Arbeit keine Gegensätze. Unter proletarischen Lebensbedingungen lebend, formulierten sie als Utopie die Frau als eine sich um die Erziehung der Kinder sorgende Mutter, das Glück in die Familie tragende und auf die Gesamtgesellschaft einwirkende Kraft; die grundlegenden Forderungen nach Reorganisation von Gesellschaft/Industrie und Haushalt/Familie zur Erlangung der Gleichberechtigung von Mann und Frau waren in dieser Utopie enthalten. Diese Utopie muß vor dem Hintergrund der tatsächlichen Familiensituation und der Lage der Frau in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verstanden werden. Doch entpuppte sie sich unter den Bedingungen des entstehenden Industriekapitalismus und den daraus erwachsenden Verhaltenszwängen für die Frau als funktional, insofern die Frau als Garant der Reproduktion der Arbeitskraft, als Mutter und moralische Haushaltskraft gefordert war. Formulierten diese Sozialistinnen somit nicht eine Vorstellung, die zur Fixierung der Frau auf Heim und Herd und damit zur Geburt des »modernen« Frauenbil-

des beitrug? Die Entwicklung hat die Forderungen jedenfalls eingelöst: Mutterschaft, Weiblichkeit/Emotionalität, Erziehungsarbeit etc. sind als wichtige Fesseln der Frau erkannt. Die Wiederholung der utopischen Forderungen wäre wenig sinnvoll, gar reaktionär, nicht aber das Festhalten an der Einsicht, daß die Schaffung gesellschaftlicher Bedingungen, unter denen die Frauen und Mütter frei sein können, die Reorganisation von Industrie und Haushalt voraussetzt. Geht es bei der Problematisierung von Mutterschaft und Familie in dem hier gemeinten Sinne nicht primär um die beruflich tätige, akademisch-ausgebildete Frau, und wäre die Problematisierung dann nicht auch funktional für deren Status, aber keineswegs emanzipativ? Bleibt für die Mehrzahl der Frauen nicht der Weg der hier beschriebenen Sozialistinnen übrig, nämlich Mutterschaft, Erwerbstätigkeit und politische Arbeit miteinander zu vereinbaren?
Die Anmerkungen **Gottfried Mergners** zu den Memoiren Henry Jacobys sollen zum Ausdruck bringen, daß in der Intention des »Archivs« auch eingeschlossen ist, in Form von Rezensionen auf bestimmte Problemkreise einzugehen; dies soll allerdings nicht in der meist üblichen Form von Kurzrezensionen, die bloß dazu dienen, ein Buch vorzustellen, geschehen, sondern eher dadurch, daß Literatur unter dem Gesichtspunkt von jeweils spezifischen Fragestellungen abgehandelt wird.
Ojars Rozitis schließlich verbindet in seinen Beobachtungen zu zwei Vorträgen von Richard Johnson und Jürgen Kuczynski die dabei gewonnenen Eindrücke mit einer kurzen, kritisch zusammenfassenden Darstellung der den Vorträgen zugrundeliegenden Konzeptionen von Geschichtsschreibung.

Die nachstehenden Bemerkungen sind erste Vorlagen eines laufenden Diskussionsprozesses innerhalb der Redaktion über verschiedene Aspekte von Geschichtsschreibung und über die Konzeption der Zeitschrift; weitere Beiträge, u.a. zur Frauengeschichtsschreibung, werden in den nächsten Heften folgen.

II.

»Es ist wahr, die ganze Geschichte ist wahr. Und
wenn ich tot umfalle - die ganze Geschichte ist
wahr.«
(Arthur Wigley)[1]

Geschichte erhellt sich immer nur im Lichte der Aktualität; und die Aktualität desjenigen, der in einer Zeitschrift mit Geschichte sich beschäftigen will, ist gezeichnet durch den Blick auf eine Trümmerlandschaft, aus der kein Weg in eine Zukunft sich bahnt. Geschichte läßt schwerlich sich noch auf einen Begriff bringen - sie hat sich aufgelöst in Geschichten, aus denen der Archäologe dasjenige zu bergen sucht, das abseits der großen Wege sich in verschlungenen Pfaden Bahn bricht. Diese verschlungenen Pfade archäologisch zu entziffern, bedeutet gleichsam, gegen tradierte Blicke in die Geschichte, selbst auf solchen Pfaden sich zu bewegen. Nicht Nachvollzug von Geschichte steht an, sondern das Erinnern von Geschichten. Der erinnernde Rückbezug auf Geschichten zwischen Alltag und Widerstand ist die Suche nach solchen Orten, die jenseits der Vereinnahmung durch Parteien und Gewerkschaften liegen, von diesen vergessen und verdrängt worden sind oder aber einer solchen Vereinnahmung sich auch bewußt widersetzt haben; es ist der Versuch, das

zum Klingen zu bringen, was in tradierter Geschichtsbetrachtung einer jeweils zielgerichteten Vereinheitlichung zum Opfer fällt. Die Mythen einer Arbeiterbewegung, in denen die historische Tendenz immer schon vorgezeichnet ist, sind als das aufzuzeigen, was sie wirklich sind: Sinnkonstruktionen eines Intellekts, in denen der Fortschrittsglaube einer bürgerlichen Aufklärung sich des Proletariats als historischen Erfüllungsgehilfen bemächtigt, um Geschichte als erfüllten Sinn ins Unendliche zu verlängern. Der Intellekt, der solch sinnfällige Bahnen verläßt und sich auf Abwege begibt, um dort solches aufzuspüren, das auf eine andere Geschichte hinweist, zielt nicht darauf ab, sich dieses Fremde anzueignen; indem er auf solchen Spuren wandelt, wendet er sich von sich selbst, von seiner eigenen mystifizierten Geschichte ab.

Seitdem die Erkenntnis, daß die Geschichte der Arbeiterbewegung sich nicht auf Institutionen- und Theoriegeschichte beschränken läßt, allgemein geworden ist, hat sich ein neues, weites Forschungsfeld eröffnet: Arbeiterkultur und Arbeiteralltag. Jenseits des tradierten Zugriffs, der sich auf die analytische Begrifflichkeit von Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung im oben bezeichneten Sinne beschränkte und den Versuch einer Rezeption von bürgerlicher Kultur im Kontext der Arbeiterorganisationen allenfalls noch als Nebensächlichkeit zur Kenntnis nahm, zielt der neue Forschungsansatz tiefer. Zwischen spezifischer Arbeiterbewegungskultur im Kontext der organisierten Arbeiterbewegung, der Arbeiterkultur im umfassenderen Sinne und Arbeiteralltag eröffnet sich ein Ausblick, der die Fragwürdigkeit der alten Trennungen zwischen Partei, Gewerkschaft und (bürgerlicher) Kultur als veredelnder Beigabe zum Vorschein kommen läßt. Die Arbeiter werden in dieser Perspektive, so zumindest der Anspruch, nicht mehr als bloßes Objekt behandelt; zum Ausdruck gebracht werden soll ihr jeweils subjektiver Lebenszusammenhang. Arbeiterkultur im Sinne eines anthropologischen Kulturbegriffs zielt auf die Lebensweise der Arbeiter in ihrer Totalität. Arbeiterkultur im Kontext traditioneller Organisationen dagegen ist vornehmlich als Rezeption und Aneignung bürgerlicher Kulturtraditionen verstanden worden; diese sollten den eigenen emanzipatorischen Interessen dienstbar gemacht werden. Ein Ansatz, der sich dem alltäglichen Dasein des Arbeiters im regionalen und lokalen Lebenszusammenhang zuwendet, muß sich jedoch des hegemonialen und dominanten Charakters bürgerlicher Kultur bewußt sein; originäre Arbeiterkultur, die ihre Verortung im Alltagsleben findet, kann also nur insofern verstanden werden, als sie sich im Widerspruch zur bürgerlichen Kultur befindet, diesen Widerspruch lebt und artikuliert. Auf diesem Terrain lösen sich geschichtsphilosophische Konstruktionen, gleichgültig welcher Provenienz, auf in Geschichten gegen Modelle der Subsumption. Es scheint jedoch kein Zufall zu sein, daß gerade in dem Moment, in dem die traditionelle organisationsgebundene Form von Arbeiterkultur durch sozialstaatliche Versorgungsmaßnahmen marginalisiert wird, der reale Lebenszusammenhang des Arbeiters ins Blickfeld gerät.Die alte sozialdemokratische Abneigung gegen den totalisierenden Zugriff einer hegelianisch-marxistischen Geschichtsphilosophie erfährt eine eigenartige Wendung; die Kritik an einer Geschichtsphilosophie, der das Proletariat zum bloßen Objekt gerinnt, organisiert ihre eigene Variante von totalisierender Vereinnahmung: In einem positivistisch-phänomenologischen Rundblick soll die Komplexität eines differenzierten und in sich widersprüchlichen Arbeiteralltags zugänglich gemacht werden. Eine akademische Intelligenz, der Geschichtsforschung jenseits von unermüdlicher Faktensammlung zu einem bloß methodologischen Problem zu werden droht, organisiert einen interdisziplinären Zugriff auf eine ihr fremde

(Arbeiter-) Geschichte, eine gegenüber veralteten Avantgarde-Konzeptionen sicherlich realistischere Form von Aneignung, die in der Erforschung und Theoretisierung von Arbeiteralltag und Arbeiterkultur diese einer reformistischen oder repressiven Integration zugänglich macht und damit zur mittelbaren oder unmittelbaren Politikberatung gerinnt. Geschichtsschreibung, die Widerstand im umfassenden Sinn nicht nur thematisieren will, sondern sich ihrem Selbstverständnis zufolge im Kontext von Widerstand ansiedelt, sollte sich sowohl ihrer Marginalität als auch ihrer Fragwürdigkeit bewußt sein. Widerstand mag auch in der bewußten Weigerung, sich dem reflektierten Zugriff des Geschichtsforschers zu eröffnen, zum Ausdruck kommen: *»Dort habe ich einen nach Techniken des antinazistischen Widerstandes befragen wollen. Er hat aber nichts Ausführliches mitzuteilen Lust gehabt. Er meinte, es sei eine Frage der Machtverhältnisse, welcher Seite die Verbreitung von einem Wissen gerade nützt, und im Augenblick nütze das Wissen von Widerstand eher der Polizei; da wolle er es lieber mit ins Grab nehmen.«*[2]

In Heft 8/1981 der »Autonomie/Neue Folge« wird in einem redaktionellen Beitrag über »Die Volksmodjahedin des Iran und die sozialrevolutionäre Perspektive in der BRD« die Notwendigkeit einer erneuten *»revolutionäre(n) Organisationsdebatte«* (S. 52) betont: *»Das Verhältnis von sozialrevolutionärer Avantgarde und Massenbewegung muß neu zur Diskussion gestellt werden«* (S. 55). Nachdem *»das deutsche Proletariat... in einem unsäglich langsamen Lernprozeß den in Gestalt der SU konkret gewordenen Marxismus-Leninismus durchschaut hatte«* (S. 53), scheint es nun an der Zeit, daß die linke Intelligenz, nachdem sie allzu lange den Mystifikationen der sozialdemokratischen und bolschewistischen Variante von Fortschritt verfallen war, diesem proletarischen *»Lernprozeß«* auf die Spur und somit wieder zu einer eigenen Identität kommt. Gegen die *»von der Intelligenz allein gesteuerte(n) staatskapitalistische(n) Entwicklung«*, *»die den Unterklassen ganzer Generationen schlicht das Existenzrecht absprach«* (S. 53), sucht man Anschluß an die jahrhundertelange Tradition des Unterklassenwiderstandes. Der Unterklassenwiderstand einer *»frühindustriellen«* Massenarmut, der im Zuge der Entwicklung des Fabriksystems gerade auch durch sozialdemokratische und bolschewistische Eindämmungsstrategien integriert werden konnte, taucht in neuer historischer Gestalt im Umfeld der *»nachindustriellen Massenarmut«* , der aufgrund der derzeitigen organischen Zusammensetzung des Kapitals *»sich verbreiternden subproletarischen Basis einer zerbrechenden Leistungsgesellschaft«* (S. 55), wieder auf. Während diesen Unterklassen auf Seite 54 jedoch noch zugestanden wird, daß bei ihnen der *»chiliastische Freiheitsfunke weiterglimmt«*, sind kurz darauf, auf Seite 55 *»ihre sozialen und kulturellen Überlebensinstinkte... weitgehend ausgelöscht«*. Insofern die *»neu zusammengesinterte nachindustrielle Armut«* also nicht in der Lage ist, ihre Rechte *»zu formulieren, geschweige denn in Positionen von Gegenmacht umzuformulieren«*, scheint es dieser Logik zufolge notwendig, daß angesichts einer *»sich neu anbahnenden Epoche«* die Intelligenz sich ihrer *»geschichtlichen Verantwortung gegenüber der neu aufkommenden Massenarmut«* endlich bewußt wird: *»Es bedarf einer sozialrevolutionären Avantgarde, die in der Lage ist, diese historische Leerstelle auszufüllen«* (S. 55). Die Logik dieser Argumentation ist wahrlich verblüffend; sie erinnert fatalerweise an eine andere Epoche, in der auch eine linke Intelligenz angetreten war, um dem von ihr entdeckten materialisierten Weltgeist in Gestalt des Proletariats historisch richtiges Bewußtsein anzudienen.
Hatten nicht Marx und Engels im »Bund der Gerechten« dafür gesorgt, daß an die Stelle der

alten, utopischen Auffassungen der hier organisierten Arbeiter die von ihnen selbst erarbeiteten Anschauungen getreten waren, und waren nicht von der zum »Bund der Kommunisten« umgewandelten Organisation die im »Manifest« niedergelegten wissenschaftlichen Anschauungen mit den daraus folgenden Strategien und Taktiken akzeptiert worden?
Doch das Studium der Quellen kann anderes lehren: Die im »Bund der Gerechten« organisierten Arbeiter hatten unabhängig von der durch Marx und Engels gelieferten wissenschaftlichen Begründung des Kommunismus zu einer kommunistischen Theorie gefunden und eine auf die Umwälzung der Gesellschaft zielende Theorie und Praxis ausgebildet; auch hatten die Arbeiter schon vor dem Eingreifen von Marx und Engels in den »Bund« die Unzulänglichkeit bestimmter Anschauungen für die bevorstehenden Klassenauseinandersetzungen erkannt und eine neue Selbstverständigungs- und Diskussionsphase eingeleitet, in die dann Marx und Engels eingreifen konnten. Doch bei aller Zustimmung, die die Kritik von Marx und Engels im einzelnen bei den Arbeitern gefunden hat, übernahmen diese doch niemals die von Marx und Engels erarbeiteten Grundlagen des Kommunismus, noch hielten sie die wissenschaftliche Begründung des Kommunismus für die einzig gültige und mögliche Begründung; dementsprechend lehnten sie auch eine in der Wissenschaftlichkeit der Theorie begründete Führungsrolle von Marx und Engels ab. Die Zusammenarbeit gründete vornehmlich in den gemeinsamen, aber unterschiedlich begründeten Vorstellungen über die Aufgaben und Ziele der proletarischen Bewegung in der bevorstehenden Revolution, nicht aber in der allmählichen Übernahme des wissenschaftlichen Sozialismus seitens der Arbeiter und in einer damit einhergehenden Akzeptanz einer Führungsrolle der kommunistischen Intellektuellen. Außerdem bleibt zu bedenken, daß die vielfältigen und zahlreichen Formen von Widerstand von diesen theoretischen Auseinandersetzungen über Sozialismus und Kommunismus in keiner Weise betroffen waren.
Muß der Marxismus mit der Betonung von Wissenschaft, Industrialisierung und Technik sowie Geschichte und Fortschritt nicht auch angesichts der ungeordneten und chaotischen Verhältnisse des 19. Jahrhunderts und der Umstrukturierungsphase einer weitgehend noch feudalen Gesellschaft zu einer kapitalistichen als eine Modernisierungstheorie und als Geburtshelfer des Kapitalismus verstanden werden? Sind nicht im Namen der Wissenschaftlichkeit Versuche gemacht worden, den Widerstand zu monopolisieren, die verschiedenen Widerstandsbewegungen auf einen Weg des Klassenkampfes einzuschwören? Hat die in marxistischer Tradition stehende Praxis nicht einen Charakter, der nicht nur nicht in Widerspruch zum aufkommenden Kapitalismus steht, sondern vor allem dessen Verfestigung erleichtert hat? Es bleibt zu untersuchen, welche negativen Auswirkungen dieses Gedankengebäude für die Widerstandsbewegungen gehabt hat. Aus alledem wird deutlich, daß der Theorie und Wissenschaft keine eindeutig positive Funktion im Klassenkampf zugesprochen werden darf.
Es stellt sich schließlich die Frage nach dem Träger von Wissenschaft und Theorie, nach den Intellektuellen. Von der Proletarisierung bedroht, fanden die ihrer Herkunft nach zumeist bürgerlichen, ihrem Selbstverständnis nach sozialistischen und kommunistischen Intellektuellen in der sozialen und Arbeiterbewegung ein Tätigkeitsfeld; wenn es richtig war, daß die Arbeiter Träger der Revolution sind und sie deren Interessen formulieren, war hier sogar ein vielversprechendes Arbeitsgebiet, das Einfluß und eine Existenzperspektive versprach. Die Intellektuellen hatten sozialistische und kommunistische Theorien gebildet, die mit ihren spezifischen Eigeninteressen nicht nur nicht in Widerspruch standen, sondern die eigenen Interessen als allgemeine ausgaben. War es unter dem Gesichtspunkt des

Eigeninteresses nicht funktional, wenn die Intellektuellen die Bedeutung von Theorie und Wissenschaft für den revolutionären Kampf hervorhoben, wenn die Intellektuellen gegen die nicht wissenschaftlich abgesicherten Widerstandstheorien der Arbeiter zu Felde zogen und wenn sie verlangten, daß nicht diese »Theorien«, sondern die Wissenschaft des Sozialismus und Kommunismus den Kampf anleiten sollte? Die Skepsis der Arbeiter gegenüber den in der Arbeiterbewegung tätigen Intellektuellen mag in der Erkenntnis begründet sein, daß es den Intellektuellen auch um die Absicherung ihrer Sonderinteressen ging, die sie niemals ausdrücklich thematisierten und mit allgemeinen Formulierungen kaschierten. Nachdem der Marxismus in seiner Rezeption durch Sozialdemokratie und Bolschewismus endgültig zu einer bloßen herrschaftsorganisierenden und herrschaftsstabilisierenden Ideologie heruntergekommen war, mag nun der erneute Versuch einer linken Intelligenz, dem von ihr auserkorenen Subjekt historischer Vernunft mit aller dazu wohl notwendigen *»Liebe zum Volk«* (ebd., S. 56) zur Selbstbesinnung zu verhelfen, allzu fragwürdig erscheinen.

III.

»Trau nicht dem irrenden Blick und dem töneversammelnden Ohre.«
(Parmenides)[3]

»Was zu entdecken ist, das sind freie Bilder und Töne«
(Jean-Luc Godard)[4]

Von Beginn an gehörte die Idee, Fotos zu veröffentlichen, zum Konzept des »Archiv«; dies bezog sich zuerst einmal darauf, die Texte durch beigegebene Fotos aufzulockern, sie zu illustrieren oder bestimmte Aspekte zu dokumentieren; sie sollten, im Zusammenhang der Texte, dem Auge gefallen, augenfällig wirken, das Auge ruhen lassen. In dem Beitrag über die Ruhr-Universität Bochum in Heft 4 des »Archiv« wurde diese Vorstellung, der zufolge Fotos Beigaben zum Text waren, überschritten; Fotos erhielten hier, indem sie einen Zusammenhang dokumentierten, einen eigenständigen Charakter – es war der Text, der Beigabe war. Dies mag, was die technische Ausführung betrifft, mit Schwächen behaftet gewesen sein, scheint uns jedoch, was den Umgang mit Fotos im Kontext der Zeitschrift angeht, eine Richtung anzudeuten, die über die ursprünglichen Vorstellungen hinaus geht. Die geschichtliche Entwicklung und Anwendung der Fotografie (und damit zusammenhängend des Films) kann sicherlich unter mannigfaltigen Aspekten betrachtet werden. Wichtig erscheint uns die Betrachtung dieser Entwicklung unter einer aus dem Kontext des »Archiv« sich ergebenden Fragestellung, nämlich der, inwieweit die Produktion von Bilderwelten das Verhältnis zur Realität, sowohl der natürlichen als auch der gesellschaftlichen, beeinflußt und verändert hat.
Fotos, Bilder, sind nicht nur tautologische Widergabe der realen Welt – darüber läßt sich kaum streiten –, sondern konstituieren ihre eigene Realität, und zwar eine Realität, die nicht die ist, die sich im alltäglichen Kontext von Gesellschaft und Natur erleben läßt; eine Funktion von Bildern scheint gerade darin zu liegen, das Alltägliche mit einem falschen Schein zu bedecken, es der Vergessenheit anheimzugeben. Die Bilder, die uns die Welt vor Augen führen, haben einen Schleier von Unwahrheit über das Gezeigte verhängt. In der Reduktion von mit allen Sinnen erfahrbarer Natur auf Naturfotografie wird nur der zu-

friedengestellt, dem Natur fremd geworden ist; Natur wird zu einem Bild, dem die realen Auswirkungen und Bedingungen einer destruktiven Naturaneignung allzuleicht aus dem Blickfeld geraten. Analog dazu reduziert eine Fotoberichterstattung, die immer am Ort des Geschehens ist, ein komplexes politisch-historisches Geschehen auf eine Folge von Bildern, die als eine spezifische Variante moderner Unterhaltung herhalten müssen. So wie Natur nicht mehr erfahren wird, wird ein geschichtliches Geschehen nicht mehr als machbares, sondern als fotogenes erlebt. Natur und gesellschaftliche Realität haben sich den Bildern ergeben; diese ersetzen Erfahrung, sei es solche der natürlichen oder der gesellschaftlichen Umgebung: in den Bildern ist alles schon festgehalten. Fotografie erscheint als eine bestimmte Codierungsform von Wirklichkeit, als eine Codierungsform, die Realität in sich aufsaugt und als Bild wieder abstößt.

So wie einst Orpheus sich in seinem Spiegelbild verlor, so ist die heutige Gesellschaft auf dem besten Wege, sich in den von ihr gemachten Bildern zu verlieren; fotografisch und filmisch festgehaltene Realität verflüchtigt sich im Auge des Betrachters in Unterhaltung. Die Polaroidfotografie ist ein erster Schritt, die Verdoppelung der im Foto jeweils festgehaltenen Realität zu verdichten, ein fortgeschrittener Versuch, die Zeit an- und festzuhalten; die elektronische Fotografie, in Analogie zum Film, wird diese Tendenz fortsetzen, sie wird sich als Spiegel der Welt darstellen; in der Holographie schließlich hat die Welt den Rest ihrer Identität verloren – sie hat den Spiegel durchschritten und verflüchtigt sich in einer falschen Vielfalt. Nicht mehr von *»Traumfabrik«* ist dann die Rede; die *»Elite der Kreativen«*, die, im Bewußtsein ihrer Aufgabe, *»die Gesellschaft zu führen«*, einen *»neuen Stil der Realitätsbewältigung«* propagiert[5], spricht *»von 'Consciousness Replacement', also von 'Bewußtseinsersatz' oder besser: 'Einpflanzung eines neuen Bewußtseins'...* (sie denkt) *dabei an vollsynthetische Shows, die aus elektronischen Hologrammen bestehen... Es ergibt sich allerdings eine noch faszinierendere Aussicht: Fachleute sind der Meinung, daß man Filmbilder auch unmittelbar ins Bewußtsein einzuspeisen vermag. Eine solche Bildeinpflanzung ins Hirn wäre weniger zeitraubend und technich leichter realisierbar als die Herstellung eines dreidimensionalen Hologramms.«*[6]

Einer paralysierenden Konstrukution von Bilderwelten muß jedoch, will man sich diesen Welten nicht ergeben, eine Welt von Bildern entgegengehalten werden. Die Annahme, daß Fotografie, insofern sie sich in (sozial-)dokumentarischer bzw. dokumentierender Absicht betätigt, dieses leisten kann, mag sich dabei als Illusion erweisen; allzuleicht ergibt sich eine solche Fotografie der Verführung zur Konstruktion von bloßen Gegenwelten, der eine ähnliche, durch das Medium vermittelte Befangenheit der Realität gegenüber zugrunde liegt, wie der von ihr implizit oder explizit kritisierten Fotografie. Auch eine dokumentarische Fotografie konstruiert Bilderwelten, die, was die abgebildeten Inhalte betrifft, zwar Gegenteiliges intendieren mögen; letztlich wird jedoch auch hier Erfahrung unter Bilderwelten subsumiert. Einer solchen Subsumption jedoch ist gerade entgegenzuarbeiten, Bilder sollten Bilderwelten und Sehweisen destruieren; Worte können eine solche Destruktion allenfalls proklamieren.

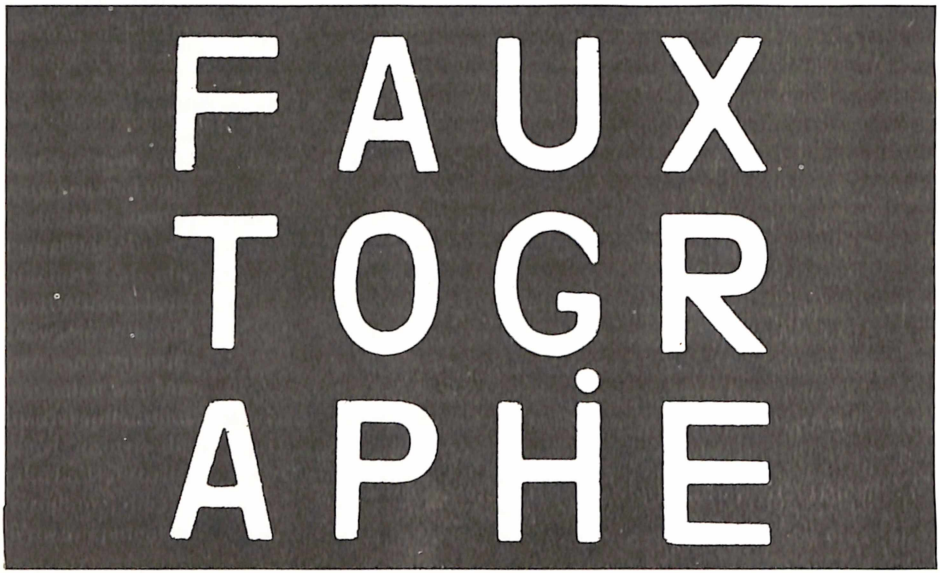
Die falsche Faszination des Eindeutigen, die sich im geschichtsphilosophischen Denken wie auch in der bloßen Anhäufung von scheinbar Faktischem findet, setzt sich fort in der Konstruktion von Bilderwelten; dieses Eindeutige ist nicht nur der Geschichte, sondern auch jeglicher Bilderwelt, der ersteren durch Geschichten, der letzteren durch Bilder, zu nehmen.

Der Anspruch, der an Fotos zu erheben wäre, liefe demzufolge darauf hinaus, daß sie in ei-

nem jeweils spezifischen Kontext in der Lage sein müßten, eine mögliche Konstruktion als bzw. von Bilderwelten zu durchbrechen. Dies mag sich darstellen als Bild-Text-Zusammenhang, der einer falschen Apologetik des Bildinhaltes entgegenwirkt, als Montage, die in ihrer Widersprüchlichkeit kein in sich geschlosssenes Bild konstruiert oder auch als eine Bilderfolge, die so angelegt ist, daß das Medium Bild selbst als ein zu Reflektierendes sich darbietet. Analog zu der Destruktion eines eschatologisch aus- und zugerichteten geschichtsphilosophischen Denkens durch die Erforschung und Darstellung von realem Sein, der Überwindung von Geschichte als dem Konstrukt einer bürgerlichen Daseinsbemächtigung durch den Rekurs auf Geschichten, sollte die Verwendung von Fotos, von fotografischem Material auf die Destruktion von Bilderwelten abzielen. Die Errettung von Bildern vor der Vielfalt und Beliebigkeit von Bilderwelten: das »Archiv« mag letztendlich nicht der geeignete Ort sein, dieses zu bewerkstelligen; der Gebrauch von Fotos im Kontext von historisch orientierter Forschung sollte sich jedoch der Probleme, die der Umgang mit Bildern mit sich bringt, bewußt sein.

Anmerkungen

1 zit nach: Nikolaus Walter, Toronto Cowboy. Eine Fotogeschichte, Köln 1977, S. 6
2 Harun Farocki, Materialien zu: Zwischen zwei Kriegen, in: Filmkritik 263 (1978), S. 603
3 zit. nach: Diogenes Laertius, Leben und Meinungen berühmter Philosophen, Zweiter Band, Hamburg 1967, S. 170
4 zit nach: Ulrich Gregor, Geschichte des Films ab 1960, München 1978, S. 32
5 Francis Ford Coppola, zit. nach: Interview mit Jonathan Scott, in: Rolling Stone (dt.) 5 (1982), S. 37
6 ebd., S. 7



Erhard Lucas-Busemann

Hat Friedrich Ebert dem Mechterstädter Arbeitermord vom 25. März 1920 nachträglich eine legale Grundlage zu geben versucht?

Das Thema formuliert eine Vermutung. Am selben Tag, an dem 15 thüringische Arbeiter von Militär erschossen wurden, unterzeichnete Reichspräsident Ebert einen Erlaß, der die illegale Verordnung eines Generals, in dessen Kommandobereich sich der Mord ereignet hatte, nachträglich legalisierte. Meine Vermutung lautet, daß Eberts Erlaß in Reaktion auf die Nachricht des Mordes zustande gekommen ist. Um mehr als eine Vermutung, gestützt auf Indizien, handelt es sich nicht. Aber ich denke, daß auch bei demjenigen Leser, der am Schlusse meiner Darlegungen die zufällige Gleichzeitigkeit beider Ereignisse annehmen möchte, sowohl die Umstände des Mordes als auch die Zusammenhänge des Erlasses eine Reihe nachdenklicher Fragen hinterlassen werden.

I.

Zeitpunkt des Mordes: 12 Tage nach dem von Wolfgang Kapp und General v. Lüttwitz inszenierten Militärputsch; Schauplatz des Mordes: eine Landstraße in der Nähe des Dorfes Mechterstädt in Thüringen.

Thüringen gilt neben Sachsen als die »Wiege der deutschen Arbeiterbewegung«. Die Bebel-Liebknechtsche Richtung in der frühen Sozialdemokratie hatte nach ihrem Gründungskongreß die Bezeichnung »die Eisenacher«. Die Kraft dieser Tradition reichte weit: 1917 gründeten die verschiedenen Richtungen der aus der SPD ausgeschlossenen radikalen Kriegsgegner in Gotha die USPD. 1918, einen Monat vor der Revolution, schlossen sich in Gotha die Spartakus-Gruppe und die Bremer Linksradikalen zusammen.

Charakteristisch für die Region waren die kleinen und mittleren Städte (die einzige Stadt, die an die Großstadtgrenze herankam, war Erfurt), vor allem aber zahllose dörfliche Arbeiterwohngemeinden. Dominanter Industriezweig war die Metallverarbeitung (u.a. Maschinenbau), eine für die Ausbildung formeller Organisationen der Arbeiterbewegung klassische Branche. Das Land Thüringen gab es zum Zeitpunkt des Militärputsches von 1920 noch nicht, die Region zerfiel in sieben Zwergstaaten; spaßhaft hieß es, hier könne man an einem Tag bequem drei Vaterländer durchwandern. In einem der Ländchen, Gotha (bis 1918 Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha), hatte die USPD seit 1919 eine knappe parlamentarische Mehrheit gegenüber den bürgerlichen Parteien und der SPD und stellte daher die Landesregierung. Aber auch in den anderen sechs Ländchen konnte die Arbeiterschaft seit der Revolution einen verhältnismäßig großen Druck auf die Landesregierungen ausüben. In der Ära Noske weigerten sich einige Städte gegenüber Berlin hartnäckig, militärische Garnisonen aufzunehmen, und die Bildung von Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenformationen wurde von den Behörden in nicht wenigen Fällen sabotiert.

Bei einem derart gespannten Verhältnis zur Zivilverwaltung hatte das Militär im Moment des Kapp-Putsches keinen Anlaß - anders als etwa in Hamburg, Bremen oder Süddeutschland -, politische Rücksichten zu nehmen und sich als neutralen Ordnungshüter oder gar verfassungstreu zu geben, vielmehr sah es endlich die Gelegenheit gekommen, reinen Tisch zu machen. In vier Landeshauptstädten - Weimar, Gotha, Gera, Altenburg - machte es den Versuch, die Landesregierungen abzusetzen. Wegen des thematischen Bezuges greife ich Gotha heraus.

Auf die Nachricht vom Putsch in Berlin (13. März) konnte sich die Gothaer Arbeiterschaft mit Unterstützung der USPD-Landesregierung zunächst verhältnismäßig viele Waffen verschaffen. Doch am Morgen des folgenden Tages ließ sie sich überrumpeln; Truppen aus Erfurt rückten nahezu kampflos in die Stadt ein, besetzten die wichtigsten Gebäude und verhafteten zahlreiche Personen, vor allem USPD- und KPD-Führer sowie einen Minister. Der Kommandeur, Major Heims, erklärte die Landesregierung für abgesetzt und den Landtag für aufgelöst. Aber die Arbeiter bekamen Hilfe von auswärts, und zwar von Suhl und Zella-Mehlis. Beide Städte waren Zentren der Waffenfabrikation, und deren Fertigprodukte hatten sich die Arbeiter zur Abwehr des Putsches geholt. Als aus der benachbarten Garnisonsstadt Meiningen Militär in Suhl einmarschierte, nahmen die Arbeiter – anders als in Gotha – den Kampf auf und gewannen ihn. Anschließend zogen sie gegen Gotha. Der Kampf um die Stadt begann am frühen Morgen des 18. März und dauerte den ganzen Tag über, bei ständig wachsender Überlegenheit der Arbeiter. In der folgenden Nacht zog sich das Militär nach Erfurt zurück. Mit diesem Erfolg begnügten sich die Arbeiter, einen Kampf um Erfurt nahmen sie nicht mehr auf. Als am 20./21. März hessische Truppen die thüringische Grenze überschritten, fanden sie bereits alles ruhig.[1]

II.

Zu diesen hessischen Truppen gehörten Studenten aus Marburg, überwiegend Korporierte.

In Marburg hatten USPD, SPD und bürgerliche Mittelparteien zur Abwehr des Putsches einen Aktionsausschuß gebildet. 24-stündiger Generalstreik, eine große Versammlung mit anschließendem Demonstrationszug; *»während dieser Zug an der Universität vorüberflutete, mit Hochrufen auf die Republik, verlas drin ein Student den Aufruf der Kapp-Regierung und ein dreifaches Hurrah antwortete«*.[2]

Am 19. März erließen Dr. Schwander, Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau und Regierungskommissar, General v. Stolzmann, Befehlshaber der Reichswehrbrigade 11, und Albert Grzesinski (SPD), Spezialbeauftragter der Reichsregierung, von Kassel aus folgenden Aufruf:

»Die unheilvolle Wahnsinnstat der Berliner Umstürzler ist vorüber. Trotzdem ist das Vaterland erneut in höchster Gefahr. Verbrecherische Elemente sind im Aufruhr. Sie hemmen die Wiederaufnahme der Arbeit und das Wirtschaftsleben, um unser Vaterland dem Abgrund zuzutreiben. Im Bereich der Brigade ist Thüringen am schwersten gefährdet. Organisierte bewaffnete Banden durchziehen bereits raubend und plündernd das Land... Jeder, der die Waffe führen kann, ist unter Zurückstellung allen Haders verpflichtet, sich in den Dienst des Vaterlandes zu stellen...«[3]

Marburg, 20. März, 16 Uhr: Appell des freiwilligen Studenten-Bataillons auf dem Kämpfrasen. Der Kandidat der Zahnmedizin Karl Schaumlöffel, Mitglied der Verbindung »Wingolf« und Stabsfeldwebel der Truppe, schrieb später:*»Der Appell verlief großartig. Da stand die Marburger Bürgerschaft drumrum und sah sich noch mal das Augenleuchten deutscher Jungen an... Erquickend für ein Soldatenherz war der Parademarsch. Die Jägerkapelle erfaßte ein Schwung, da sie lange nicht mehr zu solcher Parade gespielt hatte. Abends 7.30 Uhr trat man zum Abmarsch an... Der herrliche Abzug mußte sich eine Gasse in dem Menschengewoge bahnen. Alte Militärmärsche begleiteten die Zeitfreiwilligen an die Bahn, sie zogen aus wieder wie im August 1914, von ihren lieben Marburgern mit Blumen geschmückt.«*[4] Ein kritischer Beobachter, der liberale und sozial engagierte Profes-

sor für systematische Theologie Martin Rade: *»Aber die Arbeiter standen dabei und sagten: So ziehen sie gegen unsre Brüder! So gehen sie in den Bürgerkrieg! Wie gegen den äußeren Feind. Oder wie zum Fest«.*[5]

Die Brigade, zu der die studentische Freiwilligentruppe gehörte, fand wie gesagt nach Überschreiten der thüringischen Grenze alles ruhig. Aber der geplante Feldzug mußte nun einmal stattfinden. Von besonderem Tatendrang war der Kommandeur des Studentenkorps, Freiherr von Selchow, Fregattenkapitän a. D. und seit Kriegsende als Student der Geschichte in Marburg immatrikuliert, während der Putschtage glühender und tatkräftiger Anhänger Kapps.[6] Wiederholt brachte er gegenüber seinem Vorgesetzen, Brigadekommandeur Rumschöttel, zum Ausdruck, daß er das Vorgehen der Brigade gegen die »Spartakisten« für zu weich halte. Er entschuldigte dies damit, daß der regulären Reichswehr durch politische Rücksichten gegenüber der Regierung die Hände gebunden seien, und sähe es am liebsten, wenn das Studentenkorps zur selbständigen Einheit erklärt würde, um dann ein schärferes Vorgehen anordnen zu können.[7] Schließlich befiehlt er, auch ohne eine solche Regelung erreicht zu haben, am 24. März eigenständig einem seiner Stabsoffiziere, überraschend in den noch nicht besetzten Ort Thal bei Ruhla einzurücken und die durch Denunziation namentlich bekanntgewordenen »Spartakisten« zu verhaften.

Gegen 19 Uhr fuhren mehrere Lastwagen in Thal ein, mit Totenköpfen bemalt, obenauf die Studenten, Gewehre und Maschinengewehre im Anschlag. Unter Rufen: *»Fenster zu! Es wird scharf geschossen!«* fuhren sie vor das Haus des Bürgermeisters und das des Ortspolizisten. Dort überreichten sie eine Liste von »Spartakisten« und verlangten die Angabe der Wohnungen. Zugrunde lag dieser Liste, daß Arbeiter des Ortes auf die Nachricht vom Putsch in Berlin reaktionären Bauern der Umgebung Waffen weggenommen hatten; in einem Falle sollen auch Würste mitgenommen worden sein. Unter Mitwirkung des eingeschüchterten Ortspolizisten verhafteten die Studenten 40 Männer; Frauen, die sich ihrem Vorgehen protestierend und weinend in den Weg zu stellen versuchten, wurden brutal beiseite geschoben. Nach vorläufiger Vernehmung wurden 25 Verhaftete wieder freigelassen (die Denunziationsliste hatte die übliche Qualität), die übrigen 15, darunter acht Familienväter, wurden abtransportiert.[8] Selchow beantragte bei der Brigadeführung, sie noch in der Nacht in Eisenach standrechtlich aburteilen zu lassen. In seinen Memoiren läßt er keinen Zweifel daran, daß das Standgericht alle zum Tode verurteilt hätte und daß er als Truppenkommandeur die Todesurteile zur Vollstreckung bestätigt hätte. Die Brigadeführung jedoch lehnte diesen Antrag ab und befahl, die Gefangenen mit nach Gotha zu führen, das am nächsten Tage besetzt werden sollte. Erregung und Wut Selchows stiegen auf den Siedepunkt.[9]

An dieser Stelle kam es zu einer jener für die Zeit nach 1918 typischen Zweideutigkeiten, die das ehedem geltende Prinzip der absoluten Eindeutigkeit des Befehls und der komplementären unbedingten Verantwortlichkeit des Vorgesetzten bei *»Zwischenfällen«* durchlöchert hatten - ein Gift, das dann endgültig in der Zeit des Dritten Reiches in den gesellschaftlichen Organismus unseres Landes eingegangen ist und mit dem wir in Institutionen wie Militär und Strafvollzug (Stammheim!) als ständig virulenter Möglichkeit rechnen müssen. In diesem Falle ist es mehr als wahrscheinlich, daß von Selchow seinen unmittelbaren Untergebenen andeutungsweise zu verstehen gegeben hat, er habe nichts dagegen und werde hinterher decken, wenn die Gefangenen auf andere Weise...[10] *»Ohne viele Befehle oder ausdrückliche Nennung des Namens weiß der Soldat, wo er Mordfreiheit hat«*, schrieb

Emil Julius Gumbel, der große jüdische Pazifist, der sich leidenschaftlich um die Aufklärung der politischen Morde jener Jahre bemühte.[11]
Am frühen Morgen des 25. März trat das Studentenkorps den Vormarsch in Richtung Gotha an. Aussage des Sergeanten Wagner, Küchenunteroffizier bei der Bagage:
»Ich befand mich fast am Ende der Gefechtsbagage, die hinter dem Bataillon fuhr. Die verhafteten Spartakisten... folgten der Gefechtsbagage mit einem Abstand von etwa 100 Meter unter Begleitung von etwa 10 bis 12 Studenten..., die Hände dauernd über dem Kopfe zusammengenommmen... Auf dem Marsche sah ich, daß die Gefangenen von ihren Begleitern in der rohesten Weise durch Tritte auf die Füße, Stöße mit dem Gewehrkolben, mißhandelt wurden. Etwa in der Zeit zwischen 7.30 Uhr und 8 Uhr vormittags hörte ich hinter mir Schüsse fallen...
Nach einigen Minuten kam ein Student von hinten. Auf meine Frage, was hinten los sei, gab er mir zur Antwort, daß sie drei von den Gefangenen erschossen hätten, und drückte sich... weiter so aus, daß es nicht lange dauern würde, dann seien alle erschossen...
Nachdem zum zweiten Male Schüsse gefallen waren, begab auch ich mich... zurück zu den Gefangenen. Hier sah ich wiederum aus nächster Nähe, wie die Gefangenen durch ihre Begleiter in der rohesten Weise mißhandelt wurden...
Kurz darauf kamen sämtliche Begleitmannschaften nach vorne und begaben sich zu ihrer Kompanie. Auf die Frage eines anderen Studenten, welchem die Begleitmannschaft in der Nähe meines Fahrzeuges begegnete, 'sind sie alle erledigt?' – bekam dieser zur Antwort: 'Alle erledigt!'...
Einen Studenten fragte ich noch während der Schießerei, ob die erschossenen Gefangenen auf der Straße liegen bleiben sollten. Er gab mir zur Antwort: 'Sie sollen sie nach Marburg schicken, unsere Anatomie braucht Leichen.'«[12]
Ein Arbeiter aus Ruhla beschrieb die inzwischen aufgebahrten und mühsam identifizierten Toten in einem Brief:
»Sie liegen so da, wie sie von ihren Arbeiten im Hof, Garten usw. weg verhaftet worden sind, in Strümpfen und Holzpantinen in den einfachen Holzsärgen, bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt... alle sind mit Explosivgeschossen niedergemacht, alle buchstäblich zerschmettert... Bei Rößiger war der halbe Schädel zerschmettert, die Hirnschale weg, das bißchen Gehirn hing noch im Hut. Und dann noch die vielen Bajonettstiche! 3 Brüder Füldner (2 sind schon im Felde gefallen), Otto Batz, 2 Brüder Schröder, 2 Brüder Soldau, dem einen Soldau war ein Finger abgeschlagen, im Rocke steckte noch ein Stückchen Brot, und auch die vielen Stiche. Dem einen Füldner war der Hals herausgerissen. Dann ein Hornschuh, ein Maurer, das Gesicht zusammengedrückt, die Zähne lagen auf der Nase und um den Mund herum. Der 50jährige Schuhmacher Steinberg war nicht zum Erkennen. Der Kopf wie ein Klumpen rohes Gehacktes. Der eine Schröder hatte nur einen halben Kopf...«[13]

III.

Der fünfzehnfache Arbeitermord von Mechterstädt erregte auch in jener Zeit, die bereits an einiges gewöhnt war, ungeheures Aufsehen. In drei Instanzen – vor einem Marburger Kriegsgericht, vor einem Kasseler Schwurgericht und schließlich vor dem Reichsgericht in Leipzig – hatten sich die Hauptbeteiligten (vier Studenten der Rechtswissenschaft, neun Mediziner, ein Philologe) zu verantworten. Verteidigt wurden sie von Rechtsanwalt Luetgebrune aus Göttingen, einem Faschisten der ersten Stunde, der im Juni 1934 bei der

Getötete und verstümmelte Mitglieder der Roten Ruhrarmee, dahinter Reichswehrsoldaten an einem Bahndamm in Eppinghoven (nordwestliches Ruhrgebiet) am 2. April 1920

»Röhm-Affäre« von der SS liquidiert werden sollte. Die Prozesse, die jedesmal mit Freispruch endeten, wurden mit Bitterkeit auf der einen, mit zynischer Selbstgerechtigkeit auf der anderen Seite verfolgt und kommentiert.[14] Kurt Tucholsky schrieb vier Texte dazu, darunter das »Marburger Studentenlied«, aus dem die mittleren Strophen zitiert seien:

Wir fingen fuffzehn von dem Pack,
das unser Preußen schädigt.
Es war ein schöner Märzentag.
Wir haben sie erledigt.

Sie sind von uns erschossen worn.
Doch ganz in Recht und Züchten.
Zwar sitzen ihre Wunden vorn...
Man kann auch rückwärts flüchten.

Wir wissen jeden krummen Weg.
Uns kann man nicht erweichen.
Der Mediziner im Kolleg
braucht Leichen, Leichen, Leichen![15]

Daneben ein weiteres Zitat aus der überaus ernsten Betrachtung des Theologieprofessors Martin Rade:
»Die akademische Schicht ist heute eine sinkende, die Arbeiterschicht kommt empor. Das Letztere zwar wird Jedermann zugeben, nur die Empfindungen deswegen werden geteilt sein, und gerade in der akademischen Schicht wird man der Parole zuneigen: Niederhalten... Wer aber nun so im Machtgedanken lebt, der muß auch den Sinn dafür haben, wenn anderswo und anderswie ihm Macht begegnet. Und so muß man dem Akademiker von heute den Blick dafür zumuten, daß er sieht, wie der seine Privilegien ihm garantierende Staat dahin sinkt und dank der Macht des Arbeiterstandes ein ganz anders geartetes Gemeinwesen in der Aufrichtung begriffen ist, an dessen Gütern eben dieser Arbeiterstand seinen vollen Anteil behauptet...
Die Kluft zwischen Arbeiterschaft und Studentenschaft muß sich schließen. Sonst geht unser Volk daran zu Grunde. Es kann an vielem sonst zu Grunde gehn. Aber daran auch.«[16]
Am 4. April 1920 war das Studentenkorps nach Marburg zurückgekehrt. In seiner Ansprache beim Schlußappell hatte Freiherr von Selchow u. a. folgendes ausgeführt: *»Wir haben draußen treu und in Ehren unsere Pflicht getan. Wir konnten auf dem Marsch nicht jedem Köter wehren, der, um zu verhetzen und zu zersetzen, uns anbellte. Wir werden, soweit notwendig, das nachholen. Wir wissen aber, daß Ehre etwas ist, das uns eingeboren ist, das uns niemand von außen her verletzen oder beschmutzen kann...«*[17] Andere waren da offenbar nicht so sicher. Anlaß zur Beunruhigung war eine Gedenkstätte auf dem Friedhof von Thal, dem Heimatort der 15 Toten. Eine Bronzeplatte auf dem Gedenkstein trug die Inschrift: *»Dem Andenken unserer am 25. März 1920 im Kapp-Putsch von den Marburger Studenten bei Mechterstädt erschossenen 15 Genossen von Bad Thal, gewidmet von der Arbeiterschaft Ruhlas, Bad Thal und Umgebung«*. Am 27. Mai 1933 richtete Professor Merk, Rektor der Universität Marburg, an das Bürgermeisteramt von Thal ein Schreiben mit der Bitte, anstelle der Worte: *»im Kapp-Putsch von den Marburger Studenten«* die

Worte *»in den blutigen Wirren der Nachkriegszeit«* zu setzen. Der Senat der Universität, so teilte Merk mit, habe sich bereit erklärt, der Gemeinde für die entstehenden Kosten einen Zuschuß von 100 RM unter der Voraussetzung zu bewilligen, daß die ursprüngliche Tafel der Universität übergeben werde: auf diese Weise solle sichergestellt werden, daß sie später nicht wieder angebracht werde. Durch die Sabotage von Gießereiarbeitern, die bei der Herstellung einer neuen Tafel zweimal absichtlich Fehler produzierten, mißlang jedoch das Vorhaben; die alte Tafel blieb hängen, und die inkriminierten Worte *»im Kapp-Putsch von den Marburger Studenten«* wurden weggemeißelt, mit der Folge, daß die Zensur für jeden Besucher der Gedenkstätte augenfällig war.[18]

IV.

Im Prozeß vor dem Kriegsgericht in Marburg wies der Verteidiger der Studenten in seinem Plädoyer auf die Rechtslage zum Zeitpunkt der Tat hin. **Verschärfter Belagerungszustand** habe bestanden, so betonte er.[19] Was hatte es damit auf sich?

1922 veröffentlichte ein juristischer Experte der KPD, Felix Halle, ein schmales, aber inhaltsschweres Bändchen mit dem Titel »Deutsche Sondergerichtsbarkeit 1918 – 1921«. Darin waren u. a. die Ausnahmeverordnungen und -erlasse der Exekutivorgane in diesem Zeitraum examiniert, und die gewiß trockenen Texte hatten sich unter den Händen des kritischen Exegeten in einen höchst lebendigen Gegenstand verwandelt. Bei der Durchsicht war Felix Halle eine Ausnahmeverordnung besonders aufgefallen, am 13. März 1920 erlassen von Generalleutnant von Stolzmann in Kassel für seinen von Frankfurt/M. bis Westthüringen reichenden Befehlsbereich. Sie war in 7 Paragraphen unterteilt und enthielt zusammengefaßt folgendes: Die Delikte der Brandstiftung, Explosion, Überschwemmung, Beschädigung von Eisenbahnanlagen sowie des schweren Aufruhrs und des schweren Landfriedensbruchs wurden, statt mit lebenslänglichem Zuchthaus wie im Strafgesetzbuch vorgesehen, mit der **Todesstrafe** bedroht. Ferner wurden **außerordentliche Kriegsgerichte** errichtet, die für zahlreiche im Strafgesetzbuch definierte Vergehen zuständig sein sollten; sie bestanden aus drei Berufsrichtern, die vom jeweiligen Militärbefehlshaber zu ernennen waren; zu urteilen hatten sie nach einem abgekürzten Verfahren unter Ausschluß von Rechtsmitteln. Zur Aburteilung von Fällen schweren Aufruhrs und Landfriedensbruchs wurden **Standgerichte** unter dem Vorsitz eines *»Offiziers der Truppe«* vorgesehen, die *»innerhalb 24 Stunden nach der Ergreifung des Angeklagten zu entscheiden«* hatten. *»Das Urteil kann nur auf Todesstrafe lauten. Es unterliegt keinem Rechtsbehelf. Es bedarf meiner* (Stolzmanns) *Bestätigung und wird nach der Bestätigung durch Erschießen vollstreckt«*. Bei Fehlen der Voraussetzungen der Todesstrafe sollte die Sache an das außerordentliche Kriegsgericht oder, falls ein solches nicht bestand, an das ordentliche Gericht abgegeben werden.[20]

Diese Verordnung war, wie gesagt, am 13. März 1920 erlassen worden: genau am Tage des Kapp-Putsches, auf den sich die Verordnung in ihrem ersten Satz denn auch bezog. Dort hieß es etwas nebulös: *»Nach eingegangenen Berichten ist die Regierung in Berlin in ihren Entschlüssen gehemmt, um die Regierungsgewalt in Berlin wird gekämpft«*.[21] Zugleich war die Verordnung juristisch derart perfekt, daß sich Felix Halle ihren Erlaß noch am Tage des Putsches nur so erklären konnte, daß Generalleutnant von Stolzmann in seinem Stabe einen versierten Juristen gehabt haben müsse, der ihm auf die Nachricht von den Vorgängen in Berlin den Text ausgearbeitet habe.[22] Die historische Wirklichkeit, zu entnehmen aus den Regierungsakten der damaligen Zeit, übertraf die Phantasie: Des von Felix Halle ver-

muteten Mitarbeiters hatte es nicht bedurft, die Verordnung lag seit langem vor, ausgearbeitet von niemandem anders als der parlamentarischen Regierung, die jetzt um ihre Existenz kämpfte. Eine Schubladenverordnung also, die von Stolzmann nur noch in Kraft zu setzen brauchte.

Schon ihre Entstehungsgeschichte ist aufschlußreich. Am 26. Juni 1919 hatte sich die Reichsregierung erstmals mit dem Tatbestand beschäftigt, daß mit der demnächst zu erwartenden Verabschiedung der Verfassung der sogenannte *»Ausnahmezustand«* (in der Terminologie der 1968er Notstandsverfassung: der *»innere Notstand«*) juristisch neu geregelt werden müsse. Bisher war in der Ära Noske – wie übrigens auch während des ganzen Krieges – mit dem preußischen Gesetz über den Belagerungszustand von 1851 regiert worden. Künftig mußten Ausnahmeverordnungen aufgrund jenes Artikels der neuen Verfassung erlassen werden, der im Wortlaut im wesentlichen schon fest stand, aber noch nicht die Nummer trug wie bei der Verabschiedung der Verfassung in der Nationalversammlung anderthalb Monate später: die Nummer 48. Das Kabinett beauftragte das Innenministerium damit, zu diesem Verfassungsartikel ein Ausführungsgesetz vorzubereiten, das nach Verabschiedung der Verfassung im Parlament eingebracht werden sollte.[23]

Am 6. Juli legte das Justizministerium einen Entwurf in 9 Paragraphen vor. § 1 hob die zentralen bürgerlichen Grundrechte auf. Nach § 2 ging die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie seinerseits auf einen Militärbefehlshaber übertragen konnte. Dieser mußte sie auf dem Gebiet der Zivilverwaltung unter Mitwirkung eines Zivilkommissars ausüben. § 3 regelte die Weisungsbefugnis des Militärbefehlshabers gegenüber den Zivilbehörden. § 4 verhängte die Sanktionen für Zuwiderhandlungen gegen Verordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers: Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15.000 Mark. § 5 regelte das Beschwerderecht gegenüber Anordnungen des Militärbefehlshabers. Nach § 6 konnte der Reichswehrminister *»außerordentliche Volksgerichte«* bilden, die aus einem Berufsrichter als Vorsitzendem und vier Schöffen zusammengesetzt sein sollten. Die §§ 7 und 8 legten Zuständigkeit und prozessuales Verfahren dieser außerordentlichen Volksgerichte in gleicher Weise fest wie die Verordnung von Stolzmann, § 9 regelte die Wiederaufhebung der außerordentlichen Volksgerichte.[24]

Mit diesem Entwurf befaßte sich die Regierung am 22. Juli und kam zu folgendem Beschluß: *»Die außerordentlichen Gerichte sollen mit Berufsrichtern besetzt werden. Daneben sollen Standgerichte für besondere Tatbestände (Betreffen mit der Waffe in der Hand, Betreffen bei Plünderungen und dergleichen) vorgesehen werden. Die Standgerichte sollen auf Todesstrafe erkennen können... Falls das Standgericht eine Freiheitsstrafe für angemessen hält, soll es den Fall zur Feststellung des Tatbestandes an die ordentlichen Gerichte verweisen«.*[25] Daß jetzt Todesurteile vorgesehen werden konnten, war dadurch möglich geworden, daß die bürgerliche Mehrheit der Nationalversammlung bei der Beratung der Verfassung die Abschaffung der Todesstrafe abgelehnt hatte. Wir werden gleich sehen, daß die SPD, die für ihre Abschaffung gestimmt hatte, sich gleichwohl Prinzipientreue nicht zugutehalten konnte.

Eine dem zitierten Kabinettsbeschluß entsprechende Neufassung der §§ 6 bis 9, ausgearbeitet vom Justizministerium, datiert vom 11. August, demselben Tag, an dem Reichspräsident Ebert die von der Nationalversammlung verabschiedete Verfassung unterzeichnete.[26] Ein neu eingeschobener § 6 drohte für eine hier nicht aufzuzählende Reihe von Delikten statt der im Gesetz angedrohten lebenslänglichen Zuchthausstrafe die Todesstrafe an; ebenso für schwere Fälle von Aufruhr und Landfriedensbruch, *»wenn der Tä-*

ter auf frischer Tat mit Waffen in der Hand betroffen worden ist«. Nach § 7 waren die Ausnahmegerichte mit drei Berufsrichtern zu besetzen; entsprechend hießen sie nicht mehr *»außerordentliche Volksgerichte«*, sondern ***»außerordentliche Gerichte«***. In § 9 (prozessuales Verfahren) war eine neue Bestimmung eingefügt, nach der ein Todesurteil erst vollstreckt werden durfte, *»wenn die Entschließung des Reichspräsidenten ergangen ist, von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch machen zu wollen«*. Ein neuer § 10 regelte Einsetzung, Zuständigkeit, Zusammensetzung und Verfahrensweise der Standgerichte wie die Verordnung des Generalleutnants von Stolzmann, wobei bezüglich der Verfahrensweise der Kabinettsbeschluß noch verschärft worden war: hatte dieser die Überweisung an die ordentlichen Gerichte vorgesehen, falls die Voraussetzungen der Todesstrafe fehlten, so sollte jetzt Überweisung an die außerordentlichen Gerichte erfolgen.[27]
Gegen die gravierenden Verschärfungen in § 6 (Todesstrafe) und § 10 (Standgerichte) dieses Neuentwurfs äußerte Reichspräsident Ebert Bedenken, die jedoch bis zum 5. September ausgeräumt werden konnten.[28] Ob dieser Einspruch materiell etwas bewirkt hat, geht aus den Akten der Reichskanzlei, nach denen wir hier referieren, nicht hervor. Im Endeffekt jedenfalls wurde die Strafverschärfung für eine Reihe von Delikten aus § 6 entfernt, so daß »nur« noch die in der Verordnung von Stolzmann genannten Delikte mit der Todesstrafe bedroht wurden; die Bestimmung über die Standgerichte wurde unverändert aufrechterhalten. Zu betonen ist, daß der Einspruch Eberts gegen die Todesstrafe innerlich hohl war, nachdem im Juni die von der SPD geführte bayerische Landesregierung keinen Einspruch erhoben hatte, als ein Ausnahmegericht in München den führenden Kommunisten der Räterepublik, Eugen Leviné, zum Tode verurteilt hatte. Am 10. September beschloß das Kabinett, den Entwurf weder bekanntzugeben noch ihn den Landesregierungen mitzuteilen.[29] Das letztere - Geheimhaltung auch vor den Landesregierungen - wird verständlich im Hinblick auf die Tatsache, daß z. B. in Gotha eine USPD-Regierung bestand, die den Entwurf sofort veröffentlicht und damit eine scharfe öffentliche Auseinandersetzung provoziert hätte. Mit diesem Kabinettsbeschluß war die ursprüngliche Absicht, den Entwurf als Ausführungsgesetz zu Artikel 48 der Verfassung in der Nationalversammlung einzubringen, fallengelassen: der Entwurf wurde zur Schubladenverordnung.
Bis spätestens Anfang 1920 fiel eine weitere Entscheidung: der Entwurf wurde in zwei Verordnungen aufgeteilt, und zwar in eine für den Regelfall und in eine für den *»äußersten Bedarfsfall«*, oder, wie der dann üblich werdende Sprachgebrauch lautete, in eine Verordnung für den *»einfachen«* und in eine für den *»verschärften«* Ausnahmezustand. Der erstere war identisch mit den §§ 1 bis 5 der bisherigen Fassung (Aufhebung der Grundrechte, Übergang der Exekutive auf das Militär, Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15.000 Mark als Sanktion). Die letztere enthielt die §§ 6 bis 10 der bisherigen Fassung (Verschärfung von lebenslänglichem Zuchthaus in Todesstrafe für bestimmte Tatbestände, außerordentliche Gerichte, Standgerichte), und zwar mit einer weiteren Verschärfung: die Todesstrafe konnte jetzt für schwere Fälle von Aufruhr und Landfriedensbruch verhängt werden, *»wenn der Täter die dort bezeichneten Handlungen mit Waffen oder im bewußten und gewollten Zusammenwirken mit Bewaffneten begangen hat«* (bisher: bei Betreffen auf frischer Tat mit Waffen in der Hand). Im übrigen wurden die außerordentlichen Gerichte jetzt als *»außerordentliche Kriegsgerichte«* bezeichnet (an der Zusammensetzung aus drei Berufsrichtern änderte sich nichts), und in den Paragraphen, der deren prozessuales Verfahren regelte, wurden Bestimmungen über die Wiederaufnahme des Verfahrens eingefügt.[30]
Der unscheinbare Artikel 48 der Weimarer Verfassung, so ist zusammenzufassen, hat also

einen beträchtlichen »Hintergrund«. **Die Weimarer Verfassung ist wesentlich unter dem Gesichtspunkt ihrer Aufhebung konzipiert worden.**

V.

Die erste große Anwendung des Artikels 48 erfolgte Mitte Januar 1920. In einer Massenkundgebung vor dem Reichstagsgebäude hatte die Berliner Arbeiterschaft gegen das Betriebsrätegesetz demonstriert, das von der Nationalversammlung gerade in zweiter Lesung beraten wurde; Militär und Sicherheitspolizei hatten die Demonstranten mit Maschinengewehren und Handgranaten, schließlich mit aufgepflanztem Seitengewehr auseinandergetrieben und 42 Personen getötet, 105 Personen verwundet. Gestützt auf die offiziell-amtliche Version, die Demonstranten hätten einen Sturm auf das Parlamentsgebäude versucht, verhängte die Reichsregierung über das ganze Reich mit Ausnahme von Baden, Württemberg, Bayern und Sachsen den *»einfachen«* Ausnahmezustand. Bei dieser Gelegenheit wurde die Schubladenverordnung um einen neuen Paragraphen erweitert, in dem es hieß: *»Jede Betätigung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet ist, lebenswichtige Betriebe zur Stillegung zu bringen, wird verboten. Als lebenswichtige Betriebe gelten die öffentlichen Verkehrsmittel sowie alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung von Gas, Wasser, Elektrizität und Kohle«*.Zuwiderhandlungen wurden entsprechend dem bisherigen Text der Verordnung bedroht: mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15.000 Mark.[31] An diesem Rechtszustand sollte sich bis zum Kapp-Putsch zwei Monate später nichts mehr ändern, d. h. im ganzen Reich mit Ausnahme der genannten vier Länder waren jetzt wesentliche Exekutivfunktionen dem Militär überantwortet, und gerade der neu hinzugefügte Paragraph der Schubladenverordnung wirkt wie eine vorweggenom-

Arbeiter-Samariter auf der Kaiserstraße (heute Friedrich-Ebert-Straße) in Dinslaken

Kapp-Truppen in Berlin

mene Repressionsmaßnahme der Putschisten, denen besonders die Lahmlegung des Verkehrs und die Stillegung der Produktion von Gas, Wasser, Elektrizität und Kohle zu schaffen machte. Der *»verschärfte«* Ausnahmezustand wurde erstmals am 17. Januar 1920 über den westlichen Teil des Ruhrgebiets (Regierungsbezirk Düsseldorf) verhängt[32], und zwar in erster Linie in Reaktion auf Unruhen in Hamborn, einer von August Thyssen vor dem Weltkrieg aus dem Boden gestampften Industriestadt mit einem besonders elenden und gedrückten Proletariat.[33] Damit hatte das Militär im westlichen Ruhrgebiet außer den Exekutivfunktionen des *»einfachen«* Ausnahmezustandes eine Ausnahmejustiz in Form von außerordentlichen Kriegsgerichten und Standrecht in der Hand.

13. März 1920: Hohe Generäle und wichtige Truppenteile wollen die Macht nicht länger mit der ungeliebten parlamentarischen Regierung teilen, sondern greifen zum Ganzen. Auf die Nachricht vom Putsch in Berlin befiehlt das Reichswehr-Gruppenkommando Kassel – eine der drei höchsten Befehlszentralen der Reichswehr, zuständig für Westdeutschland – seinen untergebenen Truppenkommandeuren, *»nötigenfalls«* die Schubladenverordnung für den *»verschärften«* Ausnahmezustand in Kraft zu setzen[34], d. h. in ihrem Befehlsbereich den Rechtszustand herzustellen, der im westlichen Teil des Ruhrgebiets bereits besteht. Der Befehl steht in klarem Widerspruch zur Verfassung, denn die Schubladenverordnung kann nur vom Reichspräsidenten unter Bezugnahme auf Artikel 48 in Kraft gesetzt werden, wie von der parlamentarischen Regierung überdies ausdrücklich festgelegt worden ist.[35] Nach dem (gescheiterten) Putsch wird sich das Reichswehr-Gruppenkommando gegenüber Reichswehrminister Noske (SPD) mit den Worten entschuldigen: *»Der Befehl mußte aus eigener Machtvollkommenheit gegeben werden, da eine Verbindung mit der Regierung nicht herzustellen war«*[36] – eine Umschreibung des Umstandes, daß die parlamentarische Regierung vor den in Berlin einrückenden Putschtruppen zunächst nach Dresden und dann, da sie hier nicht die erhofften Aktionsmöglichkeiten gefunden hatte, weiter nach Stuttgart geflohen war.

Generalleutnant von Stolzmann, einer der dem Reichswehr-Gruppenkommando Kassel untergebenen Truppenkommandeure, machte von der Ermächtigung seiner Vorgesetzten noch am selben Tage Gebrauch. Dabei mußte er die Schubladenverordnung, infolge des eben erwähnten, in der Verfassung nicht vorgesehenen Umstandes, in zwei Punkten etwas abändern. Lautete es in der Schubladenverordnung: *»Die Vollstreckung* (der Todesstrafe) *ist erst zulässig, wenn die Entschließung des Reichspräsidenten ergangen ist, von dem Begnadigungsrechte keinen Gebrauch machen zu wollen«*[37], so formulierte von Stolzmann den Wenn-Satz: *»...wenn meine Entscheidung ergangen ist«*[38]. Zum zweiten, noch wichtiger, strich er zu Eingang die Inkraftsetzung durch den Reichspräsidenten unter Berufung auf Artikel 48 und setzte stattdessen: *»Nach eingegangenen Berichten ist die Regierung in Berlin in ihren Entschlüssen gehemmt, um die Regierungsgewalt in Berlin wird gekämpft. Ich werde das Übergreifen dieser Zustände auf das Gebiet der 11.* (d. h. der von Stolzmann kommandierten) *Reichswehrbrigade verhindern und in ihm die Ruhe und Ordnung mit allen Mitteln aufrechterhalten«*.[39] Das Ergebnis war die Verordnung, die Felix Halle als Produkt eines besonders versierten Juristen im Stabe von Stolzmann hielt; politisch eine glatte Neutralitätserklärung, vollzogen mit einer Schubladenverordnung, die die parlamentarische Regierung dem General geliefert hatte.

Am 25. März 1920 unterzeichnete Reichspräsident Ebert, inzwischen wieder nach Berlin zurückgekehrt, folgende Verordnung: *»§ 1. Ich bestätige die vom General v. Stolzmann erlassene Verordnung, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und*

Ordnung für das Gebiet der Reichswehrbrigade 11 nötigen weiteren Maßnahmen, mit rückwirkender Kraft vom Zeitpunkt ihrer Verkündung an. Die Verordnung gilt als in meinem Namen erlassen. § 2. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.«[40]
Am Morgen dieses 25. März waren die 15 Arbeiter bei Mechterstädt von den Marburger Studenten erschossen worden. Hat Ebert darauf reagiert, oder wußte er von dem Mord noch nichts? Auch wenn man das zweite annimmt, bleiben viele Momente, die nachdenklich machen.

Anmerkungen

1 Erhard Lucas: Märzrevolution 1920, Bd. 2, Frankfurt 1973, S. 171 - 173; dort weitere Quellennachweise
2 Martin Rade: Studentenschaft und Arbeiterschaft, in: Die Christliche Welt. Wochenschrift für Gegenwartschristentum, 34. Jg., 1920, Spalte 254
3 Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz. Quellen, ausgewählt und bearbeitet von Erwin Könnemann, Brigitte Berthold und Gerhard Schulze, 2 Bde., Berlin-DDR 1970, Lizenzausgabe Glashütten/Taunus 1971 (= Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7/I und II); hier Bd. II, S. 494
4 Karl Schaumlöffel: Das Studentenkorps Marburg in Thüringen. Ein Kriegstagebuch im Frieden, Marburg 1920, S. 8 - 10
5 Martin Rade, a.a.O.
6 Bogislav v. Selchow: Hundert Tage aus meinem Leben, Leipzig 1936, S. 309 - 323
7 ebd., S. 328, 331, 333, vgl. auch S. 337
8 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bd. 342, Berlin 1920, S. 2902, Nr. 2669 (parlamentarische Anfrage des USPD-Abgeordneten Bock [Gotha] vom 17. April 1920); Rade, a.a.O., Spalte 253; Selchow, a.a.O., S. 335
9 Selchow, a.a.O., S. 335
10 Republikanisch gesinnte Studenten der Marburger Universität - unter ihnen übrigens der spätere Bundespräsident Heinemann - erhielten bei der Untersuchung der Mordtaten die Information, Selchow habe in einer Führerbesprechung geäußert, *»es sollten möglichst viele Spartakisten erschossen werden, doch müßten Fälle wie Liebknecht und Rosa Luxemburg vermieden werden, man solle den Erschossenen ein Gewehr in den Arm legen usw.«* (Der Marburger Studenten-Prozeß, Leipzig/Berlin 1921, S. 24, vgl. S. 53, 106). Nach seinen eigenen Darlegungen hat Selchow gegenüber General Rumschöttel ausgeführt, daß die Gefangenen, wären sie lebend bis Gotha gekommen, dort vom Standgericht zum Tode verurteilt worden wären, und letzten Endes komme es auf den Abschreckungseffekt an. *»Daß man uns Studenten mit jedem erdenklichen Dreck bewerfen wird, ist selbstverständlich, wäre aber auch geschehen, wenn ein standgerichtliches Urteil, das ich als Kommandeur zu bestätigen gehabt hätte und bestätigt hätte, die Leute zum Tode verurteilt hätte. Vielleicht ist es so am besten.«* (Selchow, a.a.O., S. 337)
11 Denkschrift des Reichsjustizministeriums zu »Vier Jahre politischer Mord«, hg. v. Emil Julius Gumbel, Berlin o. J. (1924), S. 123f.; Hervorhebung von mir
12 Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz, a.a.O., Bd. II, S. 544 - 546; zum Zustandekommen dieser Aussage vgl. Marburger Studenten-Prozeß, a.a.O., S. 55
13 Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz, a.a.O., Bd. II, S. 545f., Anm. 4

14 Marburger Studenten-Prozeß, a.a.O.; nach dieser Primärquelle, und zwar mit wiederholter »Umfrisierung« der Zitate: Friedrich-Karl Kaul: Justiz wird zum Verbrechen, Berlin-DDR 1953, S. 71 - 84; teilweise nach Kaul, ohne diesen zu nennen: Heinrich Hannover/Elisabeth Hannover-Drück: Politische Justiz 1918 - 1933, Frankfurt 1966, S. 99 - 144; Selchow, a.a.O., S. 344 f., 364

15 Kurt Tucholsky: Gesammelte Werke, Bd. I, Reinbek 1960, S. 692f.; vgl. die Texte »Die Marburger«, »Marburger Nachwuchs«, »Schaumlöffelei«, ebd., S. 685f., 686f., 715ff.

16 Martin Rade, a.a.O., Spalte 262, 263, 280; Hervorhebung im Original

17 Selchow, a.a.O., S. 339

18 Franz Hammer, Freistaat Gotha im Kapp-Putsch. Nach Dokumenten und Erinnerungen alter Mitkämpfer, Berlin-DDR 1955, S. 119f.

19 Marburger Studenten-Prozeß, a.a.O., S. 74

20 Reichs-Gesetzblatt 1920, I, S. 470 - 473

21 ebd., S. 470

22 Felix Halle: Deutsche Sondergerichtsbarkeit 1918 - 1921. Die bayerischen Volksgerichte, das Standrecht, die politischen und wirtschaftlichen Sondergerichte in Deutschland vor und nach dem Erlaß der Weimarer Verfassung, Berlin/Leipzig 1922, S. 49, Anmerkung; vgl. ebd., S. 52

23 Bundesarchiv Koblenz, R 43 I / 2698, Blatt 120

24 ebd., Blatt 121 - 125. Zum abgekürzten prozessualen Verfahren bemerkte Felix Halle, a.a.O., S. 42f.: »*Damit schafft die Verordnung... für Anklagen, bei denen auf Todesstrafe, auf lebenslängliche oder langjährige Zuchthausstrafen erkannt werden kann, einen Rechtsgang, den der Gesetzgeber im ordentlichen Verfahren nur für Bagatellangelegenheiten als ausreichend angesehen hat*«.

25 Bundesarchiv Koblenz, R 43 I / 2698, Blatt 131

26 ebd., Blatt 137

27 ebd., Blatt 139 - 144

28 ebd., Blatt 156f.

29 ebd., Blatt 159

30 Bundesarchiv Koblenz, R 43 I / 2699, Blatt 8, 8a, 10 - 12

31 Reichs-Gesetzblatt 1920, I, S. 207f.

32 Bundesarchiv - Militärarchiv Freiburg, RH 53 - 6 / 91, Blatt 59; Beschränkung auf den Regierungsbezirk Düsseldorf: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bd. 341, S. 2240, Nr. 2131

33 Eine eingehende Analyse der Sozialstruktur dieser Stadt in meiner Untersuchung: Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt 1976

34 Bundesarchiv Koblenz, R 43 I / 2711, Blatt 84

35 Bundesarchiv Koblenz, R 43 I / 2699, Blatt 8

36 wie Anm. 34

37 Bundesarchiv Koblenz, R 43 I / 2699, Blatt 10f.

38 Reichs-Gesetzblatt 1920, I, S. 472

39 ebd., S. 470

40 ebd.; Hervorhebungen von mir

James Wickham

Sozialfaschismus und Spaltung der Arbeiterbewegung: Arbeiter und Politische Parteien im Raum Frankfurt 1929/30

Wie konnte es angesichts der offensichtlichen Bedrohung durch den Nationalsozialismus zur Spaltung der Arbeiterbewegung kommen? Diese Arbeit will nachweisen, daß diese Spaltung, repräsentiert durch die Sozialfaschismus-Linie der europäischen kommunistischen Parteien in den späten zwanziger Jahren, weder durch eine 'politische' Kritik der Arbeiterparteien, noch durch eine 'soziologische' Analyse der Klassenzusammensetzung adäquat beurteilt werden kann. Statt dessen wird eine historische Analyse der formellen und informellen Institutionen der deutschen Arbeiterbewegung entwickelt, die die künstliche Trennung zwischen 'Organisation' und 'Spontaneität' aufbricht. Durch diese Analyse wird deutlich, wie durch den Niedergang der informellen Klassenorganisationen Mitte der zwanziger Jahre eine Situation entstand, in der die Sozialfaschismus-Linie zu einer 'self-fulfilling prophecy' werden konnte. Diese Schwerpunktlegung auf die informellen Organisationen der Arbeiterklasse macht es notwendig, nicht nur die politischen Parteien, sondern die Arbeiterbewegung als Ganze zum Untersuchungsgegenstand zu machen. Hiermit befinden wir uns jedoch unmittelbar auf unerforschtem Terrain, da, obwohl Sozialisten fortwährend von der 'Arbeiterbewegung' sprechen, es doch in keiner Weise eindeutig ist, was eigentlich damit gemeint ist. Die politische Geschichte der Arbeiterbewegung wird normalerweise entweder als Geschichte der politischen Institutionen (Parteien, Gewerkschaften etc.) oder als 'Sozialgeschichte' der Basis dieser Organisationen geschrieben. Dem Rechnung tragend, wird im ersten Teil der Arbeit versucht, den Begriff der 'Arbeiterbewegung' theoretisch zu erfassen. Die folgenden Abschnitte befassen sich mit der politischen Organisation in einem örtlich begrenzten Bereich Deutschlands, vor allem während der Jahre 1929/30. Dieser lokale Schwerpunkt ist wichtig, weil nur so die Beantwortung der Fragen möglich wird, die sich aus dem Problem des Verständnisses von 'Arbeiterbewegung' ergeben – besonders in der Konzentration auf die Natur der eigentlichen Situation, in der die politische Organisierung stattfindet.

1. Die Arbeiterbewegung

Jede Auseinandersetzung mit der Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung durch den Nationalsozialismus muß die 'ultra-linke' Politik der KPD erklären können. Dies geschieht nicht dadurch, daß den Kommunisten alle Schuld für den Erfolg der Nazis zugeschoben wird, wohin zeitgenössische sozialdemokratische Darstellungen tendieren, noch durch die Behauptung, die SPD-Führung selbst sei ausdrücklich zur Kooperation mit der KPD bereit gewesen, wenn auch nur zu einem defensiven Bündnis gegen die Nazis.
Die Analyse der Situation von 1929/30 beginnt mit dem Problem der KPD einfach deshalb, weil diese Partei den Anspruch erhob, sowohl gegen den Faschismus als auch für den Sozialismus kämpfen zu können. Jede Beurteilung der Politik der KPD muß erklären können, wie die KPD bei dem bestehenden Anti-Kommunismus der Sozialdemokraten dazu kam, eine Politik zu verfolgen, die, wie sich zurückblickend feststellen läßt, die Erreichung ihrer Ziele unmöglich machte. Wie später deutlich werden wird, berührt die Darstellung der Gründe hierfür allgemeine Probleme der Analyse der Politik der Arbeiterklasse, die

sich kaum auf das Problem der KPD während der Weimarer Republik beschränken lassen. Wenn eine solche Erklärung gleichzeitig ein Zurückgreifen auf eine Sprache, die mehr der soziologischen als der engeren marxistischen Terminologie entstammt, nötig macht, so liegt dies daran, daß eine erstaunliche Schwäche herkömmlicher marxistischer Theorie aus ihrer Unfähigkeit resultiert, die Formen der Politik der Arbeiterklasse unter ganz bestimmten Umständen zu analysieren. Üblicherweise setzt man sich mit der Sozialfaschismus-Doktrin – wie mit den meisten spezifischen Formen der Politik der Arbeiterklasse – in einer wechselnden Mischung von zwei sich letztlich widersprechenden Argumenten auseinander. Auf der einen Seite gibt es einen Ansatz, den man als 'ökonomistisch' bezeichnen könnte, wie er beispielsweise in den Arbeiten, die in der Tradition der Analyse der 'Massengesellschaft' stehen, zu finden ist (vgl. Barbu, 1956; Kornhauser, 1960). Die Ursache für die Spaltung der Arbeiterklasse in zwei einander gegenüberstehende Lager wird in der Massenarbeitslosigkeit der 'Großen Depression' gesehen: auf der einen Seite die Beschäftigten, auf der anderen Seite die Arbeitslosen, die sich analog dazu in SPD und KPD organisierten. Politik soll hier direkt durch die soziale Situation erklärt werden, aus der dann das politische Handeln unmittelbar erwächst. Tatsächlich läßt sich diese Position zutreffender als soziologisch beschreiben, da sie annimmt, Beschäftigte und Arbeitslose bildeten zwei unterschiedliche soziale Gruppen, was unterschiedliche Parteien einfach widerspiegelten. Die empirischen Probleme einer solchen Argumentation liegen auf der Hand: Es ist leicht, Gegenbeispiele außerhalb Deutschlands zu finden, wo in der 'Depression' Massenarbeitslosigkeit zu politischer Apathie und nicht zu revolutionärer Politik geführt hat[1]. Ebenso ist klar, daß innerhalb Deutschlands die Mitglieder von SPD und KPD, ganz abgesehen von der Wählerschaft, nicht einfach mit Beschäftigten und Arbeitslosen identisch waren. Theoretisch geht der 'soziologische Ansatz' davon aus, die Arbeitslosen könnten als feste soziale Gruppe behandelt werden, und weiter, diese Gruppe könnte automatisch als radikal angesehen werden, ohne dabei die tatsächliche Politik dieses Radikalismus genau zu untersuchen. Im Gegensatz hierzu argumentiert der sogenannte 'politische' Ansatz genau anders herum, indem er die Politik der KPD nur aus den Entscheidungen ihrer Führung erklärt und indem er die soziale Basis der Partei als unwichtig behandelt (vgl. Weber, 1969; Bahne, 1976). Konsequenterweise kann man nun nicht mehr fragen, warum die Parteimitglieder eine bestimmte Politik tatsächlich hätten akzeptieren sollen, da sie ohnehin nur als Ausführende der von der Parteispitze kommenden Befehle betrachtet werden.

Praktisch benutzen die meisten Darstellungen eine Mischung dieser Ansätze. Doch wenn beide Argumentationen theoretisch unbrauchbar sind, die eine, weil sie Politik auf ein blosses Resultat der sozialen Situation reduziert, die andere, weil in ihr Politik unabhängig von den Betroffenen erscheint, kann die bloße Addition beider Ansätze nicht weiter helfen. Es wird notwendig, die Ausgangspunkte einer Diskussion zu verändern, innerhalb derer die beiden Positionen gegensätzliche Pole sind. Bevor jedoch entwickelt werden soll, wie dies geschehen kann, ist es nützlich, zwei einflußreiche marxistische Arbeiten neueren Datums zu betrachten, von denen jede mit besonderer Deutlichkeit eine der beiden Positionen ausdrückt. Zuerst Poulantzas' »Faschismus und Diktatur«, dann Roths »Die 'andere' Arbeiterbewegung«.

Poulantzas sieht die Politik der KPD innerhalb der allgemeinen Komintern-Linie eingebettet, die er insgesamt als 'ökonomische Abweichung' charakterisiert. Dies bezieht sich einmal auf die Auffassung, daß die Entwicklung der Produktivkräfte den Sieg des Sozialismus letztendlich sicherstellt, und in engem Zusammenhang hiermit, daß der Kapitalismus auf

den bloßen Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie reduzierbar ist.
Innerhalb dieser allgemeinen Ausrichtung waren die aufgetretenen strategischen Gegensätze zwischen 'Volksfront' und 'Klasse gegen Klasse' einfach rechte und linke Varianten der allgemeinen Linie: Die Entscheidung zwischen beiden wurde in letzter Instanz von der jeweiligen Situation des Klassenkampfes in der Sowjetunion bestimmt. Poulantzas' Diskussion der Komintern-Theorie ist deshalb wichtig, weil sie zeigt, in welch vielfältiger Weise traditionelle trotzkistische Kritik auf ähnlichen Annahmen beruht wie die Positionen, die sie kritisiert. Auf jeden Fall bringt die Beschränkung der Analyse auf die ausdrücklichen Verlautbarungen der Komintern einige Probleme mit sich. Erstens geht Poulantzas davon aus, die tatsächliche Politik der Komintern-Führer hätte mit ihren Verlautbarungen übereingestimmt; dies ist jedoch nicht haltbar. So gibt es beispielsweise wichtige (und schon lange zugängliche) Beweise dafür, daß die Führer der Komintern im Gegensatz zum durchschnittlichen KPD-Kämpfer eine Revolution am Ende der Weimarer Republik kaum für realistisch hielten. Weiterhin können die sowjetischen Eingriffe in die KPD-Politik nur schwerlich noch als Abweichungen innerhalb der Komintern-Theorie begriffen werden. Auch wenn die KPD und die Komintern öffentlich über die 'reaktionären Monopolkapitalisten' herzogen, war das Hauptziel der Außenpolitik des sowjetischen Staates tatsächlich die Verhinderung einer französisch-deutschen Allianz. Dementsprechend waren dieselben reaktionären Monopolisten potentielle und zeitweilige Verbündete, gerade weil sie Revanchisten und Francophobe waren, während die SPD als 'Erfüllungs'-Gehilfe der Bedingungen des Versailler Vertrags notwendig der Hauptgegner war (vgl. Weingartner, 1970, bes. S. 21f u. 77ff).
Wichtiger aber noch ist: Indem Poulantzas - wie die traditionelle Geschichtsschreibung der KPD - die Ursprünge der Sozialfaschismus-Doktrin in der Sowjetunion lokalisiert, ist er nicht in der Lage zu erklären, warum eine solche Politik von mehr als einer viertel Million Mitglieder der KPD unterstützt oder zumindest passiv hingenommen wurde. So legitimiert die 'Bolschewisierung' der KPD die isolierte Behandlung der Partei, abgelöst von der Arbeiterklasse, als deren Teil sie sich verstand. Dieser Fehler kann nicht dadurch beseitigt werden, daß die Folgen der Beteiligung der SPD an der Regierung der großen Koalition von 1928-30 und die damit verbundene anwachsende Unterdrückung der kommunistischen Opposition in den Gewerkschaften herausgestellt werden: beides Faktoren, die nach Lehndorff die KPD zur Annahme der Sozialfaschismus-Theorie gedrängt haben. Die Tatsache, daß die Führungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften nach rechts abdrifteten, bedeutet für sich allein noch nicht, daß die KPD-Mitglieder automatisch keine andere realistische Möglichkeit mehr hatten, als diese Organisationen als grundsätzlich reaktionär zu behandeln. Es war ein SPD-Minister, der die Armee 1919 zur Zerschlagung der Arbeiter- und Soldatenräte benutzt hatte, und es war auch ein SPD-Minister hauptverantwortlich für die Niederschlagung des Aufstands an der Ruhr 1920; doch dies hatte nicht dazu geführt, daß die KPD-Mitglieder die Zusammenarbeit mit Mitgliedern der SPD auf lokaler Ebene oder die Mitarbeit in den Gewerkschaften verweigert hätten, wozu jedoch 1929 viele KPD-Mitglieder bereit waren.
Es wird deutlich, daß dieses Problem nicht mit Argumenten gelöst werden kann, die sich ausschließlich auf die politischen Entscheidungen konzentrieren, ohne auf die Klasse selbst einzugehen, an die sich diese Politik gewendet hat. Dieser Aspekt gibt den neueren Beiträgen einiger deutscher sozialistischer Historiker, die sich mit der inneren Struktur der Arbeiterklasse beschäftigen, ihre Relevanz[2]. So argumentiert Roth in seiner bahnbrechenden

und höchst einflußreichen Neuanalyse der Entwicklung der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse, daß die Geschichte dieser Klasse die Geschichte einer ständigen Spaltung durch das Kapital sei, und zwar durch Schaffung eines privilegierten, ausgebildeten und reformistischen Teils, auf dem alle offiziellen Arbeiterorganisation fußten. Im Gegensatz zu diesen seien es die ungelernten und angelernten, dem Kommando des Kapitals am unmittelbarsten ausgesetzten Massenarbeiter – oft Ausländer, aber immer kulturell und politisch desintegriert, von den herkömmlichen politischen Organisationen verachtet und von der traditionellen Geschichtsschreibung vernachlässigt –, bei denen im Kapitalismus die wirkliche revolutionäre Kraft liege.

Roths 'Geschichtsschreibung von unten' hat sicherlich die Masse der ungelernten, scheinbar 'unpolitischen' Arbeiter vor der Geringschätzung oder Ignorierung durch die konventionellen Historiker befreit. So wie die Argumentation allerdings verläuft, ist sie in der Tat ein Spiegelbild derjenigen von Poulantzas, weil Roth die Fragen der politischen Theorie und Strategie als direkte Äußerung besonderer sozialer Gruppen behandelt. Die Trennung zwischen revolutionärer und reformistischer Politik spiegelt ihm zufolge nur die Teilung zwischen privilegierten und nicht-privilegierten Arbeitern wider[3]. Weil er auf diese Weise argumentiert, weil seine eher kursorische Abhandlung über die letzten Jahre der Weimarer Republik die arbeitslosen und ungelernten, 'vermassten' Arbeiter als sozial identisch behandelt, erscheint es legitim, Roths Theorie als eine marxistische Version der Argumentation von der automatischen Radikalisierung der Arbeitslosen, wie sie oben kritisiert wurde, zu begreifen.

Das erste Problem mit Roth's Ansatz entsteht aus seiner Annahme, nur die Aktionen der 'anderen Arbeiterbewegung' seien von Bedeutung[4]. Folglich sieht Roth in überraschender Annäherung an die offiziellen Komintern-Analysen der letzten Periode der Weimarer Republik diese Phase als eine Zeit der erneuten Massenoffensive, in der die ungelernten und beschäftigungslosen Arbeiter wieder zum Angriff übergingen. Dies ist jedoch nicht nur eine völlige Überschätzung der Bedeutung der Streiks und der Arbeitslosendemonstrationen, die es natürlich gab. Wichtiger noch ist, daß er keine Notiz von ihrem zentralen Problem nimmt, nämlich ihrer Isolation vom Großteil der Arbeiterklasse. Zweitens bedient sich Roth einer inadäquaten Organisationstheorie[5]. Revolutionäre Kämpfe, so scheint es, sind nur solche, die die Macht des Kapitals direkt herausfordern; sie sind definiert als all die Kämpfe, die außerhalb der offiziellen Organisationen der Arbeiterklasse stattfinden. Streiks außerhalb der Gewerkschaften stellen nach Roth automatisch die von diesen Organisationen institutionalisierte Trennung zwischen politischem und wirtschaftlichem Konflikt in Frage; 'wilde' oder 'inoffizielle' Streiks sind somit de facto 'revolutionär'. Diese Fetischisierung von 'Spontaneität' verhindert jede Überprüfung der tatsächlichen organisatorischen Form solcher Kämpfe – es wird einfach angenommen, diese Kämpfe seien spontan gewesen, da es keine bezahlten Funktionäre oder aufgezeichnete Protokolle gegeben habe. Obwohl Roth zwar der erste unter den sozialistischen Historikern in Deutschland ist, der die Frage nach der politischen Bedeutung der Teilungen innerhalb der Arbeiterklasse stellt, setzt er die Arbeiterelite in Gegensatz zu den Massenarbeitern und sieht wie ein altmodischer konservativer Historiker die Masse ganz genau als Masse: unorganisiert, führungslos, impulsiv, elementar; die Begriffe sind dieselben, nur die moralische Bewertung ist umgekehrt.

Die Argumentationen von beiden, Roth und Poulantzas, entpuppen sich als solche, die innerhalb desselben Schemas operieren: Polarisierung zwischen Führern und Geführ-

ten, zwischen Organisation und Spontaneität. Statt der konventionellen Lösung zu folgen, nämlich einer eklektischen Kombination beider Positionen, ist es hingegen notwendig, dieses Gegensatzpaar aufzubrechen und sich auf die Organisierung der Arbeiterbewegung selbst zu konzentrieren; auf die Organisierung deshalb, weil die Klassenkämpfe - entgegen der Annahme von Roth -, wie unmittelbar sie auch erscheinen mögen, doch immer Organisierung hervorbringen und nie die gleichzeitige Bewegung aller Mitglieder einer spezifischen sozialen Gruppe sind; auf Arbeiterbewegung - gegen Poulantzas gerichtet -, weil Klassenkampf niemals die Privatangelegenheit spezifischer Institutionen ist, nicht einmal revolutionärer Parteien.

Ein solcher Ansatz nimmt seinen Ausgangspunkt weder bei den politischen Linien, noch bei der jeweiligen sozialen Basis, sondern bei den täglichen Auseinandersetzungen der Militanten. Dies erklärt, warum Organisierung nicht ausschließlich auf die Aktivitäten von Institutionen wie Gewerkschaften und Parteien bezogen werden kann, da diese die formalisierte Spitze eines potentiell viel weiteren Netzwerks von gemeinsamen Aktivitäten sind. Folglich muß sich der Begriff Arbeiterbewegung auf jeglichen Widerstand gegen kapitalistische Herrschaft und Ausbeutung beziehen, der immer beides ist: kollektiv und explizit. Um deutlich zu machen, daß es sich hier um soziale Bewegung handelt, erscheint es hilfreich, zwischen Institutionen und Quasi-Institutionen zu unterscheiden. Mit **Institutionen** sind formale Organisationen gemeint: mit kodifizierten organisatorischen Strukturen, klar definierter Mitgliedschaft und mit zumeist bezahlten Funktionären. Die Institutionen der Arbeiterbewegung sind folglich vor allem die politischen Parteien und die Gewerkschaften zusammen mit ihren Nebenorganisationen. Darüber hinaus schließen sie im Deutschland der Weimarer Zeit auch die starken Arbeitersport- und Arbeitergesangvereine mit ein, da es sich auch bei ihnen um formale Organisationen handelte (mit eigenen Vollzeit-Funktionären), die ausdrücklich an die politischen Positionen der Arbeiterklasse gebunden waren. **Quasi-Institutionen** sind im Gegensatz hierzu weniger formalisiert und reichen von Vertrauensleuten und Mietervereinigungen (von denen einige zu Institutionen im vollen Sinne wurden) über Organisationen wie die Versammlung der Fabrikdelegierten bis zu Freundschaftsnetzen und anderen 'informellen' Kontakten. Alle sind auch eine Form politischer Organisierung, sie alle sind Wege, auf denen Leute zusammenkommen, um gemeinsam Widerstand zu leisten. Die Arbeiterbewegung umfaßt also beides, sowohl Institutionen als auch Quasi-Institutionen.

Die Arbeiterbewegung auf diese Weise zu begreifen ist aus zwei Gründen wichtig. Erstens werden hierdurch viele Probleme, die mit dem Begriff des 'Klassenbewußtseins' zusammenhängen, überwunden. Nicht nur, daß feststellbare Tätigkeiten und nicht zugeschriebene Ideen analysiert werden; gleichzeitig wird auch das immer wieder auftretende Problem gelöst, daß die politischen Aktionen der 'Arbeiterklasse' nie wirklich alle Mitglieder der Arbeiterklasse erfassen, und an ihnen auch beinahe immer Nicht-Arbeiter beteiligt sind (vgl. Hindess, 1970). Indem die Arbeiterbewegung und nicht die Arbeiterklasse als solche Untersuchungsobjekt wird, wird die fragwürdige Begrifflichkeit des Klassen-Subjekts entbehrlich. Zweitens erlaubt dieser Ansatz, den Widerspruch von Spontaneität und Organisation aufzubrechen, der letztlich eine fragwürdige Erbschaft des Leninismus innerhalb der marxistischen Theorie darstellt. Es wird nun möglich, die ganze politische Bedeutung von Gramscis Auffassung zu erfassen, daß es Spontaneität als solche nicht gibt. So wird den täglichen Organisations-Aktivitäten ihr rechtmäßiger Platz zugewiesen, ohne dem theoretischen Spontaneismus zu verfallen[6].

So wichtig es ist, die Arbeiterbewegung weiter zu fassen als ihre offiziellen Institutionen, so wichtig ist es, sie zu begrenzen. Die Arbeiterbewegung umfaßt weder Formen des Widerstandes, die entweder nur individualistisch oder – noch wichtiger – subkulturell sind, noch ist sie mit der von Negt und Kluge entwickelten Theorie der 'proletarischen Öffentlichkeit' identisch: Nicht nur, daß diese Autoren 'Öffentlichkeit' im wesentlichen als Erweiterung von 'Bewußtsein' fassen, darüber hinaus wird der Politik-Begriff für Fragen des Lebensstils verwendet, wodurch der Bereich des Politischen zu sehr ausgedehnt wird. Formen der Anpassung oder des Widerstandes gegen den Kapitalismus, wie die traditionelle Arbeiterfamilie oder die heutige Form der Jugendkultur, können zwar tatsächlich ein größeres Hindernis für einen glatten Verlauf der Kapitalakkumulation darstellen als etwa eine gut integrierte Gewerkschaftsbewegung (vgl. Clarke u.a., 1979), aber solcher Widerstand ist meist 'unbewußt'. Er hat nicht den besonderen Charakter einer sozialen Bewegung, einer organisierten Praxis, die sich auf eine (wie auch immer begrenzte) Veränderung der Gesellschaft richtet.

Die Arbeiterbewegung im Gegensatz zur Arbeiterkultur schließt ausdrücklich Widerstand mit ein. Als solche ist sie trotz ihrer Rhetorik nicht die Klasse selbst: Die Welt der Arbeiterbewegung ist die Welt der Kämpfer an der Basis, ihrer Versuche, für die wirtschaftliche, politische und ideologische Veränderung aktive Teilnahme zu mobilisieren. Diese Schicht von Kämpfern verändert sich ständig. Die entscheidenden Fragen einer materialistischen Analyse über die Ursprünge und Auswirkungen der Sozialfaschismus-Doktrin betreffen nicht nur die Zahl und den sozialen Ort dieser Kämpfer, obwohl diese offensichtlich wichtig sind, sondern vor allem die organisatorischen Formen der Arbeiterbewegung, die sie hervorgebracht haben.

Erstens ist es wichtig zu prüfen, inwieweit eine einheitliche Arbeiterbewegung vor dem Heraufkommen der Sozialfaschismus-Doktrin existiert hat. Dies ist, wie nicht oft genug betont werden kann, nicht hauptsächlich eine Frage des Ausmaßes der Kooperation zwischen KPD und SPD auf Parteiebene, sondern des Problems, inwieweit es den Parteikämpfern möglich war, miteinander über Parteigrenzen hinweg zusammenzuarbeiten. In welchem Ausmaß geschah dies? Welche Form nahm diese Kooperation an? Welches war ihre quasi-institutionelle Basis? Mit anderen Worten: Inwieweit existierten Quasi-Institutionen, die eine solche Zusammenarbeit unabhängig von den Parteien selbst ermöglichten? Weiterhin ist es, um die Auswirkungen der Sozialfaschismus-Doktrin beurteilen zu können, notwendig zu wissen, was sie für diese quasi-institutionellen Verbindungen bedeutete: Die Spaltung der Arbeiterbewegung durch die Politik des Sozialfaschismus kann nur dort nachgewiesen werden, wo sie eine bestehende informelle Zusammenarbeit tatsächlich unmöglich gemacht hat.

Zweitens stellt sich die Frage, in welchem Ausmaße die Arbeiterbewegung von den eigentlichen politischen Parteien unabhängig war: Wo Militante innerhalb eines quasi-institutionellen Bereichs, der außerhalb der Kontrolle irgendeiner politischen Partei lag, operieren konnten, verfügten sie über eine Machtbasis, auf die die Parteiführung hätte reagieren müssen. Falls aber die KPD-Oppositionellen kein anderes Betätigungsfeld hatten als die KPD selbst, blieb ihnen im Falle eines Ausschlusses keine andere Wahl als die Inaktivität oder der Beitritt zur SPD, da die Bildung einer neuen Partei für sie eine unrealistische Möglichkeit war. Mit anderen Worten: Soweit die Arbeiterbewegung in ihrer Zusammensetzung tatsächlich mit den politischen Parteien übereinstimmte, konnte deren Opposition relativ leicht von den Parteiführungen überrollt werden.

Drittens stellt sich die Frage, wie das Verhältnis der Arbeiterbewegung zu den verschiedenen Sektionen der Arbeiterklasse war. Existierten Quasi-Institutionen, die die verschiedenen wirtschaftlichen Trennungen innerhalb der Klasse, zwischen den Gelernten und den Ungelernten, den Beschäftigten und den Arbeitslosen oder sogar zwischen den Männern und den Frauen überwanden? Wenn dies der Fall war, hätte die revolutionäre Politik realistische Chancen gehabt, weite Bereiche der Arbeiterklasse zu erreichen. Wenn dies jedoch nicht zutraf, konnten solche sozialen Teilungen auch politische Teilungen werden, und revolutionäre Politik konnte in das Ghetto eines besonderen Teils der Klasse abgekapselt werden. Offensichtlich bringt die Behandlung solcher Fragen in der historischen Forschung sowohl methodische als auch theoretische Probleme mit sich. Schließlich besteht ein Grund dafür, daß die Geschichte der Arbeiterbewegung oft als Institutionen- oder Ideologiegeschichte geschrieben wurde mit darin, daß dies einfacher ist, auch wenn dieses Vorgehen unglücklicherweise dazu führt, daß die offiziellen Verlautbarungen und Organisationsformen als die tatsächliche Politik akzeptiert werden. Solche Probleme sind im Fall der Weimarer Republik besonders akut, da hier gerade die Stärke der Arbeiterbewegung die riesigen organisierten Institutionen mit einschließt, die beständig Dokumentationen ihrer eigenen Existenz produzierten.

Trotzdem können die herkömmlichen Quellen lokalpolitischer Geschichte – vor allem Zeitungen und Polizeiberichte – zur Rekonstruktion der Form der Arbeiterbewegung im Weimarer Deutschland benutzt werden. Diese ermöglichen eine Analyse des Sozialfaschismus, die sowohl über eine 'politische' Kritik der eigentlichen KPD-Theorie als auch über eine nur 'soziologische' Analyse der sozialen Basis der Partei hinausgeht. Die Einschätzung der Sozialfaschismus-Strategie aus dieser Perspektive umfaßt nicht allein das Ausmaß der Auswirkungen dieser Strategie auf das 'Arbeiterbewußtsein', sondern vor allem auf die Organisierung der Arbeiterbewegung selbst. Die KPD wäre im Kampf gegen den Faschismus in dem Ausmaß erfolgreich gewesen, in dem sie die Bewegung hätte einigen und verbreitern und so die Spaltungen überwinden können, die durch die Rationalisierungen und die daraus entstehende Massenarbeitslosigkeit hervorgerufen worden waren. Die Wirkung der KPD als Partei der sozialistischen Umwälzung hing davon ab, inwieweit es ihr gelang, politischen Praktiken, die dem Ziel des Sozialismus dienten, in der Arbeiterbewegung selbst Vorrang zu verschaffen. Wie wir nun sehen werden, versagte die KPD bei der Durchsetzung solcher Ziele vollständig. Statt dessen verstärkte sie systematisch die vorhandenen, auf die Spaltung der Bewegung hinwirkenden Kräfte und betrieb damit die Isolierung der Partei; gleichwohl waren es dieselben Tendenzen, die sich – zusammen mit der eigentlichen Politik von SPD und KPD – auf die Organisierung der Bewegung auswirkten und denen auch die unbestreitbare 'Attraktivität' und 'Rationalität' entsprangen, die die Sozialfaschismus-Doktrin für die Anhänger der KPD besaß.

2. Die KPD und die Vorbedingungen der Niederlage

Die notwendigen Vorbedingungen der Sozialfaschismus-Politik der KPD und – damit verbunden – ihrer letztendlichen Niederlage 1933 waren Veränderungen innerhalb der Arbeiterbewegung, die vor dem Einsetzen der neuen politischen und ökonomischen Krise auftraten. Wie in diesem ersten Abschnitt der Fallstudie für den Raum Frankfurt zu demonstrieren versucht wird[7], hat es zwischen 1923 und 1929 größere Veränderungen in den Organisationsformen der Arbeiterbewegung selbst wie auch im Verhältnis zwischen der ei-

gentlichen Bewegung einerseits und der KPD und der SPD andererseits sowie im Verhältnis zwischen der Arbeiterbewegung und der Arbeiterklasse als Ganze gegeben. Das bedeutet, daß der Ausgangspunkt zu einer Erklärung des Sozialfaschismus weder allein in der Entwicklung einer eigenen Strategie der KPD liegt noch allein in den ökonomischen Veränderungen, sondern dort, wo das Zusammenspiel dieser Faktoren Veränderungen in der Arbeiterbewegung selbst hervorgerufen hat.

Die neuere Forschung über die KPD in der Weimarer Republik, vor allem Eva-Cornelia Schöcks wichtige Studie »Arbeitslosigkeit und Rationalisierung«, neigt zu der Argumentation, die KPD sei schon 1929 sowohl sozial als auch politisch isoliert gewesen. Dies muß jedoch stark eingeschränkt werden. So ist z.B. klar, daß während dieser Periode die KPD keinesfalls nur eine Partei der Arbeitslosen gewesen ist: 1927 befand sich nicht nur die Mehrzahl der Mitglieder in einem Arbeitsverhältnis, 62 % von ihnen waren sogar gewerkschaftlich organisiert; im Bezirk Hessen-Frankfurt war ihr Anteil mit über 70 % tatsächlich überdurchschnittlich hoch[8]. Wie auch anderswo in Deutschland hatte die Partei im Bezirk Frankfurt während der Periode relativer Stabilität beträchtlich an Boden gewonnen, besonders außerhalb der Stadt selber. So spielte die KPD sowohl im angrenzenden Offenbach, einer Stadt, die auf kleinerer leder- und metallverarbeitender Industrie basierte, wie auch im nahegelegenen Hanau, einer Industriestadt mit vorwiegend kleiner Metallindustrie, eine wichtige Rolle in der städtischen Politik und vor allem bei den lokalen Gewerkschaftsangelegenheiten; in Hanau kontrollierte sie den Ortsverband des DMV (Deutscher Metallarbeiter Verband), in Offenbach den der Lederarbeiter.

In Frankfurt selbst war der Einfluß der KPD in Gewerkschaftsangelegenheiten bei weitem geringer, aber dies bedeutete nicht, daß sie politisch isoliert war. Auch nach der Niederlage der Massenbewegungen von 1923 war sie noch in der Lage, so populäre Kampagnen wie die Solidaritätsbewegung mit dem britischen Generalstreik von 1926 (eine Kampagne, die in einer Veranstaltung mit 20.000 Teilnehmern im größten Saal der Stadt gipfelte), die Kampagne für die Befreiung von Sacco und Vanzetti und vor allem die Referendumsbewegung für die Enteignung alter Adelsfamilien zu initiieren. 1928 distanzierte sich die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Frankfurt immer mehr von der liberalen, auf städtische Expansion gerichteten Politik des Bürgermeisters. Für den Fraktionsvorsitzenden Karl Kirchner wurde es daher möglich, ernsthaft die vom linken Flügel seiner Partei befürwortete Politik einer Allianz mit der KPD auf lokaler Ebene in Erwägung zu ziehen[9]. Weiterhin darf man nicht unterschätzen, daß den KPD-Mitgliedern die kulturellen Organisationen – wie Arbeitersport- und Arbeitergesangvereine – offenstanden. Die SPD kontrollierte zwar diese Vereine und sorgte dafür, daß sie städtische Unterstützung erhielten; doch bildeten diese Vereine einen allgemeinen Kommunikationsbereich, in dem Aktionen wie Massendemonstrationen und gemeinsame Erholung möglich wurden. Die 1.300 Mitglieder, die die KPD nach ihren eigenen Angaben in Frankfurt 1929 hatte, waren in bezug auf ihre politischen Kontakte daher kaum isoliert.

Jedoch zeigt diese Liste ihrer Aktivitäten auch die potentielle Schwäche der KPD, und hier bestätigt sich Schöcks Theorie von der Wichtigkeit der Veränderungen in der Arbeitslosenstruktur nach 1923, wenn sie auch etwas erweitert werden muß. Alle diese Aktivitäten finden in Bereichen statt, die völlig von der unmittelbaren Produktion getrennt waren: Die organisierte politische Kommunikation zwischen SPD- und KPD-Mitgliedern fand zunehmend außerhalb der Fabriken statt, während die KPD sowohl innerhalb der Fabriken als auch in den Gewerkschaften machtlos war.

Von 1918 bis 1923 waren die Betriebsräteversammlungen das zentrale Betätigungsfeld für die Politik der Frankfurter Arbeiterklasse, auf denen die Repräsentanten aller Fabriken (zusammen mit Arbeitslosenvertretern) öffentlich getagt hatten. Diese Versammlungen waren die quasi-institutionelle Basis einer Reihe revolutionärer und halb-revolutionärer Aufstände in dieser Periode gewesen; so lag beispielsweise das Zentrum des von der KPD ausgerufenen Generalstreiks zur Unterstützung der sozialistischen Regierungen in Sachsen und Thüringen in den Betriebsräteversammlungen. Die Art und Weise, wie diese Kampagne besiegt wurde, ist für spätere Entwicklungen wichtig: Es gelang der SPD, den Streik zu beenden, indem sie die offiziellen Vertrauensleute des DMV gegen die inoffizielle Betriebsräteversammlung ausspielte[10]. Dies war das Ende dieser Versammlungen. Der organisatorische Wandel, der sich in der Periode der Stabilisierung durchsetzte, war eine 'Offizialisierung' der Form der betrieblichen Organisation: Nach der Niederlage von 1923 fand organisierte Kommunikation zwischen den Betrieben nur noch über Gewerkschaftskanäle statt, Lohnverhandlungen verlagerten sich parallel hierzu auf die Vollzeitfunktionäre der Gewerkschaften. Eine entscheidende Vorbedingung für diesen Wandel waren die veränderten ökonomischen Bedingungen in der Metallindustrie, der Schlüsselindustrie der Stadt. Bis 1923 hatte sich diese Industrie in einem durch Exporte getragenen Boom befunden, da Auslandsaufträge leicht gewonnen werden konnten. Die Unternehmer erweiterten die Produktion ständig, vor allem durch Kapazitätserweiterungen. Konfrontiert mit einer extremen Knappheit an qualifizierten Arbeitskräften tolerierten sie eine weitgehende Kontrolle des unmittelbaren Produktionsprozesses durch die Belegschaften und stimmten Lohnforderungen relativ leicht zu. Der Boom in der Metallindustrie wirkte sich auch auf andere Branchen aus: Durch den allgemeinen Arbeitskräftemangel war die Lohnpolitik der Metallindustrie (oder das Fehlen einer solchen) eine Quelle ständiger Spannungen in den Unternehmerverbänden, da die Metallarbeiter die Löhne in den jeweiligen Regionen hochtreiben konnten und einzelne Firmen dort eher Lohnforderungen billigten, als ihre Aufträge zu verlieren.

Darüber hinaus bedeutete der Boom nicht nur geringe Arbeitslosigkeit und einen ständigen Bedarf an qualifizierten Arbeitern, er ermöglichte auch einen hohen Grad an Mobilität, besonders der qualifizierten Arbeiter, zwischen verschiedenen Fabriken ihrer Umgebung. Junge Arbeiter, die gerade ihre Lehrzeit abgeschlossen hatten, konnten von einer Fabrik zur anderen wechseln und so größere Erfahrung in ihrem Fach gewinnen und höhere Löhne erzielen. Politische Militante, die ihren Arbeitsplatz in einer Fabrik verloren hatten, konnten sicher sein, fast sofort einen anderen Arbeitsplatz zu finden. Die Frankfurter Metallarbeiter waren auf der Basis ihrer nicht firmenspezifischen Qualifikationen und wegen der Vollbeschäftigung unabhängig von bestimmten Arbeitgebern. Dies war die Vorbedingung für die Stärke ihrer auf Fabrikebene basierenden Organisierung während dieses Zeitraums[11].

Von Ende 1923 an veränderte sich die Situation schlagartig. Das hohe Beschäftigungsniveau brach Ende des Jahres zusammen, belebte sich 1924/25 ein wenig, um sich nach einem neuerlichen großen Rückschlag für die meiste Zeit des Jahres 1928 etwas zu bessern. Obwohl in beiden Perioden der Belebung volle Stundenzahl gearbeitet wurde (d.h. 54 Wochenstunden) und 1928 sogar in kleinerem Umfang Überstunden gemacht wurden, blieb die Situation gegenüber der vorhergegangenen Periode qualitativ verschieden.

Relativ leicht ist es erstens, das Ausmaß der Arbeitslosigkeit nachzuweisen, das - wie Schöck richtig feststellt - nun deutlich zur Bedrohung für alle in der Metallindustrie Be-

schäftigten wurde. Dem örtlichen Büro des DMV zufolge wurden im Dezember 1925 7.000 Metallarbeiter entlassen, weitere 2.000 vorübergehend arbeitslos; 1926 waren 10.000 Arbeiter weniger in der örtlichen Metallindustrie beschäftigt, was bedeutet, daß die Zahl der dort Beschäftigten effektiv halbiert worden war! Obwohl, wie die Tabelle unten zeigt, diese Angaben übertrieben sind, fluktuierte das Beschäftigungsniveau offensichtlich dramatisch. Wichtiger noch ist, daß sowohl das Beschäftigungsniveau als auch der absolute Verlust an Arbeitsplätzen in den beiden Sektoren am größten war, in denen zuvor gewerkschaftliche Organisation und Lohnmilitanz am stärksten gewesen waren: nämlich im Maschinenbau und in der Autoindustrie.

Beschäftigte in der Frankfurter Metallindustrie 1925 - 1932
(1925 = 100)

	Elektro-technik	Maschinen-bau	Autos, Schreib-maschinen	Metall-produkte	Gesamt
	100	100	100	100	100
1925	(6.784)	(7.717)	(7.754)	(6.134)	(28.389)
1926	83.9	62.9	72.3	61.6	70.4
1927	84.4	74.2	74.0	81.2	76.2
1928	90.5	90.4	80.0	83.4	86.1
1929	100.0	74.6	78.1	121.2	91.8
1930	96.0	77.2	56.2	97.2	80.9
1931	78.1	41.1	40.9	75.9	63.0
1932	60.6	26.8	53.4	68.0	51.0

(Quellen: kalkuliert anhand von Jahresberichten der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a.M. - in Klammern die absoluten Zahlen für 1925)

Zum Zweiten wurden, resultierend aus der verschärften Konkurrenz und wegen der Konzentration in der Metallindustrie, einige kleinere Fabriken geschlossen (wie etwa die Veisa-Werke, die im März 1927 die Tore schlossen, nachdem die Firma von Siemens aufgekauft und die Produktion nach Berlin verlagert worden war. Drittens müssen natürlich die Rationalisierungen im Produktionsprozeß selbst genannt werden. Obwohl es unmöglich ist, abschließende, allgemeine Aussagen über Ausmaß und Auswirkungen von Rationalisierungsmaßnahmen innerhalb einer so buntscheckigen Metallindustrie wie der Frankfurts zu diesem Zeitpunkt zu machen, so liegen doch die Beschwerden des DMV vor, daß Frauen in vielen Bereichen Männer ersetzen würden (ein sicherer Beweis sinkender Qualifikationsansprüche) und daß viele Fabriken überhaupt zum ersten Mal Frauen beschäftigten.
Bevor aber die Konsequenzen dieser ökonomischen Veränderungen deutlich gemacht werden können, ist es notwendig, die Rolle der politischen Parteien, vor allem der USPD und der KPD zu untersuchen. Vollbeschäftigung, verbunden mit sich fortsetzenden politischen Krisen und (gegen 1923) der Beschleunigung der Inflation, war Grundlage für wichtige politische Einflußmöglichkeiten der starken Organisationen auf die Fabriken der Metallindustrie. Hinter den Delegiertenversammlungen der Fabrikarbeiter standen die Belegschaften als eine organisierte politische Kraft. So ist bemerkenswert, daß bis 1923 (aber nicht mehr danach) die Massendemonstrationen damit begannen, daß die Arbeiter vorzeitig die Fabri-

ken verließen und gemeinsam zu einem zentralen Versammlungspunkt marschierten. Arbeiter, die zur damaligen Zeit in der Metallindustrie beschäftigt waren, betonen noch heute (vielleicht mit einiger Übertreibung) die Einigkeit und die daraus resultierende Stärke der Belegschaften: die Unternehmer wagten beispielsweise keinerlei Vergeltungsmaßnahmen bei politischen Streiks.

Obwohl die Stärke der Basis in der Zeit von Kriegsende bis zum Oktober 1923 konstant blieb, wechselte sie ihre politische Orientierung. Ungefähr von 1917 an war die USPD die führende politische Kraft unter den Belegschaftsvertretern in der Industrie: Gestützt auf die Kontakte zwischen der Partei und der aktiven Basis organisierte sie beispielsweise die Machtergreifung auf der lokalen politischen Ebene im November 1918 (vgl. Sender, 1940, S. 99ff; Lucas, 1969, S. 16ff). Einen Eindruck von der Bedeutung der Metallarbeiterschaft für die USPD geben die Kommunalwahlen vom März 1919, bei denen 35 der 95 Kandidaten der Partei Metallarbeiter waren, ein Anteil, der von der KPD nie wieder erreicht wurde, geschweige denn von der SPD. Im Laufe des Jahres 1919 konsolidierte die USPD ihre Position im Ortsverband des DMV: Ihre Kandidaten gewannen alle Wahlen für die örtlichen Gewerkschaftsposten trotz einer erbitterten Gegenkampagne der SPD, die bis zu Anschuldigungen der Wahlfälschung ging. Bei der Spaltung der USPD 1921 jedoch traten alle führenden DMV-Funktionäre wieder zur SPD über, und es gelang der KPD nie, die Kontrolle der SPD über den Gewerkschaftsapparat ernstlich zu gefährden. Während dies in der Inflationsperiode für die Machtposition der betrieblichen Arbeiterorganisationen, die damals die Gewerkschaft zu ständigen militanten Lohnverhandlungen zwingen konnten, gleichgültig war, legte diese Machtverschiebung doch den Grundstein für die Niederlage von 1923.

Wie wir gesehen haben, resultierte die unmittelbare Isolierung der KPD im Oktober 1923 daraus, daß die SPD eine Kraftprobe zwischen den direkt gewählten Fabrikdelegierten und der offiziellen Gewerkschaftsorganisation herbeiführte. Dies machte die Spaltung zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen deutlich: Während letztere an den zentralen Betriebsversammlungen teilnehmen konnten, hatten sie natürlich keine direkte Einflußmöglichkeit auf die gewerkschaftlichen Vertrauensleute selbst. Nach der Niederlage reagierten viele Parteimitglieder in Frankfurt wie auch anderswo auf diese schnell einsetzende politische Isolierung, indem sie Positionen einnahmen, die denen fünf Jahre später entsprachen. Viele verließen die Gewerkschaften angeekelt, und manche begannen jetzt heimlich, Waffen zu sammeln. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die neue 'linke' Führung der Partei, Ruth Fischer und Arkadij Maslow, breite Unterstützung zumindest unter den Parteimitgliedern hatte (vgl. Abendroth, 1976, S. 61ff). Es bedurfte in der Tat der Intervention der Komintern, die die 'ultra-linke' Führung praktisch absetzte, um die Politik der Partei zu ändern (vgl. Flechtheim, 1969, S. 228ff).

In gewisser Weise zeigt diese Episode, daß die Komintern an sich nur schwerlich für jede ultra-linke Position der KPD verantwortlich gemacht werden kann, war doch diesmal die Politik klar gegen die Wünsche der Komintern vertreten worden. Im Gegensatz jedoch zu 1929 konnte der Linksruck von den örtlichen Kämpfern oder den Parteiführern nicht als erfolgreich interpretiert werden: Mitgliedschaft und Wählerstimmen gingen dramatisch zurück, und die Beteiligung der Partei an Massenbewegungen war faktisch gleich Null. Sehr wahrscheinlich hätte dieser Rückschlag auch ohne Eingreifen der Komintern zu Veränderungen innerhalb der KPD geführt. Zweifelsohne hat dieser vorübergehende Linksruck die Schwäche der KPD, die sich schon 1923 gezeigt hatte, noch verstärkt: nämlich ihre Ver-

wundbarkeit innerhalb der Fabriken durch die Angriffe aus der offiziellen Gewerkschaftsorganisation, eine Verwundbarkeit, die durch die mangelnden Einflußmöglichkeiten der Partei innerhalb der Gewerkschaften - zumindest auf lokaler Ebene - bedingt war. Die Situation im Jahre 1924 war jedoch besonders ungünstig, da die ablehnende Haltung vieler KPD-Mitglieder gegenüber der Gewerkschaft mit einer wirtschaftlichen Krise einherging, die an sich schon einen Mitgliederrückgang für die Gewerkschaften bedeutete. Bezeichnenderweise fiel der Schwund am deutlichsten bei der Metallarbeitergewerkschaft aus: Der DMV in Frankfurt hatte 1922 seinen höchsten Mitgliederstand von über 29.000 Mitgliedern erreicht. Ende 1923 war die Zahl auf 14.600 und Ende 1924 auf den Tiefpunkt von 10.600 gesunken: Während 1922 über 40 % der Frankfurter Gewerkschafter im DMV organisiert gewesen waren, war der Anteil 1924 auf knapp 18 % gefallen.
Somit zerstörten die ökonomischen zusammen mit den politischen Prozessen die Basis der KPD in der Metallindustrie. Die neuerliche Arbeitsplatzunsicherheit und die Kontrolle der SPD über den Gewerkschaftsapparat sorgten gemeinsam dafür, daß Quasi-Institutionen wie die Betriebsräteversammlungen nicht mehr existieren konnten. Die Treffen von Vertrauensleuten fanden nur noch auf Veranlassung der Gewerkschaften statt.
Zudem scheint es so zu sein, daß die zwischenbetriebliche Mobilität der Arbeiter, insbesondere die von jungen qualifizierten Arbeitern, ebenso zurückging. Dies bedeutete, wie mündliche Aussagen vermuten lassen, daß sich die politisch motivierten Kontakte zwischen Fabriken durch das 'Herumkommen' einzelner Kämpfer verminderten. Im Bereich der unmittelbaren Produktion konnten die Aktivisten nur noch innerhalb der Gewerkschaft oder der Betriebsorganisation ihrer Partei (z.B. in den Fabrikzellen der KPD) operieren, aber nirgends sonst. Sollten darüber hinaus Aktivisten entlassen werden, wurden sie nun wahrscheinlich nicht in gleichem Maße durch andere 'ersetzt'.
Ein gutes Beispiel geben die Adler-Werke, die größte metallverarbeitende Fabrik der Stadt mit einer militanten Gewerkschaftstradition, die mindestens bis zu dem großen Streik von 1912 zurückreicht. 1921 war die Fabrik von kommunistischen Kadern 'gesäubert' worden, nachdem es die starke Position der Partei innerhalb des Betriebes ermöglicht hatte, in Teilen der Fabrik einen Streik zur Unterstützung des März-Aufstandes auszurufen; während diese Arbeiter nicht in die Fabrik zurückkehren konnten, wurden sie doch teilweise durch andere Kommunisten ersetzt. Als die Firma im August 1924 Pläne zur Entlassung von 1.500 Arbeitern ankündigte, wurde eine Versammlung der Kommunisten im Betrieb nur von 100 Teilnehmern besucht, und die Entlassungen wurden ohne jegliche Opposition, ja sogar mit ausdrücklicher Zustimmung der Gewerkschaft und des offiziellen Betriebsrates durchgeführt. Obwohl die Automobilabteilung der Fabrik 1929 mit 97,3 % der Automobilarbeiter als Gewerkschaftsmitglieder die organisationsstärkste Autofabrik Deutschlands war, gibt es dort nach 1924 keine Hinweise auf Aktivitäten der KPD. Das Beispiel der Adler-Werke illustriert eine Tendenz, die für die KPD in ganz Deutschland feststellbar ist und die auch die relativ große Bedeutung erklärt, die Offenbach und Hanau für die Gewerkschaftsarbeit der Partei spielten: Obwohl die Partei einigen Einfluß auch bei den in Beschäftigung befindlichen Arbeitern zurückgewinnen konnte, verschob sich doch ihr Schwerpunkt auf die kleineren Fabriken.
Diese Veränderungen wirkten sich auf den Charakter der Gewerkschaftsorganisation aus. In der gesamten Metallindustrie gab es während der Stabilitätsperiode nur einige kurze Streiks in kleineren Betrieben. Sicherlich gab es 1929 einen allgemeinen Anstieg gewerkschaftlicher Aktivitäten und durchaus nicht nur in der Metallindustrie; so gab es einen offi-

ziellen Streik der Kommunalarbeiter, militante Lohnforderungen bei den Eisenbahnern und in der Chemie-Industrie. Jedoch bewegte sich dies alles im Rahmen der offiziellen Gewerkschaftsorganisationen: Obwohl der Regionalvorstand des DMV sich 1929 einer starken Opposition gegen seine Zustimmung zu einem endgültigen Schlichtungsangebot gegenübersah (das Angebot stellte eine Verbesserung gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen der Unternehmer dar), trat doch diese Opposition ausschließlich auf den DMV-Versammlungen in Erscheinung. Die Gewerkschaften waren der einzige Ort, an dem 'wirtschaftliche' Konflikte ausgetragen wurden. Während der Stabilisierungsperiode lag die entscheidende Veränderung innerhalb der Arbeiterbewegung nicht in der Zahl der aktiven Mitglieder, sondern in der Form der Bewegung.

Erstens verschob sich die organisatorische Basis von den inoffiziellen Quasi-Institutionen, die oft in den Belegschaften der Betriebe verwurzelt waren, zu den offiziellen Institutionen, den Gewerkschaften, den politischen Parteien und den Arbeitersport- und Arbeitergesangvereinen. Innerhalb dieses neuen Rahmens waren die KPD- und SPD-Mitglieder immer noch in den Gewerkschaften und in den kulturellen Verbänden vereinigt, aber die quasi-institutionellen Verbindungen zwischen ihnen konnten nur noch auf der informellsten Ebene, nämlich in freundschaftlicher oder familiärer Art weiterexistieren.

Dies bedeutete zweitens eine Veränderung des Verhältnisses von Arbeiterbewegung zu den politischen Parteien, da politische Aktivitäten sich nun auf die Parteien konzentrierten, von deren politischer Linie nun die Einheit der Arbeiterbewegung abhing. Da die Bolschewisierung der KPD bedeutete, daß die Partei-Doktrin zunehmend die Partei als die alleinige revolutionäre Kraft ansah, war dies eine Veränderung, die die Partei-Theorie nicht mehr begreifen konnte, da sie die Frage des Masseneinflusses jetzt in Begriffen von Partei und Klasse behandelte.

Drittens bedeutete die 'Offizialisierung' der Arbeiterbewegung, daß nun die fast einzige Verbindung zwischen ihr und den unqualifizierten 'unteren' Schichten der Arbeiterklasse wiederum allein die Parteien waren, da sowohl die Gewerkschaften als auch die kulturellen Organisationen hauptsächlich Organisationen der qualifizierten Arbeiter waren.

Diese drei Faktoren zusammen waren die wichtigsten Vorbedingungen für die Sozialfaschismus-Linie, weil diese Faktoren sie zugleich zu einer in hohem Maße glaubwürdigen wie zu einer in gleichem Maße katastrophal falschen Antwort auf das Vorgehen der SPD machten. Als die SPD-Führung 1928 nach ihrem Eintritt in die Regierung immer weiter nach rechts rückte (vgl. Lehndorff, 1975, S.90ff), mußten sich die Folgen deutlich von der ähnlichen Entwicklung 1923 unterscheiden, da für KPD-Mitglieder nun die einzige nicht von Reformisten beherrschte Institution die KPD selbst zu sein schien. Gegen Ende der Stabilisierungsperiode, und im Gegensatz zu vorher, konnten die anscheinend offen reaktionären Maßnahmen der SPD-Führung als Beweis des vollständig reaktionären Charakters des gesamten Reformismus interpretiert werden. Die Konsequenz daraus war klar: Der vollständige Bruch mit den Reformisten, sei es nun mit ihren Parteien, ihren kulturellen Organisationen oder ihren Gewerkschaften. Doch dadurch, daß die Quasi-Institutionen nicht mehr existierten, die den Großteil der Klasse erfaßten, mußte die Sozialfaschismus-Linie katastrophale Folgen für die KPD haben, da eine solche Analyse der Situation zu der Flucht in die eigene Partei führte. Diese Flucht konnte zu diesem Zeitpunkt die Arbeiterbewegung nur spalten und die Partei als Arbeitslosen-Partei ghettoisieren.

3. Sozialfaschismus – die »self-fulfilling prophecy«

Der vorhergehende Abschnitt zeigte, daß in der Zeit bis 1929 die quasi-institutionellen Elemente der Arbeiterbewegung im großen und ganzen verschwunden waren. Die Konsequenz dieser organisatorischen Veränderung sollte für die Konstellation nach 1929 von entscheidender Bedeutung sein: Indem die Einheit der Arbeiterklasse nur noch die Einheit der Parteien und ihrer Institutionen war, hing sie auch nur noch von den politischen Linien der Parteiführungen ab. Mit anderen Worten: Die Vorbedingungen allein können noch nicht die Sozialfaschismus-Linie und das entsprechende Vorgehen der KPD oder die Situation von 1929 erklären; vielmehr bereiten sie das Feld für das politische Handeln vor – eine andere Politik der KPD hätte sicherlich andere Konsequenzen gehabt. Nachdem die KPD jedoch die SPD einmal zu ihrem Hauptfeind erklärt hatte, mußte dies in der Situation von 1929 die Einheit der Arbeiterbewegung zerstören, da keine quasi-institutionelle Arena mehr existierte, in der Aktivisten hätten kooperieren können. Wie es zu der Spaltung selbst kam, soll in diesem Abschnitt anhand der Versuche der KPD gezeigt werden, die Arbeitslosen in Berlin und vor allem in Frankfurt selbst zu organisieren. Die Wichtigkeit, die den existierenden Organisationen hierbei zukommt, wird durch den Kontrast zum nahen Offenbach verdeutlicht, wo eine unterschiedliche lokale (und im nationalen Rahmen ungewöhnliche) Situation es der Opposition innerhalb der KPD ermöglichte, den bestehenden Parteiapparat zu übernehmen und auf lokaler Ebene eine Politik zu betreiben, die die Arbeiterbewegung als Ganze stärkte und nicht schwächte. Umgekehrt erklärt die Zerstörung der Quasi-Institutionen in Frankfurt selbst direkt die Niederlage des ungewöhnlich starken linken Flügels der dortigen SPD, da auch innerhalb der SPD eine Opposition nur noch auf institutioneller Ebene (und nicht mehr auf einer quasi-institutionellen Ebene) möglich war. Mit anderen Worten: 1929 war die Situation so geartet, daß die politischen Linien der existierenden Parteien von ausschlaggebendem Charakter waren, und Autoren wie Poulantzas analysieren diese mit vollem Recht im Detail; was sie aber dabei übersehen, ist die Frage, warum in den Jahren nach 1929 die Parteilinien von solch entscheidender Bedeutung waren. Die einheitliche 'Klasse gegen Klasse'-Strategie und die dazugehörige Sozialfaschismus-Theorie wurden von der KPD endgültig auf ihrem 12. Parteitag im Juni 1929 angenommen, obwohl die Ursprünge der neuen Linie bis zu den Komintern-Treffen von 1928 zurückverfolgt werden können[12]. Der Parteitag erklärte, daß eine Periode revolutionären Aufschwungs herrsche, in der alle nicht-revolutionären Kräfte eine feste Front der Reaktion formten – extern gegen die Sowjetunion, intern gegen die Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie wurde demzufolge als sozialfaschistisch charakterisiert, als in keiner Weise fortschrittlich, sondern als Organ, das ausschließlich die Interessen der Bourgeoisie gegen die zunehmend revolutionäre Arbeiterklasse repräsentiere[13]. Die KPD bezweckte mit diesem neuen Linksruck, sich auf doppelte Weise vom Reformismus unabhängig zu machen: erstens organisatorisch unabhängig, da neue Basisorganisationen es der Partei nun ermöglichen sollten, außerhalb der offiziellen, reformistischen Institutionen aktiv zu werden, sodann sozial unabhängig, da diese Organisationen sich auf besondere Schichten in der Arbeiterklasse stützen sollten, auf die Unorganisierten, und dabei vornehmlich auf die Arbeitslosen, die von den Reformisten ignoriert wurden. Es ist offensichtlich, daß eine solche Strategie durch das Vorgehen der SPD selbst viel an Glaubwürdigkeit gewann: Führte diese Partei nach ihrem Eintritt in die große Koalition 1928 doch mit der Wiedereinführung der Marine genau eine Politik aus, die sie vor der letzten Wahl noch heftig bekämpft hatte

(vgl. Caspar, 1959, S. 78ff). Die Übernahme von Verantwortung im Weimarer Staat, insbesondere ihre Regierungsbeteiligung auf Reichs- und Länderebene, zwang die SPD dazu, Maßnahmen zuzustimmen, die bei ihren Mitgliedern weithin unpopulär waren.
Daher kann die Politik der KPD während dieser Zeit auch nicht einfach als gedankenlose Agitation abgetan werden - wie es die konventionelle Geschichtsschreibung der Weimarer Republik gemeinhin tut -, fanden ihre Slogans doch ein bemerkenswertes populäres Echo. Das Problem war jedoch, daß die Theorie und Strategie des Sozialfaschismus bedeutete, daß die Partei in einer Weise vorging, die den Sozialfaschismus zu einer 'self-fulfilling prophecy' machte: Die SPD wurde weiter nach rechts getrieben, gleichzeitig wurde die KPD aber zu einem wirkungslosen und isolierenden Radikalismus verurteilt, vor allem weil in der Situation von 1929 ein Frontalangriff auf die SPD die Spaltung der Arbeiterbewegung und nicht nur einen Konflikt zwischen politischen Parteien bedeutete.
Diese Prozesse traten 1929 zum ersten Mal bei den Mai-Unruhen in Berlin zutage. Die KPD versuchte, Arbeiterkomitees als Grundlage revolutionärer Demonstrationen aufzubauen, die unabhängig von denen der SPD und der Gewerkschaften und, falls notwendig, auch entgegen polizeilicher Verbote durchgeführt würden. Als dann der Polizeipräsident von Berlin, das SPD-Mitglied Zörgiebel, die Mai-Demonstration der KPD verbot[14], mußte dies für viele die Richtigkeit der Sozialfaschismus-Theorie bestätigt haben - konnte die SPD doch nur schwerlich eine bessere Gelegenheit finden zu zeigen, wie weit sie sich von den Tagen vor 1914 entfernt hatte, als sie für das Streikrecht und das Recht, am 1. Mai zu demonstrieren, gekämpft hatte (vgl. Anderson, 1948, S. 184ff).
Am 1. Mai 1929 kam es dann in Berlin zu Straßenschlachten zwischen Kommunisten und der Polizei. Es dauerte bis zum 4. Mai, bis die Polizei die Arbeiterbezirke Neukölln und Wedding wieder voll unter Kontrolle hatte. Das Ausmaß der Unterstützung, das der KPD aus der Bevölkerung zukam, läßt sich weiter durch die Form der Demonstration ausmalen, denn Barrikaden und Maßnahmen wie die Verdunkelung der Straßenbeleuchtung erfordern zumindest die passive Zustimmung der Bevölkerung. Auch waren die Militanten in keiner Weise hauptsächlich junge Rowdies, wie es die SPD-Presse darzustellen suchte: Von den 1.228 (!) von der Polizei Verhafteten waren 320 unter 20 Jahre alt, aber 599 zwischen 20 und 30 und 147 über 60.
Das Problem, dem sich die KPD gegenübersah, war dann auch weniger der Mangel an spontanen Unterstützungen als ihre Unfähigkeit, die Unterstützung zu organisieren. Zum einen war die Partei nicht in der Lage, die Demonstration zu koordinieren, da die illegale Organisation der Partei überhaupt nicht funktionierte und die Kurierdienste zwischen den Bezirken zusammenbrachen; zum anderen gingen einige Teile der Partei vor, als ob sie sich in einer unmittelbaren revolutionären Situation befänden, und sie konnten von der Berliner Parteileitung nur mit beträchtlichen Schwierigkeiten wieder unter Kontrolle gebracht werden. Das Ausmaß der Wirkungslosigkeit der neuen KPD-Betriebsorganisationen wird durch das vollständige Scheitern des Generalstreiks am Mai-Feiertag selbst und durch die Beteiligung von nur 14.000 an den spontanen Solidaritätsstreiks der nächsten Tage verdeutlicht. Der Charakter dieser Kombination von populärer Unterstützung und politischer Wirkungslosigkeit tritt noch klarer zutage, wenn wir uns den Frankfurter Arbeitslosenkrawallen ein halbes Jahr später zuwenden. Wie überall in Deutschland stieg auch in Frankfurt gegen Ende des Jahres 1929 die Zahl der Arbeitslosen steil an. In der Tat lag sie dort über dem nationalen Durchschnitt, was besonders auf die Schwäche der Metallindustrie zurückzuführen war. Während des Monats November kam es zu ständigen Entlassungen

in der chemischen Industrie und im Automobilbau; eine metallverarbeitende Fabrik schloß vollständig die Tore, so daß zu Beginn des Jahres 1930 ungefähr jede 12. Person der gesamten Einwohnerschaft der Stadt arbeitslos war. Außerordentlich wichtig war auch die Zahl derjenigen Arbeitslosen, die wegen Überschreitung der Zeitdauer der Unterstützungsleistungen der Arbeitslosenversicherungen ausschließlich auf die städtische Sozialhilfe angewiesen waren. Ihre Anzahl erhöhte sich von 2.000 im September auf über 9.000 im darauf folgenden Januar.

In dieser Situation intensivierte die KPD ihren Versuch, die Arbeitslosen zu organisieren. In den Kommunalwahlen im November 1929 hatten sowohl die KPD als auch die NSDAP Sitze hinzugewonnen, während die SPD Stimmen verloren hatte[15]. In der ersten Sitzung des neugewählten Rats der Stadt brachte die KPD einen Dringlichkeitsantrag ein, in dem die Zahlung einer Winterbeihilfe von 50 RM an alle Arbeitslosen verlangt wurde, deren Kosten durch eine Extrabesteuerung hoher Einkommen aufgebracht werden sollten. Obwohl ein solcher Antrag mit Leichtigkeit als pure Agitation abgetan werden konnte[16], wurde die Notwendigkeit von zusätzlicher Hilfe für die Arbeitslosen von Sprechern aller Parteien akzeptiert. Darüber hinaus waren im laufenden Haushalt nicht nur Mittel für zusätzliche Sozialleistungen vorhanden, sondern im Jahr davor war bereits eine Winterbeihilfe von 50 RM an Arbeitslose gezahlt worden.

Im Stadtrat wurde der Antrag der KPD am 10. Dezember mit den Stimmen der KPD, der SPD und der NSDAP angenommen, während vor den Türen des Gebäudes Tausende zur Unterstützung der Kommunisten demonstrierten und »*Wir wollen Arbeit und Brot -sonst schlagen wir euch tot*« skandierten. Für die KPD war es die Demonstration, die den Beschluß erzwungen hatte, und entsprechend jubelte in Berlin die »Rote Fahne«: »*Kommunisten erzwingen Winterhilfe*«. Der Magistrat jedoch, bei dem die letztendliche Entscheidung zur Leistung der Zahlungen lag, konnte nicht so leicht überredet werden. Angesichts eines zunehmenden und ungeplanten Haushaltsdefizits lehnte er die Vorlage der KPD ab und schlug statt dessen vor, die Winterbeihilfe auf 10 RM pro Arbeitslosen zu begrenzen. Dies führte zu einer direkten Konfrontation mit der KPD, die sich inzwischen auch in anderen Städten für erhöhte, dem Frankfurter Beispiel folgende Sozialleistungen einsetzte.

Am Dienstag, dem 17. Dezember, trat der Rat der Stadt erneut zusammen, um das Thema zu behandeln, und die KPD erhöhte den Druck ihrer Kampagne. Die örtliche KPD-Zeitung »Die Arbeiterzeitung« beschuldigte den SPD-Polizeipräsidenten Steinberg, ein Blutbad zu provozieren, und KPD-Flugblätter verkündeten: »*Die Straße gehört uns, wir gehen nicht, bis unsere Forderungen erfüllt sind.*« Am Nachmittag führte die KPD einen Demonstrationszug von mehreren Tausenden durch die Stadt, und bis zum späten Abend war die Polizei ständig im Einsatz, da Gruppen von Demonstranten versuchten, auf den Römerberg, den Platz vor dem Rathaus, zu gelangen. Andere schlugen auf der Zeil, der Hauptgeschäftsstraße, Schaufensterscheiben ein, Polizeiwagen wurden mit Steinen beworfen und mehrere Male beschossen. Während der Weihnachtstage löste die Frankfurter Polizei mehrmals Menschenansammlungen auf, die das vollständige Verbot von KPD-Veranstaltungen unter freiem Himmel durchbrechen wollten.

Was die parlamentarische Politik anbelangt, wurde die Angelegenheit beigelegt, indem die SPD zugestand, daß einige Extraleistungen durch weitere Einschränkungen anderer Ausgaben finanziert werden sollten, wie etwa durch Streichung eines neuen Schwimmbades, für das sie sich zuvor eingesetzt hatte und das in erster Linie der Arbeiterbevölkerung zugute gekommen wäre. Dies bedeutete, daß es der KPD nicht gelang, auch nur Teile der

SPD von ihrer Politik einer Regierungsverantwortung um jeden Preis abzubringen. Was die Politik der Straße anbelangt, zeigte sich wiederum, daß die KPD nicht in der Lage war, einen größeren Teil der Arbeitslosen zu mobilisieren. Obwohl der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Herbst 1929 besonders die Arbeiter der Chemie- und Metallindustrie getroffen hatte, wurde nicht ein einziger Chemie- oder Metallarbeiter während der Demonstrationen verhaftet.

Weiterhin waren die neuen Demonstrationen, die an die Stelle der Massendemonstrationen der Fabrikarbeiter der Periode bis 1923 oder der organisierten Märsche während der Stabilisierungsphase getreten waren, nur eine Serie isolierter Zusammenstöße mit der Polizei, auch wenn sie vielleicht in schon halb aufständischen Situationen in der Altstadt, dem malerischen Slumviertel in der Stadtmitte, kulminierten. Die Altstadt selbst war auch kein reines Proletarierviertel, sondern dort wohnte ein großer Anteil einer kriminalisierten Bevölkerung und des traditionellen Kleinbürgertums (kleine Ladenbesitzer, Händler und selbständige Handwerker), so daß die Demonstrationen schon räumlich von den reinen Arbeiterwohnvierteln in den Industriegegenden der Stadt isoliert wurden[17]. So stellten die Krawalle von 1929/30 im Gegensatz zu den Demonstrationen der beiden vorangegangenen Perioden nur die zeitweilige Organisierung eines isolierten Teils der Arbeiterklasse dar. Es ist natürlich einfach zu argumentieren, daß dies das unvermeidliche Resultat der Massenarbeitslosigkeit gewesen sei. Eine solche Argumentationsweise macht jedoch in der gleichen Weise Politik zur automatischen Folge vorgegebener 'gesellschaftlicher Umstände', wie ich es oben kritisiert habe; diese Argumentation kann durch Untersuchungen in der Nachbarstadt Offenbach einfach widerlegt werden. Unter der Führung Heinrich Galms war die Offenbacher KPD eines der Schlüsselzentren der Opposition des rechten Flügels innerhalb der Partei gegen die neue ultralinke Parteilinie geworden[18], und Offenbach war einer der wenigen Orte, wo die neue, weiter rechts stehende KPO die existierende örtliche KPD-Parteiorganisation übernehmen konnte. Einer der Gründe hierfür ist offensichtlich: Bis 1928 hatte die Stärke der Offenbacher KPD (im Gegensatz zur Situation in Frankfurt) in der Kleinarbeit in den Gewerkschaften und in der Kommunalpolitik gelegen, und begreiflicherweise waren Galm und seine Anhänger nicht bereit, dies gefährden zu lassen[19]. So betonte die KPO im Wahlkampf von 1929 ihre Sachkenntnis und ihre Verantwortung für die lokalen Probleme; so nahm z.B. die langanhaltende Auseinandersetzung mit der Nachbarstadt Frankfurt über die Gasversorgung einen zentralen Ort in ihrer Propaganda ein, wobei Galms humorvolle, mit örtlichen Witzen gespickte Wahlreden seine Stellung als gestandenen Lokalpolitiker unterstrichen. Zugleich versuchte die KPO, die Kontakte zu den bestehenden Institutionen der Arbeiterbewegung zu nutzen und auszuweiten. So organisierte sie erfolgreich Wahlveranstaltungen bei der Gewerkschaft der Lederarbeiter und für die Arbeitslosen der Stadt. Das Wahlergebnis zeigte dann auch die Richtigkeit dieses Vorgehens: Während die KPD 3 Sitze verlor, gewann die KPO 5 hinzu und war nun mit 11 Vertretern im Offenbacher Stadtrat vertreten.

Das Hauptbetätigungsfeld der KPO in den Jahren 1929/30 war die Organisierung der Arbeitslosen. Doch auch hier unterschied sich ihr Vorgehen und der Stil ihrer Agitation vollständig von der KPD. Eine typische Arbeitslosenversammlung der KPO wurde zumeist von älteren Arbeitslosen und ihren Familien besucht. Wie auch die KPD, kämpfte die KPO im Dezember 1929 für eine Winterbeihilfe und veranstaltete Versammlungen mit bis zu 1.000 Teilnehmern. Dies zeigt deutlich, daß eine bessere Arbeitslosenagitation der KPD auch erfolgreich hätte sein können. Beispielsweise hielt die KPO am 12. Dezember 1929

eine Arbeitslosendemonstration ab, die trotz strömenden Regens 800 Teilnehmer hatte. Nach dem Singen der 'Internationale' marschierten die Demonstranten durch die Stadt und riefen, als sie am Rathaus vorbeizogen, den KPD-Slogan *»Gebt uns Arbeit und Brot – sonst schlagen wir euch tot«* und grüßten das Gewerkschaftshaus mit Buhrufen.
Entscheidend aber war, daß zur gleichen Zeit Galm im Namen der Arbeitslosen direkt mit dem Bürgermeister verhandelte. Ziel der Arbeitslosenorganisation der KPO war es, reale Zugeständnisse zu erzwingen und auf dieser Basis die Arbeitslosen zu organisieren. Während also die KPD-Agitation lediglich die Aussichtslosigkeit ihrer Situation betonte – was den Arbeitslosen ohnehin klar war –, versuchte die KPO zu zeigen, daß durch Organisierung vielleicht auch nur geringfügige, so doch reale Erfolge erzielt werden konnten[20].
Darüber hinaus nutzte die KPO ihre lokale Stärke dazu, Druck auf die SPD auszuüben. Obwohl die KPO unmittelbar nach dem 1. Mai in Offenbach zu Protestkundgebungen gegen das von ihnen so bezeichnete 'Blutbad Zörgiebels' aufgerufen hatte, wurden doch Verhandlungen mit der SPD von ihnen nie abgelehnt. Folglich versuchte die KPO nach den Wahlen im November 1929, die SPD zur Bildung einer 'Roten Mehrheit' im Stadtrat zu überreden, und veranstaltete am 15. Januar eine Versammlung mit 1.500 Teilnehmern unter dieser Parole. Auch nachdem sich die SPD im letzten Moment weigerte, einen Sprecher zu entsenden, wurde von Galm weiterhin argumentiert, nur eine lokale Allianz der KPO mit der SPD könne die finanzielle Autonomie der Stadt sicherstellen und so Streichungen bei den Sozialleistungen verhindern.
Somit steht die Strategie der Offenbacher KPO in völligem Gegensatz zu dem Vorgehen der Frankfurter KPD. Während die KPD ihre eigenen Anhänger in die Isolation trieb und sie dort noch nicht einmal wirkungsvoll organisierte, bemühte sich die KPO beständig darum, die Arbeiterbewegung als Ganze zu stärken und weiter nach links zu rücken. Dies zeigt nicht nur ihr Versuch, die SPD dazu zu bringen, sich Streichungen bei den Sozialausgaben zu widersetzen (anstatt sie passiv hinzunehmen), sondern mehr noch ihr Versuch, zugleich die bestehenden Institutionen der Arbeiterbewegung zu nutzen und neue zu schaffen – Institutionen, die die Grundlage für proletarische Öffentlichkeit hätten sein können. Innerhalb ihrer örtlichen Umgebung gelang es ihr also durch eine andere Politik als die der KPD, die Spaltung der Arbeiterbewegung durch die Massenarbeitslosigkeit zu verhindern. In Frankfurt selbst gelang der Linken in der SPD kein ähnlicher Durchbruch, obwohl die Bedingungen hierfür günstig zu sein schienen.
Wie auch anderenorts in Deutschland war ein Hauptthema der Linken in der SPD in Frankfurt, inwieweit die Partei Koalitionen mit den bürgerlichen Parteien eingehen sollte. In der Vorbereitungsphase für den Magdeburger Parteitag, der im Mai 1929 diese Frage debattierte (vgl. Hunt, 1970, S. 228ff; Drechsler, 1965, S. 40ff), hatte die Frankfurter Parteiorganisation eine Entschließung angenommen, die die Koalitionspolitik kritisierte. Zwei von ihren drei Delegierten waren gegen Koalitionen. Während in der Frankfurter Parteiführung in der Mehrheit Gewerkschafts- und Parteifunktionäre waren, waren diese beiden Delegierten – Karl Beul und Andreas Portune – gewerkschaftliche Vertrauensleute des DMV, deren politische Vergangenheit bis zu ihren Aktivitäten in der USPD und in den Fabrikräten der Revolution zurückverfolgt werden kann[21]. Im Gegensatz zu der Situation zehn Jahre zuvor waren dieselben Führer jetzt jedoch nicht in der Lage, eine reale Massenbasis zu mobilisieren.
Leuten wie Portune und Beul erschien die Wahlniederlage von 1929 als das verdiente Ergebnis der Koalition mit bürgerlichen Parteien in der Regierung, eine Meinung, die sie auf

den von ihnen einberufenen Mitgliederversammlungen mit aller Deutlichkeit vertraten. Das Ausmaß der Unzufriedenheit, das Anfang 1930 in der Partei herrschte, wird durch den Umstand verdeutlicht, daß Portunes Antrag, die SPD solle sofort die Koalition verlassen, nur mit 136 gegen 112 Stimmen abgelehnt wurde. Der anschließende Versuch der Bezirksorganisation der Partei, den wachsenden Einfluß der Frankfurter Linken einzudämmmen, schlug zunächst fehl und festigte noch die entstehende Allianz der marxistischen Linken mit anderen kritischen Elementen innerhalb der örtlichen Parteiführung. Um die Kontrolle der Linken über die Herausgabe der lokalen Parteizeitung zu beenden, entließ die regionale Presse-Kommission der Partei ohne vorherige Warnung ein Mitglied des linken Flügels des Redaktionskomitees, Hans Marckwald. Dies wurde von der Frankfurter SPD nahezu vollständig als ungerechtfertigt angesehen, und der Umstand, daß Hans Marckwald und seine Frau unter dem Schock über die Entlassung einen gemeinsamen Selbstmordversuch verübten, verstärkte nochmals den Widerstand gegen die Entscheidung. Der Fraktionsvorsitzende Kirchner selbst führte jetzt den Angriff gegen den Regionalsekretär Paul Rohle, den er beschuldigte, Marckwalds Entlassung bewerkstelligt zu haben. Als Rohle vor der Frankfurter Parteiversammlung erschien, gelang es ihm kaum, sich Gehör zu verschaffen. Kirchner verlangte seinen Rücktritt, und ein von Portune entsprechend gestellter Antrag wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen.
Nichtsdestoweniger konnte Rohle, obwohl der Ruf nach seinem Rücktritt von der vierteljährlichen Delegiertenversammlung der Frankfurter Partei bestätigt wurde, den Sturm in der örtlichen Parteiorganisation ignorieren, und Marckwald blieb entlassen. In der Tat bildeten diese Ereignisse den Höhepunkt des Einflusses der Linken in der Frankfurter Partei. Denn als die Linke sich kurz darauf endgültig von der SPD trennte und die »Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands« (SAPD) gründete, schlossen sich Leuten wie Marckwald und Portune - trotz ihrer unbestreitbaren Popularität - weniger als 400 Parteimitglieder an, und sie waren völlig außerstande, moderate Kritiker wie etwa Kirchner, für ihre neue Organisation auch nur zu interessieren. So hatten dann gegen Ende 1931 im gesamten Bezirk Hessen-Nassau weniger als 400 SPD-Mitglieder die Partei verlassen, um der SAPD beizutreten. Die neue Partei war politisch und organisatorisch isoliert - dies war in der Tat der dramatische Unterschied zur Gründung der USPD zwölf Jahre zuvor.
Entscheidend für die Niederlage der Linken in der Frankfurter SPD war, daß die Auseinandersetzungen sich fast ausschließlich innerhalb der SPD selbst abspielten. Der Fall Portunes ist hier fast beispielhaft. Portune betonte immer, daß er auf seine Art ein Mitglied der Arbeiterklasse bleiben würde, und dies bedeutete, daß er sogar, nachdem er 1930 über die SPD-Liste in den Reichstag gewählt worden war, versuchte, seinen Beruf als Metallarbeiter weiter auszuüben. Seine demonstrative Verbundenheit mit seiner Herkunft war auch fraglos populär und einer der Hauptgründe für sein Auftreten als zugkräftiger und sehr populärer Redner in der Wahlkampagne der SPD 1930. Trotzdem zeigte sich Portune völlig ausserstande, diese Unterstützung organisatorisch nutzbar zu machen, wie er auch nicht in der Lage war, seine Position innerhalb des DMV zu einer unabhängigen Machtposition auszubauen. Seitdem die Arbeiterbewegung mit den offiziellen Institutionen, mit denen sie normalerweise identifiziert wird, identisch geworden war, waren die Möglichkeiten politischer Belebung tatsächlich nur noch sehr begrenzt.

4. Die KPD und die RGO-Strategie: Die Isolierung radikaler Politik

Bisher haben wir gesehen, daß das wichtigste Merkmal der Verhältnisse um 1929/30 die gegensätzliche Politik von SPD und KPD war, durch die sie gemeinsam die Spaltung der Arbeiterbewegung herbeiführten. Dies wurde möglich, weil in der vorausgegangenen Periode die Arbeiterbewegung fast ausschließlich zu einer Bewegung von Institutionen ohne eine entwickelte quasi-institutionelle Substruktur geworden war. Das Zusammenfallen der politischen Linien der Parteien mit einer jeweils spezifischen, organisatorischen Form der Arbeiterbewegung führte dazu, daß sowohl die Arbeitslosenagitation der KPD als auch die Versuche der SPD-Linken, die Koalitionspolitik der eigenen Partei anzugreifen, zum Scheitern verurteilt waren.

Die offiziellen Institutionen der Arbeiterbewegung wurden jedoch nicht nur durch die politischen Parteien, sondern auch durch die Gewerkschaften gebildet, denen 1929 die meisten der nicht arbeitslosen Kommunisten angehörten. Hier wirkte sich die neue Strategie der KPD am unheilvollsten aus, da die neue Linie der RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) dafür sorgte, daß sich die SPD-Bezeichnung für die Kommunisten - 'Spalter' und 'Zerstörer' - zu bestätigen schien. So trug die RGO-Strategie als ein wichtiger Faktor zu der Niederlage der Linken in der SPD bei: Während der linke Flügel der SPD die Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen die Regierung forderte - und dieses erforderte zumindest eine teilweise Zusammenarbeit mit der KPD -, wurde eine solche Zusammenarbeit durch die RGO-Strategie effektiv unmöglich gemacht - ganz unabhängig davon, daß die Sozialfaschismus-Theorie die Linken in der SPD als die gefährlichsten Sozialfaschisten ansah (vgl. Lehndorff, 1975, S. 86f).

Im Mittelpunkt der KPD-Analyse der Rolle der offiziellen Gewerkschaften stand die Annahme, die deutsche Gewerkschaftsbürokratie sei, genau wie die SPD, hauptsächlich ein Instrument der Unterdrückung geworden. Folglich zielte die neue Strategie - anstatt wie früher zu versuchen, die Gewerkschaftsführungen zu bewegen - auf die Schaffung neuer Massenorganisationen, deren Basis in erster Linie die ungelernten Arbeiter und Nicht-Gewerkschaftsmitglieder sein sollten[22]. Da man von der vollständigen Einbindung der Gewerkschaften in den Kapitalismus ausging, folgte zwingend, daß die RGO wirtschaftliche Kämpfe unabhängig von den Gewerkschaften organisieren mußte; diese Kämpfe sollten unmittelbar politische Kämpfe werden, ihr Kampfmittel sollte der politische Massenstreik sein. Hieraus folgte die Notwendigkeit, bei den Betriebsratswahlen revolutionäre Gegenkandidaten aufzustellen, Kämpfe von diesen gewählten Streikführern organisieren zu lassen und die offiziellen Gewerkschaftsinstitutionen zu ignorieren[23]. Wie sich nun zeigen wird, bedeutete diese Strategie, daß die KPD viel von ihrem Rückhalt unter Facharbeitern und dem gewerkschaftlich organisierten Teil der Arbeiterklasse verlor; sie sprach letztlich nur die unorganisierten und unterprivilegiertesten der beschäftigten Arbeiter an und auch dies nur auf Kosten der völligen Isolierung vom Rest der Arbeiterbewegung.

In der Umgegend von Frankfurt gab es eine Fabrik, in der, wenn überhaupt, die RGO-Strategie Erfolg hätte haben können, nämlich die Adam-Opel-Werke in Rüsselsheim. Völlig im Gegensatz zu den Kleinbetrieben und der Facharbeiterschaft in Hanau und Offenbach oder zu der gefächerten Frankfurter Metallindustrie selbst, basierten die Opel-Werke praktisch von ihren Anfängen im Jahre 1862 an auf Techniken der Massenproduktion. Während der 20er Jahre wurde Opel - wo schon immer Massenkonsumgüter produziert wurden, zuerst Nähmaschinen, später Fahrräder - zu Deutschlands größter

Automobilfabrik[24]. Im Verlauf der Weimarer Zeit unterschied sich die Strategie der Opel-AG stark vom Rest der deutschen Automobilindustrie. Die meisten Autoproduzenten erweiterten während der Inflationsperiode einfach ihre Produktion auf der Basis herkömmlicher Techniken und kämpften dann mit Vehemenz für Schutzzölle. Opel hingegen orientierte sich währenddessen an neuen Möglichkeiten der Massenproduktion und verfolgte eine Strategie ständiger Neuerungen und Investitionen. 1923 wurde dort eines der ersten Fließbänder in Europa installiert[25], das die Einführung des »Laubfrosch«, des ersten in Deutschland massenhaft produzierten Autos, ermöglichte. Ein kleines Beispiel für die Art der Neuerungen war 1928 der Bau neuer Bahnrampen, die es ermöglichten, Autos direkt vom Band aus zu verladen und auf Eisenbahnwaggons probezufahren. Dadurch wurde die Anzahl der benötigten Arbeiter von 56 auf 25 und die Verladezeit pro Auto von 20 auf 4 Minuten gesenkt (vgl. Seherr-Thoss, 1974, S. 152).
Im Jahre 1928 beschäftigte Opel fast 10 % aller deutschen Automobilarbeiter und produzierte fast 42.000 Autos im Jahr[26]. Gerade weil das Rüsselsheimer Werk die modernste Automobilfabrik Deutschlands, wenn nicht Europas, war, wurde 1928/29 die Opel-AG von General Motors (GM) aufgekauft (vgl. Sloan, 1965, S. 306ff). Mehr als die anderen europäischen Produzenten und mehr noch als Opel selbst verstanden es die amerikanischen Firmen, neue Massenkonsumgüter in einem noch nie dagewesenen Umfang industriell zu entwickeln, zu finanzieren und zu vermarkten: 1929 versprach der Vize-Präsident von GM den ungläubig versammelten Betriebsräten der Rüsselsheimer Werke, daß in den nächsten fünf Jahren die Produktion von 40.000 auf 200.000 Autos ansteigen würde[27].
Dieser Umfang und diese Form der Produktion müßten an sich bedeutet haben, daß bei Opel - wenn überhaupt im Raum Frankfurt - die 'vermasste' Arbeiterklasse existiert hat, die nach Roth Basis der 'anderen Arbeiterbewegung' ist. Eine genauere Untersuchung zeigt jedoch, daß eine solche Kategorisierung fragwürdig ist. Obwohl Opel fraglos die am fortgeschrittenste Form der Automobilproduktion in Deutschland praktizierte, bedeutete dies in keiner Weise, daß die Arbeiter vorwiegend nur angelernt waren. Dem DMV zufolge waren 1929 66% der 4.800 Metallarbeiter, die in der Autoproduktion bei Opel beschäftigt waren, Facharbeiter. Demgegenüber lag der Durchschnitt bei 56,6 % für die gesamte Industrie und interessanterweise bei 57,7 % für die Adler-Werke in Frankfurt, in denen die Produktionstechniken weit weniger fortgeschritten waren[28]. Es ist natürlich möglich, daß diese Facharbeiter in Wirklichkeit angelernte Tätigkeiten verrichteten. Die Quellen hierzu sind jedoch mehrdeutig. Opel war einerseits für die Unsicherheit seiner Arbeitsplätze (nicht nur fluktuierte die Produktion in der Automobilindustrie saisonbedingt, sondern bei Opel war es darüber hinaus üblich, den Betrieb für einige Wochen zu schließen, um die Produktion umzuorganisieren oder auf ein neues Modell umzustellen) wie auch für seine relativ hohen Löhne bekannt[29]. Entscheidend aber war, daß Opel mit einem Organisationsgrad von 88 % der Automobilarbeiter an dritter Stelle der Autofabriken Deutschlands stand und weit über dem an sich schon hohen Durchschnitt dieser Industrie von 70,6 % lag. Jedwede revolutionäre Strategie, die dies ignorierte, mußte natürlich in größte Schwierigkeiten geraten.
Nach der Übernahme durch GM verstärkte die KPD ihre agitatorische Arbeit in den Opel-Werken[30]. So scheint die Partei noch bis Mitte 1929 versucht zu haben, die Spaltung der Arbeiterschaft durch Stärkung und Radikalisierung der Gewerkschaft zu vermeiden, wie sich auch ihre Parteimitglieder in Übereinstimmung mit der generellen Gewerkschaftsstrategie der Partei als die eifrigeren Gewerkschafter im Gegensatz zur SPD und zu den Refor-

misten zu beweisen suchten. Folglich drängte die erste Nummer der KPD-Betriebszeitung »Der Opel-Prolet« darauf, daß alle Opel-Arbeiter dem DMV beitraten. Während der Kampagne zur Betriebsratswahl im Frühjahr 1929 verwies die Zeitung darauf, daß, obwohl die SPD den Kommunisten vorwerfe, eine Liste unorganisierter Arbeiter aufgestellt zu haben, alle KPD-Kandidaten in der Tat Gewerkschaftsmitglieder waren. Später im selben Jahr konnten die Kommunisten bei ihrer Verteidigung gegen den Vorwurf, die Gewerkschaft zu spalten, argumentieren, es sei die Beschränktheit der reformistischen Gewerkschaftsstrategie gewesen, die in Wirklichkeit die Gewerkschaften geschwächt hätte, indem sie sich nur um die bereits organisierten Arbeiter gekümmert hätte, anstatt versucht zu haben, alle Arbeiter in die Gewerkschaft einzubeziehen.

In der Tat war die Situation 1929 für eine militante gewerkschaftliche Offensive bei Opel sehr günstig. Denn als die Verkaufsziffern zurückgingen[31], setzten die amerikanischen Eigentümer Rationalisierungen und Erhöhungen des Arbeitstempos fort, ja verstärkten sie noch. Durch die von den Amerikanern geschulten Vorarbeiter und den vermehrten Einsatz von Zeit- und Bewegungsstudien wurde 1929 die Belegschaft von 10.500 auf 6.000 reduziert. Und dabei hieß es noch, daß die Firma nur noch an der Einstellung junger Arbeiter interessiert sei. Tatsächlich wiederholte die Frankfurter SPD-Zeitung nur ein in der Betriebsagitation der KPD gebräuchliches Argument, als sie kommentierte, die Fabrik würde amerikanischen Standard an hoher Produktivität mit europäischem Standard an niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen verbinden.

Anstatt ihre Mitglieder gegen solche Rationalisierungen zu verteidigen, propagierte der DMV sie noch. Während der gesamten 20er Jahre hatte sich die Gewerkschaft für höhere Konzentration und Rationalisierung der Industrie mit dem Argument eingesetzt, der daraus resultierende Produktivitätszuwachs würde den Unternehmen erlauben, höhere Löhne zu zahlen. Es wurden dabei nie Nationalisierungsforderungen erhoben, noch wurden die Arbeitsbedingungen thematisiert. Die amerikanische Industrie wurde der deutschen ausdrücklich als Vorbild vorgehalten. Von daher kann es auch nicht überraschen, wenn der DMV die schlechte gewerkschaftliche Organisation und die schlechten Arbeitsbedingungen in der amerikanischen Automobilindustrie nie erwähnte.

Die Verpflichtung der Gewerkschaftsführung auf diese Position eröffnete natürlich einer erfolgreichen Opposition neue Möglichkeiten. Einmal gerieten konservative betriebliche Gewerkschaftsfunktionäre in dem Ausmaß unter Druck, in dem durch die Rationalisierung die Position der qualifizierten Arbeiter untergraben wurde[32].

Zum anderen – und dies ist noch augenscheinlicher – könnte die Unterstützung von Rationalisierungs- und Konzentrationsmaßnahmen mit dem Ziel der langfristig positiven Auswirkungen auf die Löhne den Mitgliedern während der wirtschaftlichen Expansion zu Beginn der 20er Jahre sicherlich glaubhaft gewesen sein. Während der 'Depression' jedoch, wo es sogar bei Opel zu Entlassungen kam, lagen die Kosten dieser Politik klar auf der Hand, während der Nutzen schwerlich erkennbar war.

Die RGO-Strategie implizierte jedoch, daß solche Möglichkeiten durch die KPD nicht genutzt werden konnten. Bei Opel selbst begann die Propaganda der Partei damit, die Gewerkschaft – obwohl die kommunistischen Mitglieder nie ausdrücklich zum Austritt aus dem DMV aufgefordert wurden – als eindeutig reaktionär abzutun. Dies wurde noch dadurch gefördert, daß zwei führende kommunistische Betriebsräte, Mauer und Jülich, wegen anti-gewerkschaftlichen Verhaltens, genauer, wegen ihrer Kandidatur auf einer oppositionellen Liste für die Betriebsratswahlen, aus dem DMV ausgeschlossen wurden. Anfang

1930 rückte die Betriebspolitik der KPD, zugleich mit einem Linksruck der gesamten RGO, noch weiter nach links. Im Januar 1930 trat die »Rote Fahne« offen für den politischen Massenstreik als unmittelbares Ziel ein, und dies schien auch das Thema einer Konferenz für Hessen-Nassau, die in Frankfurt am 25./26. Januar stattfand, gewesen zu sein. Zu dem Zeitpunkt, als die Arbeitsplätze im Betrieb unsicher wurden, wurde den Kommunisten befohlen, in die Offensive zu gehen. Schon im November waren die sozialdemokratischen Betriebsräte als bloße Agenten der Unternehmer hingestellt worden. Nun sollte gegen die kommenden Lohnkürzungen und Entlassungen in einer Weise vorgegangen werden, die die kommunistischen Betriebsräte direkter Repression aussetzen würde. Im Januar 1930 wurden in der kommunistischen Betriebszeitung die KPD-Betriebsräte ausdrücklich wegen ihrer Passivität kritisiert, die, wie gesagt wurde, zeige, daß die kommunistischen Kader in der Fabrik konservativer als die angeblich radikalen Massen seien. Diese Isolierung, hieß es, könne nur durch eine radikalere Strategie durchbrochen werden, und zwar durch die Mobilisierung der Massen selbst unter der Führung von gewählten 'Kampf-Komitees'. Zum unmittelbaren Anlaß wurde das betriebliche Lohnabkommen bestimmt, über das Mitte des Jahres 1929 verhandelt worden war und gegen das die RGO heftig gekämpft hatte. Nachdem einige der am niedrigsten bezahlten Abteilungen des Betriebs, in denen es schon zu Warnstreiks gekommen war, agitiert worden waren, riefen die Kommunisten zu einem betriebsweiten Streik auf. Die Firma reagierte, indem sie sofort drei kommunistische Betriebsräte entließ, da sie durch die Art und Weise des Streikaufrufs ihre Stellung unrechtmäßig mißbraucht hätten. Obwohl später festgestellt wurde, daß die Entlassung der Betriebsräte ohne die Erlaubnis eines Arbeitsgerichts unrechtmäßig war, wurde dieses Vorgehen von allen anderen Betriebsräten unterstützt. Für die führenden Sozialdemokraten hatte sich damit die völlige Verantwortungslosigkeit der kommunistischen Forderung gezeigt, für die Kommunisten jedoch hatten sich alle ihre Argumente bestätigt: Die 'Sozialfaschisten' würden alles tun, um die Entlassung von Revolutionären zu erreichen.

Die Kommunisten versuchten dann auch, die Entlassungen zum Anlaß für einen Massenstreik zu nehmen, der zugleich den Betriebsrat und die Firmenleitung angreifen sollte. Am nächsten Morgen, dem 12. Februar, gab das neugebildete, von der KPD geführte Streikkomitee Flugblätter heraus, in denen die Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden Reviol, die Auflösung des Betriebsrats und Neuwahlen, die Wiedereinstellung der drei entlassenen Kommunisten und das Zugeständnis zu den früher erhobenen Lohnforderungen verlangt wurden. Gemäß der neuen RGO-Strategie wurde der Streikaufruf von außerhalb des Betriebs unterstützt: Eine größere Anzahl Arbeitsloser (darunter Arbeiter, die erst kürzlich von Opel entlassen worden waren) versuchte, sich unter der Führung von Hermann Sumpf und Oskar Müller, zwei kommunistischen Abgeordneten im hessischen Landtag, Zutritt zum Betrieb zu verschaffen. Obwohl die Fabriktore von innen verschlossen waren, konnten einige aus der Menge in die Fabrik gelangen und andere die Umgrenzungsmauern übersteigen. In der Fabrik sprach Müller vor einer Massenversammlung auf dem Fabrikhof und rief zum totalen Streik auf. Daraufhin versuchten einige Streikende, die Energiezentrale des Werkes auszuschalten, und die Kommunisten marschierten durch den Betrieb, um Unterstützung zu gewinnen.

Ob sie dabei erfolgreich waren, erscheint fragwürdig. Obschon die Arbeit im Betrieb unterbrochen wurde, schien die Reaktion der meisten Arbeiter eher abwartend gewesen zu sein, und die meisten schlossen sich auch nicht der anschließenden Demonstration vor dem Verwaltungsgebäude an. Obwohl einer der Teilnehmer behauptete, die schon früh herbei-

gerufenen Hundertschaften der Polizei hätten wegen des sie möglicherweise erwartenden Widerstands nicht gewagt, das Fabrikgelände zu betreten, gelang es ihnen doch ohne Schwierigkeiten, die Fabrik abzuriegeln. Auch gelang es mit Hilfe der Werkschutzleute – trotz kleinerer Demonstrationen – vor dem Fabriktor die drei entlassenen Betriebsräte sowie Sumpf und Müller zu verhaften. Am nächsten Morgen ging trotz einiger Schwierigkeiten die Arbeit normal weiter.

Erwartungsgemäß weichen die kommunistischen und sozialdemokratischen Darstellungen der Ereignisse, die schon bald von der nicht-kommunistischen Presse als 'Opel-Putsch' bezeichnet wurden, weit voneinander ab. Mehr noch als die bürgerliche Presse erhob die örtliche SPD-Zeitung den Vorwurf der Maschinenstürmerei und behauptete als einzige Zeitung, daß die Menge, die die Fabrik zu stürmen versucht habe, aus 700 uniformierten KPD-Mitgliedern bestanden habe[33]. Alle Nicht-KPD-Zeitungen stimmten jedoch darin überein, daß nur sehr wenige Opel-Arbeiter selbst an den Aktionen dabei gewesen seien. Obwohl spätere Ausgaben der KPD-Betriebszeitung behaupteten, solche Darstellungen seien vollkommen verfälscht, entsprechen diese doch wohl eher der Wahrheit als die Version der »Roten Fahne« in Berlin, der zufolge die Streikführung von allen Arbeitern mit Ausnahme einiger SPD-Funktionäre gewählt worden sei und der Streik selbst nur durch die gewalttätige militärische Unterdrückung durch 700 bewaffnete Polizisten niedergeschlagen worden sei, die (zusammen mit Vertretern der französischen und britischen Besatzungstruppen) die Fabrik gestürmt hätten. Die Opel-Arbeiter selbst ließen sich durch solche Übertreibungen nicht beeindrucken. Die RGO hatte 1929 ihre eigenen Betriebsräte wegen 'legalistischer' Tendenzen kritisiert. Nun wurde den neuen 'revolutionären' Kandidaten bei den Betriebsratswahlen im April eine empfindliche Niederlage beigebracht: Der Stimmenanteil der RGO fiel von 40 % im Jahr 1929 auf knapp 22 % im Jahr 1930.

Die Niederschlagung des Februar-'Putsches' war der Anfang für massive Repressionen in der Fabrik. Im Verlauf des Jahres 1930 wurde die Arbeitsdisziplin beständig verschärft: Zeit- und Bewegungsstudien häuften sich, und es wurde mit der Einführung von Uniformen begonnen. Jede Streikaktion, die illegal oder gegen die bestehenden Vereinbarungen gerichtet war, wurde mit sofortiger Entlassung beantwortet, eine Maßnahme, die 1931 sogar auf schlechte Arbeitsleistungen ausgedehnt wurde. Gleichzeitig wurden die Arbeitervertreter schärferen Kontrollen ausgesetzt: Es wurden neue Verfahrensvorschriften für Beschwerden eingeführt, denen zufolge jeder Kontakt zwischen Arbeitern und Betriebsräten dem Management zur Kenntnis gebracht werden mußte. Während die sechs dienstältesten Betriebsräte nun durch die Firma bezahlt wurden, wurde den anderen nur eine Versammlung pro Monat gestattet.

Von daher kann es in dieser Situation nicht weiter überraschen, daß die Versuche der KPD, das Thema Löhne neu zu beleben, vollständig scheiterten; obwohl die Fabrik-Zelle der Partei noch 50 Mitglieder hatte, wurde sie nun vollkommen demoralisiert[34]. Auf der anderen Seite hatten die SPD und die Gewerkschaften auch nur eine Politik des völligen Stillhaltens und der Passivität anzubieten. Die Betriebszeitung der SPD konzentrierte sich darauf, die Kommunisten wegen ihrer angeblichen Inkompetenz, ihres Utopismus und ihrer Unaufrichtigkeit anzugreifen, während sie gleichzeitig die fehlenden gewerkschaftlichen Rechte in der Sowjetunion anprangerte. In bezug auf die betrieblichen Bedingungen kritisierte die Zeitung, daß die Arbeit inhuman sei, und rief im weiteren zur Unterstützung der Gewerkschaft auf. Diese Mischung aus Anti-Kommunismus und Warnungen vor überhasteten Aktionen stellte natürlich keine Lösung für die zunehmend verzweifelte Situation

im Betrieb dar. Als Mitte 1931 die Firma damit drohte, entweder weitere 2.000 Arbeitsplätze dauerhaft zu vernichten oder aber das Werk ganz zu schließen, konnte die SPD nur noch argumentieren, daß es wichtig sei, die Fabrik überhaupt zu erhalten - egal, wie wenig Leute auch immer sie beschäftige -, damit wenigstens der Betriebsrat bestehen bliebe! Die Unfähigkeit der KPD, Alternativen auch nur vorzuschlagen, verdeutlicht, wie weit die Position der Partei im Betrieb geschwächt worden war - nicht nur einfach durch die Massenarbeitslosigkeit, sondern auch durch ihre eigenen Taktiken, die zum Scheitern verurteilt waren, so attraktiv und realistisch sie ihren Verfechtern auch erschienen waren.

5. Schlußfolgerungen

1929/30 war zum ersten Mal im Verlauf der Weimarer Republik die Arbeiterbewegung vollständig gespalten. Dem sich verschärfenden Konflikt zwischen KPD und SPD entsprach das Verschwinden jeglicher institutionellen oder quasi-institutionellen Ebene, auf der die Aktivisten der beiden Parteien hätten kooperieren können. Die Arbeiterbewegung bestand nur noch aus den miteinander verfeindeten Parteien und den Gewerkschaften. Nachdem die Kommunisten sich einmal aus den Gewerkschaften hatten herausdrängen lassen und die beiden Parteien keine gemeinsamen Aktivitäten mehr entfalteten, war die Arbeiterbewegung nur auf eine gemeinsame Sprache und Rhetorik der proletarischen Öffentlichkeit reduziert; anderes blieb nicht mehr. In dieser neuen Situation konnte der Radikalismus der KPD-Anhängerschaft zu dem isolierten Radikalismus einer einzigen Sektion der Arbeiterklasse werden, denn die Voraussetzung dieses Radikalismus war gerade die Zerstörung der institutionellen und quasi-institutionellen Verbindungsglieder, die die Anhänger der Partei mit anderen Teilen der Klasse verbunden hatten. Insofern wurde die Sozialfaschismus-Theorie der KPD in keiner Weise einfach durch Stalin oder die Komintern aufgezwungen, sondern sie wurde von vielen KPD-Mitgliedern völlig akzeptiert, wodurch sie natürlich nicht weniger selbstzerstörerisch war.

Durch den in dieser Arbeit gewählten Ansatz wurde versucht, mit Ansätzen der tradierten marxistischen und neo-marxistischen Forschung zu brechen, die oft - besonders vielleicht in Deutschland - zu einer entweder verengten politischen Geschichte (der institutionellen und theoretischen Entwicklung bestimmter Organisationen) oder aber zur reinen Sozialgeschichte im herkömmlichen Sinne verkommen. Solche Analysen haben natürlich ihre Bedeutung. Sie können jedoch z.B. Fragen nach der Ursache für die gleichzeitig glaubwürdige und selbstzerstörerische Doktrin des Sozialfaschismus nicht beantworten. Die Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung ist aber nicht nur für historische Forschung von Interesse, sondern hat auch aktuelle politische Implikationen, die hier noch kurz angerissen werden sollen.

1. Obwohl die Sozialfaschismus-Theorie selbst längst tot und begraben ist, taucht ihr Kern - der Doppelglaube an die völlige Integration der Sozialdemokratie und die in ihm enthaltene unkritische Bejahung der Radikalität der Massen - an oft unerwarteten Orten auf (vgl. Holloway/Picciotto, 1977). Im Gegensatz hierzu hat sich - durch den Bezug auf die gesamte Arbeiterbewegung und ohne die Idealisierung des Spontaneismus - gezeigt, von welcher zentralen Bedeutung sozialdemokratische Organisationen sind und welche potentielle (aber auch nur das) selbstzerstörerische Tendenz radikalen Strömungen innewohnt,

wenn sie sich von der Bewegung als Ganzer isolieren. Die hieraus folgenden strategischen Konsequenzen, etwa für die Organisierung von Arbeitslosen oder für antifaschistische Kampagnen, sind hoffentlich klar.

2. Obwohl Positionen wie die von Roth hier wegen ihres spontaneistischen Verständnisses von Organisation kritisiert wurden, ist dies nicht die übliche 'leninistische' Kritik. Roth als auch Poulantzas werden deshalb kritisiert, weil sie Organisierung ausschließlich mit formaler Organisation gleichsetzen; im Gegensatz hierzu war es Anliegen dieser Arbeit, die Wichtigkeit der Quasi-Institutionen zu unterstreichen, um so die Arbeiterbewegung selbst als Organisierung verstehen zu können. Wenn die Analyse auf die Institutionen als solche beschränkt bleibt, wird dies unmöglich. Folglich scheint die Analyse eines sich als Marxist-Leninist bezeichnenden Autors wie Poulantzas inadäquat zu sein, da er der Politik der Parteien Priorität gegenüber der Politik der Bewegung einräumt, wobei letztere bei Poulantzas fast nicht zu finden ist.

Wenn im Weimarer Deutschland der Organisierung der Arbeiterbewegung entscheidende Bedeutung zukam, ist es leicht einzusehen, daß dies heute von noch größerer Wichtigkeit ist. Zumindest ist es plausibel, daß es die politische Struktur des entwickelten Kapitalismus heute unmöglich macht, daß die Arbeiterbewegung von einer einzigen Organisation völlig dominiert wird. Jeder darauf zielende Versuch wäre zum Scheitern verurteilt. Folglich müssen Marxisten damit beginnen, mit der alten, großteils von Lenin ererbten Tradition zu brechen, 'die Partei' als einzigen theoretisch denkbaren Ort für politische Praxis zu sehen.

Noch wichtiger ist es, daß sie beginnen, das Problem der Demokratie innerhalb sozialistischer Organisationen neu zu formulieren. Wenn wir die Wichtigkeit der Bewegung einmal akzeptiert haben, ist die Frage nach sozialistischer Demokratie nicht mehr nur die Frage innerparteilicher Demokratie oder nur des Tolerierens mehrerer Parteien, sondern dann wird von uns ein Bewußtsein für die Einordnung dieser Organisationen innerhalb einer weiteren Bewegung verlangt.

Die Demokratie in formellen Organisationen wird dann am besten garantiert, wenn diese innerhalb einer starken Bewegung verhaftet sind, die zum ständigen Ausgangspunkt für politische Neuerungen wird, wenn nötig, auch gegen die etablierten Führungen. Mit anderen Worten: mehr noch als in Weimar sind es heute die Einigkeit und Stärke sowie die hauptsächlichen politischen Strömungen der Arbeiterbewegung, und nicht, isoliert davon, die Beschaffenheit der 'Partei', welche für Sozialisten die entscheidenden politischen Fragen aufwerfen.

Anmerkungen

Diese Arbeit entstand im Kontext laufender Forschung über lokale Politik der Arbeiterklasse in der Weimarer Republik. Für eine Zusammenfassung vgl. meinen Aufsatz »Outline - Nazism and the German Working Class: Class Organisation and the Working Class Movement in Frankfurt am Main during the Weimar Republic« in: »Radikaler Historiker«, Nr. 1, 1978. Mir ist durch Diskussionen, insbesondere mit Erhard Lucas, Dieter Rebentisch, Eva-Cornelia Schöck, Lothar Wentzel, viel geholfen worden; mein Dank geht auch an Mark Jones, Sol Picciotto, Tim Putnam und Nick Sage für ihre hilfreichen Kommentare zu einem früheren Entwurf vor der Veröffentlichung in »Capital and Class«. Für die entwickelten Argumente übernehme ich jedoch die alleinige Verantwortung.

1 Als beste zeitgenössische Studie siehe Jahoda u.a., 1975 (Eine Studie über Arbeitslosigkeit in einem österreichischen Industriedorf Anfang der dreißiger Jahre).

2 vgl. auch Brockhaus, 1975. Diese Studie basiert auf der These vom »vermassten Arbeiter«, die von italienischen Marxisten in den späten 50er und den 60er Jahren als Verallgemeinerung von Analysen zu Veränderungen in der italienischen Arbeiterklasse entwickelt wurde. Vgl. vor allem Tronti, 1974, und für den Ausgangspunkt von Roths Argumentation, Bologna, 1973. Einen kritischen Überblick von einem konventionellen marxistischen Blickwinkel aus geben Minssen/Sauerborn, 1977; vgl. auch meine Besprechung in »Capital and Class«, Nr. 1, Frühjahr 1977, S. 122-125.

3 Roth impliziert dies eindeutig für die Periode der Depression. Für die vorhergehenden Perioden folgt er Bologna und behandelt SPD und KPD als Reformisten, und zwar wegen ihrer von ihm behaupteten Facharbeiterbasis; Roth differenziert seine Argumentation ein wenig in seinem Beitrag zu Lucas u.a., 1977.

4 In verschiedener Weise ist die These von der vermassten Arbeiterklasse eine linke Version der Massengesellschaftstheorie und der politischen Analyse der Modernisierungstheorie. Es ist zum Beispiel diese Perspektive, unter der Comfort den Radikalismus in Hamburg nach 1918 als Übergang der Massen-Arbeiterklasse in die politische Arena analysiert; vgl. Comfort, 1966.

5 Roth argumentiert in fast konventioneller leninistischer Art, daß die revolutionäre Bewegung nach 1918 durch mangelnde Koordination besiegt wurde; wie solche Organisation mit der Spontaneität, die doch die 'andere' Arbeiterbewegung auszeichnet, in Einklang zu bringen ist, wird von Roth nicht diskutiert.

6 vgl. meinen Aufsatz »Nicos Poulantzas and the Dilemmas of Leninism«, British Sociological Association Conference, 1977.

7 Aus Platzgründen ist die folgende Darstellung nicht mit detaillierten Quellenangaben versehen. Die vollständige Dokumentation ist in »The Working Class Movement in Frankfurt am Main during the Weimar Republic« (University of Sussex, D. Phil., 1979) enthalten. Die Hauptquellen sind:

a) Zeitungen: *Die Volksstimme* (Frankfurter Tageszeitung der SPD), *Frankfurter Nachrichten* und *Frankfurter Zeitung* (zwei führende bürgerliche Frankfurter Zeitungen); außerdem vereinzelte Nummern anderer Lokalzeitungen und der *Roten Fahne* (dem KPD-Zentralorgan, das täglich in Berlin erschien);

b) Polizeiberichte für Berlin und das Land Hessen aus dem Staatsarchiv Bremen;

c) Material aus dem Städtischen Archiv Frankfurt, dem Hessischen Staatsarchiv (Wiesbaden) und dem Firmenarchiv der Hoechst-AG, Frankfurt a.M.;

d) Jahresberichte und andere Veröffentlichungen des Frankfurter Büros des DMV;

e) veröffentlichte Verwaltungsberichte der Frankfurter Stadtverwaltung und Protokolle der Sitzungen des Frankfurter Stadtrats;

f) Tonbandaufzeichnungen von Interviews mit Mitgliedern der Arbeiterorganisationen der Weimarer Zeit aus Frankfurt und Umgebung.

8 vgl. Weber, 1969, I, S. 280ff; Flechtheim, 1968, S. 311ff; Wunderer, 1976.

9 vgl. auch Rebentisch, 1975, bes. S.228.

10 Einen Einblick in diese Ereignisse gibt die lokale USPD-Führerin Sender, 1940.
11 Die Wichtigkeit von handwerklichen Qualifikationen für die Unabhängigkeit von bestimmten Unternehmen ist auch von der Arbeitsmarkt-Theorie analysiert worden; vgl. Doeringer/Piore, 1971, auch Mann, 1973.
12 Besonders das 9. EKKI-Plenum, Februar 1928 und der 4. RGI-Kongreß (Juli/September 1928)
13 Weber, 1969, I, S. 223ff; Bahne, 1976, S. 12; Flechtheim, 1968, S. 248ff.
14 Grzesinski, der preußische Innenminister, ging in der Tat so weit, ein Verbot der KPD zu fordern; vgl. Severing, 1950, II, S. 186f.
15 Dies soll nicht bedeuten, die allgemeine Korrelation zwischen steigender Arbeitslosigkeit und dem Anstieg der NSDAP-Wahlstimmen sei so zu interpretieren, als seien es die Arbeitslosen gewesen, die die NSDAP gewählt hätten, wie oft argumentiert wird. Daß die Nazis (besonders in der SA) zum Teil aktive Unterstützung von arbeitslosen Jugendlichen bekamen, ist unbestreitbar, aber es ist auch klar, daß die erste Welle von Massenunterstützung für die Nazis im Jahr 1929 hierdurch nicht erklärbar ist; vgl. McKibbin, 1969.
16 So argumentiert vor allem Rebentisch; vgl. Rebentisch, 1975, S.233, 259f, 268.
17 Diese Darstellung der Altstadt bezieht sich auf eine unveröffentlichte Studie zu diesem Bezirk, die mir freundlicherweise von Prof. Franz Lerner zugänglich gemacht wurde, sowie auf meine derzeitigen Forschungen über die Struktur der Frankfurter Arbeiterklasse.
18 vgl. Tjaden, 1964, der eine Kurzbiographie Galms enthält.
19 Eine sehr ähnliche Situation schien in Hanau bestanden zu haben, wo Karl Rehbein, einer der örtlichen Führer, die neue Politik der KPD als Gefährdung für die Basis der Partei innerhalb des DMV betrachtete. Rehbein stand in engem Kontakt zu Galm, trat aber zu dessen Enttäuschung kurze Zeit später wieder der SPD bei.
20 Für eine ähnliche Kritik der Arbeitslosenagitation der KPD, vgl. Huber-Koller, 1977, bes. S.116.
21 Lucas, 1969, S.15; Drechsler, 1965, S.207-208 (Drechslers Studie enthält eine Kurzbiographie von Portune).
22 vgl. »Was wir wollen«, in: Betrieb und Gewerkschaft, 1.18 (1. Juli 1929), S. 317.
23 vgl. »Massenstreik«, in: Betrieb und Gewerkschaft, 2.2 (15. Januar 1930), S. 38-41; Paul Merker, »Zwei Fronten zu den Betriebsrätewahlen«, in: Betrieb und Gewerkschaft, 2.3 (1. Februar 1930), S.68-70; ders., »Das nächste Kettenglied«, in: Betrieb und Gewerkschaft, 2.4 (15. Februar 1930), S.97-100.
24 vgl. K. Weigand, Rüsselsheim und die Funktion der Stadt im Rhein-Main-Gebiet (Frankfurt 1955), bes. S.28f; SPD Rüsselsheim am Main, Festschrift zum 60jährigen Jubiläum der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Rüsselsheim und zum Bezirksparteitag Hessen-Süd (Rüsselsheim 1955).
25 M. Hammer, Vergleichende Morphologie der Arbeit in der europäischen Automobilindustrie (Basel/Tübingen 1959), S.18 (zit. nach Roth, S.85); DMV, Die deutsche Automobilindustrie 1924 (Stuttgart 1924), S.22; ders., Die deutsche Autoindustrie Anfang 1928 (Stuttgart 1928), S.8f.
26 Seherr-Thoss, 1974, S.223, 557; Adam Opel AG, Verkaufs-Statistik, 1976; DMV, Die deutsche Autoindustrie Ende 1925; ders., Die deutsche Automobilindustrie Ende 1929; Weigand, S.29.
27 Allerdings war Sloan etwas zu optimistisch: Das erste Jahr, in dem mehr als 200.000 Autos produziert wurden, war 1956; vgl. auch Sloan, 1965, S.306.
28 DMV, Die deutsche Automobilindustrie Ende 1929, S.13ff.
29 vgl. auch H. Ludwig, »Die Arbeitslosigkeit in der deutschen Automobilindustrie«, in: Die Arbeitslosigkeit der Gegenwart (München/Leipzig 1932), S.121-154, bes. S.123ff.
30 Zusätzlich zu den oben aufgeführten Quellen greift diese Darstellung der Ereignisse bei Opel auf eine Sammlung von KPD- und SPD-Betriebszeitungen im Rüsselsheimer Stadtarchiv zurück. Ich möchte Peter Schirmbeck und seinen Kollegen vom Rüsselsheimer Stadtmuseum sowie Wolfgang Ebenlöh und Sigi Roth für ihre Hilfe beim Sammeln von Material für diesen Abschnitt meinen Dank aussprechen.

31 Während der Depression gingen Opels Verkaufszahlen nicht so weit zurück wie die anderer deutscher Autoproduzenten, was auf den hohen Exportanteil Opels zurückzuführen war: Im Juni 1931 exportierte Opel mehr als ein Viertel seiner Gesamtproduktion, was in diesem Monat 77 % der deutschen Automobilexporte ausmachte; vgl. Seherr-Thoss, 1974, S.186; Adam Opel AG, Verkaufs-Statistik, 1976.

32 DMV, Protokoll der Reichskonferenz der in der Autoindustrie beschäftigten Arbeiter, abgehalten am 23. Februar in Frankfurt a.M. (Stuttgart 1930), S.9, 11.

33 Die Maschinenstürmerei, die von der SPD so betont wurde, scheint vor allem im Zerschneiden eines Transmissionsriemens, über den die meisten Maschinen angetrieben wurden, bestanden zu haben.

34 Die Informationen stammen von dem damaligen KPD-Instrukteur der Opel-Betriebszelle. Es ist bemerkenswert, daß auf einer Versammlung nach dem Streik in Rüsselsheim ein Repräsentant der Zentralorganisation der KPD wie Paul Merker behaupten konnte, daß die kürzlichen Ereignisse in den Opelwerken günstige Reaktionen weit über deutsche Grenzen hinaus ausgelöst hätten, während auf derselben Veranstaltung von Oskar Müller öffentlich zugegeben werden mußte, daß der Streik in einer Niederlage geendet hatte.

(Aus dem Englischen von David Weißert und Petra Schwarzer)

Literatur

Abendroth, Wolfgang, 1976,*Ein Leben in der Arbeiterbewegung* (Frankfurt, Suhrkamp)

Anderson, Evelyn, 1948, *Hammer oder Amboss: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* (Nürnberg)

Angress, Werner T., 1973, *Die Kampfzeit der KPD 1921-1923* (Düsseldorf, Droste)

Bahne, Siegfried, 1976, *Die KPD und das Ende von Weimar: das Scheitern einer Politik 1932-35* (New York/Frankfurt, Campus)

Barbu, Zevedei, 1956, *Democracy and Dictatorship: Their Psychology and Patterns of Life* (London, Routledge Kegan Paul)

Bologna, Sergio, 1973, *Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Theorie der Partei an den Anfängen der Rätebewegung,* in: ders./Cacciari, Massimo, *Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Organisationsfrage* (Berlin, Merve)

Brockhaus, Eckhart, 1975, *Zusammensetzung und Neustrukturierung der Arbeiterklasse vor dem Ersten Weltkrieg* (München, Trikont)

Caspar, Gustav, 1959, *Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und das deutsche Wehrproblem in den Jahren der Weimarer Republik* (Frankfurt, Mittler)

Clarke, John u.a., 1979, *Jugendkultur als Widerstand* (Frankfurt, Syndikat)

Comfort, Richard, 1966, *Revolutionary Hamburg. Labor Politics in the Early Weimar Republic* (Stanford University Press)

Doeringer, Peter/Piore, Michael, 1971, *International Labour Markets and Manpower Analysis* (Lexington, Heath)

Drechsler, Hanno, 1965, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik* (Meisenheim/Glan, Anton Hain)

Flechtheim, Ossip, 1968, *Die KPD in der Weimarer Republik* (Frankfurt, Europäische Verlagsanstalt)

Gordon, Harold, 1971, *Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924* (Frankfurt, Bernard u. Gräfe)

Grebing, Helga, 1966, *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick* (München, Nymphenburger Verlagsanstalt, 1970, München, dtv)

Hindess, Barry, 1977, *The Concept of Class in Marxist Theory and Marxist Politics,* in: Bloomfield, Jon, (ed.), *Class Hegemony and Party* (London, Lawrence and Wishart)
Holloway, John/Picciotto, Sol, *Capital, Crisis and the State,* in: Capital and Class 2, S. 76-101
Huber-Koller, Rose-Marie, 1977, *Die kommunistische Erwerbslosenbewegung in der Endphase der Weimarer Republik,* in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 10, S. 89-140 (Frankfurt, Suhrkamp)
Hunt, Richard, 1970, *German Social Democracy 1918-1933* (Chicago, Quadrangle)
Jahoda, Marie/Lazarsfeld, Paul F./Zeisel, Hans, 1975, *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie* (Frankfurt, Suhrkamp)
Kornhauser, William, 1960, *The Politics of Mass Society* (London, Routledge Kegan Paul)
Lehndorff, Steffen, 1975, *Wie kam es zur RGO?* (Frankfurt, Marxistische Blätter)
Lipset, Seymour M., 1962, *Faschismus – rechts, links und in der Mitte* in: ders., Soziologie der Demokratie, S. 131-189 (Neuwied/Berlin, Luchterhand)
Lucas, Erhard, 1969, *Frankfurt unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrats 1918-19* (Frankfurt, Neue Kritik)
ders., 1976, *Arbeiterradikalismus: zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung* (Frankfurt, Roter Stern)
ders./Wickham, James/Roth, Karl-Heinz, 1977, *Arbeiterradikalismus und Die 'andere' Arbeiterbewegung* (Bochum, edition égalité)
Mann, Michael, 1973, *Workers on the Move* (London, Cambridge University Press)
McKibbin, R.L., 1969, *The Myth of the Unemployed: Who did vote for the Nazis?,* in: Australian Journal of Politics and History (August), S. 25-40
Minssen, Heiner/Sauerborn, Werner, 1977, *Der Massenarbeiter und das Kapital,* in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 10, S. 141-186 (Frankfurt, Suhrkamp)
Negt, Oskar/Kluge, Alexander, 1972, *Öffentlichkeit und Erfahrung* (Frankfurt, Suhrkamp)
Poulantzas, Nicos, 1973, *Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus* (München, Trikont)
Rebentisch, Dietrich, 1975, *Ludwig Landmann: Frankfurter Oberbürgermeister der Weimarer Zeit* (Wiesbaden, Steiner)
Rosenberg, Arthur, 1970, *Geschichte der Weimarer Republik* (Frankfurt, Europäische Verlagsanstalt)
Roth, Karl-Heinz, 1974, *Die 'andere' Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart* (München, Trikont)
Schöck, Eva-Cornelia, *Arbeitslosigkeit und Rationalisierung* (New York/Frankfurt, Campus)
Seherr-Thoss, Hans Graf von, 1974, *Die deutsche Automobilindustrie. Eine Dokumentation von 1886 bis heute* (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt)
Sender, Toni, 1940, *Autobiography of a German Rebel* (London, Labour Book Service)
Severing, Carl, 1950, *Mein Lebensweg* (2 Bde., Köln, Greven)
Sloan, Alfred, 1965, *Meine Jahre mit General Motors* (München, Moderne Industrie)
Tjaden, Karl-Herrmann, 1964, *Struktur und Funktion der 'KPD-Opposition' (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur 'Rechts'-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik* (Meisenheim/Glan, Anton Hain)
Tronti, Mario, 1975, *Arbeiter und Kapital* (Frankfurt, Neue Kritik)
Weber, Hermann, 1969, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus* (2 Bde., Frankfurt, Europäische Verlagsanstalt)
Weingartner, Thomas, 1970, *Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschland-Politik der Sowjetunion und der KI 1929-1934* (Berlin, de Gruyter)
Wunderer, Hartmann, 1976, *Materialien zur Soziologie der Mitgliedschaft und Wählerschaft der KPD zur Zeit der Weimarer Republik,* in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 5, S. 257-277 (Frankfurt, Suhrkamp)

Joachim Bruhn

Thesen zum nationalsozialistischen Arbeitsbegriff, seinem historischen Umfeld und seinen Konsequenzen

1925 wurde in Düsseldorf auf Initiative der Schwerindustrie und unter der Schirmherrschaft Albert Vöglers das »Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung« (DINTA) gegründet und die Leitung dem Essener Oberingenieur Carl Arnhold übertragen. Das Institut hatte die Aufgabe, Fragen der Menschenführung im Betrieb systematisch zu bearbeiten, die Betriebe in Fragen der innerbetrieblichen Sozialpolitik zu beraten, Rationalisierungsprogramme zu erstellen und bei Schwierigkeiten ihrer Umsetzung direkt mit Ingenieurtrupps einzugreifen. Seine Stellung war die eines formal autonomen, praktisch aber den 1926 gegründeten Vereinigten Stahlwerken zugeordneten Zentrums für alle Fragen der 'Menschenökonomie'.

Die Rationalisierung der Schwerindustrie durch Mechanisierung, Konzentration der Produktion, technische Innovation, durch Import des Systems der *»wissenschaftlichen Betriebsführung«* Taylors und der Fließbandproduktion Henry Fords[1] hatte zu einem enormen Aufschwung der Arbeitsproduktivität geführt. Die Produktionsmenge je Arbeitsstunde stieg allein in den drei Jahren zwischen 1926 und 1929 in der Stahl- und Eisenindustrie um 15 %, im Bergbau um 18 %; bei abnehmender Beschäftigung schnellte der Produktionsausstoß empor.[2]

Die umfangreichere technische Ausstattung, die Zunahme des investierten fixen Kapitals und zugleich die relative Abnahme der Zahl der Beschäftigten, lenkte das Augenmerk der Geschäftsführungen mehr und mehr auf das Verhalten des Arbeiters im Betrieb, auf den Arbeitsprozeß selbst; die reine Kontrolle der Qualität des Arbeitsproduktes und deren Beeinflussung durch verschiedene Lohnsysteme wurde ungenügend. Je mehr die organische Zusammensetzung des Kapitals steigt, desto mehr Bedeutung gewinnt der kontinuierliche Fluß der Produktion für die Amortisierung der Investitionen und die Erreichung zumindest der durchschnittlichen Rentabilität in der Branche, soll dem Konkurrenzdruck standgehalten werden. In die gleiche Richtung wirken Differenzierung der Produktpalette, regionale Vernetzung der Werke mit Zuliefererbetrieben sowie horizontale und vertikale Ausweitung des Konzerns. Die für eine reibungslose Produktion zu erfüllenden Voraussetzungen nehmen zu und damit die Probleme der Organisation. Diese immense Organisationsleistung, die der Produktion die Rohstoffe zuführt, die Fertigungsstufen aufeinander abstimmt, die Produkte verteilt, dabei ständig ihre Erweiterung vorbereitet und zugleich die eingebauten Produktionsbremsen der Kartellierung zu beachten hat, hat zur unabdingbaren Prämisse das automatengleiche Funktionieren der Fabrikation selbst. Der Arbeiter und sein Verhalten im Betrieb ziehen die Aufmerksamkeit der Direktion verstärkt auf sich. Hier liegt sowohl die Quelle weiterer Effektivierung wie möglicher Störung der Produktion.

Ist einerseits das, zum Teil z.B. aufgrund tradierten, dem planenden Zugriff von oben nicht unmittelbar zugänglichen Produktionswissens, unkontrollierbare Verhalten der Arbeiter eine Gefahr für die Kontinuität der Produktion, und sei es nur durch bewußte Leistungszurückhaltung, die auch dem Einsatz der systematisch modifizierten Akkordgrenze[3] widerstand, so liegen andererseits in der tayloristisch angeleiteten psychisch-motivationalen

und qualifikatorischen Anpassung des Arbeiters an die Maschine weitere Ressourcen der Rationalisierung. Den Arbeiter unter diesen beiden Aspekten in seiner Lebensäußerung zu kontrollieren und der Profitproduktion zu subsumieren, war das Ziel des DINTA. Ausgehend vom konservativen Bild des arbeitenden Menschen, dem *»eine generelle Arbeitsunlust, die nur durch Zwang zu überwinden sei, als Grundvoraussetzung«* gilt[4], war es Arnholds Ziel, alle durch den Menschen und seine Anwendung im Betrieb erzeugten unproduktiven Kosten zu minimieren.Dies sind - neben den Sozialbestandteilen des Lohnes - alle durch Anlernzeiten, Fluktuation, Mängel der Qualifikation bewirkten Beeinträchtigungen der Produktion. Als Filter vor dem Zugang zum Betrieb wurden Methoden der psychotechnischen Begutachtung entwickelt. Ein System betriebseigener Lehrwerkstätten schafft eine betriebsspezifische Qualifikation, die zudem fluktuations- und mobilitätshemmend wirkt. Die betriebseigene Öffentlichkeit der Werkszeitung sorgt für ständige Wiederholung und Verfestigung allgemeiner Produktionsnormen wie Sparsamkeit im Umgang mit Material, Pünktlichkeit und dergleichen. Der meßbare Spareffekt allein einer Rationalisierung der Anlernung ist enorm.

»Ein größeres Textilwerk schätzt den reinen Anlernlohn für eine Arbeiterin auf 90 Mark. Da nun der Wechsel und die Neueinstellungen von Arbeiterinnen es bedingen, daß hier jährlich etwa 2.000 neu angelernt werden müssen, so beträgt die gesamte Anlernsumme 180.000 Mark. Wenn man durch geeignete Anlernabteilungen die Zeit auch nur auf die Hälfte reduzieren könnte - was nach den vorliegenden Erfahrungswerten möglich ist - so ließe sich auf diese Weise allein jährlich ein Betrag von 90.000 Mark einsparen«.[5]

Da jedoch der reine Zwang dies nicht zu leisten imstande ist und zudem erzwungene Arbeit selten eine produktive darstellt, ist die Motivierung zur Arbeit, die über den Lohn nur unzureichend geleistet wird, eigenständiger Programmbestandteil jeder Rationalisierung. Da die Ursche der Fluktuation für Arnhold unmöglich in der Form der Produktion selbst zu suchen ist, empfiehlt er: *»Gerade bei der Anlernung sollte neben der Vermittlung manueller Fertigkeiten größter Wert auf Erziehung zu einer Arbeitspersönlichkeit, zur Arbeitsfreude und zum frohschaffenden Menschen gelegt werden«*[6]

Abgesichert und ermöglicht wird die hiermit angestrebte Verankerung der Produktionsnormen im Bewußtsein des Arbeiters durch Zugriff auf ihr gesamtes Leben, d.h. auf die kulturellen, familiären und emotionalen Aspekte ihrer Arbeitskraft und deren Reproduktion. Betriebliche Sozialpolitik als ein System kultureller Einrichtungen wie Werkssport, Werkskino etc. zielt auf die Anbindung aller Lebensbereiche an den Betrieb.[7] Unterstützt durch ein System materieller Gratifikationen, d. h. Bestandteilen des reproduktionsnotwendigen Lohnes, die nicht tarifrechtlich abgesichert, sondern unternehmerisch-paternalistisch gewährt werden[9], wie betriebliche Altersversorgung, Werkswohnungen, materielle Beihilfen (Kohlen) und Ehestandskredite, wird der Betrieb tendenziell zu seiner eigenen Welt und löst sich aus den gesellschaftlichen Bezügen heraus.[8] Für Arnhold, dem es undenkbar ist, daß ein innerbetrieblicher Konflikt nicht auf einen ideologischen, von außen gesteuerten Appell an die leidigen *»niederen materiellen Instinkte«* der Arbeiter zurückführbar ist, ist nur so die Kontinuität der Produktion zu sichern. Die in diesem Modell angelegte totale Verfügungsgewalt des Betriebes über den Arbeiter konnte in Weimar noch nicht zur Wirklichkeit werden. Seine ihm immanente Tendenz führt jedoch - sind Atomisierung der Arbeiterklasse durch Zerschlagung ihrer Gewerkschaften und Parteien sowie des Tarifrechtes als Bedingung seiner Realisierung geleistet - zu einer dem Konzentrationslager vergleichbaren Form des Betriebes. Der Ahnherr der wissenschaftlichen Betriebs-

führung, Henry Ford, Vorbild Carl Arnholds, hatte bereits in den frühen zwanziger Jahren erfolgreich mit Arbeiterlagern als neuer Form des Systems der Werkssiedlungen gearbeitet. Hier wurde die im Interesse des Betriebes angemessene Lebensführung kontrolliert und mittels einer 'Lebensführungsprämie' honoriert - nur erzwungen werden konnte sie noch nicht. In den Worten Henry Fords:

»Vorschrift war, daß die verheirateten Leute, um die Prämie zu erhalten, bei ihren Familien wohnen und für sie sorgen mußten. Es galt erst einmal, gegen die bei Ausländern weit verbreitete Sitte, Mieter und Kostgänger ins Haus zu nehmen, Front zu machen. - Sie betrachteten ihr Heim als eine Art Institution, aus der sich Kapital schlagen ließ, nicht als Stätte zum Wohnen. Junge Leute, die Angehörige unterhielten, empfingen gleichfalls die Prämie, ebenso ledige Männer mit gesundem Lebenswandel«.[10]

Der bereits vollzogene Übergang von der formellen zur reellen Subsumtion des Arbeitsprozesses unter das Kapital scheint nun auch den zur reellen Subsumtion der Reproduktion der Arbeitskraft zu erfordern und nach sich zu ziehen. Die neue Weise zu produzieren verlangt eine Umstrukturierung des psycho-physischen Nexus zwischen Arbeit und Arbeiter.[11] Die Freizeit kann nicht mehr in das freie Belieben allein gestellt werden, sie muß funktional auf die Produktion bezogen sein. Diesem Zweck diente Henry Fords Sozialrazzia, seine Praxis des jederzeitigen Zutritts der Moralinspekteure in die Arbeiterwohnungen.[12] *»Das häusliche Leben der Arbeiter wurde untersucht und der Versuch gemacht, festzustellen, was sie mit ihrem Lohn anfingen«.*[13] Von Seiten der Arbeiter erscheint ein solches Vorgehen als massiver Angriff auf die tradierte *»moralische Ökonomie«*[14] der Facharbeiterkultur, die sich, man beachte nur das Pathos der Parole 'Befreiung der Arbeit', ihres Wertes als einzig produktiver Klasse sehr bewußt war. Es handelt sich hier um eine diskrete, scheinbar un- bzw. vorpolitische Weise des Klassenkampfes: massenhafte Fluktuation als Flucht vor dem Fließband ist denn auch das Hauptproblem Henry Fords gewesen, ehe sich seine Weise zu produzieren gesellschaftlich verallgemeinerte und den Arbeitern keine andere Alternative mehr ließ.[15]

Die enge Verbindung zwischen DINTA, den Interessen der Schwerindustrie und der NSDAP, die Abhängigkeit der Bestrebungen Arnholds von autoritär, terroristisch ausgeübter Kontrolle über die Gesellschaft, manifestierte sich nicht erst im Jahr der Machtergreifung. Schon zuvor hatte Arnhold das Eindringen der NSDAP in den mit Brünings Notverordnung vom 5. Juni 1931 geschaffenen freiwilligen Arbeitsdienst begrüßt und als 'Sachverständiger des Reichswirtschaftsrates für Fragen des erweiterten Arbeitsdienstes' öffentlich gegen das Verbot der SA durch Groener protestiert. Das DINTA stellte zudem dem 'Reichsverband deutscher Arbeitsdienste e.V.', dem Tarnverband nationalsozialistischer Arbeitslager unter Leitung von Paul Schulz, Personal für die Ausbildung von Gruppenleitern zur Verfügung. Diese Kooperation ist dem unter Konstantin Hierl im Herbst 1931 eingeleiteten Positionswechsel der NSDAP, die zuvor gegen die Arbeitsdienstpflicht Stellung genommen hatte, nun aber auf die langsame Umwandlung der Freiwilligkeit in Zwang setzte, zuzuschreiben. Die Kreise um das DINTA hatten diese Position schon seit 1924 vertreten.[16]

Im Februar 1934 würdigt der Vorsitzende der Deutschen Arbeitsfront, Robert Ley, das DINTA als Wegbereiter der nationalsozialistischen 'Arbeitsidee'; dieses benennt sich um in »Deutsches Institut für nationalsozialistische Arbeitsschulung« und wird schließlich 1935 unter der Leitung Arnholds als »Amt für Berufserziehung und Betriebsführung« in die DAF übernommen. Unter den terroristischen Bedingungen des »Gesetzes zur Ordnung

der nationalen Arbeit« konnte Arnhold an die Verwirklichung seiner Theorie des Betriebes als einer 'organischen Leistungsgemeinschaft' gehen.
Die Grundlage seiner betriebswirtschaftlichen Theorie, die die Bedeutung der inneren Einstellung des Arbeiters zur Produktion zur zentralen Bedingung der Produktion überhaupt hypostasiert, ist die Produktion des absoluten Mehrwerts, der Rückfall in eine der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, d.h. dem rücksichtslosen Raubbau an menschlichen Ressourcen vergleichbare Weise der Produktion.[17] Die Begrifflichkeit Arnholds deutet es an: Produktion als Kampf und nationale Erzeugungsschlacht, Arbeitsproduktivität als Frage des entschiedenen Willens und nicht der objektiven technisch-ökonomischen Bedingungen, Absehen von der Kosten-Nutzen-Relation in der Absicht einer 'Wirtschaftlichkeit um jeden Preis' (d.h. Finanzierung unrentabler Produktion aus dem Staatsdefizit[18], das als Zukunftswechsel auf den zu gewinnenden Raubkrieg fungiert: das System der Hermann-Göring-Werke), Produktionsausstoß, pure Menge als Effektivitätskriterium. Die Ideologie der Entstehung innerbetrieblicher Konflikte auf ausschließlich nichtbetrieblichem Boden als Abwehr möglicher Eingriffe sozialdemokratischer Regierungen (Wirtschaftsdemokratie, Betriebsgesetz, staatliche Schlichtung und Tarif) hat als ihre materielle Grundlage diesen Übergang der kapitalistischen Produktion in ein neues Stadium. Die zeitgenössische Betriebswirtschaftslehre mit Eugen Schmalenbach an der Spitze reflektiert diesen Wandel in der Kritik der Rentabilität als einzigem Kriterium der Wirtschaftlichkeit. Sie fordert das Ende der Marktanarchie bei Fortexistenz des Privateigentums in einer neuen Wirtschaftsordnung. Diese 'gebundene' Wirtschaft soll innerbetriebliche Planung ermöglichen durch die Transparenz des ökonomischen Mechanismus, der das Realisierungsproblem und damit die beständigen einzelbetrieblichen Wert- und Preisschwankungen beseitigt, indem er rationale, stabile und kalkulierbare Relationen zwischen Einzelbetrieb und Volkswirtschaft herstellt. Die hierin enthaltene Ausweitung der Betriebsökonomie mündet tendenziell im Ende der Marktökonomie, hebt das Wertgesetz als Regulativ der Produktion auf und ersetzt es durch eine neue 'Ökonomie der Zeit' (Alfred Sohn-Rethel)[19]. Der krisenträchtige Widerspruch zwischen Betriebs- und Marktökonomie führt zur Abkoppelung der Produktion vom Markt und damit zur Freiheit der Produktion von der durch die zahlungskräftige Nachfrage bislang erzwungenen Rücksichtnahme auf den gesellschaftlichen Gebrauchswert der Produkte.[20] Die Rüstungsproduktion als Produktion nicht-reproduktiver Güter ist der einzige Ausweg aus dem Kreislauf von Bedürfnis und Produktion; sie sprengt den Zusammenhang von Angebot und Nachfrage, erlaubt somit die ständige Ausweitung der Produktion bei eingefrorener Massenkaufkraft. Das Resultat ist die Produktion um der Produktion willen; die Produktion des Mehrwerts als des *»sich selbst verwertenden Wertes«* (Marx) setzt sich absolut. Profitabilität kann in diesem System des *»bankrotten Kapitalismus«* (Sohn-Rethel) nicht durch die Forcierung technischer Innovation erreicht werden, die Rationalisierung des Menschen, die Mobilisierung all seiner produktionsrelevanten Kräfte rückt in den Vordergrund und wird betrieben durch Ausdehnung des Arbeitstages bis auf zwölf Stunden, durch Zwang zur aktuell maximalen Leistung ohne Rücksicht auf Lebensleistung und Reproduktion.[21]
Der Nationalsozialismus als die Produktion des Todes in bezug auf den Gegenstand der Produktion läßt deren Form, die innerbetriebliche Arbeitsorganisation, mit ihren Folgen für den Arbeiter nicht unberührt. Das einzige, was der Nationalsozialismus von seinen Zielen erreichte, die Vollbeschäftigung, *»war das Präludium zum Tod – Tod in den Schützengräben, Tod beim Luftangriff, Tod in den Fabriken infolge physischer Erschöpfung, Tod*

auf dem Rangierbahnhof, in den Chemiefabriken usw., Manifestationen einer unglaublichen Steigerungsrate der Arbeitsunfälle«[22]. Die Zahlen der Krankenversicherung belegen dieses Urteil Franz Neumanns aus dem Jahre 1942.[23] Die neuen Formen des Widerstandes der Arbeiter, die den Betrieb selbst, entgegen der sozialdemokratischen und kommunistischen Tradition der Weimarer Republik, zum Terrain der Aktion machten[24], konnten dem in dieser Produktionsweise angelegten Raubbau an menschlichen Ressourcen nur in den drei Jahren der Vollbeschäftigung vor dem Krieg bremsend entgegenwirken[25]. Anstieg des Krankenstandes, der Selbstmordquote, der Unfallrate, das Sinken des Lebensleistungsalters und letzten Endes die Fabrik als Gefängnis und die Arbeit als Mord umschrieben die Wirklichkeit faschistischer Produktion. Der Arbeiter wird auf die einfache Verlängerung der Maschine reduziert, ihrem Bewegungsrhythmus unterworfen, seine Effektivität entscheidet wie bei jedem anderen Werkzeug über seine Lebens-, d.h. Anwendungszeit.[26]
Interessant erscheint nun Arnholds Versuch einer *»geistespolitischen Grundlegung«* der spezifisch deutschen Form des Betriebes, der Produktion und der Rationalisierung. Ohne hier nun die Frage entscheiden zu können, ob sich der Nationalsozialismus in der Arbeiterklasse tatsächlich, zumindest aber nach Erreichen der Vollbeschäftigung 1936, eine Massenbasis schaffen konnte, ist es bemerkenswert, daß ideologische Anstrengungen in diese Richtung unternommen wurden durch eine spezifisch faschistische Aneignung des Entfremdungsthemas, eines zwar originär marxistischen, von den Weimarer Marxisten jedoch rechts liegen gelassenen Themas. Da die Arbeiterparteien der Produktion an sich kritiklos gegenüberstanden, Arbeitsteilung, Arbeitsorganisation und Arbeitsprodukt als notwendig begriffen und nur deren Subsumtion unter kapitalistische Leitung angriffen, standen sie dieser Aneignung hilflos gegenüber und reproduzierten geradezu die Logik des Kapitals als Bestandteil der moralischen Ökonomie der subalternen Klassen.[27] In den Worten Ernst Blochs:

»Nazis sprechen betrügend, aber zu Menschen, die Kommunisten völlig wahr, aber nur von Sachen. Die Kommunisten... bringen ihre richtigsten Zahlen, Prüfungen, Buchungen denen, die den ganzen Tag mit nichts als Zahlen, Buchungen, Prüfungen, Büro und Trockenarbeit verödet werden, also der gesamten 'Wirtschaft' subjektiv überdrüssig sind«.[28]

Dieses im marxistischen Diskurs der Weimarer Republik heimatlose Thema, die Frage des sinnvollen Zusammenhangs von Bedürfnis und Produktion, erscheint nun im Propagandaarsenal Adolf Hitlers. Aus Entfremdung, einer objektiven Kategorie, deren Aufhebung materiell angebbarer Maßnahmen bedarf, wird Sinnverlust im Zusammenhang zu ändernder innerer Haltung bei Kontinuität der äußeren Misere.

»Ohne Zweifel kann man die Massen für die Lebensfragen der Nation begeistern, aber das allein kann die Masse der Menschen nicht befriedigen. Viele Menschen arbeiten täglich acht Stunden in manchmal sehr wenig angenehmen Verhältnissen und in einem Beruf, den sie selbst nicht gewählt haben. Sie müssen in der Seele ein inneres Glück haben, das ihnen das Leben erträglich macht... der Mensch soll sowohl in seiner Seele als auch in seinem Beruf erfaßt werden, also in dem, was er auf Grund seines Schaffens und auf Grund seiner Persönlichkeit ist. Es handelt sich nicht darum, ihm ein Haus zu bauen, sondern man muß darin auch ein Licht erstrahlen lassen«.[29]

Mit vielen Wenn und Abers, die sofort die Oberflächlichkeit dieser 'Selbstkritik' erkennen lassen, wird auch der Rationalisierungsfachmann Arnhold zum Ankläger der 'Versachli-

chung des Menschen', die hier als dessen nun falsche ideelle Notation und Platzanweisung in einem System von Werten erscheint:
»*Die Technik war* (in der 'Systemzeit' - J. B.) *Selbstzweck geworden, und nur aus dieser Selbstzwecklichkeit ist es zu verstehen, daß der arbeitende Mensch nicht mehr als eigenständische* (sic!) *Größe anerkannt wurde, sondern daß man den Versuch machte, ihn lediglich als 'Faktor' in die betriebliche Sachenwelt einzubeziehen*«[30].
Arnholds Bestreben, diese Platzanweisung umzuinterpretieren, ohne sie materiell zu verändern, führt ihn zu einer Ausformulierung der »*nationalsozialistischen Arbeitsidee*«. Einige ihrer Aspekte sollen nun aufgezeigt werden:
1. Sie ist die Anerkennung eines sich der tayloristischen Rationalisierung entziehenden Restes unkalkulierbarer menschlicher Subjektivität. Da die Gleichung Mensch = Maschine (noch) nicht aufgeht, wird dieser Rest einstweilen ideologisiert und zur Wesenseigenschaft des deutschen Arbeiters stilisiert, die Lehre vom unsäglich deutschen Wesen gleicht einem Kapitel aus der Zoologie:
»*Indem er* (der Betriebsleiter - J. B.) *planmäßig durch Beispiele und Vorbild auf die seelischen Kräfte der Gefolgschaft einwirkt, bricht er die Einseitigkeit rationalistischer Arbeitshaltung und stellt damit das Irrationale am Menschen in den Dienst der Betriebsgemeinschaft*«.[31]
Dies 'Irrationale' sind genau diejenigen Fertigkeiten des Arbeiters, die sich bislang der 'time and motion study' entzogen haben und sich darum ihrer Übertragung auf die Maschine verweigerten. Um dieses Potential zu mobilisieren, wird nun einigen Elementen der moralischen Ökonomie der Arbeiter Referenz erwiesen.
2. Das als irrational qualifizierte deutsche Arbeitswesen wird mit den Werten einer handwerklichen, in den Zentren der Produktion längst im Verschwinden begriffenen Arbeitsmoral besetzt und aufgeladen.
»*Wir müssen der Sachwelt selbst zu Leibe rücken, indem wir einmal ingenieurmäßig feststellen, wieviel vom deutschen Menschen eigentlich in der Sachwelt steckt... Wir kommen dann zu der Überzeugung, daß der Lohnanteil für das 'Menschliche in der Sachwelt' überhaupt kein Maßstab sein kann. Denn dieser menschliche Anteil besteht aus der praktischen Anstelligkeit, aus der handwerklichen Tüchtigkeit, aus der Erfahrung, aus der Treue und dem Pflichtgefühl jedes Einzelnen*«[32].
Auf ihren ökonomischen Kern gebracht, besagen diese Begriffe Zurückweisung der allgemeinen Quantifizierung menschlicher Bedürfnisse als Legitimation von Niedriglöhnen und zugleich Kompensation des Arbeitsleides durch kollektiv imaginierte psychische Äquivalente, d.h. Umstellung der Kompensation von materiellen auf ideelle Werte. Der Begriff »*Anstelligkeit*« appelliert an die vorgeblich umfassende Eignung und Qualifikation des deutschen Arbeiters, seine allgemeine Kompetenz, meint jedoch Zumutbarkeit jedweder Arbeit. »*Tüchtigkeit*« zielt auf Geschick, Findigkeit, Fähigkeit zur Improvisation und Organisation, wie sie noch bei dem im Subkontraktsystem angestellten Vorarbeiter und Meister vorhanden waren; im Großbetrieb mit seiner rigorosen Rollenzuweisung wird sie zur Kunst, aus allem das Beste zu machen und sich dabei noch anzustrengen. »*Erfahrung*« spielt auf das Produktionswissen des Arbeiters an, seine Kenntnis aller Bedingungen der Produktion, wie sie noch aus der sinnlichen Erfahrung der Herstellung eines nicht zerstückelten Gegenstandes gewonnen werden konnte. Erfahrung im hier gebrauchten emphatischen Sinn kaschiert die Reduktion der Arbeit auf den mechanischen und endlos repititiven, den sinnentleerten Handgriff als Ergebnis der zum Extrem geführten Arbeitstei-

lung.[33] Auch *»Treue«* nimmt Bezug auf Handwerk und qualifizierte Facharbeit. Die emotionale Verbundenheit des Arbeiters mit dem Inhaber/Leiter der Produktion, entstanden aus der Vermittlung handwerklichen Erfahrungswissens an den Gesellen, aus dessen zünftlerischer Initiation in die Produktionsgeheimnisse der Branchen, oft verknüpft mit seiner realistischen Hoffnung auf Übernahme von Werkstatt und Tochter, oder hervorgegangen aus der paternalistischen Fürsorge der Schwerindustriellen der Gründerzeit, die genötigt waren, ihren Stamm qualifizierter Arbeiter mit nicht allgemein auf dem Arbeitsmarkt verfügbarer Ausbildung an das Werk zu binden, dient hier dazu, Loyalität gegenüber einem übermächtigen und anonymen Apparat zu erzeugen, der die ihn repräsentierenden Personen auf austauschbare Charaktermasken reduziert hat. *»Pflicht«* schließlich erinnert an die enge Verwandtschaft zwischen Militärkaserne und Fabrik; die dort gleichermaßen notwendige Disziplin derer, deren uniformes, von anderen zweckgerichtetes Funktionieren unabdingbar ist, erfährt ihre Apologie mit einem Flair von Mannbarkeitsbeweis in der Parole von den *»Soldaten der Arbeit«* (s.u.).

3. Der Begriff des Betriebes wird ideologisiert und gleichsam zum Oberbegriff aller in ihm versammelten Tugenden erhoben. Die Abkoppelung des Betriebes von der in ihm verfolgten Kapitalakkumulation, vorbereitet in der autoritären Transformation des Arbeitsrechtes und dessen Begriff des Betriebes als einer *»organischen Einheit«*, die nichts als simple Gebrauchsgüter in funktionaler Kooperation der beiden 'Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital' erzeuge und nicht etwa Waren als Träger von zu realisierendem Mehrwert, weitergeführt in der Betrachtung des Kapitalisten als eines Quasi-Beamten des Gemeinwohls[34], wird bis zum Äußersten getrieben: *»...der Betrieb ist kein technisch-rationales Gebilde mehr, sondern eine lebendige, stark symbolhaltige, geistespolitisch geprägte Einheit, die ihren letzten Sinn im Staate hat«*[35].

4. Der Sinn der Produktion, den zu realisieren die 'nationalsozialistische Arbeitsidee' im Kampf gegen die Versachlichung des Menschen angetreten ist, ermangelt somit eines jeden konkreten, am Sinn des Produkts und an der Weise seiner Herstellung ausgewiesenen Kriteriums. Letztlich ist er eine Frage der inneren Einstellung, der 'Haltung' zur Arbeit. Der Arbeiter soll die Produktion als sinnvoll *»erleben«*, obwohl gerade das ständige Gerede vom Menschen als die Ideologie der Entmenschlichung fungiert.[36] Die Flucht vor jedem konkreten, d.h. nachprüfbarem und einzuklagendem Kriterium wird am sichtbarsten dort, wo Arnhold sich bemüht, eine Trennlinie zwischen klassich-tayloristischer Rationalisierung und nun im Unterschied zu ihr anzustrebender *»deutscher Rationalisierung«* oder *»organischer Betriebsgestaltung«* festzulegen. Obwohl er betont, daß sich in ihm bei dem Gedanken an Taylor oder Ford etwas Unsägliches sträubt, kann er nicht auf deren Instrumentarium verzichten und definiert nun das spezifisch *»deutsche«* an der Rationalisierung als einen Überschuß über das längst Praktizierte hinaus. Dieser Überschuß wird als Aufgabe der *»Gestaltung«* von der nur auf staatsnotwendige Effizienz zielenden *»Maßnahme«* abgegrenzt. *»Gestaltung«* ist eine *»geistespolitische«* Aufgabe der Betriebsleitung, an ihrem Ende sollen stehen *»reibungsloser Betriebsablauf, frohschaffende Menschen und daraus sich von selbst ergebend ein Optimum an technischer und wirtschaftlicher Leistung«*. Offenbar ist für Arnhold mit der Reform des Wortschatzes der Personalchefs, mit seinen Vorschlägen zur Sinngebung der Arbeit durch 'Seelenbearbeitung' sowohl das *»deutsche«* an der Rationalisierung geleistet wie auch er selbst sich angesichts der Größe dieser Aufgabe vom Hauch des Weltgeistes berührt fühlt, denn *»es ist nicht leicht, mit menschlichen Worten zu umreißen, was eigentlich organische Betriebsgestaltung darstellt«*[37].

5. Dieses Eingeständnis des durch und durch metaphysischen Charakters seiner Rabulistik führt aber nicht zum Abbruch seiner Bemühungen, sondern gilt ihm noch als ein besonderer Vorzug seines Systems. Denn gerade diese Unbestimmtheit verhindere, daß das pulsende *»Leben des Betriebes«* in reinem Schematismus eifersüchtig parzellierter Verantwortlichkeiten erstickt. Denn entscheidend *»ist nicht das Schema oder das System, sondern in erster Linie die Führernatur, die 'vorarbeitet' und 'vorlebt'«*[38].

Arnhold nimmt also die Entfremdungsproblematik nur auf, um ihre realen Ursachen bis zur Unkenntlichkeit zu verfremden und gleichzeitig und gleichwohl das Bedürfnis ihrer Aufhebung als Triebkraft in den Mechanismus ihrer fortschreitenden Verhärtung einzubauen. Seine Versuche, den nationalsozialistischen Arbeitsbegriff 'noch genauer' zu bestimmen, gehen in eine Ideologie der absoluten Mehrwertproduktion über, die als Produktion des Todes zugleich den Arbeiter, wo er für den Fortgang der Produktion unentbehrlich ist, auf einen reinen Naturgegenstand reduziert. Er stellt mit Bedauern fest, daß *»bekanntlich selbst beim rationalisierten Betriebe der menschliche Anteil am Arbeitsprodukt überraschend hoch ist. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß es keine Arbeit gibt, die ausschließlich durch Automaten erledigt werden könnte«*[39].
Dieses Nicht-Verdrängbare ist aber als ein zugleich nicht restlos unterzuordnendes Moment der menschlichen Subjektivität in der Produktion zugleich ein potentieller Störfaktor. Hier ist Arnhold hypersensibel. Die geringsten Anzeichen einer, wenn auch nur mentalen, Nichtübereinstimmung der Belegschaft sind ihm bereits Attentate auf die Produktion. Die dagegen geforderten Tugenden der Arbeiterschaft ähneln denen deutscher Schäferhunde.
»Die Gefolgschaft soll treu und gläubig, anhänglich und vertrauend, sauber und aufrichtig sein, also das Gegenteil von Mißtrauen, Nörgeln, Besserwissen, Intrigieren und Hetzen«.[40]
Erst eine völlig gefügige, durch terroristische Maßnahmen ihrer Oppositionsmöglichkeiten beraubte Arbeiterschaft ermöglicht die Ausformulierung einer faschistischen Utopie der Arbeit[41], die das folgerichtige Resultat der tayloristischen Forcierung der Arbeitsteilung ist und in der die oft als Metapher mißverstandene Bemerkung Marxens, das Kapital reduziere den Arbeiter auf ein bewußtloses Anhängsel der Produktion, auf ein Tier, und erschaffe ihn neu als *»lebendige Arbeitsmaschine«* und *»Mobiliarzubehör der Fabriken«*[42], zu einer praktischen Philosophie wird. Einige Elemente des in dieser Praxis enthaltenen Arbeitsbegriffes sind in der Ausprägung Arnholds:
1. Das Verhältnis des Arbeiters zu seinem Werkzeug ist ein Verhältnis des Werkzeugs zu sich selbst. Die ideologische Aufhebung des Widerspruchs zwischen der Maschine als Repräsentant des Kapitals im unmittelbaren Produktionsprozeß[43] und der ihr als variables Kapital subsumierten lebendigen Arbeitskraft, ausgedrückt in der These, das Werkzeug sei direkte, dem Arbeiter untergeordnete und daher widerspruchsfreie Verstärkung seiner natürlichen Leibeskräfte[44], mündet in der Anthropologisierung des Arbeitsmittels. Die Verlebendigung des toten Gegenstandes, das *»hindurchfühlen«*[45] durch das Werkzeug auf zu bearbeitende Natur fungiert als ideologische Repräsentanz der intendierten Abtötung des Lebendigen. Die Reduktion des Menschen auf Natur ergibt einen Begriff des Arbeiters als des bloß schmerzempfindlichen Teils der Maschine, als ihr bloßes psychisches Sensorium. Arnhold illustriert dies an dem Beispiel zweier Kraftfahrer und ihrer Reaktion auf einen sich anbahnenden Defekt:
»Der erste Typus, der nur Fahrer ist, wird im besten Falle den Entschluß fassen, bei der

nächsten Gelegenheit das Getriebe nachsehen zu lassen. Der zweite Typus, der gelernte Schlosser, wird ebenfalls den Entschluß fassen... Mit jeder neuen Umdrehung aber wird ihm das Quietschen in der Seele weh tun, da er mit diesem unangenehmen Geräusch die Vorstellung von mahlenden Zahnrädern, auslaufenden Lagern und ähnlichem verbindet. Dieses fast körperlich schmerzende Klopfen seines technischen Gewissens wird ihn dazu anhalten, die allernächste Fahrpause zu nutzen, den Fehler abzustellen«.[46]

Im *»Verwachsensein«*[47] des Werkzeugs mit dem Arbeiter hat die Maschine den Menschen annektiert.

2. Die Arbeit ist Kampf und sittliche Bewährungsprobe, in ihr erweist sich die Lebenstauglichkeit/Lebensberechtigung des Einzelnen. Unter Absehung von den Zwängen des Sich-Einlassen-Müssens auf entfremdete Arbeit erscheint diese als existentielle Konfrontation mit feindlichen Naturgewalten, vor denen es gilt, Mut zu beweisen.

»Auch müssen wir der Gefolgschaft das Gefühl geben, daß Arbeit kein 'Zeitverbringen' oder gar 'Stundenschinden' bedeutet – sondern Kampf ist, in dem sich jeder von uns... immer wieder zu bewähren hat. Für uns gilt: nur der verdient sich das Leben wie die Freiheit, der täglich sie erobern muß«.[48]

Die vorgestellte Egalität aller im Kampf der Arbeit als einer existentiellen Notwendigkeit beruht auf der als ewig und ewig immer gleich imaginierten Herrschaft der nackten Notwendigkeit über das bedürftige, ungesellschaftliche Individuum.[49]

3. In Ermangelung eines konkreten Sinnes der Produktion (der bestimmbaren Befriedigung menschlicher Bedürfnisse) wird diese prinzipiell unendlich. Die Produktion als Kampf muß *»als Aufgabe aufgefaßt werden, und zwar als eine nie zu vollendende Aufgabe«*[50]. Die Existenzbedingung des Kapitals, sich rastlos und auf ständig erweiterter Stufenleiter zu verwerten, soll nicht anders durch Stillstand seine Entwertung und Vernichtung erfolgen, wird als ontologisch gegebene Verpflichtung[51] gefaßt, während sich die mit dem Kapital gesetzte Abstraktion vom Gebrauchswert in dessen Vernichtung bewahrheitet.

4. Das end- und sinnlose Schaffen mündet dann, wenn der Arbeiter wie von unsichtbaren Schnüren genau im Rhythmus der Maschine mitbewegt wird, in einem ästhetischen Erlebnis, in einer Ästhetik des Lebens im Maschinentakt. Arnhold berichtet über den gelungenen Einsatz einer DINTA-Ingenieurgruppe, deren Resultat nicht simple Rationalisierung, sondern die Komposition einer *»Arbeitssymphonie«* war.

»Die Technisierung zahlreicher Arbeitsgriffe führte zu einer Neuordnung der Aufeinanderfolge der Griffe. Damit war der Gestaltung eines Arbeitsrhythmus Rechnung getragen, so daß das Reifenwickeln von dem Charakter einer Schwerstarbeit befreit und zu einer Leichtathletik der Arbeit geworden ist. Der ästhetische Genuß, den der Anblick der Bewegungsfolge bei einem arbeitenden Reifenmacher bietet, ist ein Zeichen für das innere Wohlbefinden... bei seiner rhythmischen Tätigkeit«.[52]

Die Funktionsweise der Maschine erst ist die Verwirklichungsbedingung der dem Menschen eigenen Abfolge und Proportionierung des körperlichen Ausdrucks. Die Wohlbefinden vermittelnde sichere Beherrschung des Körpers (*»Leichtathletik«*) ist ein Geschenk der Maschine, deren Takt die Seele rhythmisch mitbewegt. An die Stelle der Bedürfnisse und Triebe des Menschen, die, vermittelt über ihre rationale Reflektion, seine Motorik und Handlung bestimmen, tritt als neue Steuerungsinstanz das in die Bedürfnisstruktur selbst eingewanderte Kapital und schaltet den Menschen gleich, setzt diesen als Werkzeug seiner Zwecke.

5. Da die Arbeit als endlose gesetzt wird, schwindet die Differenz zwischen Arbeit und Le-

ben. Die unter Arbeitern vorherrschende Auffassung der Arbeit als eines notwendigen Mittels zur Befriedigung eines räumlich und zeitlich außer dieser liegenden Bedürfnisses soll aufgehoben werden. Eine solche Auffassung, denunziert als Manifestation niederer Instinkte, betrachtete die Arbeit instrumentell. Arbeit nun, die kein 'Stundenschinden' mehr ist, sondern das Bedürfnis selbst, hat das Leben in sich eingesogen und einkassiert. Daher auch die Rede von den *»Soldaten der Arbeit«*. Der Soldat als ein seiner spontanen Lebensäußerung beraubter, gedrillt und uniformiert seiner Individualität und besonderen Zwecke entkleideter und der Verantwortung/Verfügung über sein Leben enthobener Mensch ist das natürliche Vorbild des Arbeiters; nach dessen Bilde soll er gestaltet werden. *»Der Betrieb (ist) die Kampfeinheit der nationalen Erzeugung«*[53], jede ihm entzogene Energie ist ein Akt der Sabotage. Je mehr der Faschismus sich bemüht, den Betrieb als *»das Arbeitsheim aller Schaffenden«*[54] darzustellen, desto mehr schafft er ihn real als Arbeitslager.

Arbeitsrechtlich finden diese Bestrebungen ihren Niederschlag in der Aufhebung des traditionellen Begriffes des Arbeitsvertrages als eines Schuldverhältnisses mit definiertem und gesetzlich sanktioniertem gegenseitigen Anspruch auf einklagbare Leistung. Er wird, beginnend mit dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit, durch ein Treueverhältnis ersetzt. Der nicht mehr formelles Gesetz gewordene Entwurf der 'Akademie für deutsches Recht', der die Reduktion des formal freien Arbeiters auf einen wirklichen Sklaven vollendet, brauchte nicht mehr zu leisten als die Zusammenfassung der auf dem Verordnungswege bereits durchgeführten Zwangsmaßnahmen wie Arbeitsbuch, Dienstpflichtverordnung etc.

Am Zielpunkt dieser von Carl Arnhold als Ausdruck der immanenten Tendenzen kapitalistischer Produktion entworfenen Ideologie des Betriebes und der Arbeit steht die Vernichtung durch Arbeit. Zwar war *»der Weg von der Betriebsgemeinschaft zum Betrieb als Konzentrationslager«* auch für die deutsche Arbeiterklasse, wie Tim Mason feststellt[55], *»kurz und geradlinig«*, seine eigentliche Wirklichkeit jedoch offenbart sich erst im 'Schicksal' der Millionen von Zwangsarbeitern, Juden, Zigeunern, Homosexuellen und anderer Verfolgter. Ohne hier auf die 'Arbeitsbedingungen' in dem eigens bei Auschwitz errichteten Werk der IG-Farben einzugehen[56], sei auf die Folgen hingewiesen, die die Arbeit unter dem Faschismus für die Überlebenden heute noch zeitigt, um die Wirklichkeit des rhythmischen Mitschwingens im Maschinentakt für die ihm ausgesetzten Menschen wenigstens annähernd ermessen zu können.

»Das allgemeine Beschwerdebild der am Überlebenssyndrom leidenden Menschen setzt sich zusammen aus: Auftreten von Ermüdung und leichter Erschöpfbarkeit, Konzentrationsschwierigkeiten und Leistungsmängeln, nervöser Reizbarkeit und Ruhelosigkeit, Verstimmtheit mit Neigung zur Erregung und Jähzorn, Verlust persönlicher Initiative, Energie und Antriebskraft; Schwindelgefühlen; Kopf-, Rücken- und Magenschmerzen; Schlafstörungen; Unfähigkeit zur Anpassung an alltägliche Belastungssituationen... Von ihren körperlichen Krankheiten, der vorzeitigen Vergreisung, den organischen Hirnschäden, Herz-, Magen- und Kreislaufkrankheiten und der Verminderung der Vitalität ganz zu schweigen... Viele der noch im letzten Moment aus den Klauen der SS Geretteten sind heute lebende Tote«.[57]

Der Ideologe und Praktiker der somit in all ihren Konsequenzen dargestellten *»nationalsozialistischen Arbeitsidee«* stieg 1942 zum 'Generalreferenten für Berufserziehung und Leistungssteigerung' im Reichswirtschaftsministerium auf. Noch 1964, anläßlich seines 80.

Geburtstages, war sein verdienstvolles »*Leben für die deutsche Wirtschaft*«[58] Anlaß einer Laudatio.

Anmerkungen

1 Die Theorien Fords und Taylors waren bereits vor dem 1. Weltkrieg in Europa bekannt, ihre Rezeption jedoch zumeist auf ihre Diskussion in wissenschaftlichen Kreisen beschränkt (vgl. Hinrichs). Ihre konzeptionelle Anwendung nimmt nach dem Krieg, begünstigt durch die Erfahrung kriegsindustrieller Massenproduktion, einen gewaltigen Aufschwung, so z.B. bei Renault (Coriat, S. 40f). Die Vorteile der Fließproduktion waren jedoch gerade in der Schwerindustrie praktisch bereits bekannt durch die Vernetzung der Fertigungsstufen und durch die Nutzung der Restwärme von Hochöfen (Schmiede, S.15). Der Beitrag Taylors besteht in der Systematisierung der wissenschaftlichen und anwendungsmethodischen Grundlagen der Zeitökonomie, der Fords in ihrer von vorneherein geplanten großtechnischen Anwendung.

2 Weisbrod, S. 59 und 56

3 Schmiede, S. 14

4 Diese von Benz, S. 346, in bezug auf die Weimarer Debatten um den freiwilligen Arbeitsdienst getroffene Beschreibung der Position des schwerindustriellen Lagers ist durchaus nicht als zeitspezifische, sondern als klassische Auffassung aller die Arbeit aus der Perspektive der Leitung, des Eigentums oder der Partizipation an den dadurch anfallenden Privilegien zu betrachten - von Bernard Mandevilles »Bienenfabel« 1705 bis zur FAZ.

5 Arnold, 1928, S. 6

6 ebd., S. 7

7 Eine zeitgenössische Beschreibung der Grundlagen und Resultate dieses Systems bei Kracauer, 1929.

8 Es soll hervorgehoben werden, daß es den Unternehmern bei aller Polemik gegen die staatlich garantierten Bestandteile des Lohnes keineswegs um die absolute Höhe des Lohnes geht, wie dies z.B. in der Denkschrift des Reichsverbandes Deutscher Industrie (RDI) »Aufstieg oder Niedergang!« von 1929 vorgegeben wird, sondern um die mit der staatlichen Garantie gegebene relative Unabhängigkeit des Arbeiters von unternehmerischen Pressionen. Die unternehmerische Verfügung über die Sozialbestandteile erlaubt ein feines, sorgfältig abgestuftes Einflußnehmen auf das Verhalten des Arbeiters, dient zum Abbau von Streikbereitschaft durch Aufbau von Verlustängsten und ist zum Teil betriebliche Sozialpolitik des Paternalismus. So kann es nicht überraschen, daß parallel zur Polemik gegen den Sozialstaat die Ausgaben für betriebliche Sozialpolitik enorm erhöht werden (Mason, 1974, S. 337). Der damit betriebene Zugriff auf die Reproduktion der Arbeitskraft bereitete die Kampagnen der DAF wie 'Kraft durch Freude' und 'Schönheit durch Arbeit' vor; die »Siemens-Studiengesellschaft für angewandte Psychologie« betrieb diese Politik erfolgreich vor und nach 1933 (vgl. Neumann, 1976, S. 497). Solche Maßnahmen »*fördern die innere Verbundenheit, die seelische Verbundenheit zwischen Betrieb und Gefolgschaft*«. Insbesondere die Einflußnahme auf die Arbeiterfrauen wirkt hier hilfreich, denn »*die Frau als Bundesgenossin zur Förderung der Betriebstreue ist nicht zu unterschätzen. Wenn die Frauen unserer Arbeitskameraden uns ihr Vertrauen einmal geschenkt haben, dann ist die Betriebstreue der Männer sicher verbürgt*« und die ausgeworfenen Gelder haben sich amortisiert, denn »*Lohnfragen gibt es in einem solchen Betrieb überhaupt nicht*« (Keßler, 1939).

9 Die 'hohen Löhne', die solche Betriebe zahlen, gaben der Sozialdemokratie Anlaß, das friedliche Ende des Kapitalismus, herbeigeführt durch 'einsichtige' Unternehmer wie Henry Ford selbst, nahe zu wähnen (Walcher, 1925, S. 9). Dahinter verbergen sich jedoch sowohl das Interesse an sozialer Befriedigung wie die der höheren Intensität der Arbeit entsprechenden gestiegenen Reproduktionskosten. Zu diesem Aspekt Antonio Gramsci, 1930a.

10 Henry Ford, Mein Leben und Werk, Leipzig 1923, hier zitiert nach Walcher, S. 45. Zu vergleichbaren Experimenten der Krupp-Werke vgl. Brandenburg/Materna 1980, die die Kruppschen Arbeitersiedlungen als einen Versuch der *»kulturellen Transformation der Siedlungsbewohner«* kennzeichnen (S. 39), d.h. ihrer Trennung sowohl von vorindustriellen Arbeits- und Lebensformen wie von proletarischer Organisation. Daß Fords moralischer Rigorismus nicht aus einer wie immer verstandenen puritanischen, religiös motivierten Erziehungsideologie sich erhellt, geht auch aus Krupps Siedlungsreglement hervor, daß dem Fordschen größtenteils vergleichbar ist. *»Untervermietungen an Familien war untersagt. Kost- und Schlafgänger durften nur in Ausnahmefällen aufgenommen werden«* (ebd.).Der Fordsche Puritanismus erschien bereits kritischen Zeitgenossen als die Ideologie der Anpassung ans Fließband, vgl. A. Gramsci, 1930b.

11 Allgemein zu den mit der Fließproduktion entstehenden neuen Produktionsnormen vgl. Coriat. Die damit einhergehende Umstrukturierung der Bedürfnisse, ihres Inhalts und ihrer Artikulation mit dem Ende der Einwanderung des Kapitals in die Bedürfnisse selbst analysiert Krovoza.

12 Eine noch im heutigen amerikanischen Sozialrecht legitimierte Praxis (Castel, 1980).

13 Ford, nach Walcher, S. 44.

14 Dieser Begriff E.P.Thompsons bezeichnet die Einheit aller Aspekte der proletarischen Lebenswelt, den Zusammenhang zwischen Arbeit und Familie, Freizeitvergnügen und Moral und der diese Betätigungen regulierenden/legitimierenden Normen, wie sie auf der Basis spezifischer Produktionsweisen entstehen und diese selbst erst ermöglichen. Zur theoretischen Begründung dieses Begriffs vgl. Thompson, 1980a, S.232ff, zu seiner Anwendung in der historischen Forschung Thompson, 1980b.

15 Die Arbeiter selbst verweigern sich dieser damit betriebenen Zerstörung ihrer Lebenswelt, der Entwertung ihrer Fähigkeiten. Ford: *»Bisherige Erfahrungen gelten bei uns nicht...«* Die Ungelernten *»lernen ihre Aufgabe innerhalb weniger Stunden oder Tage. Haben sie nicht innerhalb dieser Zeit begriffen, so können wir sie nicht gebrauchen.«* (nach Walcher, S. 46). Die Fluktuation war entsprechend: allein 1913 mußte Ford für die Besetzung von 16.000 Arbeitsplätzen 53.000 Einstellungen vornehmen (Coriat, S. 55). Diese Form der Abwehr entfremdeter, extrem arbeitsteiliger Produktion wiederholt sich auf jeder Stufe der technologischen Entwicklung (vgl. Braverman).

16 Der Dienstzwang war seit 1924 eine Forderung der »Deutschen Bergwerkszeitung«. Der Kreis um dieses Blatt, zu dem auch Vögler und Arnhold zählten, finanzierte den »Artamanenbund«, der bereits im gleichen Jahr Arbeitslager in Ostelbien unterhielt (Benz, S.327ff; Schlicker, 1971).

17 Marx entwickelt diesen Zusammenhang anhand der Berichte der englischen Fabrikinspektoren (Marx, 1973, S. 741-805). Zur Anwendung dieses Begriffs auf den Nationalsozialismus vgl. Sohn-Rethel, 1973.

18 Während der Staatshaushalt nach 1933 ständig zunimmt, steigt der Anteil der aus dem Defizit (Mefo-Wechsel) finanzierten Rüstungsaufwendungen von 4 % 1932 auf 50 % 1938 (Petzina, 1968, S. 19). Da die Löhne weitgehend festgefroren sind, es sich also um die Produktion nicht-reproduktiver Güter handelt, verändert sich entsprechend das Verhältnis der Arbeitseinkommen zu den Kapitaleinkommen vom Bestand 1927 der Weimarer Republik von 16,1 % auf 43,2 % 1938, so daß die Einkünfte aus Kapitalvermögen absolut fast halb so groß sind wie die aus Arbeitereinkommen, d.h. die Profitrate steigt um nahezu 100 % (Altvater u.a., 1979, S. 171).

19 Schmalenbach, 1928. Das Verhältnis der Theorie Sohn-Rethels zu der Schmalenbachs, die empirisch auf den Ergebnissen Schmalenbachs basiert, wird erörtert bei Hundt-Heyer, 1978.

20 Die Zerstörung des Gebrauchswerts ist der Endpunkt der in Anm. 11 angesprochenen Entwicklung (Pohrt, 1976).

21 Dies müßte sich u.a. an der sinkenden Zahl derjenigen ausweisen, die das Rentenalter nach Definition der Arbeitsmedizin als 'gesund' erreichen, d.h. als arbeitsfähig. Da mir hierfür kein Material zur Verfügung steht, möchte ich, um dieses Argument zumindest zu plausibilisieren, auf Böker, 1971, verweisen, der den Zusammenhang für die Bundsrepublik darstellt.

22 Neumann, 1942, S. 258.

23 Bei zunehmender Zahl der Versicherten entwickeln sich die Statistiken der Krankenversicherung wie folgt:

Zahl der Unfälle 1932-1937 in 1.000 (nur Versicherungsfälle)

1932	1933	1934	1935	1936	1937
827	929,6	1178,6	1354,6	1527,6	1789,2

Unfälle auf 10.000 Beschäftigte 1932-1937

1932	1933	1934	1935	1936	1937
329	368	441	472	505	565

(nach Kuczynski, S. 183f)

24 Behrens, 1977

25 Mason, 1977

26 siehe Anm. 42

27 Was auf den ersten Blick paradox erscheinen mag. Der traditionelle Marxismus kritisiert Produktion aus der Differenz von Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß, sich auf den Gebrauchswert des ersteren gegen den Mehrwert/Tauschwert des letzteren berufend. In dieser Konstruktion schreitet 'unter dem Mantel' kapitalistischer Akkumulation die den Sozialismus garantierende Vergesellschaftung der Arbeit voran; der Widerspruch beider wird als kapitalistisch nicht aufhebbar gedacht. Mit dieser durchaus idealistischen 'List der Vernunft' wird die Kritikfähigkeit des Marxismus entscheidend deformiert. Auch der in vorliegendem Text oft herangezogene Jakob Walcher, einer der wenigen führenden Kommunisten, die sich überhaupt über die neue, mit Ford eingeleitete Weise zu produzieren Rechenschaft gaben, ist dem verhaftet. So kritisiert er zu Recht den Sozialdemokraten Ströbele. Dieser behauptet: »... *Dieser Industrielle* (Ford) *und Wirtschaftsorganisator größten Stils ist - ohne es zu ahnen* (sic!) *- der mächtigste und willkommenste Verbündete des Sozialismus*« (Walcher, S. 9), um dann selbst diese List der Vernunft zur Geltung zu bringen: »*Durch seine Methoden trägt er dazu bei, daß die Gegensätze in der kapitalistischen Gesellschaft... so auf die Spitze getrieben werden, daß sie durch die Diktatur des Proletariats einer beschleunigten Lösung entgegengeführt werden müssen*« (ebd., S.35). Der kommunistische Kritiker teilt das philosophische Fundament des Sozialdemokraten. (vgl. dazu Breuer, 1979) Die apologetische, daraus folgende kritiklose Haltung beider Arbeiterparteien zur Weimarer Rationalisierung wird diskutiert von Christel Neusüß, 1978. Eine so zentrale Frage wie die nach dem Sinn des Produkts wurde bezeichnenderweise nur vom marginalen katholischen Flügel der Arbeiterbewegung gestellt.

28 Bloch, S.153

29 Adolf Hitler im »Völkischen Beobachter« vom 24. Mai 1937, zit. nach Rammstedt, 1978, S.26

30 Arnhold, 1938, S.9

31 Arnhold, 1936, S.17

32 Arnhold, 1938, S.11

33 Zur Geschichte dieser Enteignung vgl. Bravermann, 1977.

34 Die Entpolitisierung des Betriebes im Weimarer Arbeitsrecht, seine Betrachtung als eine funktionale Einheit im Interesse der Bedarfsdeckung der Allgemeinheit hat Carl Schmitt schon 1914 postuliert und in die Rechtssprechung eingeführt. Für ihn wird der »*Kapitalist, (...) dem an seinen persönlichen Bedürfnissen nichts, an der Vermehrung seines Kapitals alles gelegen ist, zum Diener einer Aufgabe, zum Beamten*« (Schmitt, 1914, S.91). Arbeit und Kapital gelten als Partner in einer produktiven Gemeinschaft, mit gleichen Rechten und Pflichten, der neutrale 'Betriebszweck' legitimiert die Unterordnung des Arbeiters (zur zeitgenössischen Kritik vgl. Neumann, 1967). Die Ideologie der Betriebsgemeinschaft als einer direkten Fortführung der Rechtssprechung des Reichsarbeitsgerichts meint nichts anderes. »*Der Unternehmer ist lediglich Treuhänder des Volksvermögens...*« (Mellerowicz, 1944, S. 126).

35 Arnhold 1936, S. 11.

36 Der begrifflich unvermittelte direkte Zugang auf das 'Wesen des Menschen' ist ein Kennzeichen der Existentialontologie Martin Heideggers, dessen Vokabulars sich auch Arnhold bedient (Adorno, 1964).
37 Arnhold, 1938, S. 114f.
38 Arnhold, 1938, S. 118.
39 Arnhold, 1938, S. 129.
40 Arnhold, 1938a, S. 508.
41 Der Begriff der 'faschistischen Utopie der Arbeit' soll anzeigen, daß Arnhold m.E. eine Prognose der Zukunft der Arbeit im NS erstellt auf der Grundlage und in Differenz einer Ideologie, was die materiellen Grundlagen der Richtigkeit dieser Prognose anbetrifft. Oder anders ausgedrückt: die reale Entwicklung unter dem Faschismus macht die Ideologie tendenziell zur herrschenden Wirklichkeit und verleiht ihr den nachträglichen Charakter einer wissenschaftlich begründeten Voraussage. Auf der Ebene der Politik erscheint sie somit als realistisches Programm.
42 Marx 1973, S. 600 und 602. Die Marxsche Metaphorik, gedacht als Instrument der Denunziation der herrschenden Wirklichkeit, der ihre eigene, auf der Basis einer vorkapitalistischen oder im Übergang befindlichen moralischen Ökonomie durchaus als auch moralisch verächtliche Melodie vorgespielt werden sollte, wird nun zur analytisch adäquaten Beschreibung der Wirklichkeit.
43 Zum marxistischen Begriff der Maschine s. Bahr, 1973.
44 Das Werkzeug ist Arbeitsmittel und einfache Verlängerung/Verstärkung natürlicher menschlicher Kräfte nur vom Standpunkt des Arbeitsprozesses aus, bezogen auf den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur. Vom Standpunkt des Verwertungsprozesses ist es Mittel zur Realisierung des Gebrauchswertes, den die Arbeit für das Kapital besitzt, der Fähigkeit zur Mehrarbeit über Reproduktionskosten hinaus. Die Abstraktion vom zweiten Aspekt ist Folge der 'Wesensphilosophie' (vgl. Anm. 36): ihr allgemeines Merkmal ist die Absehung von der Vergesellschaftung des Menschen (vgl. Anm. 49). Im Ergebnis ist alles einfach, einleuchtend und widerspruchslos: Im Nationalsozialsozialismus *»besteht zwischen Maschine und Mensch kein Gegensatz. Die Maschine ist Dienerin des Menschen, um ihm bessere und größere Leistungen zu ermöglichen und ihm schwerste und unangenehme Arbeiten abzunehmen.«* (Mellerowicz, 1944, S. 126).
45 Arnhold, 1938, S. 116.
46 Arnhold, 1928, S. 3.
47 Arnhold, 1938, S. 116.
48 Die Vorstellung, der Mensch sei Tag für Tag als Einzelner in dem unmittelbaren Kampf ums Leben mit Natur geworfen, sieht davon ab, daß die Vergesellschaftung der Arbeit selbst in der Kooperation eine der größten Produktionskräfte darstellt (Marx, 1973, S. 341-356). Die Abstraktion von Gesellschaft dient hier dazu, gerade dasjenige zu verdunkeln, das die behauptete Ewigkeit von Arbeit als Zwang zu beenden ermöglicht. Der Existentialismus Arnholds legitimiert die ewige Notwendigkeit des Jochs der Arbeit.
49 Arnhold, 1938, S. 116
50 Arnhold, 1938, S. 134
51 Auch dies ein Zentralbegriff Heideggers; s. Adorno, 1964, S. 71
52 Arnhold, 1938, S. 123. Dem Aufseher ist die Arbeit anderer wohl stets ein Genuß. So schon bei dem von Marx als 'Fabrikphilosoph' titulierten Andrew Ure, der in seiner 'Philosophy of Manufacturers' 1835 die Arbeit in einer Textilfabrik wie folgt beschreibt: *»Alle erschienen fröhlich und tätig, fanden Gefallen daran, ihre Muskeln ohne Unterbrechung arbeiten zu lassen und dabei die natürliche Lebendigkeit ihres Alters zu genießen... Die Arbeit dieser duftigen Elfen schien ein Spiel...«* (zitiert nach Coriat, S. 15)
53 Arnhold 1938, S. 12
54 Schnatenberg, 1939, S. 144
55 Mason, 1977, S. 169
56 Weibliche Häftlinge, die den Sprengstoffbestandteil Pikrinsäure herzustellen hatten, lebten bei der IG-Farben nicht länger als zwei Monate. (Kaiser, 1975, S. 569)

57 Niederland, 1980, S. 233ff

58 GEFA, 1964. Da ich den Text bisher nicht beschaffen konnte, ist die Vermutung, auch Arnhold habe nur mitgemacht, um noch Schlimmeres (?) zu verhindern, leider nicht zu belegen.

Literatur

Adorno, Theodor W., *Jargon der Eigentlichkeit. Zur deutschen Ideologie,* Frankfurt 1964

Altvater, Elmar/Hoffmann, Jürgen/Semmler, Jürgen, *Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise. Ökonomie und Politik in der BRD,* Berlin 1979

Arnhold, Carl, *Grundlagen und Aufgaben der Anlernung,* in: Beiheft des Zentralblattes für Gewerbehygiene und Unfallverhütung, Berlin 1928, S. 1-7

ders., *Umriss einer deutschen Betriebslehre,* Leipzig 1936

ders., *Das Ringen um die Arbeitsidee. Gesammelte Aufsätze,* Berlin 1938

ders., *Grundsätze der Menschenführung im Betrieb,* in: Monatshefte für NS-Sozialpolitik, Jg. 5, 1938(a), Heft 22, S. 505-509

ders., *Lerne, leiste, führe. Ein Leitfaden für den deutschen Betrieb,* Dresden 1942

Bäumer, Peter C., *Das Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung,* München/Leipzig 1930 (Schriften des Vereins für Sozialpolitik 181)

Bahr, Hans-Dieter, *Die Klassenstruktur der Maschinerie. Anmerkungen zur Wertform,* in: Vahrenkamp, Richard (Hrsg.), Technologie und Kapital, Frankfurt/M. 1973

Behrens, Elisabeth, *Arbeiterkampf und kapitalistischer Gegenangriff unter dem Nationalsozialismus,* in: Roth, Karl-Heinz, Die 'andere' Arbeiterbewegung, München 1977

Benz, Wolfgang, *Vom freiwilligen Arbeitsdienst zur Arbeitsdienstpflicht,* in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 16, 1968, Heft 4, S. 317-346

Bloch, Ernst, *Erbschaft dieser Zeit,* (1935), Frankfurt/M. 1962

Böker, Karl, *Entwicklung und Ursachen des Krankenstands westdeutscher Arbeiter,* in: Das Argument 69/1971, S.901-927

Brandenburg, Alexander/Materna, Johannes, *Zum Aufbruch in die Fabrikgesellschaft: Arbeitersiedlungen,* in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, Jg. 1, 1980, Heft 1, S. 35-51

Bravermann, Harry, *Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß,* Frankfurt/New York 1977

Breuer, Stephan, *Die Krise der Revolutionstheorie,* Frankfurt/M. 1979

Castel, Robert, *Der Krieg gegen die Armut in den Vereinigten Staaten. Der Status des Elends in der Überflußgesellschaft,* in: Konkursbuch. Zeitschrift für Vernunftkritik, Jg. 2, 1980, Heft 5, S. 239-272

Coriat, Benjamin, *La fabricca e il cronometro. Saggio sulla produzione di massa,* Milano 1979

GEFA (Gesellschaft für Arbeitspädagogik mbH.), Unternehmensberatung, Rechenzentrum (Hrsg.), *Ein Leben für die deutsche Wirtschaft. Karl Arnhold zu seinem 80. Geburtstag,* Witten/Ruhr 1964

Gramsci, Antonio, *Gli alti salari,* in: ders., Americanismo e fordismo. Introduzione e note di Franco De Felice, Torino (Piccola Biblioteca Einaudi), S. 88-98 (1930a)

ders., *Razionalizzazione della produzione e del lavoro,* in: ebd., S. 71-85 (1930b)

Hinrichs, Peter, Um die Seele des Arbeiters. Arbeitspsychologie, Industrie- und Betriebssoziologie in Deutschland 1871 - 1945, Köln 1981

Hundt-Heyer, Sönke, *Thesen zum Verhältnis von Sohn-Rethels Theorie der neuen gesellschaftlichen Synthesis und der Geschichte der Betriebswirtschaftslehre,* in: Wassmann, B./Müller, J. (Hrsg.), Invitation au voyage. Alfred Sohn-Rethel zum 80. Geburtstag, Bremen 1978

Kaiser, Peter M., *Monopolprofit und Massenmord im Faschismus. Zur ökonomischen Funktion der Konzentrations- und Vernichtungslager in Deutschland,* in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 20, 1975, Heft 5, S. 552 - 577

Keßler, Karl, *Maßnahmen zur Festigung der Gefolgschaftstreue,* in: Der Vertrauensrat. Beilage zu Monatshefte für NS-Sozialpolitik, Jg. 6, 1939, Heft 1/2, S. 1-3
Kracauer, Siegfried, *Die Angestellten. Aus dem neuesten Deutschland,* (1939), Frankfurt/M., 1971
Krovoza, Alfred, *Produktion und Sozialisation,* Köln/Frankfurt 1976
Kuczynski, Jürgen, *Die Geschichte der Lage der arbeitenden Klasse unter dem Kapitalismus, Teil I: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart, Bd. 6: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933-1945,* Berlin 1964
Marx, Karl, *Das Kapital, Bd.1: Der Produktionsprozeß des Kapitals,* Berlin 1973
Mason, Tim W., *Zur Entstehung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934: Ein Versuch über das Verhältnis 'archaischer' und 'moderner' Momente in der neuesten deutschen Geschichte,* in: Mommsen, Hans/Petzina, Dietmar/Weisbrod, Bernd (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Bd. 1, Düsseldorf 1974, S. 322-351
ders., *Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft,* Opladen 1977
Mellerowicz, Konrad, *Allgemeine Betriebswirtschaftslehre,* Berlin 1944
Neumann, Franz L., *Mobilisierung der Arbeit in der Gesellschaftsordnung des Nationalsozialismus,* in: ders., Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930-1945, Frankfurt 1978, S. 255-290
ders., *Demokratischer und autoritärer Staat,* Frankfurt/Köln 1967
Neusüß, Christel, *Produktivkraftentwicklung, Arbeiterbewegung und Schranken sozialer Emanzipation - entwickelt anhand der Rätedebatte und der Rationalisierungsdiskussion der 20er Jahre,* in: Probleme des Klassenkampfs. Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik, Jg. 8, 1978,Heft 2, S. 75-114
Niederland, William, *Folgen der Verfolgung. Das Überlebenden-Syndrom Seelenmord,* Frankfurt/M. 1980
Petzina, Dietmar, *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan,* Stuttgart 1968
Pohrt, Wolfgang, *Theorie des Gebrauchswerts,* Frankfurt/M. 1976
Rammstedt, Otthein, *Soziale Bewegung,* Frankfurt/M. 1978
Schlicker, Wolfgang, *Die Artamanenbewegung - eine Frühform des Arbeitsdienstes und Kaderzelle des Faschismus auf dem Lande,* in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1970, Heft 1
ders., *Arbeitsdienstbestrebungen des deutschen Monopolkapitals in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung des DINTA,* in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971/III, S. 95-122
Schmalenbach, Eugen, *Die Betriebswirtschaftslehre an der Schwelle der neuen Wirtschaftsverfassung,* in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Jg.22, 1928, S. 241ff
Schmitt, Carl, *Der Wert des Staates und des Einzelnen,* Tübingen 1914
Schnatenberg, W., *Vorbildliche Einrichtungen betrieblicher Sozialpolitik,* in: Die nationale Wirtschaft, Jg.7, 1939, Heft 5, S. 139-144
Thompson, E. P., *Das Elend der Theorie. Zur Produktion geschichtlicher Erfahrung,* Frankfurt/New York 1980(a)
ders., *Die 'moralische Ökonomie' der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert,* in: ders., Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Berlin/Frankfurt/Wien 1980(b)
Walcher, Jakob, *Ford oder Marx. Die praktische Lösung der sozialen Frage,* Berlin 1925
Weisbrod, Bernd, *Schwerindustrie in der Weimarer Republik,* Wuppertal 1978

Martin Chalmers

Anmerkungen zur Nazi-Propaganda

1. In Arbeiten zur deutschen Geschichte und zum Faschismus, die sich mit Nazi-Propaganda und ihrer Wirkung beschäftigen, werden hauptsächlich zwei Problemkreise behandelt: a) Die Rolle der Propaganda beim Aufstieg Hitlers und der Nazipartei zur Macht und b) die Bedeutung der Propaganda für die Aufrechterhaltung des Nazistaates. Die Unterscheidung zwischen Nazismus an der Macht und als einer politischen Bewegung, die die Macht erstrebt, muß natürlich ständig berücksichtigt werden.
Bis vor kurzem wurden die Grenzen der meisten Diskussionen über Nazi-Propaganda durch Massengesellschaftstheorien und die Suche nach dem Schlüssel für die Fähigkeit der Nazis, die Massen zu manipulieren, gesteckt - Nazismus und Nazideutschland haben dabei für gewöhnlich einen exemplarischen Fall abgegeben. Man sagt, daß Hitler zum Beispiel nicht sehr am tatsächlichen Inhalt der Propaganda interessiert war: Die Faszination, die dieser Gegenstand auf ihn ausübte, war zum großen Teil technischer Natur. Er sah Propaganda im wesentlichen als ein Problem politischer Geschäftstüchtigkeit auf einem Massenmarkt an; er erkannte klar die Ähnlichkeit zwischen dem Verkauf einer Ware und dem An-den-Mann-Bringen eines Politikers[1]. Angenommen wird ein passives, formbares Subjekt - die Massen, die durch eine Ideologie gewonnen werden, welche durch Techniken, oder durch Tricks und einen Appell an das Irrationale vermittelt wird. Auch wenn man an den Erkenntnissen des Werkes von Wilhelm Reich, welches das reaktionäre Potential sexueller Neurosen hervorhebt, festhalten muß, gilt es doch, den Ahistorismus von Beiträgen zu vermeiden, die dahin tendieren, Politik und Ideologie durch Psychologie zu ersetzen. Der Sinn dieser Anmerkungen ist es, eine Neubewertung dessen weiterzuführen, was unter Propaganda verstanden wird[2].
2. Für Menschen, die während der 30er und 40er Jahre in Europa lebten, waren Faschismus und Krieg nicht nur überwältigende Wirklichkeit, sondern auch die ersten Ereignisse, die gleichzeitig in Ton und Bild dargestellt wurden. Für uns als Nachkriegsgeneration sind Faschismus und Krieg Determinanten und Bezugspunkte gewesen; sie sind auch die ersten historischen Ereignisse, von denen wir eine große Menge verfügbaren und wiederholbaren Bild- und Tonmaterials haben.
Insgesamt gesehen sind es aber unvermeidlicherweise die dramatischsten - um ein unzulängliches Wort zu gebrauchen - Bilder und Tondokumente, die wiederholt werden und oft aus Naziquellen[3] stammen: Reden, Uniformen, marschierende Kolonnen, Flaggen, Banner und Symbole, begeisterte Massen, Kriegsszenen, Konzentrationslager und die Zerstörung von Städten - Faschismus als eine mobilisierende Kraft einerseits, als zerstörende Kraft andererseits. Faschismus und Krieg haben daher eine Vorrangstellung in unserer durch Medien geprägten Erinnerung. Wir erleben eine falsche Intimität mit komplexen Ereignissen und Phänomenen und ein falsches Gefühl des Wissens, das durch das Durcheinander »dokumentarischer« Beweise und zahlloser Fiktionen kompliziert wird. Ferner verdeckt gerade die Tatsache, daß diese Bild- und Tondokumente mit »modernen« Mitteln aufgenommen wurden und durch sie reproduzierbar sind, ihre Historizität. Die Verfügbarkeit des Materials ist keine Garantie für Verständnis. Es trifft auf verschiedene Konjunk-

turen und findet verschiedene Nutzungen. Dies ist ein Aspekt eines Dehistorisierens, welcher den antihistorischen Trend[4] des Nazismus ergänzt.

Jede Diskussion von Propaganda wird den Medien, mit denen sie vermittelt wird, besondere Aufmerksamkeit schenken müssen. Es stellt sich das Problem, die Folgen von immanenten Entwicklungen im Kapitalismus von der spezifischen Art zu unterscheiden, in der diese Entwicklungen von den Nazis eingesetzt wurden, denn im Nazistaat waren kapitalistische Mechanismen und Entwicklungen natürlich weiterhin wirksam.

Auf verschiedene Weise waren Radio und Rundfunk zu dieser Zeit sicherlich von entscheidender Bedeutung für die Propaganda. Um eine Frage sofort zu klären: In Deutschland begann der bewußte Einsatz von Radiosendungen als politisches Instrument nicht erst mit der begeisterten Live-Berichterstattung vom Fackelzug in Berlin in der Nacht der Ernennung Hitlers zum Kanzler. Dieses wurde schon deutlich in der Rolle, die die Regierung bei der Gründung des Rundfunks in den 20er Jahren spielte[5]. Insbesondere ist hier ein Zitat aus den neuen Programmrichtlinien von 1932 anzuführen: *»Die natürliche Einordnung der Menschen in Heimat und Familie, Beruf und Staat ist durch den deutschen Rundfunk zu erhalten und zu festigen. Der Rundfunk spricht darum die Hörer nicht nur als Einzelmenschen, sondern auch als Glieder dieser natürlichen Ordnungen des Volkes an.«*[6]

1933 waren nur in einer Minderheit deutscher Haushalte Radios vorhanden. Beim Ausbruch des Krieges gab es zwar in der Mehrheit der Haushalte ein Radio, aber noch immer nicht in allen. Der Anteil von Haushalten mit einem Radio stieg von 25% im Jahre 1933 auf 65% im Jahre 1941[7]. Diese Zahlen erklären teilweise das Interesse des Regimes am Vorhandensein billiger Radios, weil dadurch ein größerer Teil der Bevölkerung angesprochen werden konnte. Mit allen Vorteilen, große Teile der Bevölkerung direkt ansprechen zu können, wurde die allgemeine Programmgestaltung von Naziinteressen beherrscht. Das Radio erlaubte Wiederholungen und die ständige Berieselung mit Begriffen und Phrasen des Nazivokabulars. Auch die Musik war nicht ohne Bedeutung, wie die Auseinandersetzung um »das Deutsche« in der Musik zeigt. Der zahlenmäßige Anstieg der Radiobesitzer ist auch insofern von Bedeutung, als die Verkaufszahlen der Zeitungen nach 1933, zumindest bis zum Ausbruch des Krieges, drastisch zurückgingen. Dies war eine Folge der Gleichschaltung der Presse und der erzwungenen Nationalisierung des Zeitungsverlagswesens, die zunehmend unter die direkte Nazikontrolle gebracht wurden[8]. Ebenso verständlich ist der Stellenwert, den man dem Hören von Radiosendungen in der Öffentlichkeit und der Ausstrahlung in Fabriken, auf Straßen und besonders bei als wichtig erachteten Gelegenheiten beimaß.

Die Bedeutung des Radios in den 30er Jahren wird jedoch durch Erwägungen, die sich allein aus dem statistischen Anstieg des Radiobesitzes ergeben, kaum erschöpfend erklärt. Jedenfalls haben die Zunahme der Radiobesitzer und steigende Zuhörerzahlen wichtige Folgen, ganz besonders unter den Bedingungen der Errichtung eines diktatorischen Staates. Im Gegensatz zu einer Versammlung, wo Personen als Menge zusammengeführt werden, führt das Radio zu einer Vereinzelung der Zuhörerschaft, die nur in den jeweiligen Familien eine Einheit bildet. Das Radio bedeutet daher eine Erweiterung des Warencharakters der Familiensphäre und der Freizeit und eine Verstärkung der Isolation jeder zuhörenden Familieneinheit, besonders der Hausfrau. Während des Krieges schließlich waren die Familien Groß-Deutschlands *»an besonderen Tagen durch Funk, der die Fronten von Ägäis bis Nordkap, von Bordeaux bis Charkow durch den Rundfunksprecher (verband), wie unter einem Dach«* versammelt[9].

Das Radio war ein wichtiger Weg, auf dem sich das Regime Modernität aneignete. Eine wichtige Erscheinungsform war die Live-Berichterstattung, die die Aktivitäten des Regimes übermitteln und ebenso eine Rolle bei der Steigerung der Wirkung wichtiger Ereignisse spielen konnte. So wurden z.B. die jährlichen Totenfeiern für die Toten des Putsches vom November 1923 unter Berücksichtigung ihres Eindrucks als Rundfunksendung inszeniert. Live-Berichterstattung war und ist natürlich im Sport besonders wichtig, einem Gebiet, dem das Regime viel Aufmerksamkeit widmete und in das es viel investierte. Einerseits mußte dort, wo es früher Arbeiter- und religiöse Sportvereine gegeben hatte, eine Lücke gefüllt werden, andererseits war der Sport ebenso für einen Komplex von Themen, den sich die Nazis anzueignen wünschten, von wesentlicher Bedeutung: Gesundheit, Jugend, Bereitschaft, Konkurrenz etc. Sportberichterstattung ist vielleicht immer der Wegbereiter für Neuerungen im Rundfunk gewesen und Live-Berichterstattungen von Fußballspielen und anderen Sportveranstaltungen waren schon vor 1933 entwickelt worden. Unter den Nazis wurde die Begeisterung des Sportkommentators, die das Sehen ersetzte, auf Reportagen über die Triumphe des Regimes und die Siege im Krieg übertragen. Die Triumphe des deutschen Sports im Fußball, im Boxen, im Rennsport und in der Leichtathletik waren Triumphe des »neuen« Deutschland. Ein Volk sollte an die Gleichsetzung von Invasionen und sportlichen Siegen gewöhnt werden.

Die Olympischen Spiele von 1936 geben ein klares Beispiel für den Zusammenhang der Aneignung neuer Technologien, des Sports und der Jugend durch die Nazis. Die Spiele von 1936 mit ihren technischen Leistungen - den Hunderten von Mikrophonen, den Verstärkern, den 20 Übertragungswagen, den Einrichtungen für ausländische Rundfunksprecher und für die Produktion von Riefenstahls Olympiafilm[10] - wiesen auf zukünftige Nachkriegsvorstellungen und -übertragungen von Olympischen Spielen und anderen internationalen Sportwettbewerben hin. Die Olympischen Spiele sind in der Hinsicht doppelt interessant, als die Tradition ihrer Zeremonien in verwässerter Form typische Merkmale weltlicher Darstellung und Feierlichkeiten der Zwischenkriegsperiode bewahrt. Die Vorführungen des Faschismus waren nur die grandiosesten und nicht die ungeheuren totalitären Abirrungen, die sie heute zu sein scheinen.[11]

Der Anspruch der Nazis, »da zu sein«, und die Aneignung der modernsten Entwicklungen in der Kommunikation wurden durch die Fernsehberichterstattung über die Spiele besiegelt. »*Was bis heute weithin immer noch als 'Wesenszug' des Fernsehens gilt, die Nähe zum Ereignis, das Gefühl unmittelbaren 'Dabeiseins', das den Zuschauer vorm Bildschirm überkommt, wird zum erstenmal erfahrbar 1936 als Einheit von neuer Medientechnologie und faschistischer Propaganda... Die 150.000 Sportbegeisterten, die in den in Berlin eingerichteten 'Fernsehstuben' auf die damals noch flimmrige Mattscheibe starren, verfolgen nicht nur die Sportwettkämpfe als Sportwettkämpfe, sondern genießen das neue Gefühl 'unmittelbaren Dabeiseins'.*«[12]

Noch 1943 wurde das Endspiel um die deutsche Kriegsmeisterschaft live im Fernsehen übertragen[13], obwohl angemerkt werden muß, daß die Übertragung auf Berliner Gebiet begrenzt war und daß es im Grunde keine privaten Fernsehteilnehmer gab[14].

Es gab eine ähnliche Aneignung beim Film: Der erste deutsche Tonfilm, ein Musical, wurde 1931 gedreht, der erste deutsche Farbfilm im Jahre 1941[15].

3. Die Beherrschung und Gleichschaltung der Medien und ihr verstärkter politischer Einsatz waren Teil der allgemeinen Bedingungen des Nazisieges, der Unterdrückung einer Vielzahl politischer, sozialer und religiöser Organisationen und Einrichtungen und der

rücksichtslosen Ausübung von Terror gegen Widerstand und Abweichung. Dieses verwandelte die Nation natürlich nicht in eine hilflose Masse von Einzelpersonen, die den von den Nazis beherrschten Medien ausgeliefert waren. Aber sowohl die Diskussionsfreiheit und freie Meinungsbildung als auch die Zeitungen der Arbeiterbewegung und andere Nicht-Nazizeitungen waren zerstört oder unter Kontrolle gebracht worden. Wenn wir jedoch die Wirksamkeit des Nazismus verstehen wollen, ist es unzureichend, allein die kapitalistischen und staatlichen Veränderungen der Kontrolle über die Medien oder sogar die Nazi- und gleichgeschalteten Organisationen und deren zahlreiche Pflichtaktivitäten zu betrachten, durch die entstandene Lücken gefüllt wurden. Ebenso muß man der Durchführung und den Folgen der Maßnahmen des Nazistaates in bezug auf Bildung, Kommunalverwaltung, Arbeitsprogramme und Wehrpflicht Aufmerksamkeit schenken. So sind z.B. auch die zahlreichen Möglichkeiten der Kontrolle der Bevölkerung, ihre Aufteilung und Wiederzusammenführung unter Nazigesichtspunkten zu sehen. Auch muß die Reorganisation des Kapitals in Verbindung mit dem neuen Staat und die auf den Arbeitsplatz ausgerichtete neue Politik beachtet werden. Es kam zu einer gesteigerten Ausbeutung der Arbeit, aber durch Initiativen der Organe der DAF (Deutsche Arbeitsfront) auch zu einer materiellen Verbesserung und Rationalisierung der Arbeitsverhältnisse in der Betriebsgemeinschaft. Dies bedeutete z.B. bessere Waschräume und Toiletten, verbesserte Beleuchtung und moderne Kantinen. Die Verschönerung der Fabrik wurde oft »freiwillig« von den Arbeitern selbst durchgeführt. Der Beginn billiger Ferien für Arbeiter wurde durch die DAF-Institution »Kraft durch Freude« organisiert. Im Einklang mit der durch die Nazis betonten neuen Volksgemeinschaft hatten Urlaubsschiffe nur eine Klasse.

Die Maßnahmen der Familienpolitik, Frauen von bezahlter Arbeit auszuschließen und Ehen und Geburten zu fördern, führten nicht zu größeren Familien, sondern eher zu mehr und früheren Heiraten, und der Trend zur »modernen«, isolierten Familieneinheit wurde verstärkt[16]. Es gibt einen klaren Zusammenhang zwischen der Förderung privater, häuslicher Tugenden und der Konsumerwartung: der Volksempfänger, das Markensparen für den familieneigenen Volkswagen und die Freude an modernen Schiffen im Urlaub[17]. Die Arbeiter und ihre Familien sollten den Nazistaat unterstützen und die Pflichten dem Staat gegenüber erfüllen, sie sollten die Organisation von Fabrik und Freizeit und allem, was damit zusammenhängt, akzeptieren, und sie sollten sich im privaten Bereich, in Familie und Haus, nach Möglichkeit mit Garten oder Schrebergarten, wohlfühlen; es war das Versprechen eines 'hedonistischen Faschismus'[18].

Die Familie im Nazideutschland weist auf die Passivität, ja sogar Gleichgültigkeit hin, die der Nazismus förderte und die die andere Seite der vertrauteren Bilder der Mobilisation darstellte. Der Rückzug in den Hafen der Häuslichkeit konnte jedoch sowohl ein Schutz gegen die Forderungen des Nazistaates als auch ein Zeichen für die Entwicklung der modernen Familie sein, die sich nach innen zurückzieht und sich von der Straße und dem nachbarschaftlichen Beziehungssystem abwendet.

Bemerkenswert war auch das Verschwinden der Arbeitersportvereine. Sie wären in jedem Fall durch kommerzielle Wettkampfsportarten unter Druck geraten, besonders da einige Sportarten, z.B. Fußball, durch Radioberichterstattung bevorteilt und strukturiert wurden. Aber die Nazis räumten sie völlig aus dem Wege und garantierten damit den Erfolg der klassenungebundenen Naziorganisationen. Nach 1945 wurde klar, daß dies eine ständige Änderung war. Es ist jedoch nicht belanglos, festzuhalten, wie diese Veränderung mit der »sozialen Harmonie« im Einklang steht, die von den Sozialdemokraten propagiert wird.

4. Es gibt aber noch einen weiteren Gesichtspunkt, unter dem man die Auswirkungen der Nazi-Propaganda betrachten muß. Das autoritäre Regime regt an zu bestimmten Verhaltensweisen und zu bestimmten Handlungen; jenseits der jeweiligen Absicht haben diese Verhaltensweisen und Handlungen (ideologische) Wirkungen. Eine Arbeit über Nazi-wohltätigkeit von Wieland Elfferding[19] hebt dies sehr klar hervor: Das Winterhilfswerk war eine Kampagne der Wohlfahrtseinrichtung (NSV) der Nazipartei, um die Bedürftigen während der Wintermonate zu unterstützen. Dadurch, daß dies von der Partei und nicht vom Staat organisiert wurde, schuf man eine Distanz zu dem in Verruf geratenen Wohlfahrtssystem der Weimarer Republik. Gleichzeitig wurde der Öffentlichkeit gezeigt, daß die Nazis »gute Arbeit« leisteten. Obwohl sie in Wirklichkeit nicht die Haupteinnahmequelle waren, wurden die monatlichen Straßensammlungen im Grunde vom NSV allein durchgeführt; dadurch, daß die Sammelbüchsen von uniformierten Mitgliedern der Naziorganisationen geschüttelt wurden, wurde ein gewisser Zwang zum Spenden ausgeübt. Was aber noch wichtiger war: wie konnte der Einzelne sich während der Zeit der Nachwirkungen der Depression weigern, einen Beitrag zur Sammlung für die Bedürftigen zu leisten, wie konnte der Einzelne eine anständige Aktion wie die Unterstützung anderer Mitglieder der Volksgemeinschaft ablehnen? Die Bedeutung liegt hier in der Übertragung der Klassensolidarität auf eine Solidarität mit der Nation. Ebenso wird der Einzelne gleichzeitig der Bildung der Volksgemeinschaft und dem Staate untergeordnet. *»Die Wirkung der Spendenpraxis auf den Einzelnen gründet darin, daß sie die Betätigung von wirkenden Elementen/Praxen aus anderen, nichtfaschistischen Zusammenhängen erst organisiert. Solidarische Hilfe unter Gleichen, Mitleid, Nationalismus usw. sind durch eine Reihe von Begleithandlungen in das Spenden-Ritual eingebaut – bzw. es ist davon umbaut – und sie erhöhen die Wahrscheinlichkeit der inneren Übernahme der äußerlich organisierten Bedeutung durch die Individuen.«*[20]

Die ideologische Wirkung einer so scheinbar harmlosen öffentlichen Handlung wie das Einwerfen einer Münze in eine Sammelbüchse ist daher eine Absage an die Orts- und Klassensolidarität und eine Zustimmung zur Solidarität mit dem klassenübergreifenden Volk. Man sollte in diesem Zusammenhang auch die möglichen Schwierigkeiten eines Arbeiters bedenken, der sich weigert, freiwillig bei der Verbesserung von Betriebseinrichtungen zu helfen, die für die gesamte Betriebsgemeinschaft von Nutzen sind[21].

Derselbe Vorgang von Ablehnung und Zustimmung kann noch deutlicher und dramatischer an einem Vorgang gezeigt werden, der in Christa Wolfs Roman »Kindheitsmuster«[22] beschrieben wird. Dieser Roman beschäftigt sich mit den Erlebnissen und Empfindungen in Kindheit und Jugend in einer kleinen ostdeutschen Stadt vor 1945: Der 17. März ist der Tag der nationalen Erhebung und der 50. Todestag von Karl Marx. Am Abend, nach Wochen von SA- und SS-Einsätzen gegen das Arbeiterviertel, werden Kommunisten, die zum letzten Mal ihre Uniformen tragen, von fackeltragenden SA- und SS-Mitgliedern zu einem öffentlichen Platz durch die Stadt geleitet, wo die Kommunisten feierlich ihre eigenen Fahnen und Banner verbrennen sollen. In den um den Platz gelegenen Häusern sind Fensterplätze vermietet worden. Der Erlös geht in die Kassen von Naziwohlfahrtseinrichtungen. Der kommunistische Jugendführer hält eine Rede, in der er andeutet, daß seine Führer geflohen sind und die einfachen Mitglieder im Stich gelassen haben: *»Kameraden! Einer Idee, die sich nicht verwirklichen läßt, kann man nicht mehr nachlaufen.«* Die Symbole und Abzeichen der Trennung werden vernichtet, und der Moment für das *»Deutschland- und Horst-Wessel-Lied, einen Wald erhobener Arme, den einheitlichen Herzschlag*

der Zehntausend und den Jubelschrei aus allen Kehlen« ist gekommen[23]. Dieser Moment markiert und feiert das Ende der Klassengegensätze und die Aufnahme der Kommunisten in die neue Einigkeit und Solidarität des Volkes. Die hier beschriebene Situation ist nicht einfach eine Frage von Sieg oder Niederlage, obwohl es viele gibt, für die *»der Drang, bei den Stärkeren zu sein, (unbezähmbar ist)«*[24].

5. Ich habe einige Eigenschaften der Aneignung der Nazis, besonders im Nazistaat nach 1933 betrachtet, doch muß in diesem Zusammenhang der Versuch gemacht werden, die Anziehungskraft des Nazismus vor und nach der Machtergreifung zu verstehen. Ich glaube nicht, daß es wesentlich ist, das eine oder andere programmatische Element isoliert zu betrachten, sondern daß es darauf ankommt, vielmehr ein Bündel ideologischer Elemente zu verstehen, deren Einzeldeutung sich im Laufe der Zeit verändert. Die Anstrengungen sind darauf gerichtet, Raum zu besetzen, zu beschlagnahmen und die Grundlagen und Elemente der Übereinstimmung, des Volksempfindens und der »öffentlichen Meinung« im Weimarer Deutschland zu zerstören. Nun sind diese Maßnahmen nicht für alle Teilbereiche der Nation identisch, es ist aber Aufgabe des Metadiskurses der Nazis, alle untergeordneten Interpellationen zu verhindern.

Der Nazismus konnte sich erfolgreich als natürlich darstellen; diese Aneignung bedeutete notwendigerweise eine Enthistorisierung der Natur. Das läßt sich in einer Reihe von Gegensätzen ausdrücken: Jugend gegen Alter, so z.B. die junge Bewegung gegen die verbrauchten bürgerlichen Parteien; Gesundheit gegen Krankheit, Volk als reine Rasse gegenüber der durch Fremde gebrachten Krankheit; saubere Moral gegen dreckiges Geschäft; mit der Heimat verwurzelte Bauern gegen Großstadtnomadentum und Masse; Opfer und Idealismus gegen Selbstsüchtigkeit und Materialismus; Geist gegen Intellektualismus; Taten im Gegensatz zu Phrasen; Heldentum gegen Berechnung; Freiheit im Gegensatz zum »System«; Einheit und Führertum gegen künstliche Uneinigkeit, die durch Demokratie, durch Politik allgemein gefördert wird, etc. Die Rolle der Nazibewegung war es, die irrende Nation wieder auf den richtigen und geeigneten Weg zu führen, auf den sie nach den Naturgesetzen, die die Beziehungen der Völker untereinander bestimmen, gehörte, und die nationale Geschichte zu einem glücklichen Ende zu führen.

Peter Handke beschreibt den Eindruck, den die Annektierung Österreichs auf das Dorf seiner Mutter machte, so: *»Kundgebungen mit Fackelzügen und Feierstunden; die mit einem Hoheitszeichen versehenen Gebäude bekamen STIRNSEITEN und GRÜSSTEN; die Wälder und die Berggipfel SCHMÜCKTEN SICH; der ländlichen Bevölkerung wurden die geschichtlichen Ereignisse als Naturschauspiel vorgestellt.«*[25]

Dies war der mobilisierende Aspekt des Nazismus, elementar und doch gesetzmäßig, er umfaßt eine fließende Bewegung zwischen Unterdrückung und Revolte[26]. Der Nazismus stützte sich auf bürgerliche Werte wie Vaterland, Ehre und Mut und setzte sie in Beziehung zu Führertum, Besitz, Hierarchie, Kriminalität, Frauen, Kinder, Familie und Arbeit. Arbeit ist vielleicht die herausragende Tugend der westlichen Zivilisation, und wie üblich sollten die Arbeiter dazu erzogen werden, die Vorteile harter Arbeit zu sehen. Die Bewegung wurde in einem angespannten Verhältnis zum Staat gehalten, z.B. bei den Feiern des Tages von Potsdam: Egalitarismus stand Elitismus gegenüber.

Der Nazismus setzte auf einen Appell an diese Werte, und obgleich sie oft durch Begriffe wie Klasse, Alter, Geschlecht etc. ausgedrückt wurden, werden sie in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen unterschiedlich verstanden und interpretiert. Der Nazismus faßte diese Werte zu einem Gesamtkomplex zusammen. Er konnte die Interessen und Sorgen

verschiedener Gruppen wie z.B. des Großkapitals, der kleinen Betriebe, der Akademiker, der Angestellten wirksamer vertreten und sich selbst als den Träger nationaler Interessen darstellen und erweiterte zu einer Zeit, als die bürgerlichen Parteien unfähig waren, diese Interessen überzeugend zu integrieren, seine Attraktivität für die Arbeiterklasse.

6. Wie wurde das, um es weniger abstrakt darzustellen, erreicht? In bezug auf Frauen und Familie profitierte der Nazismus von der Furcht um die Aufrechterhaltung der männlichen Herrschaft in einer Gesellschaft, in der es als Folge des Krieges ein zahlenmäßiges Übergewicht der Frauen gab. Der Nazismus wurde ein Sammelbecken für die Furcht vor einem zu starken Selbstbewußtsein der Frauen, hervorgerufen z.B. durch die Lebensmittelunruhen während und nach dem Krieg, und für das Gefühl, daß die Frauen sich vergnügt und 1918 zum Zusammenbruch der Heimatfront beigetragen hatten, während die Männer an der Front waren; dies gilt besonders für die proletarische Frau. Er trat der sich langsam entwickelnden Emanzipation der Frauen entgegen, die sich in den 20er Jahren durch ein Eindringen der Frauen in akademische Berufe und einen größeren Anteil von Frauen auf dem Arbeitsmarkt andeutete. Diese Gesichtspunkte wurden mit der Angst um die Zukunft der Nation aufgrund rückläufiger Geburtenraten und vermuteter Vernachlässigung von Familienpflichten verknüpft, so daß die Verteidigung von Staat, Nation und Patriarchat zu einem einzigen Kampf wurde[27]. Der Nazismus war auf diesem Gebiet wirkungsvoller als der Konservatismus, da er es besser verstand, Anziehungspunkte für die männlichen Tugenden der Zähigkeit und der Härte und für die Jugend zu schaffen. Gleichzeitig versprach der Nazismus, die traditionellen Rollen der Frauen zu schützen und ihren unentbehrlichen Beitrag zur Nation als Ehefrauen, Mütter und Schwestern zu sichern. In bezug auf die Frau stellt sich schließlich die Frage, wie wesentlich die Unterordnung der Frau für die Psychologie des Mannes ist und welche Reaktionen zu einer bestimmten Zeit, an einem bestimmten Ort, bedingt durch bestimmte Familienverhältnisse und Bildung, eine Bedrohung der männlichen Bestimmung in den Beziehungen der Geschlechter hervorrufen kann. Theweleit hat z.B. vermutet, daß die Gefahr einer Veränderung der sexuellen Unterordnung der Frau der wesentliche Grund für die Gewalttätigkeit und Energie des Nazismus war[28].

Das soziale Problem, d.h. die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung, war für den Nazismus sehr wichtig. Er strebte eine Abrechnung mit der »spaltenden« Arbeiterbewegung an und legte sich selbst die Forderungen nach nationaler Einheit und Führerprinzip und Themen wie die Schande der nationalen Niederlage und den Gegensatz zwischen Stadt und Land zugrunde. Die Nazipartei stellte sich selbst als die erste wahrhaft nationale deutsche Partei dar, überregional, klassenübergreifend und keiner Religion verpflichtet, und sie beabsichtigte, den ersten wirklich repräsentativen deutschen Staat zu errichten; die Autobahnen z.B. waren auch insofern von Bedeutung, als sie die Zusammenführung aller Deutschen demonstrierten. In ihrem Kampf gegen den Klassenfeind setzten die Nazis Arbeiterbewegung und kriminelle Kreise, die sich ihnen zufolge auf dem Nährboden von Kommunismus und Kriminalität in den Großstädten entwickelten, gleich[29]. Gleichzeitig konnten sie an den Werten von harter Arbeit, Anständigkeit und Stolz auf (handwerkliche) Geschicklichkeit, die die Arbeiterbewegung verkörperte, festhalten. Das Ziel war es, die Arbeiter von der Arbeiterbewegung zu trennen, dieser Bewegung jede Repräsentativität für das deutsche Volk abzusprechen und die Arbeiter der Volkssolidarität einzuverleiben. Deutschland sollte als proletarische Nation verstanden werden, ohne daß die Unterordnung der Arbeiter am Arbeitsplatz aufgehoben wurde. Einem ähnlichen Zweck diente das Thema der »jüdischen Bonzen« der marxistischen Parteien und Organisationen. Als In-

diz des Erfolges kann man vermerken, daß die Trennung von Teilen der Arbeiterklasse von Nation und Staat nach 1945 weitgehend verschwunden war. Abgesehen von den Parteien und Gewerkschaften wurden die charakteristischen kulturellen Sport- und Selbsthilfeorganisationen der Arbeiterklasse mit wenigen Ausnahmen nicht wieder ins Leben gerufen[30].

7. Kernpunkt des Nazimetadiskurses war der unter biologischen und sozialdarwinistischen Gesichtspunkten verstandene Nationalstaat, der sich mit anderen hungrigen und untergehenden Völkern in einem Existenzkampf befand. Damit vereinigte der Nazismus kapitalistische Konkurrenz und proletarische Solidarität.

Der Fächer der vom Nazismus hervorgebrachten Diskurse war daher weitreichend und heterogen. Der Erfolg des Nazismus bestand gerade in der Tatsache, daß er Motive verkörpern konnte, die sich scheinbar widersprachen. Deshalb wurde der Nazistaat von den Ergebnissen des Erfolges in der Praxis, von den Schwierigkeiten des Versuchs, seine mannigfaltige Anziehungskraft zu erhalten, geplagt. Das war eine der Hauptquellen der andauernden Aktivitäten des Regimes, das von einer improvisierten Lösung zur nächsten flüchtete, und ein Aspekt der Unfähigkeit des Naziregimes, sich selbst zu reproduzieren[31]. Hieraus ergeben sich Folgen, die beispielsweise für die Kriegsführung, die Notwendigkeit, Konsumgüter zu produzieren, und die Wirkungslosigkeit der Mobilisierung von Frauen von fundamentaler Bedeutung waren. Die Betonung des Familienlebens z.B. (Passivität, Ordnung) wurde untergraben durch die Betonung der Jugend (Revolte), wodurch auch die geordnete Hierarchie des Bildungssystems unterbrochen wurde (die Begeisterung der Jugend wird einem abstrakten Intellektualismus gegenübergestellt).Ein anderes Beispiel ist der Klassenkampf, der, wie Tim Mason am Beispiel der Deutschen Arbeitsfront (DAF) zeigt[32], in die Nazieinrichtungen verlegt wird.

Aber dennoch muß hervorgehoben werden, daß die Wirkung des Nazimetadiskurses gerade von seiner Widersprüchlichkeit abhängig war. Dadurch konnten die widersprüchlichen Vorlieben des »einfachen Mannes« abgedeckt werden - Mobilisierung und Passivität; das Gefühl, daß das Alte gut ist, die Welt sich aber weiterentwickeln muß. Der Faschismus baute nicht auf abweichenden Strömungen auf, sondern stellte sich voll in den Hauptstrom des allgemeinen Denkens und der Kultur in Europa. Er stand dort, wo bürgerliche Werte und bekannte Vorurteile aufeinandertrafen.

Schließlich muß die Wirksamkeit dieses Bündels von Diskursen aus der Situation der wirtschaftlichen und politischen Krise der Weimarer Republik heraus verstanden werden. Trotz des Zusammenbruchs der bürgerlichen Parteien und der Abwanderung zum Faschismus waren SPD und KPD unfähig, aus den Verteidigungsanlagen des proletarischen Lagers auszubrechen. Es war der Nazismus, der in der Lage war, diese Anlagen einzureißen.

8. Es muß auf die relativ konventionelle Art und Weise der Verbreitung des Nazismus vor 1933 hingewiesen werden. Im wesentlichen auf mündlicher Propaganda aufbauend, lagen seine Fähigkeiten und sein Erfolg nicht in irgendwelchen geheimnisvollen Manipulationstechniken oder -effekten, sondern in der Vereinigung ideologischer Elemente in bestimmten Konjunkturen. Dadurch wurden die Begeisterung und die Energie ausgelöst, die für den Aufstieg des Nazismus zur Macht typisch waren. Die Formen der Verbreitung waren typisch für radikale politische Bewegungen in europäischen Städten und Großstädten des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, aber man verließ sich weniger als die meisten anderen Bewegungen auf das geschriebene Wort[33]. Vor 1933 war die Nazipresse weitgehend unbedeutend. Erwähnt werden sollte jedoch die nationale Organisation der Propaganda seit den späten 20er Jahren und der zunehmende Einsatz von Motorfahrzeugen, um Mit-

glieder und Material zu transportieren. Und schon bei Hitlers Deutschlandflügen im Jahre 1932 setzte man die Modernität ein, um die Aura des Führers zu steigern.
Während der Wahlkämpfe des Zeitraums, der zur Machtergreifung führte, waren öffentliche Veranstaltungen von zentraler Bedeutung. Die örtliche Nazipartei in Essen beispielsweise veranstaltete von Juli bis September 1931 190 Veranstaltungen mit einer Teilnehmerzahl von annähernd 105.000[34]. An den 2.030 Versammlungen politischer Parteien und Gruppen 1932 in Dortmund hatten die Nazis mit 470 Veranstaltungen den größten Anteil, gefolgt von der KPD mit 407 und der SPD mit 237[35].
Eine typische Form der Naziversammlungen war der »*Deutsche Abend*«. Im Juli 1930 hatte ein »*Deutscher Abend*« in Gelsenkirchen folgendes Programm:
»*Eröffnungsmarsch/Einzug der SA-Standarten und- Flaggen/Eröffnungsrede/Willkommensgrüße/Vortrag des Liedes 'Wir sind die Armee des Hakenkreuzes'/Musik/Ansprache des Bezirksführers Dr. Meyer/Die deutsche Nationalhymne/Beethoven-Quartett/Musik/Weihe einer SA-Fahne/Das SA-Lied 'Die Fahne hoch'.*
Pause
Beethoven-Quartett/Tragikomödie
Pause
Deutsche Tänze/Ausstellung lokaler handwerklicher Erzeugnisse.«[36]
Die Nazis beabsichtigten, durch ihre Aktivitäten Straßen und öffentliche Plätze zu beherrschen. Nach 1933 waren sie bestrebt, die Straße als Ort der Politik und Subkultur zu schließen und sie allein der Herrschaft der Nazieinrichtungen zu überlassen. Hier wie anderswo waren die Enteignung und Beseitigung von Gebieten, die unabhängig von staatlicher Kontrolle und kapitalistischen Prozessen waren, ein zentrales Anliegen des Nazismus.
Merkmale der öffentlichen Schau der Nazis waren teilweise kommunistischen und sozialdemokratischen Beispielen entnommen, teilweise waren sie typisch für die weltlichen, proletarischen Feierlichkeiten, die sich in den 20er Jahren entwickelten[37]. Die Nazischau zeichnete sich aber durch Umfang, Wiederholung und sorgfältige Inszenierung und nach 1933 durch einen starken Einsatz von Film und Rundfunk aus. Dadurch sollte über das Normale und Alltägliche triumphiert werden, das durch eine Vielzahl mikrokosmischer Fäden mit der Vergangenheit verbunden war.
9. Schließlich, um auf die in der ersten Bemerkung aufgeworfene Frage zurückzukommen, scheint es mir noch immer Schwierigkeiten beim Verständnis und der Diskussion von Nazi- (oder faschistischer) Propaganda zu geben. Dieser Begriff löst sich auf, wenn wir versuchen, den Nazismus und seine Wirkungen in Beziehung zu setzen. Ich glaube, daß es am Ende nicht sehr nützlich ist, zu versuchen, zwischen den Inhalten der Rundfunkprogramme, der Zunahme der Hörerzahl und der Aneignung des Mediums Radio durch das Regime zu unterscheiden. Die Wirkung läßt sich nicht auf diese einfachen Aspekte begrenzen. Wie wir es in ähnlicher Form schon im Falle des Winterhilfswerkes gesehen haben, wurde die Wirkung der Nazimaßnahmen und -kampagnen durch eine Komplexität erreicht, die nicht auf den Begriff Propaganda reduziert werden kann. Ausgehend vom Begriff eines Nazidiskurses lassen sich dann jene Einrichtungen und ihre Arbeitsweisen betrachten, die von den Nazis selbst als die ausführenden Organe im Geschäft der Propaganda angesehen wurden.
»Propaganda« war ein Begriff, den sich Partei und Regime bewußt zu eigen zu machen versuchten[38]; und die Beeinflussung der Öffentlichkeit durch das, was man als »Propaganda« betrachtete, wurde sehr geschätzt. Aber hier, wie auch auf anderen Gebieten, muß

man vorsichtig sein, die Bewertungen und Behauptungen der Nazis zu akzeptieren. Außerdem sollte man sich daran erinnern, daß der Erfolg der Nazimobilisierung vor 1933 von Millionen von Deutschen nicht mehr als das Ankreuzen eines Stimmzettels erforderte[39]. Eine Betonung der Propaganda könnte auf einen Versuch hindeuten, die Frage nach den scheinbaren und wirklichen Widersprüchen der Naziideologie und dem Erfolg des Nazikonsenses zu umgehen. Vom sozialistischen Standpunkt aus gesehen impliziert die Akzeptierung der Wirksamkeit von Propaganda die Notwendigkeit von Aufklärung und verbleibt somit in der 'alten' Diskussion der Bewußtseinsproblematik. Das Beharren auf der Wirksamkeit der Nazi-Propaganda trivialisiert die Macht des Faschismus und verewigt damit linke Illusionen.

Anmerkungen

1 Vgl. Z.A.B. Zeman: Nazi Propaganda, London 1964, S. 5
2 Die Niederschrift der folgenden Anmerkungen wurde angeregt durch einen Vortrag von Richard Bessel; eine Version dieses Vortrags erschien unter dem Titel »The Rise of the NSDAP and the Myth of Nazi Propaganda« in: Wiener Library Bulletin, Vol. 33, New Series, no. 51/52, 1980, S. 20-29; vgl. auch Steve Neale: Propaganda, in: Screen, Vol. 18, no. 3, 1977, S. 9-40. Außerdem berufen sich die folgenden Notizen auf aktuelle Arbeiten über Faschismus, besonders auf Ernesto Laclau: Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus - Faschismus - Populismus, Berlin 1981.
3 Die visuellen Eindrücke des Faschismus beziehen sich natürlich nur auf das deutsche Beispiel.
4 Zu dieser Problematik vgl. Jean Baudrillard: Geschichte: ein Retro-Scenario, in: ders.: Kool Killer oder Der Aufstand der Zeichen, Berlin 1978, S. 49-56
5 Vgl. Peter Dahl: Arbeitersender und Volksempfänger. Proletarische Radio-Bewegung und bürgerlicher Rundfunk bis 1945, Frankfurt 1978
6 Zit. ebd., S. 76
7 Zahlen nach Eberhard Aleff: Mobilmachung, in: ders.(Hg.): Das Dritte Reich, Hannover 1979 (9. Aufl.), S. 108
8 Vgl. ebd., S.103
9 Oskar Negt/Alexander Kluge: Geschichte und Eigensinn, Frankfurt 1981, S. 634
10 Vgl. Z.A.B. Zeman, a.a.O., S. 109-111
11 Vgl. Henning Eichberg: Das nationalsozialistische Thingspiel. Massentheater in Faschismus und Arbeiterkultur, in: Ästhetik und Kommunikation, Jg. 7, 26/1976, S. 60-69
12 Jan Berg: Fernsehen, Fußball, Fernsehfußball, in: Rolf Lindner (Hg.): Der Fußballfan. Ansichten vom Zuschauer, Frankfurt 1980, S. 188-189
13 Vgl. ebd., S. 186
14 Vgl. Winfried B. Lerg: Zur Geschichte des Fernsehens in Deutschland. Das Fernsehen der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft 1935-1944, in: Christian Longolius (Hg.): Fernsehen in Deutschland. Gesellschaftspolitische Aufgaben und Wirkungen eines Mediums, Mainz 1967, S. 9-22
15 Vgl. Jürgen Spiker: Film und Kapital, Berlin 1975
16 Vgl. Tim Mason: Women in Nazi Germany, Part 1, in: History Workshop Journal, 1/1976, S. 74-113; Part 2, in: ebd., 2/1976, S. 5-32; hier besonders Part 1, S. 95-105. Eine gekürzte Fassung erschien unter dem Titel: Zur Lage der Frauen in Deutschland 1930-1940: Wohlfahrt, Arbeit und Familie, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 6, Frankfurt 1976, S. 118-193
17 Vgl. Gerd Selle: Die Geschichte des Design in Deutschland von 1870 bis heute. Entwicklung der industriellen Produktkultur, Köln 1978, Teil IV, 1, S. 127-143

18 Vgl. Pier Paolo Pasolini: Freibeuterschriften. Die Zerstörung der Kultur des Einzelnen durch die Konsumgesellschaft, Berlin 1979
19 Wieland Elfferding: Opferritual und Volksgemeinschaftsdiskurs am Beipiel des Winterhilfswerks, in: Projekt Ideologie - Theorie: Faschismus und Ideologie 2 (Argument-Sonderband 62), Berlin 1980, S. 199-226
20 Ebd., S. 214-215
21 Vgl. Chup Friemert: Die Organisation des Ideologischen als betriebliche Praxis, in: ebd., S. 227-254
22 Vgl. Christa Wolf: Kindheitsmuster, Darmstadt/Neuwied 1977, S. 65-67
23 Ebd., S. 67
24 Stephan Hermlin: Abendlicht, Berlin 1979, S. 49
25 Peter Handke: Wunschloses Unglück, Frankfurt 1974, S. 23
26 Zu diesem Thema siehe die Artikel und Interpretationen in dem Themenheft »Modell Deutschland« von: radikal. Zeitung für unkontrollierte Bewegungen in Kopf, Bauch und Westberlin, 89/März 1981
27 Vgl. Tim Mason, a.a.O., Teil 1
28 Vgl. Klaus Theweleit: Männerphantasien, 2 Bde., Frankfurt 1977/1978
29 Vgl. Elke Pahl: Die Zerstörung des Gängeviertels. Ein Versuch, Hamburger Hafenarbeiter über ihre Wohnungen zu kontrollieren, in: Autonomie/Neue Folge 3/1980, S. 83-86
30 Dazu die folgende kurze Bemerkung aus einer in den frühen 50er Jahren durchgeführten soziologischen Untersuchung aus einer Bergbaustadt des Ruhrgebiets: »*Viel hat das Zusammensein in den nationalsozialistischen Organisationen dazu beigetragen, das Wort 'Kolonie' aus dem Sprachgebrauch der mittleren und jüngeren Generation verschwinden zu lassen. 'Da gab es nicht mehr Paolbürger und Kolonisten, Geschäftsleute und Bergleute, da waren alle gleich', berichtete ein alter Gewerkschaftler.*« (Helmuth Croon/Kurt Utermann: Zeche und Gemeinde. Untersuchungen über den Strukturwandel einer Zechengemeinde im nördlichen Ruhrgebiet, Tübingen 1958, S. 148)
31 Vgl. dazu Jane Caplan: Bureaucracy, Politics and the National Socialist State, in: Peter O. Stachura (Hg.): The Shaping of the Nazi State, London 1978, S. 234-256
32 Vgl. Tim Mason: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939, Opladen 1975; ders.: Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1977 (diese Arbeit ist eine erweiterte und überarbeitete Fassung der Einleitung zu »Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft«)
33 Vgl. dazu besonders William S. Allen: »Das haben wir nicht gewollt!« Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930 - 1935, Gütersloh 1966
34 Nachweis bei Wilfried Böhnke: Die NSDAP im Ruhrgebiet, Bonn 1974, S. 151
35 ebd.
36 Zit. nach D.W. Mühlberger: The Rise of National Socialism in Westphalia 1920-1933, Ph.D. Thesis, London 1975, S. 324
37 Vgl. Henning Eichberg, a.a.O.
38 Vgl. Gerhard Voigt: Goebbels als Markentechniker, in: W.F. Haug (Hg.): Warenästhetik. Beiträge zur Diskussion, Frankfurt 1975, S. 231-260, besonders S. 247-251
39 Vgl. Ernst Köhler: Anregung zur Entzauberung der Staates, in: Freibeuter 7/1981, S. 100-112, besonders S. 103

Aus dem Englischen: Reinhard Kemnitz

Marie Louise Berneri
Reise durch Utopia

Marie Louise Berneri
Reise durch Utopia

ca. 380 Seiten / 29.50 DM

Es ist kein Zufall, daß sich fast bei allen Völkern Legenden von einem **Goldenen Zeitalter** oder einem **Verlorenen Paradiese** vorfinden, die aus dieser Sehnsucht geboren wurden.

Die „Reise durch Utopia" beginnt mit den Anfängen utopischen Denkens in Griechenland. Die Autorin zeichnet die Spuren zu den neuen Orten, zu den Inseln der Glückseligkeit in den Werken von Aristophanes, Perikles, Lykurgos u.a. nach.
Sie verzichtet nicht darauf, die „Utopie vom besten Staate" – siehe Plato – einer kritischen Betrachtung zu unterziehen.
Der beste Staat, dies kann der Kasernenkommunismus, der Faschismus und auch der sozialtechnokratisch total überwachte Staat sein.

Die bekannteren Utopien von Morus, Campanella, Andrea, Cabet, Bellamy, Morris, Bacon werden von der Autorin in ausühfrlichen und gut kommentierten Zusammenhängen gebracht, das heißt, sie zeichnet die in ihnen allen noch vorhandenen autoritären Strukturen auf, stellt Zusammenhänge zwischen utopischen Visionen und realistischen Verwirklichungen her.

Karin Kramer Verlag
1000 Berlin-Neukölln (44), Braunschweiger Straße 22

Ebenso breiten Raum nehmen auch jene Utopien ein, die wir heute als antiautoritäre, als hedonistische Utopien bezeichnen. Marie Louise Berneri holt Autoren wie Gabriel de Foigny, Rabelais u.a. aus dem Vergessen hervor und sie vermag dem Leser die Vielfalt und Beweglichkeit dieser Utopien, die kein Zwangssystem zur Vervollkommnung der Menschen anstrebten, deutlich zu machen.

„Reise durch Utopia" ist besonders für denjenigen geeignet, der auf relativ begrenztem Raum mit einer Vielzahl von Utopien bekanntgemacht werden will, die sonst nur sehr verstreut und teilweise schwer auffindbar sind.

Gerade die sehr ausführlichen Textbeispiele der verschiedenen Utopien ermöglichen es dem Leser einen guten Überblick über die Utopien der letzten Jahrhunderte zu erlangen.

Paul Avrich

Die Pariser Kommune und ihr Erbe

Die Pariser Kommune von 1871 war eines der zentralen Ereignisse der modernen Geschichte. Sie war der größte städtische Aufstand des neunzehnten Jahrhunderts, ein Schuß, der rund um die Welt vernommen wurde und dessen Echos noch nicht verflogen sind. Sie machte Anarchisten aus Peter Kropotkin und Errico Malatesta und ließ anarchistische Bewegungen überall auf dem europäischen Kontinent entstehen. Obwohl ihr eine Ära der Reaktion und die Auflösung der Ersten Internationale folgte, inspirierte sie wortgewaltige und einflußreiche Aufsätze Kropotkins und Bakunins sowie eine der bekanntesten Arbeiten von Marx, »Der Bürgerkrieg in Frankreich«, eine Schrift, die gleich hinter dem »Kommunistischen Manifest«, seinem kraftvollsten politischen Traktat, rangiert.

Als der Aufstand losbrach, sahen Freund und Feind gleichermaßen in der Kommune eine Episode von größter Wichtigkeit, nicht nur für Frankreich, sondern für Europa als Ganzes. Die historische Perspektive, die ein seither vergangenes Jahrhundert ermöglicht, hat diesen Eindruck verstärkt. Die Kommune war tatsächlich ein Ereignis von weltweiter Bedeutung, dessen Wirkung vielleicht sogar im Ausland größer war als in Frankreich selbst, wo sie Wunden hinterließ, die nie vollständig verheilt sind. Sie zeigt, wie ein Krieg – besonders ein verlorener Krieg – eine soziale Rebellion auslösen kann, ein Beispiel, das sich in Rußland, Spanien und China im folgenden Jahrhundert wiederholen sollte. Denn es war die Niederlage von Sedan, es waren die Bedingungen der Belagerung, und es war die Erniedrigung der Kapitulation, die die revolutionäre Begeisterung der Arbeiter wieder entfachten, die Tradition von 1793 und 1848 wiederbelebten und das Klima für eine von den Volksmassen ausgehende revolutionäre Explosion schufen. Mit ihren praktischen Beispielen des Heroismus und des Opfermuts, mit ihren bahnbrechenden Reformmaßnahmen wurde die Kommune zu einer Quelle der geistigen Anregung für künftige Generationen. Bis zum heutigen Tage bleibt die »Mur des Fédérés« auf dem Friedhof »Père-Lachaise«, wo 147 Kommunarden in der 'blutigen Mai-Woche' hingemetzelt wurden, ein Wallfahrtsort für Sozialisten, Anarchisten und Kommunisten zugleich.

Die Niederlage der Kommune wurde jedoch eine Lektion für die, die aus ihren Fehlern zu lernen suchten. Hätten die Kommunarden die Initiative ergriffen und wären auf Versailles losmarschiert, so haben sowohl Anarchisten als auch Marxisten argumentiert, hätte das Resultat anders aussehen können. Während die Mehrheit sich zurückhielt, aus Furcht, einen Bürgerkrieg zu provozieren, argumentierten einige Aktivisten in der Kommune (hauptsächlich die Blanquisten) eindringlich für diesen Kurs, weil, wie Engels es ausdrückte, »*die Defensive der Tod jedes bewaffneten Aufstands*« ist. Marx stimmte dem zu: »*Wenn sie unterliegen, so ist nichts daran schuld als ihre 'Gutmütigkeit'*«[1]. Ob das stimmt, ist allerdings äußerst zweifelhaft. Denn obwohl es wahr ist, daß das Unvermögen der Kommunarden, in die Offensive zu gehen, ihre schließliche Niederlage besiegelte, hatte ein Marsch auf Versailles geringe Erfolgsaussichten. Bismarck würde kaum passiv zugeschaut und damit einer revolutionären Bewegung erlaubt haben, von Frankreich Besitz zu ergreifen.

Warum dann war diese relativ kurze Episode – die Kommune hielt nur 72 Tage stand, vom 18. März bis zum 28. Mai – Gegenstand einer so lang andauernden Kontroverse? War sie das Ende einer alten revolutionären Tradition oder der Anfang einer neuen? Dies ist eine

der vielen Fragen, um die weiter gestritten wird. Doch die Antwort ist offensichtlich: es gab in ihr Elemente von beidem. Mit ihrer zähen Lokalborniertheit, ihrem Wildwuchs der Sektionen und Klubs, ihrer Sansculotten-Ideologie, ihren Komitees der Öffentlichen Sicherheit, ihren Wahlsprüchen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und der Erklärung der Menschenrechte war sie ein Rückfall in Vergangenes. Auf der anderen Seite wiesen ihre Ablehnung der Zentralgewalt und ihre Experimente hinsichtlich der Rechte der Frau und der Arbeiterkontrolle den Weg in die Zukunft. Sie war eine Brücke zwischen der französischen und der russischen Revolution, das Echo der ersten und der Vorläufer der zweiten, das Ende einer sterbenden Epoche und der Anfang einer neuen, die noch ihren Weg finden muß.

Was passierte tatsächlich in Paris 1871? Handelte es sich bei der Kommune um eine Arbeiterregierung? Eine Diktatur des Proletariats? Eine Negation des Staates? Derart waren die jeweiligen Beschreibungen von Marx, Engels und Bakunin. Von diesen drei Revolutionären jedoch war nur Bakunin ein fester Parteigänger der Kommune. Mehr noch, er nahm persönlich an den ihr vorausgehenden Revolten in Lyon und Marseille im Herbst 1870 teil. Marx blieb im Gegensatz dazu bis zu ihrem tatsächlichen Ausbruch heftiger Gegner einer Revolte in Paris.Die Konstituierung einer Kommune, glaubte Marx, würde eine *'verzweifelte Narrheit'* sein, und so warnte er die Arbeiter vor jedem verfrühten Aufstand. Erst als die Erhebung bereits im Gange war, setzte er sich voll für sie ein und entrichtete ihr jenen ausdrucksvollen Tribut, der auch ihr Nachruf sein sollte: *»Das Paris der Arbeiter, mit seiner Kommune, wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft. Seine Märtyrer sind eingeschreint in dem großen Herzen der Arbeiterklasse.«*[2]

Die Prinzipien der Kommune waren unsterblich, sagte Marx. Sie könnten nie vernichtet werden, sondern würden sich wieder und wieder zur Geltung bringen, bis die Arbeiter emanzipiert sein würden. Bakunin teilte diese Ansicht. Beide sahen in der Kommune den Prototyp einer neuen Gesellschaft. Für Bakunin war es allerdings nicht eine proletarische Diktatur, auch nicht irgendeine Regierung überhaupt, sondern vielmehr die *»Verneinung des Staates«*, die *»die neue Zeit, die der endgültigen und vollständigen Befreiung der Volksmassen und ihrer jetzt vollständig wirklichen Solidarität über die Grenzen der Staaten hin und diesen Grenzen zum Trotz«* einleitete[3]. Für James Guillaume, Bakunins Schweizer Weggefährten, stellte die Kommune eine *»föderalistische Revolution«* dar, die den Weg für einen *»wahren Zustand der Anarchie, im eigentlichen Sinn des Wortes«* ebnete[4]. Kropotkin würdigte die Kommune, mit ähnlicher Tendenz, als *»einen neuen Abschnitt in der Reihenfolge der Umwälzungen«*, als *»Ausgangsbasis zukünftiger Revolutionen«*[5].

Das Programm der Kommune

Weder die Anarchisten noch die Marxisten allerdings können die Kommune als ihr exklusives Eigentum beanspruchen. Ihr Programm hatte keine klare Identität, so daß ein einziges Etikett dafür passen würde. Im Gegenteil, die Kommune sperrt sich einer eindeutigen ideologischen oder parteilichen Klassifizierung. Sie war allen möglichen Leuten alles mögliche, reflektierte ein breites Spektrum von Interessen und Hoffnungen. Die neuere Forschung hat ihre Komplexität noch einmal unterstrichen. Die Kommune zeigte sowohl zentralistische als auch föderalistische, sowohl autoritäre als auch libertäre Tendenzen. Sie erlebte Utopie, vermischt mit praktischem Experimentieren, Patriotismus, kombiniert mit der

Vision einer universellen Brüderlichkeit. In ihrer sozialen Zusammensetzung war sie eine Mischung aus Arbeitern und Freiberuflichen, Händlern und Handwerkern. Bakunisten und Marxisten, Proudhonisten und Blanquisten, Republikaner und Jakobiner spielten in ihr eine Rolle.

Ihre Wurzeln allerdings lagen tief im Boden des lokalen Partikularismus; ihre Stoßrichtung war in überwältigender Weise dezentralistisch und libertär, und ihre Taktiken waren die der Improvisation und der direkten Aktion. Für die meisten Werktätigen, in Frankreich und anderswo, blieb die ideale Gesellschaft eine direkte Demokratie der Räte, Clubs und Kommunen, ein anti-autoritäres Gemeinwesen, in dem Arbeiter, Handwerker und Bauern bei voller, von unten organisierter ökonomischer und politischer Freiheit friedlich und zufrieden leben können – eine von Rebellen und Dissidenten seit dem Mittelalter heraufbeschworene Vision.

In Übereinstimmung mit dieser Vision etablierte die Kommune die lokale Kontrolle über ökonomische, den Unterricht betreffende, kulturelle sowie politische und militärische Angelegenheiten. Sie enteignete den Klerus und verwandelte die Kirchen in gesellschaftliche Foren. Sie schaffte die Polizei und die Armee ab und übertrug ihre Pflichten den gewöhnlichen Staatsbürgern – *'dem Volk in Waffen'* – mit gewählten Offizieren. Sie verwandelte öffentliche Ämter in solche, deren Amtsinhaber wählbar waren, und beschränkte die daran geknüpften Gehälter auf den Lohn eines Arbeiters. Vergegenwärtigt man sich ihre kurze Dauer und ihre alles überschattende Beschäftigung mit der Lebensmittelversorgung und der Verteidigung, so sind ihre Reformmaßnahmen beeindruckend. Mieten wurden suspendiert und die Fristen für Schuldrückzahlungen verlängert. Kostenlose Schulen wurden eröffnet, und ein Künstlerrat wurde etabliert (Proudhons Freund Courbet stand ihm vor). Wesentliche öffentliche Dienste – Post, Müllbeseitigung, Gas, öffentliche Verkehrsmittel – wurden effizient aufrecht erhalten.

Auf dem Gebiet der Arbeit und Industrie waren die Reformen besonders bemerkenswert. In den Fabriken wurden die Strafen, in den Bäckereien wurde die Nachtarbeit abgeschafft. Der Zehn-Stunden-Tag wurde in einigen Betrieben eingeführt. Vor allem zeigte die Kommune, daß gewöhnliche Arbeiter fähig waren, ihre eigenen Angelegenheiten zu verwalten. Die Steinmetze führten ein Versicherungsprogramm ein. Arbeitslose Frauen richteten kooperative Werkstätten ein. Gewerkschaften und Fabrikräte entstanden in jedem Bezirk. Fabriken, die von ihren Besitzern aufgegeben waren, wurden besetzt und in Kooperativen der Arbeiter umgewandelt, eine Vorwegnahme der Experimente mit der Arbeiter-Selbstverwaltung der russischen und spanischen Revolution. *»Wir glauben«*, wurde von einem Arbeiter-Club im Dezember 1870 erklärt, *»daß Arbeiter das Recht haben, die Werkzeuge der Produktion in Besitz zu nehmen, gerade so, wie 1789 die Bauern das Land in Besitz nahmen.«*[6] Solche Erklärungen wiederholten sich verschiedentlich, während die Kommune andauerte; nehmen wir z.B. die der Vereinigung der Frauen für die Verteidigung von Paris: *»Wir sind der Ansicht, daß die einzige Art, die Arbeitsbeziehungen so zu reorganisieren, daß der Arbeiter in den Genuß des Produkts seiner Arbeit kommt, die ist, freie Produzentenkooperativen zu bilden, welche die verschiedenen Industrien verwalten und die Gewinne aufteilen.«* Weiter verlangte die Erklärung *»die Abschaffung der Konkurrenz zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen, da ihre Interessen absolut identisch sind und ihre Solidarität wesentlich ist für den Erfolg des endgültigen und universellen Schlags der Arbeit gegen das Kapital.«*[7]

Die Kommune und die Anarchisten

Dergestalt waren die Merkmale der Kommune, die sie zu einem Ereignis von beispielloser Bedeutung für die Entwicklung des europäischen Anarchismus und libertären Sozialismus machten. Es ist auch nicht überraschend, daß ihre Mitstreiter zahlreiche Anhänger Proudhons umfassen (der selbst 1865 gestorben war), unter ihnen Courbet, Longuet und Vermoul. Der Einfluß Proudhons – ohne Frage größer als der von Marx – spiegelte sich wider in der Bezeichnung *'die Föderierten'*, unter der die Kommunarden bekannt waren. Wie George Woodcock bemerkte, hätte die Proklamation der Kommune vom 19. April 1871, welche verlangte, daß *»die absolute Autonomie der Kommune auf alle Ortschaften Frankreichs ausgedehnt sein soll, wobei sie einer jeden ihre integralen Rechte garantiert und jedem Franzosen den vollen Gebrauch seiner Fähigkeiten, als Mensch, Staatsbürger und Arbeitender«*[8], von Proudhon geschrieben sein können. Eine Anzahl bakunistischer Anarchisten waren gleichfalls beteiligt, so die Brüder Elisée und Elie Reclus. Elie wurde Direktor der »Bibliothèque Nationale«. Weiterhin gab es zukünftige Anarchisten wie Louise Michel und fast-Anarchisten und libertäre Sozialisten wie Benoît Malon, Gustave Lefrançais, Arthur Arnould und Eugène Varlin. Varlin, der von den Versailler Truppen gefangengenommen, gefoltert, verstümmelt und erschossen wurde und zu einem der berühmtesten Märtyrer der Kommune wurde, hatte 1870 geschrieben, daß *»die kommende Revolution die Arbeiter radikal von allen Formen des Kapitalismus oder der politischen Ausbeutung befreien und soziale Beziehungen auf der Grundlage des Prinzips der Gerechtigkeit herstellen muß.«*[9] Zu den anderen bekannten Aktivisten zählten der italienische Revolutionär Amilcare Cipriani und Emile Henrys Vater, Fortuné Henry, die anschließend ins Exil vertrieben wurden.

Die Kommune gab den anarchistischen Bewegungen in Italien, Spanien und der Schweiz, wie auch in Frankreich selbst, einen starken Anstoß. Mehr noch: Die Lehren des anarchistischen Kommunismus und der Propaganda der Tat waren beide direkte Ergebnisse der Kommune und wurden in den 1870er Jahren von Kropotkin, Malatesta und Paul Brousse entwickelt, die im Anschluß an die Kommune alle zu Anarchisten wurden. In ihrem ursprünglichen Sinn bedeutete Propaganda durch die Tat in Wirklichkeit nicht individuelle Terrorakte, sondern die Übernahme von Städten und Ortschaften als Basis der sozialen Revolution, den von der Kommune von Paris vorgezeichneten Linien entsprechend. Mehr als nur ein paar Militante der Kommune flohen über die Grenzen nach Spanien, in die Schweiz und nach Italien, wo sie lokale anarchistische Bewegungen stimulierten und zur Bildung einer anti-autoritären Internationale beitrugen.

Mehr als irgendetwas sonst war die Kommune die Inspiration der sich herausbildenden libertären Bewegung. Für Anarchisten aller Länder war sie der spontane Ausdruck föderalistischer und anti-etatistischer Ideale, ein Modell der sozialen Revolution und der kommenden libertären Ordnung. *»Die zukünftige soziale Organisation«*, schrieb Bakunin, *»darf nur von unten nach oben errichtet werden durch die freie Assoziierung und Föderierung der Arbeiter zunächst in den Assoziationen, dann in den Gemeinden, den Distrikten, den Nationen und zuletzt in einer großen internationalen und universellen Föderation. Erst dann wird die wahre und lebengebende Ordnung der Freiheit und des allgemeinen Glücks verwirklicht werden...«*[10]

Auf Kropotkins Denken hatte die Kommune eine ähnliche Wirkung, indem sie das Modell der sozialen Revolution abgab, zu der er weitere Ausführungen machte in »Worte eines Re-

bellen«, »Die Eroberung des Brotes« und »Landwirtschaft, Industrie und Handwerk«. Seine eigene Karriere als Anarchist fällt exakt zusammen mit den fünfzig Jahren zwischen der Pariser Kommune von 1871 und der Kommune von Kronstadt 1921. Es war 1871, im Anschluß an die Unterdrückung der Kommune von Paris, als er seine wissenschaftliche Arbeit aufgab und sich der revolutionären Sache widmete. Als Mitglied des Tschaikowsky-Kreises, von 1872 bis 1874, hielt er vor Arbeitern und Bauern Vorträge über die aus der Kommune zu ziehenden Lehren; und nach seiner Einkerkerung in St. Petersburg klopfte er eine Geschichte der Kommune hinaus zu dem begeisterten Gefangenen in der Nachbarzelle. Kropotkin war sich über die Grenzen der Kommune im klaren, die *»nichts anderes... als ein erster schwacher Versuch«*[11] sein konnte. Er sah, daß sie nicht vollständig mit dem Staat brach und daß autoritäre revolutionäre Gruppen ihren libertären Charakter getrübt hatten. Trotzdem schätzte er sie als die erste heroische Anstrengung, die das Ziel hatte, *»der unwürdigen bourgeoisen Ausbeutung ein Ende (zu) machen, den Völkern die staatliche Bevormundung vom Halse (zu) schaffen, in der Entwicklung der menschlichen Art eine Ära der Freiheit, der Gleichheit, der Solidarität (zu) inaugurieren.«*[12]

Die Unterdrückung der Kommune

Die Kommune sah in ihrer kurzen Geschichte unzählige mutige Handlungen anonymer wie auch gefeierter Helden: Einen Arbeiter, der, lange nachdem sich seine Genossen zurückgezogen hatten, ruhig in einem Zeitungskiosk vor dem Bahnhof Montparnasse saß, besonnen lud und auf eine Abteilung Versailler Truppen schoß, um dann langsam wegzugehen, nachdem ihm die Munition ausgegangen war; Charles Delescluze, dessen alternder Körper in seinem Zylinder und Frack mit roter Schärpe, in denen er am Abend der Niederlage auf die Barrikaden stieg, für die Versailler Scharfschützen eine Silhouette in der untergehenden Sonne abgab; Louise Michel, wie sie am 18. März *»Verrat!«* rufend eine Straße hinunter lief und die Entfernung der Kanonen von den Anhöhen von Montmartre verhinderte; Louise Michel und Elisabeth Dmitrieff, wie sie, nachdem schon alle Hoffnung verschwunden war, Nachschub heranbrachten, für die Verwundeten sorgten und hinter den Barrikaden die Waffen ergriffen. Solche Taten machten aus der Kommune eine inspirierende, wenn auch letztendlich tragische Angelegenheit, und schufen eine Legende sowohl in Frankreich wie im Ausland: *»Die Geschichte hat kein ähnliches Beispiel ähnlicher Größe!«* erklärte Marx[13]. *»Sie waren Narren«*, sagte der Maler Renoir, *»aber in ihnen brannte jene kleine Flamme, die nie verlöscht.«*[14]
Aber die Kommune hatte auch ihre dunkleren Seiten, ihre Augenblicke des Verrats ebenso wie die des Heroismus, egal wie sehr die ersteren von der Verehrung ihres Angedenkens in revolutionären Kreisen verdrängt werden. Sie hatte ihre Schufte so gut wie ihre Helden, auf der Linken wie auf der Rechten, wo Anti-Semitismus und Anti-Intellektualismus ihre häßlichen Häupter erhoben, gleichsam als Vorwegnahme der Action Français und des Faschismus des zwanzigsten Jahrhunderts. Trotz ihrer Proklamation der gleichen Einkommen bewilligten sich die Miglieder der Kommune per Abstimmung ein Gehalt von fünfzehn Francs pro Tag, deutlich über dem des durchschnittlichen Arbeiters und auf gleicher Höhe mit dem eines Fabrik-Vorarbeiters oder eines rangälteren Offiziers der Nationalgarde. Trotz des Widerspruchs solcher Libertärer wie Courbet, Malon Lefrançais und Arnould wurde ein Komitee der Öffentlichen Sicherheit gebildet, und die Pressezensur wurde eingeführt. Siebenundzwanzig Zeitungen aller politischen Richtungen wurden dadurch un-

terdrückt. Félix Pyat und besonders Raoul Rigault entstellten das noble Bild der Kommune durch willkürliche Verhaftungen und Hinrichtungen sowie Geiselnahmen, eine Taktik, gegen die Lefrançais und Delescluze vehement opponierten. Mehr als 400 Personen wurden allein in den ersten zehn Tagen der Kommune verhaftet, und der Erzbischof von Paris sowie eine Anzahl Priester wurden entfernt und erschossen.

Aber all das nimmt sich schwach aus neben den Greueltaten der nationalen Regierung. Die Repression geschah unter dem Kommando des Generals Gallifet, eines brutalen Offiziers, der sich rühmte, im mexikanischen Krieg keine Gefangenen gemacht zu haben. Während einer Woche wurden in Paris zweimal so viele Menschen getötet wie im ganzen Land im Verlauf der französischen Revolution. Mehr als 25.000 wurden hingemetzelt, 5.000 deportiert, 50.000 verhaftet, 14.000 eingekerkert und weitere Tausende ins Exil getrieben. »*Ich bin gerade von Paris zurückgekommen*«, schrieb Adolphe Thiers an seinen Außenminister in Versailles, »*wo ich ein schreckliches Schauspiel genossen habe. Kommen Sie, mein Freund, und teilen Sie mit uns unsere Befriedigung.*«[15] Das Ausmaß und die Grausamkeit der Repression standen in keinem Verhältnis zur Natur der Revolte selbst, und sie bildeten einen scharfen Kontrast zu der Festatmosphäre der vorhergegangenen Wochen. Denn die Kommune war ein kollektives Fest gewesen, eine Explosion fröhlicher guter Laune, *'ein Fest der Unterdrückten'*, wie Lenin es nannte, gekennzeichnet von starken Gefühlen der Brüderlichkeit, Solidarität, Großzügigkeit und Hoffnung. All dies vergrößerte die Tragödie und ließ das Ende um so unerträglicher erscheinen. Die Kommunarden, so schrieb Kropotkin, hätten ihr Ziel erreicht, »*wenn die Revolution des 18. März ihren natürlichen Gang hätte gehen können, wenn das Volk von Paris nicht niedergemetzelt worden wäre von den Mördern von Versailles.*«[16] Etwa 3.000 starben in den Festungen und Gefängnissen; es gab Massenerschießungen im Satory Depot; an jeder eingenommenen Barrikade wurden die Verteidiger massakriert; 147 wurden an der »Mur des Fédérées« erschossen.

Hysterie und Gerüchte verursachten das Hinschlachten weiterer Unschuldiger. Frauen, die Milchflaschen trugen, wurde als Brandstifterinnen (pétroleuses) in den Rücken geschossen. »*Wenn eine Hand an einem Fensterladen erschien, wurde das Fenster von Kugeln durchsiebt*«, schrieb Voltairine de Cleyre. »*Kam ein Protestschrei aus einer Kehle, drang man in das Haus ein, seine Bewohner wurden nach draußen getrieben, an den Wänden aufgereiht und erschossen, wo sie standen.*«[17] In der Folgezeit gingen bei den Behörden fast 400.000 Denunziationen ein, die meisten anonym, aber oft mit dem Resultat von Ermittlungen. Louise Michel wurde nach Neu-Kaledonien deportiert, wo sie zur Anarchistin wurde. Elisabeth Dmitrieff, schwer verwundet, entkam in die Schweiz, kehrte dann nach Rußland zurück, heiratete einen politisch Exilierten und starb eines frühen Todes in Sibirien. Währenddessen protestierte die Londoner »Times« gegen »*die inhumanen Rachegesetze, unter denen die Versailler Truppen in den letzten sechs Tagen Gefangene, Frauen und Kinder erschossen, mit dem Seitengewehr erstochen und aufgeschlitzt haben. Soweit wir uns erinnern können, hat es nichts dergleichen in der Geschichte gegeben.*«[18] Und doch, schrieb Bakunin, werde die Kommune, »*niedergemetzelt, im Blut erstickt von den Henkern der monarchischen und klerikalen Reaktion, dadurch nur lebendiger und machtvoller in der Vorstellung und dem Herz des europäischen Proletariats.*«[19]

Die Kommunalistische Bewegung

Die Kommune von Paris darf man nicht als ein isoliertes Ereignis sehen. Sie war vielmehr Teil einer größeren Bewegung, im Raum wie in der Zeit, die sich im südwestlichen Europa während der frühen 1870er Jahre ausbreitete. Tatsächlich war sie schon zu einer Bewegung in Frankreich selbst geworden, bevor sie sich jenseits seiner Grenzen verbreitete. Und sie begann nicht in Paris, sondern in Lyon, der revolutionärsten der Provinzstädte, im September 1870 im Anschluß an den Zusammenbruch des Zweiten Kaiserreichs. Die Nachricht von der Lyoner Kommune löste eine Kettenreaktion das Rhône-Tal hinauf und hinunter und in der Provence aus. Während des Herbstes und Winters kam es zu Aufständen in Marseille, Toulouse, Narbonne, Cette, Perpignan, Limoges, Saint-Etienne, Le Creusot und in anderen Städten. Die Bewegung war sporadisch und kurzlebig - an manchen Orten konnte sich die Kommune eigentlich von Anfang an nicht durchsetzen - aber sie war nichtsdestoweniger von großer Bedeutung, besonders in Lyon und Marseille, wo sie erneut aufloderte, nachdem die Pariser Kommune im Frühling errichtet war.[20]

Im Süden allerdings spielten die Bakunisten eine wichtigere Rolle als in der Hauptstadt. In Marseille standen drei von Bakunins Anhängern, Gaston Crémieux, Charles Alerini und André Bastelica, im Mittelpunkt der Ereignisse; und in Lyon waren es Bakunin selbst und sein Gefährte Albert Richard, die an der Spitze standen. Nachdem man das Rathaus mit Hilfe des Generals Cluseret besetzt hatte, bestand Bakunins erste Handlung darin, die Abschaffung des Staates zu proklamieren. Plakate mit folgendem Inhalt wurden am 25. September 1870 angeschlagen:

»Artikel 1: Die Verwaltungs- und Regierungs-Maschinerie des Staates, die unfähig geworden ist, ist abgeschafft.

Artikel 2: Alle Straf- und Zivil-Gerichtshöfe sind hiermit suspendiert und ersetzt durch die Gerechtigkeit des Volkes.

Artikel 3: Die Zahlung von Steuern und Hypothekenschulden ist suspendiert. Steuern sind zu ersetzen durch Kontributionen, die die föderierten Kommunen in Gestalt von Erhebungen bei den reichen Klassen einziehen lassen werden, gemäß dem, was für die Rettung Frankreichs notwendig ist.

Artikel 4: Da der Staat abgeschafft ist, kann er nicht länger intervenieren, um die Bezahlung privater Schulden zu sichern.

Artikel 5: Alle existierenden städtischen Verwaltungsgremien sind hiermit abgeschafft. Sie werden in jeder Kommune ersetzt werden durch Komitees zur Rettung Frankreichs. Alle Regierungsgewalt wird von diesen Komitees unter der direkten Überwachung des Volkes ausgeübt werden.

Artikel 6. Das Komitee in der wichtigsten Stadt jedes Departements der Nation wird zwei Delegierte zu einem revolutionären Konvent für die Rettung Frankreichs schicken.

Artikel 7. Dieser Konvent wird unverzüglich im Rathaus von Lyon tagen, da diese die zweite Stadt Frankreichs und am besten in der Lage ist, sich energisch mit der Verteidigung des Landes zu befassen. Da er vom Volk unterstützt sein wird, wird dieser Konvent Frankreich retten.

Zu den Waffen!!!«[21]

Vom südlichen Frankreich aus überschritt die kommunalistische Bewegung die Grenzen nach Italien und Spanien, wo die von ihr ausgelösten Erschütterungen unmittelbar spürbar wurden. In Italien nahm dies die Form eines Aufstands in Bologna im Jahre 1874 an, in

dem Bakunin seine letzte aktive Rolle spielte, und fand ihr letztes Echo in der Insurrektion von Benevento im Jahre 1877, die von Bakunins jungen Schülern Malatesta, Cafiero und Stepniak angeführt wurde. In Spanien war die »kantonalistische« Bewegung von 1873/74 direkt inspiriert von den Ereignissen in Frankreich, besonders denen in Lyon und Marseille, von wo eine Anzahl Flüchtlinge - unter ihnen Alerini und Paul Brousse - über die Pyrenäen flohen und an der Bildung von Kommunen wie auch am Generalstreik vom Juli 1873 in Barcelona teilnahmen.

Darüber hinaus war Paris allerdings Teil einer breiteren Tradition revolutionärer Kommunen in verschiedenen Teilen der Welt, verteilt auf einen Zeitraum von zwei Jahrhunderten: Frankreich 1793, 1848 und 1871; Rußland 1905, 1917 und 1921; Italien 1874, 1877 und 1920; Deutschland 1918/19; Spanien 1873/74 und 1936-39; Mittel- und Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg - Ost-Berlin und Posen, Budapest und Prag. Zu diesen könnte man die Pariser Erhebung von 1968 hinzuzählen, mit ihrem Angriff auf die zentralisierte Autorität und ihrer Forderung nach Arbeiterkontrolle, sowie die kaum bekannte Shanghaier Kommune von 1967, die nach Auffassung der sie tragenden Studenten und Arbeiter *»nach dem Modell der Pariser Kommune von 1871«* errichtet wurde.

Bei aller Verschiedenheit zeichnen sich diese Ereignisse durch eine Reihe gemeinsamer Merkmale aus. Sie fanden in der Hauptsache nicht in den hochentwickelten Industrieländern statt (wie Marx dies erwartete), sondern stattdessen (wie Bakunin es voraussah) in relativ rückständigen und peripheren Gebieten mit handwerklich und bäuerlich geprägter Wirtschaft und starken regionalistischen Traditionen. Alle waren soziale Revolutionen, Revolutionen von unten, dezentralistisch, föderalistisch und libertär, gegen autoritäre und oligarchische Regimes gerichtet. Alle erlebten, schrieb Kropotkin über 1871, wie angesichts des Vakuums einer stürzenden Regierung, die *»wie eine Pfütze stinkenden, faulen Wassers beim Wehen des Fühlingswindes«* verschwand[22], eine Vielzahl von Räten und Komitees spontan entstanden. Alle waren zutiefst egalitär, zeigten dieselbe Festatmosphäre, dieselbe gute Laune und Fröhlichkeit, dieselbe Großzügigkeit und denselben Heroismus. Alle wurden mit wilder Brutalität niedergetreten; es folgten Perioden heftiger Reaktion. Doch alle schufen Märtyrer, die Rebellionen der Zukunft inspirierten.[23]

Die Kommune von Kronstadt

Auch in Rußland, wie in Italien und Spanien, übte die Kommune eine unmittelbare Wirkung aus, vor allem auf die jungen Populisten, die in den Jahren 1873 und 1874 *'ins Volk gingen'*, um es zur sozialen Rebellion zu bewegen. Im Anschluß an die Kommune wurde Kropotkin, wie wir gesehen haben, ein lebenslanger Anarchist; Peter Lavrov, der selbst eine Rolle in der Kommune spielte, nannte sie *»die erste, wenn auch blasse, Morgendämmerung der proletarischen Republik.«*[24] Während der Revolution von 1905 versuchte eine Gruppe von Anarchisten, die sich selbst 'Kommunarden' nannten, die Stadt Bialystok in eine *'zweite Pariser Kommune'* zu verwandeln. Im selben Sinne suchten Anarchisten während der Revolution von 1917 in Moskau und Petersburg, diese beiden Hauptstädte in egalitäre Kommunen nach dem Modell eines idealisierten Bildes von 1871 zu transformieren. *»Durch eine soziale Revolution zur anarchistischen Kommune«*, war der Kampfruf der Petersburger Föderation der Anarchisten.[25]

Auch Lenin, der darin Marx folgte, betrachtete die Kommune als die erste moderne Revolution, die erste Stufe in einem historischen Prozeß, dessen zweite die russische Revolution

war. Im April 1917 brachte er den »Bürgerkrieg in Frankreich« mit zum 'finnischen Bahnhof', und er bezog das Programm der Kommune in seine »April-Thesen« und in »Staat und Revolution« ein. Als Lenin starb, wurde sein Körper in eine Kommunarden-Fahne eingewickelt; vierzig Jahre später nahmen sowjetische Kosmonauten Portraits von Marx und Lenin und ein Band von einem Kommunarden-Banner mit auf ihre Reise in den Weltraum. Nach der Oktober-Revolution allerdings wurden die Ideale von 1871 verraten, und die Kommune wurde nun die Antwort der Anarchisten auf die bolschewistische Diktatur. Kronstadt 1921 war die letzte Episode der kommunalistischen Tradition in Rußland. Es gab natürlich Unterschiede zwischen Kronstadt und Paris. Kronstadt war eine kleinere Angelegenheit, die nur zwei Wochen währte statt zwei Monate und die porportional weniger Opfer forderte. Darüber hinaus opponierten die Rebellen gegen ein (zumindest dem Namen nach) sozialistisches Regime. Doch die Ähnlichkeiten fielen so ins Auge, daß Anarchisten in Petersburg Kronstadt die *'Zweite Pariser Kommune'* nannten. Es gab dieselbe libertäre Atmosphäre, dieselbe Zurückweisung der zentralisierten Macht, dieselbe spontane Bildung von Räten und Komitees, dieselben Aufrufe für Arbeiterkontrolle, dieselben heroischen Taten, dasselbe Unvermögen, die Offensive zu ergreifen, und dasselbe blutige Ergebnis. Dank einer kuriosen Ironie gibt es sogar bei den geschichtlichen Daten eine Übereinstimmung: Paris erhob sich am 18. März 1871, Kronstadt fiel am 18. März 1921, auf den Tag genau fünfzig Jahre später. Alexander Berkman sah die tragische Parallele: *»Die Sieger feiern den Jahrestag der Kommune von 1871. Trotzki und Sinowjew denunzieren Thiers und Gallifet wegen des Abschlachtens der Pariser Rebellen.«*[26]
Aber das Beispiel von Paris überlebte. Kommunen entstanden in Barcelona 1936, in Budapest 1956 und in Prag 1968; doch alle wurden von den Marxisten selbst zerschlagen, die damit ihren revolutionären Bankrott demonstrierten. *»Aber es gibt Niederlagen, die Siege sind«*, sagte Karl Liebknecht am Vorabend seiner Ermordung im Jahre 1919, *»und Siege, verhängnisvoller als Niederlagen.«*[27] Ein passender Epitaph für die Aufstände der Kommune von Paris bis Prag. Ihre Tradition überlebt, darüber hinaus, als eine Alternative zur zentralisierten Regierung. Kropotkin faßte es am besten zusammen: *»So ihre Ketten und falschen Götter in Trümmer brechend, wird die Menschheit einer herrlichen Zukunft entgegengehen, sie wird fernerhin weder Herren noch Sklaven kennen und keine Verehrung für Personen hegen, als für die edlen Märtyrer allein, die jene ersten Emanzipations-Versuche mit ihrem Blute und ihren tausendfachen Leiden bezahlten und die uns auf dem Wege zur Erringung der Freiheit so herrlich voranleuchteten.«*[28]

Anmerkungen

1 Friedrich Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland, in: MEW 8, S. 95; Karl Marx an Ludwig Kugelmann, 12. April 1871, in: MEW 33, S. 205
2 Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation, in: MEW 17, S. 362
3 Michael Bakunin: Die Commune von Paris und der Staatsbegriff, in: ders.: Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1975, S. 270f.

4 James Guillaume, zit. nach Jacques Rougerie (Hg.): Procès des Communardes, Paris 1964, S. 14
5 Peter Kropotkin: Die Pariser Kommune, in: Die Pariser Kommune 1871 (= anarchistische texte 16), Berlin 1979, S. 23
6 zit. nach Eugene Schulkind (Hg.): The Paris Commune of 1871. The View from the Left, London 1972, S. 39
7 zit. nach Stewart Edwards (Hg.): The Communards of Paris, 1871, London 1973, S. 135
8 George Woodcock: Pierre-Joseph Proudhon, London 1956, S. 276f.
9 zit. nach Schulkind, a.a.O., S. 33
10 Michael Bakunin, a.a.O., S. 276
11 Peter Kropotkin, a.a.O., S. 25
12 ebd., S. 27; vgl. auch Nicolas Walter, The Paris Commune and the Anarchist Movement, in: Freedom Pamphlet No. 8
13 Karl Marx an Ludwig Kugelmann, a.a.O.
14 zit. nach Alistair Horne: Paris ist tot - es lebe Paris! Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 und der Aufstand der Kommune in Paris, Bern/München/Wien 1967, S. 399
15 zit. nach Frank Jellinek: The Paris Commune of 1871, London 1937, S. 320
16 Peter Kropotkin, a.a.O., S. 28
17 Voltairine de Cleyre: Selected Works, New York 1914, S. 246
18 zit. nach Schulkind, a.a.O., S. 27
19 Michael Bakunin, a.a.O., S. 270
20 vgl. Jeanne Gaillard: Communes de province, Commune de Paris, 1870 - 71, Paris 1971
21 zit. nach Schulkind, a.a.O., S. 74
22 Peter Kropotkin, a.a.O., S. 23
23 vgl. John Hicks/Robert Tucker (Hg.): Revolution and Reaction: The Paris Commune of 1871, Amherst, Mass. 1973
24 zit. nach Schulkind, a.a.O., S. 294
25 s. Paul Avrich: The Russian Anarachists, Princeton 1967, S. 48 u. 126
26 Alexander Berkman: The Bolshevik Myth (Diary 1920 - 1922), New York 1925, S. 303
27 Karl Liebknecht: »Trotz alledem!«, »Die Rote Fahne« 15, 15. 1. 1919, in: ders.: Gesammelte Reden und Schriften, Bd IX (Mai 1916 - 15. Januar 1918), Berlin (Ost) 1968, S. 676
28 Peter Kropotkin, a.a.O., S. 31

Aus dem Amerikanischen: Andreas Weiland

Helga Grubitzsch

Mutterschaft und Mutterideologie in der Geschichte der Frauenbewegung

Mein Interesse an der Fragestellung entstand im Zusammenhang mit einem Forschungsprojekt zur »Literatur und Geschichte der Frauenbewegung in Frankreich 1789 - 1848«, das ich gemeinsam mit Loretta Lagpacan und Maria Schmoll an der Universität Bremen durchgeführt habe.[1] Wir haben versucht, ein Stück der Geschichte der Frauen und der Frauenbewegung wieder lebendig zu machen, indem wir uns mit den heute kaum noch zugänglichen Schriften, den Theorien und der Lebenspraxis der damaligen Frauenkämpferinnen befaßten. Dabei konzentrierten wir uns vor allem auf die sozialistischen Frauen, deren Praxis und Theorie der Frauenbefreiung in dieser Zeit am weitesten fortgeschritten war, auf Frauen wie Flora Tristan, die bekannteste unter ihnen, und viele uns heute unbekannte, wie Pauline Roland, Désirée Gay, Suzanne Voilquin, Eugénie Niboyet und Jeanne Deroin.

Die Forschungsarbeit hat mich gefesselt. Sie zeigte mir Frauen, mit denen ich mich identifizieren konnte: Frauen, die für ihre Freiheit und die des Volkes kämpften, die feministische Zeitungen gründeten, Kooperativen bildeten, Frauenhäuser schufen und Theorien zur Analyse und Veränderung der bürgerlichen und patriarchalischen Gesellschaft entwickelten. Bei all diesen Frauen kam ich jedoch regelmäßig an einen Punkt, der mir im Widerspruch mit ihren fortschrittlichen Theorien zu stehen schien und an dem ich nicht mit ihnen einverstanden war: Sie betonten die Mutterschaft als die besondere Qualität der Frau, die sie vom Mann unterscheidet und aus der sie die Berechtigung ableiteten, ihre Forderungen zur Befreiung der Frau zu erheben. Wissen wir doch heute, daß die Mutterschaft zu einer gesellschaftlichen Fessel für die Frau geworden ist, mit der ihre Beschränkung auf Herd und Heim gerechtfertigt wird. Dieser Widerspruch hat mich irritiert - besonders als Frau, die keine Kinder hat und sich trotzdem Frau fühlt. Es ging mir nicht allein so. Cornelia und Heide, zwei Studentinnen, die eine Staatsexamensarbeit über eine feministische Tageszeitung von 1848, »La Voix des femmes« (Die Stimme der Frauen) geschrieben haben, meinten: *»Erst einmal sind wir von der Selbstsicht, Selbstdefinition der Frauen enttäuscht, enttäuscht ist zu moralisch, also eher überrascht, weil sie den Frauen typisch weibliche Bereiche zusprechen, ohne sie zu hinterfragen, wie wir es heute tun würden.«*[2] Um nicht bei Enttäuschung und der Frustration, daß diese fortschrittlichen Frauen einer bürgerlichen Mutterideologie anhängen, stehenzubleiben, habe ich mich dem Problem zugewandt. Ich habe versucht zu ergründen, warum diese Frauen aus der Mutterschaft eine Position der Stärke beziehen und wie die Unterschiede in der Wahrnehmung der Mutterschaft heute und damals zu erklären sind.

Ich werde im folgenden

1. zunächst einige der Frauen kurz vorstellen, auf deren Schriften ich mich in diesem Beitrag beziehe. Es handelt sich um Désirée Gay, Suzanne Voilquin, Flora Tristan und Pauline Roland. Alle diese Frauen waren in der Zeit von 1830 - 1848 in Frankreich in der sozialistischen und der Frauenbewegung aktiv, sie gehörten zu den radikalsten Fürsprecherinnen für gesellschaftliche Veränderungen zur Verbesserung der Situation der Frauen und der Menschen überhaupt. Sie waren alle Mütter oder wollten es zumindest sein. Ich werde ver-

suchen, einige Gemeinsamkeiten in ihrem Verhalten als Mütter herauszuarbeiten.
2. Zum zweiten werde ich die theoretischen Aussagen der Frauen zur Mutterschaft skizzieren und dabei hervorheben, welche besonderen Fähigkeiten und gesellschaftlichen Ansprüche sie mit der Mutterrolle verbinden.
3. Drittens will ich versuchen, die Vorstellungen der Frauen über Mutterschaft und Mütterlichkeit im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Situation der Frauen zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu erklären. Dabei beziehe ich mich insbesondere auf die Veränderungen der materiellen Lage und der Aufgaben der Frau, die mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise hervorgebracht wurden.
4. Zuletzt kommt es mir darauf an, die Unterschiede unserer heutigen Situation im Vergleich zu den Frauen des frühen 19. Jahrhunderts nochmal deutlich zu machen und daraus Konsequenzen für die aktuelle Frauenbewegung zu ziehen.

Frauenkämpferinnen und Mütter: Désirée Gay, Suzanne Voilquin, Flora Tristan, Pauline Roland

Désirée Véret (Gay) gehörte seit 1830 dem Kreis der Saint-Simonisten an, einer Gruppe von Sozialisten, die sich für die Abschaffung aller gesellschaftlichen Privilegien und die Gleichstellung von Mann und Frau einsetzte.[3] Désirée bezeichnete sich selbst als Proletarierin. Sie verdiente ihr Geld als Modistin, d.h. sie arbeitete während der Saison 14 Stunden in einer stickigen Werkstatt und war mindestens 3 Monate im Jahr, in der »toten Zeit«, von Arbeitslosigkeit bedroht. Trotz dieser harten Arbeitsbedingungen fand sie Zeit und Kraft, politisch zu arbeiten. Désirée gehörte zu den Gründerinnen der ersten feministischen Zeitschrift nach der Französischen Revolution, die 1832 von saint-simonistischen Frauen hervorgebracht wurde: »La femme libre« (Die freie Frau), später »La femme nouvelle« (Die neue Frau) und »Tribune des femmes« (Tribüne der Frauen). Unter dem Motto »Freiheit für die Frauen, Freiheit für das Volk« setzten sich die Frauen der »Tribune des femmes« für die Befreiung der Frau auf allen Ebenen der Gesellschaft ein, in der Ehe, vor dem Gesetz, in Arbeit und Erziehung. Ihre Forderungen muten in vielen Punkten sehr aktuell an, da sie bis heute nicht verwirklicht wurden, so beispielsweise nach einer allseitigen Erziehung der Mädchen und gleichen Löhnen für Frauen und Männer. 1848 beteiligte sich Désirée an der feministischen Tageszeitung »La Voix des femmes« und widmete sich besonders dem Problem der Organisation der Arbeit für Frauen. Als weibliche Delegierte für die Nationalateliers kritisierte sie deren katastrophale Arbeitsbedingungen und wurde prompt von der Regierung entlassen. Désirée hat auch an mehreren Kooperativen mitgearbeitet, die nach der Revolution von 1848 aus dem Boden schossen. Sie versuchte damit, alternative Formen der Organisation der Arbeit (einschließlich der Hausarbeit) in die Praxis umzusetzen.
1849 gründete sie eine neue Zeitschrift – »La politique des femmes« –, was in dieser Zeit der politischen Repression ein außerordentlich mutiger Schritt war. 1866 finden wir sie in Genf als Vorsitzende der Frauensektion der Internationale. Sie beschloß ihr Leben in Brüssel, wo die Briefe der 80jährigen immer noch ein reges Interesse an sozialen Fragen bezeugen.
Désirée hatte 1837 Jules Gay geheiratet, der durch Veröffentlichungen zum demokratischen Sozialismus bekannt geworden ist. Mit ihm hatte sie zwei Söhne, François (1837) und Jean (1838). Im Hause ihrer Schwiegermutter in Châtillon-sous-Bagneux (Seine) ver-

suchte sie, ein Kinderheim zu gründen und damit eine alte Idee aus ihren saint-simonistischen Zeiten zu verwirklichen. Das Projekt scheiterte jedoch an Geldmangel.
Ihre Briefe und Veröffentlichungen verraten wenig über die Kinder. Mit François und ihrem Mann gehörte sie später in Genf zu den Begründern der »Association internationale de la démocratie socialiste«, des anarchistischen Zweiges der I. Internationalen. Ihrem Sohn Jean hat sie 20 Jahre lang bei seinen bibliographischen Arbeiten geholfen. Sie ist ihrem Mann und den Kindern ohne viel Begeisterung erst nach Genf, dann nach Brüssel gefolgt. Beide Söhne, wie auch ihr Mann, starben vor ihr zwischen 1880 und 1890. Désirée hat Hausarbeit, Ehe und Kinder als Pflicht betrachtet, die für sie wie selbstverständlich neben Beruf und politischer Arbeit zu erledigen war.[4]
Suzanne Voilquin war wie Désirée Saint-Simonistin und blieb es auch ihr Leben lang, während Désirée später einen autonomen Kurs in der Frauenfrage steuerte. Sie arbeitete ebenfalls an der »Tribune des femmes« und später an »La Voix des femmes« mit. Wie Désirée war sie Proletarierin und kannte das Elend des Volkes und besonders der proletarischen Frauen. In Paris arbeitete sie zunächst als Stickerin. Später lebte sie mehrere Jahre in der saint-simonistischen Kolonie in Ägypten, wo sie eine Ausbildung als Hebamme machte und als Mann verkleidet Medizin studierte.
1837 beschloß sie ihre medizinische Ausbildung mit einem medizinischen Diplom in Paris. Da sie in Paris nicht genug Geld verdienen konnte, ging sie für mehrere Jahre nach Rußland, wo Hebammen sehr gut bezahlt wurden. Während der II. Republik war sie wieder in Paris und gründete eine Hebammenkooperative. Außerdem entwickelte sie den Plan für eine zentrale Vermittlungsstelle für Ammen, die gerade proletarischen Kindern zugute kommen sollte. Das Projekt scheiterte jedoch an Geldmangel.
Suzanne wollte Kinder haben. Kinder und Mutterschaft bedeuteten für sie das größte Glück in ihrem Leben.[5] Sie heiratete deshalb Voilquin, den sie zwar schätzte, aber nicht liebte, und von dem sie sich später trennte. Kinder außerhalb der Ehe zu bekommen, war für sie unvorstellbar und unvereinbar mit dem Glück der Kinder. Doch sie konnte von ihrem Mann keine Kinder bekommen, weil er eine nicht auskurierte Geschlechtskrankheit hatte. Die Folge waren drei Fehlgeburten, die ihren Kummer noch vergrößerten – entfachte Hoffnungen, die enttäuscht wurden. Dennoch blieb Suzanne nicht ohne Kinder: Schon mit neun Jahren hatte ihre Mutter ihr ihre jüngere Schwester Adrienne anvertraut, für die sie sich seitdem verantwortlich fühlte:
»Diese frühzeitige Mutterschaft, die mir Freude und Leiden bereitete, wie alle exklusiven Gefühle, wurde ein heilsamer Ansporn in meiner Jugend und Nahrung für mein Herz. Dieses so reine Gefühl ließ mich Pflichten begreifen. Später, bei einer sehr leidvollen Gelegenheit, rettete es mich sogar vor einem Selbstmord, weil es mich zwang, für das Kind am Leben zu bleiben.«[6]
Später kümmerte sie sich um die Tochter Adriennes, Suzanne, und um die Tochter ihres Bruders, als dieser starb (1840). Vor allem die Sorge um Suzanne zwang sie immer wieder, Geld zu verdienen, auch wenn sie lieber mehr Zeit für politisch sinnvolle – aber leider wenig einträgliche – Arbeiten verwendet hätte. Jedoch empfand sie ihre Beziehung zu Kindern auch als große emotionale Bereicherung. Sie hoffte, durch die Erziehung der Mädchen deren Lebensweg zu erleichtern und damit die Befreiung der Frau voranzutreiben. Über ihre Nichte Suzanne schreibt sie:
»Ich werde ihr meine Kraft geben, der Welt ins Gesicht zu blicken. Meine Arbeit wird ihre Unabhängigkeit sicherstellen, damit ihre ersten Schritte auf dem intellektuellen Weg we-

niger mühsam sind als die meinen und damit die ersten Handlungen auf dem moralischen Weg frei, wahr und aus einem guten Gefühl heraus sind.«[7]

Flora Tristan wurde aus materiellen Gründen zur Ehe gezwungen. Sie war arm und galt als uneheliches Kind, da die Ehe ihrer Mutter mit dem peruanischen Adligen Don Mariano Tristan Y Moscoso nicht anerkannt wurde. Um ihre Existenz zu sichern, heiratete Flora auf Drängen ihrer Mutter mit 17 Jahren André Chazal, den Besitzer einer lithographischen Werkstatt, in der sie als Koloristin arbeitete. Nachdem sie zwei Söhne geboren hatte, von denen einer früh starb, und mit dem dritten Kind schwanger ging, verließ sie 1825 ihren Mann, da sie es in dieser Ehe nicht länger aushielt. Sie floh mit den Kindern zunächst zu ihrer Mutter, schlug sich dann als Reisebegleiterin durch. Als sie wieder in Paris eintraf, wurde sie von ihrem Mann verfolgt, der sie wieder in die Ehe zurückzwingen wollte und formell auch das Recht dazu hatte. Flora überließ Chazal ihren Sohn Ernest auf dessen Versprechen hin, sie dann nicht mehr zu belästigen. Chazal hielt nicht Wort und nahm seine Verfolgungen wieder auf. Flora floh mit ihrer Tochter Aline unter falschem Namen. In der Provinz fand sie schließlich eine Pflegemutter für ihre Tochter. 1833 unternahm sie als einzige Frau an Bord eine Reise nach Peru, um von ihren Verwandten als legitimes Kind ihres Vaters anerkannt und finanziell entsprechend abgesichert zu werden. Die Reise brachte nicht den gewünschten Erfolg. Sie erhielt lediglich eine geringe Rente, die ihr der Onkel nach Veröffentlichung ihres Reiseberichts über Peru wieder strich. Zurück in Paris war Flora wieder den Nachstellungen und Angriffen Chazals ausgeliefert. Zweimal entführte er Aline. Das Ergebnis war, daß Aline beiden Elternteilen abgesprochen wurde. Als Chazal Aline, die inzwischen aus einem Heim zu ihrer Mutter geflohen war, zum dritten Mal verschleppte, diesmal in seine Wohnung, fürchtete Flora nun auch Überfälle auf sich selber und nahm deswegen vorübergehend wieder eine Stelle als Reisebegleiterin an. 1837 erfuhr sie durch einen Brief von Aline, daß Chazal sich an seiner Tochter vergangen hatte. Flora reichte daraufhin Klage wegen Inzuchtversuchs ein. Chazal wurde verhaftet, und sie erhielt die Kinder zurück. Später wurde Chazal wieder freigelassen, da nach Meinung der Richter nicht genug Beweise für Inzucht vorgelegen hatten. Flora kämpfte um die gesetzliche Trennung von Chazal und erhielt schließlich nach zermürbenden und demütigenden Verhandlungen recht.

Chazal verübte daraufhin einen Mordanschlag auf sie, bei dem sie lebensgefährlich verletzt wurde. Er wurde Anfang 1839 verurteilt; seitdem war sie allein für die Kinder verantwortlich. Wir wissen nicht, wo sich die Kinder aufgehalten haben, als Flora ihre langen Reisen nach England und durch Frankreich unternahm. Wahrscheinlich hatte sie für sie, wie es damals üblich war, eine Pflegestelle gefunden.

Flora war eine leidenschaftliche Sozialistin und Frauenkämpferin. In zahlreichen Schriften prangerte sie die Armut und Unterdrückung des Volkes und besonders der proletarischen Frauen an. Sie forderte vom Parlament die Wiedereinführung der Scheidung und die Abschaffung der Todesstrafe. In ihrer Schrift »Die Arbeiterunion« entwickelte sie das Modell eines Zusammenschlusses der Arbeiter(innen), das den heutigen Gewerkschaftsverbänden nicht unähnlich ist. Aber Flora arbeitete nicht nur theoretisch. Sie versuchte, die Arbeiterunion zu verwirklichen, indem sie ihre Broschüre mit Arbeitern in ganz Frankreich diskutierte. Noch gezeichnet von dem Mordanschlag erlag sie den Anstrengungen dieser Reise und starb mit 41 Jahren in Bordeaux. Ihre Tochter Aline wurde später als Mutter des Malers Gauguin bekannt.[8]

Pauline Roland ist die einzige unter den hier genannten Frauen, die sich mit dem Pro-

blem des Kinderkriegens vor ihrer ersten Beziehung zu einem Mann befaßte. Dies hat auch einen besonderen Grund. Pauline war nicht, wie die meisten anderen saint-simonistischen Frauen, bereit, einen Kompromiß zwischen ihren theoretischen Erkenntnissen und der herrschenden Moral zu machen. Sie wußte, daß die Ehe eine Form der Unterdrückung der Frau ist, und lehnte sie deshalb für sich ab – trotz aller gesellschaftlichen Nachteile, die daraus folgten. 1832, Pauline war damals 24 Jahre, schrieb sie aus ihrem Heimatort an A. Saint-Hilaire, eine Saint-Simonistin aus dem Kreis um Enfantin, die ihre religiöse und moralische Erziehung betreute:

»In einer Gesellschaft, in der ich nicht als vollkommen gleich dem Manne, mit dem ich mich vereinige, Anerkennung finde, werde ich niemals zustimmen, einen Mann zu heiraten, lieber würde ich mich verkaufen. Ich will keine Herrschaft durch Hinterlist ausüben, ich will vollkommene Gleichheit und Freiheit.«[9]

Pauline beschloß, nur freie Beziehungen einzugehen. Bevor sie das erste Mal mit einem Mann schlief, dachte sie auch über das Problem der Mutterschaft nach:

»Ich möchte gerne Mutter sein, aber mit einer geheimen Vaterschaft. Ich habe mich in diesem Punkt sehr streng geprüft. Ich habe mich gefragt, ob ich im Zustand der Krankheit, den die Schwangerschaft immer mit sich bringt, stark genug sein würde, um einen Mann nicht zu bitten, dem Kinde, dessen Vater er vor Gott sein wird, vor den Augen der Welt einen Namen zu geben. Ich habe mich auch gefragt, ob ich das Recht habe, einem Wesen das Leben zu geben, das später wegen seiner Geburt von der Gesellschaft verstoßen werden wird. Ich habe beide Fragen bejaht. Ich werde stolz auf meine Mutterschaft sein und mein Kind wird stolz auf seine Geburt sein.«[10]

Von ihrem ersten Freund, Guéroult, hatte Pauline ein Kind. Danach lebte sie zehn Jahre mit einem anderen Mann, Aicard, zusammen, der sie schließlich wegen einer anderen Frau verließ. Von ihm hatte sie drei Kinder, von denen eins starb. Pauline litt sehr unter der Trennung von Aicard, die für sie der Aufgabe einer gesicherten Familie gleichkam.

Jetzt begann für sie und die Kinder ein harter Kampf ums Überleben, der von Armut und Elend gezeichnet war. Sie schlug sich als Lehrerin und mit dem Schreiben von Artikeln durch. Pauline hat nach diesen Erfahrungen ihre Theorien über Ehe und Familie revidiert. Mit vierzig Jahren kam sie zu dem Schluß, daß die Ehe doch die beste Form der Beziehung sei, sofern sie auf Treue, Liebe und Gleichheit zwischen Mann und Frau beruhte.

Obwohl allein für die Kinder verantwortlich, hatte sich für Pauline, genau so wenig wie für Flora Tristan, die Alternative Kinder oder Politik gestellt. Sie ging den politischen Weg, den sie für richtig und notwendig hielt, für eine Veränderung der Gesellschaft im Interesse aller Unterdrückten, der Frauen, Arbeiter und Kinder des Volkes – auch im Interesse ihrer Kinder. Pauline schrieb in feministischen und sozialistischen Zeitschriften Artikel über die gesellschaftliche Situation der Frau, über Kinder- und Frauenarbeit, über Erziehung und Kooperativen (Assoziationen). Sie war Mitbegründerin einer »Vereinigung sozialistischer Lehrer«, die für eine gleiche, allseitige Erziehung von Jungen und Mädchen eintrat.

Sie beteiligte sich 1849 an dem gigantischen Selbstverwaltungsprojekt einer Vereinigung der Arbeiterkooperativen (»Union des Associations Ouvrières«), die von Jeanne Deroin ins Leben gerufen worden war. Die »Union« wurde als konspirative Vereinigung verfolgt, und Pauline wurde mit Jeanne Deroin und anderen zu Gefängnis verurteilt. Sie litt unter der Trennung von den Kindern und bat darum, von ihnen in ihrer Zelle Besuch bekommen zu dürfen. Es wurde ihr verweigert, und sie sah die Kinder nur einmal in der Woche im Sprechzimmer. Für Pauline war es wichtig, ihren Kindern ein Leben vorzuleben, das ihren

Idealen entsprach. Zum 16. Geburtstag ihres Sohnes Jean-François widmete sie ihm einen Artikel mit dem Titel »Sozialistische Moral: Briefe einer Gefangenen«, in dem sie ihre Vorstellungen von Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Liebe erläuterte. Nach der Entlassung aus dem Gefängnis litt sie wieder extreme Not. Ihre Hauptsorge galt der materiellen Absicherung ihrer Kinder für den Fall, daß sie wieder ins Gefängnis käme. Nach dem Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 wurde sie wieder verhaftet und nach Algerien deportiert. Die Kinder blieben bei Freunden in Pension. Pauline litt darunter, sie nicht selbst versorgen und ihre Erziehung nicht in der Hand behalten zu können. In Algerien versuchte sie vergeblich, Geld für die Kinder zu verdienen. Es reichte knapp für sie selber. Sie hatte ein schlechtes Gewissen gegenüber Mme. Bachellery, die ihre Tochter Irma aufzog. In dieser verzweifelten Lage stellte sie rückblickend die Frage, ob nicht der politische Kampf zu Lasten der Kinder hätte gehen können:
»Gott sei Dank hat Gott Sie (Mme. Bachellery, H.G.) auf meinen Weg geführt... um mich daran zu hindern in Verzweiflung zu verfallen, vielleich auch ein schlechtes Gewissen zu bekommen, daß ich mich in das öfffentliche Leben gestürzt habe, ohne mich zu fragen, ob meine Pflicht als Mutter ebenfalls erfüllt wird.«[11]
Für ihre Kinder hielt Pauline die Strapazen der Deportation durch. Als sie endlich freigelassen wurde, war sie zu schwach, um die stürmische und kalte Überfahrt zu überstehen. Sie starb 1852 auf dem Weg von Marseille nach Lyon.

Keine dieser Frauen, deren Leben ich hier skizziert habe, stellt sich die Frage, ob sie Kinder haben will oder nicht. Wo Kinderlosigkeit aufgezwungen ist, wie bei Suzanne, wird sie als schmerzliche Erfahrung erlebt. Lediglich Pauline Roland überlegt, ob sie in der Lage ist, Kinder allein in dieser Gesellschaft großzuziehen und ob sie es ihnen zumuten kann, den Makel des unehelichen Kindes auf sich zu nehmen. Daß sie Kinder will, steht auch für sie außer Frage.
In der Selbstverständlichkeit, mit der diese Frauen ihr Muttersein akzeptieren, liegt bereits ein wesentlicher Unterschied zur heutigen Situation der Frauen, die sich aufgrund vorhandener Verhütungsmittel und bei entsprechender Aufklärung in der Regel überlegen (können), ob und wann sie Kinder wollen.
Alle Frauen, um die es hier geht, sind gezwungen, Geld zu verdienen. Entweder, weil sie ihre Kinder allein zu versorgen haben (Suzanne, Flora, Pauline) oder weil ihr Mann nicht genug verdient. Schon aufgrund ihrer materiellen Situation kann es für sie die Alternative Kinder oder Beruf nicht geben. Bemerkenswert aber ist, daß keine der Frauen sich durch den Zwang, Geld zu verdienen, in einem Konflikt mit ihrer Mutterrolle fühlte. Wir dürfen daraus schließen, daß es zu Beginn des 19. Jahrhunderts zumindest für proletarische Frauen eine selbstverständliche Lebensrealität war, Erwerbstätigkeit (im Hause als Heimarbeit oder als außerhäusliche Lohnarbeit) und Mutterschaft zu verbinden. Diese Feststellung bedeutet nicht, daß sie zufrieden waren mit ihrer Situation: Elende Lebensbedingungen der Familie, drohende Verwahrlosung der Kinder zwangen sie, nach neuen Lösungen zu suchen, die die Sozialistinnen in ihren theoretischen Schriften formulierten und die zum Teil auf eine Fixierung der Mutterrolle, wie wir sie heute verstehen, hinausliefen (ich komme darauf zurück).
Mutterschaft und politische Arbeit wird von den Frauen ebenfalls nicht als Gegensatz erfahren, zumindest so lange nicht, als die materielle Versorgung der Kinder gesichert ist. Pauline hätte ein schlechtes Gewissen gehabt – aber zum Glück brauchte sie es nicht zu ha-

ben –, wenn sich niemand um ihre Kinder gekümmet hätte, solange sie im Gefängnis und nach Algerien verbannt war. Suzanne klagte manchmal, daß die Sorge ums Geld, das sie für ihre Nichte Suzanne verdienen muß, sie davon abhält, eine sinnvollere Arbeit zu tun. Bei allen Frauen aber kein Wort davon, daß sie Angst hätten, daß ihre Kinder emotional zu kurz kämen, wenn sie sich politisch betätigen, ein Argument, das uns heute sofort in den Sinn kommmt. Im Gegenteil, die Frauen hoffen, ihren Kindern durch ihr Eintreten für die Veränderung der Gesellschaft etwas für deren Zukunft mitgeben zu können – die Erziehung der Kinder wird nicht als etwas betrachtet, was abgetrennt von der eigenen Lebenspraxis existiert.
Daß der emotionale Bezug der Frauen des frühen 19. Jahrhunderts zu ihren Kindern ein anderer war als heute, zeigt auch die Tatsache, daß die Mütter beruhigt waren, wenn sie für ihre Kinder gute Pflegestellen gefunden hatten oder sie bei Verwandten unterbrachten. Heute würden wir dazu neigen, ein solches Verhalten als das einer Rabenmutter einzustufen, damals jedoch galt es auf dem Land und in den ärmeren Schichten in der Stadt noch als völlig normal, Kinder in Pflege oder zu einer Amme zu geben. Es wäre daher falsch, unsere heutigen Vorstellungen von der Mutter-Kind-Beziehung, in der die gefühlvolle Zuwendung zum Kind neben der materiellen Versorgung die Hauptrolle spielt, auf die damaligen Zeiten zu übertragen und die Frauen in ein Wertsystem einzupassen, das ihnen gar nicht angemessen ist.

Die Bedeutung der Mutterschaft in den Schriften der Frauenkämpferinnen

Mutterschaft gehört in den Vorstellungen der Frauen des frühen 19. Jahrhunderts notwendig zum Frau-Sein, ja sie ist das Positive, das alle Frauen – neben ihrer Unterdrückung – gemeinsam haben:
»Das Banner der Frauen ist allumfassend, denn... sind sie nicht alle durch ein gemeinsames Band vereint, die MUTTERSCHAFT?«[12]
Aus der Mutterschaft werden sowohl besondere Eigenschaften der Frauen hergeleitet als auch ihre Stellung in Familie und Gesellschaft. Mütter sind die Erzieherinnen ihrer Kinder. Weit davon entfernt, in dieser Vorstellung eine Beschränkung zu sehen, betonen die Frauen häufig die besondere Macht, die ihnen aufgrund dieser Funktion zukommt.
»Die Frau ist alles im Leben des Arbeiters: Als Mutter prägt sie seine Kindheit. Von ihr, und nur von ihr gewinnt er die ersten Kenntnisse in der Wissenschaft des Lebens, dieser Wissenschaft, die zu erwerben so wichtig für uns ist, die uns lehrt, angemessen für uns und andere zu leben...«[13]
Als Erzieherinnen üben Mütter einen moralischen Einfluß aus. Sie bestimmen das Wertsystem ihrer Kinder und vermitteln ihnen die Fähigkeit, sich in der Gesellschaft zu bewegen. Diese *»moralische und moralisierende Kraft«*, von der die Frauen damals viel reden, ist viel umfassender, als das Wort *»moralisch«* heute nahelegt. Sie beinhaltet auch psychische Fähigkeiten wie Einfühlungsvermögen und alles, was nötig ist, um, wie wir heute sagen würden, *»Beziehungsarbeit«* zu leisten. So werden die Frauen auch für den Mann zur *»moralischen«* Instanz:
»Durch sie findet der Mann das Glück in der Familie, sie geben ihm das Prinzip seiner moralischen Gefühle.«[14]
Dieser Satz von Désirée Gay findet sich in einer Petition an Louis Blanc von 1848, in der sie eine Reorganisation der Frauenarbeit fordert. Aus der Petition wird deutlich, daß Désirée

keineswegs daran denkt, die Frauen an den Herd zu verbannen. Sie fordert die Organisation der Frauenarbeit auf nationaler Ebene und Assoziationen (d.h. Kooperativen) für Frauen, in denen auch den Reproduktionsbedürfnissen Rechnung getragen wird:
Sie will, *»daß bei der Arbeitskommission Delegierte benannt werden, um für die Organisation der Frauenarbeit Sorge zu tragen; daß Listen eröffnet werden, in die sich Frauen einschreiben können, die arbeitslos sind und Frauen, die Organisationsbereitschaft haben, daß mit Dringlichkeit Nationalrestaurants geschaffen werden, ebenso wie nationale Wäschereien und Wäschegeschäfte, wo das Volk billig gesunde Nahrungsmittel und ordentliche und saubere Pflege seiner Kleidung finden kann, die es sich in der Vereinzelung nicht beschaffen kann, die aber Frauen, die in einer Assoziation vereint sind, leicht organisieren können.«*[15]
Die Schaffung von nationalen Restaurants und Wäschereien ist Voraussetzung für die Frauenarbeit außer Haus und die Versorgung der arbeitenden Bevölkerung; sie ist zugleich eine Möglichkeit für Frauen, in weiblichen Tätigkeitsbereichen zu arbeiten und Assoziationen zu gründen.
Désirée ist auch nicht der Meinung, daß alle Frauen Hausarbeit machen müssen. Entsprechend der fourieristischen (und saint-simonistischen) Theorie, daß jede(r) seinen Neigungen und Fähigkeiten entsprechend einen Platz in der Gesellschaft erhalten soll, fordert sie für die Frauen auch die Berechtigung, eine Tätigkeit gemäß ihren Neigungen auszuüben. Schließlich würden nicht alle Frauen als gute Hausfrauen geboren.[16] Diese Meinung wird nicht von allen Frauen der Bewegung geteilt. Flora Tristan, die gerade aus den häuslichen Arbeiten der Frau die Notwendigkeit ihrer Emanzipation ableitet, hätte ihr bestimmt widersprochen. Worin sich jedoch alle einig sind, ist die Forderung nach *»materieller Unabhängigkeit«* der Frau. Sie wird als notwendige Voraussetzung für ihre Befreiung anerkannt.[17] Hören wir die Antwort Pauline Rolands auf Proudhon, den ersten Sozialisten, der die zweifelhafte Ehre hat, die Frauenfrage zum Nebenwiderspruch der Klassenfrage zu erklären und der die Frauen als intellektuell minderbemittelt von gesellschaftlichen Funktionen ausschließen und in den engen Kreis der Familie verbannen möchte:
»Die Frau ist ein freies Wesen, dem Manne gleich, dessen Schwester sie ist. Sie soll sich ihr Leben durch ihre eigene Arbeit, ihre eigene Liebe, ihre eigene Intelligenz gestalten... Sie hat ein Recht auf eine produktive, unabhängige Arbeit, die sie von jeder Bevormundung befreit. Ebenso wie der Mann hat sie das Recht, ihre Arbeit selbst auszusuchen und niemand kann sich das Recht anmaßen, sie auf den Haushalt zu beschränken, wenn sie sich zu anderem berufen fühlt.«[18]
Die Formulierung des Rechts auf Arbeit für Frauen beinhaltet im 19. Jahrhundert nicht notwendigerweise die Vorstellung von Lohnarbeit, wie dies z.B. Flora Tristans Beschreibung von der *»guten Arbeiterin und Familienmutter«* nahelegt.[19] Frauen wie Désirée Gay setzten ihre Hoffnungen auf eine neue Organisation der Arbeit auf der Basis der Assoziation, in deren Zusammenhang auch die Versorgung der Bevölkerung reorganisiert werden sollte.[20] Trotz dieser uns heute so fortschrittlich erscheinenden Ideen sind alle Frauen der Meinung, daß die Frau in der Familie eine besondere moralische Aufgabe zu erfüllen habe. Pauline Roland sieht sie besonders in der Kindererziehung, wo die Frau *»die Mängel der moralischen Autorität des Vaters auszugleichen hat.«*[21]
Auch Jeanne Deroin, die eine lesenswerte Polemik gegen Proudhon entfaltet, die die soziale und rechtliche Gleichstellung der Frau fordert, besteht auf der *»Erfüllung der heiligen Aufgaben in der Familie«*.[22]

Flora Tristan betont besonders die Bedeutung der Frau in der Arbeiterfamilie. Als Erzieherin der Kinder und Ehefrau des Mannes ist nur sie in der Lage, den Teufelskreis *»Elend und Unwissenheit, Unwissenheit und Elend«*, in dem die Arbeiterklasse sich befindet, aufzubrechen. Aufgrund ihrer unentbehrlichen Position in der Familie *»wäre es unter dem Gesichtspunkt der intellektuellen, moralischen und materiellen Verbesserung der Arbeiterklasse von höchster Wichtigkeit, daß die Frauen von Kindheit an eine vernünftige und solide Erziehung erhalten, die dazu geeignet ist, alle ihre guten Anlagen zu entwickeln, damit sie zu tüchtigen Arbeiterinnen in ihrem Beruf werden, zu guten Familienmüttern, die in der Lage sind, ihre Kinder zu erziehen und zu lenken... und auch, um auf die Männer moralisch einzuwirken...«*.[23]

Flora Tristan stellt sich vor, daß die Männer dann weniger ins Wirtshaus gehen und sich im Hause wohlfühlen werden, was ein bezeichnendes Licht auf das durch die Lohnarbeit verursachte psychische Elend der Familie wirft. Denn für das Proletariat ist die Vorstellung von der moralisch wirkenden, liebevollen Ehefrau und Mutter eine Zukunftshoffnung, die noch keineswegs realisiert ist.[24]

»An den häuslichen Herd verbannt, weiß die proletarische Frau besser als der Mann, was sie von... der Souveränität des Volkes zu halten hat; die politischen Freiheitsillusionen lassen sie noch grausamer die Klauen des Elends oder der Armut im Innern der Familie spüren. Dorthin hat sich die antike Sklaverei geflüchtet! Dort ist die Ehe eine schwere Kette und die Mutterschaft eine Verschärfung ihrer Sorgen und Qualen!«[25]

Wenn der Mann noch voll von der politischen Begeisterung auf der Straße und in den Clubs (1848!) nach Hause kommt, spürt er besonders die *»kalte Realität der Not, in der sich seine Familie befindet«*[26]. Die proletarischen Frauen sind durch das Elend und die Unterdrückung oft *»brutal, böse und manchmal hartherzig«* geworden.[26]

Die moralische Tätigkeit der Frau und Mutter (vorausgesetzt, sie hat die Erziehung erhalten, die sie dazu befähigt) hätte somit die unmittelbare Funktion, das elende Leben der Familie durch bessere Erziehung der Kinder und Eingehen auf die Probleme des Mannes zu verbessern. Jedoch beschränkt sie sich nicht auf den engen Kreis der Familie. Die Mutterrolle wird von den Frauen des 19. Jahrhunderts viel weiter gesehen, sie wird transponiert zur *»sozialen Mutterschaft«*. Die Frauen sind für die Gesellschaft, die als *»menschliche Familie«* gesehen wird, verantwortlich. Denn aufgrund ihrer Funktion als Mutter scheinen sie auf natürliche Weise mehr Gefühl zu besitzen als die Männer und mit größerer Liebesfähigkeit begabt zu sein; damit sind sie nach damaligen Vorstellungen zuständig für eine Änderung der zwischenmenschlichen Beziehungen, die ihrerseits als Voraussetzung für eine Veränderung der Gesellschaft angesehen wird. So erklärt Désirée Gay in »La Voix des femmes«, Frauen seien *»Priesterinnen von Natur aus«* (»prêtresses par leur nature«) und die Aufgaben, die sie seit altersher in der Familie wahrnehmen, sollen bald *»den Rang von sozialen Funktionen annehmen«*, um sich auf die ganze Gesellschaft (»famille humaine«) zu erstrecken.[28]

Im Unterschied zu heute ist mit der Definition der Frau als Gefühlswesen keine Abwertung verbunden. Im Gegenteil. In den Theorien der Frauenkämpferinnen und der zeitgenössischen Sozialisten, vor allem der Saint-Simonisten, wird dem Gefühl, und besonders der Liebesfähigkeit,die entscheidende Rolle für die Weiterentwicklung der Menschheit zugesprochen. Durch das Gefühl werden Beziehungen zwischen Menschen hergestellt, es gilt den Saint-Simonisten als Motor der sozialen Bewegung. Folglich kann die Befreiung der Menschheit nur über die Frau erfolgen, die aufgrund ihrer Liebesfähigkeit und morali-

schen Stärke dazu berufen ist, die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ändern.

»Die Frau erhebt sich höher als der Mann auf der Stufenleiter der Liebe, und wenn die Liebe die Gewalt beherrschen wird, wird die Frau die Königin der Welt sein,«

schreibt Flora Tristan in ihrem »Testament der Paria«[29]. Bisher waren die Menschen der *»Männermoral«* , die sich auf Gewalt stützt, ausgeliefert. Aber, so stellt Désirée fest, die *»brutale Macht«* hat keine Daseinsberechtigung mehr, da sich die Verhältnisse, auf die sie sich gründet, geändert haben; an ihre Stelle wird, so hoffen die saint-simonistischen Frauen, eine *»moralische Macht«* treten, neue zwischenmenschliche Beziehungen, die das größtmögliche Glück auf Erden ermöglichen, ohne einander einzuschränken und Schmerzen zu bereiten.[30] Für Suzanne Voilquin entscheidet sich an der Frage der Moral das Schicksal der Menschheit:

»Die Fakten sprechen für sich. Wie kommt es denn, daß über Jahrhunderte neben dem Moralgesetz, das zu eng, zu absolut ist, als daß es alle individuellen Bedürfnisse befriedigen könnte, ein gewaltsamer, energischer, unorganisierter Protest daneben einherging? Ein Protest nicht nur von den Männern, die selbst jeden Tag das Gesetz brechen, das sie selbst gemacht haben, sondern auch von vielen Frauen... Ich flehe die Frauen an, sich um diese ernste Frage zu kümmern. Die Basis der Moral, die Beziehungen zwischen den Geschlechtern, sollte unser Hauptaugenmerk sein; wir wollen uns nicht, wie oberflächliche Menschen, mit den Folgen zufriedengeben; wir wollen die Ursachen erfassen, um das Übel bei der Wurzel zu packen. Wir sind zu aufgeklärt, um noch in Kategorien zu denken; unter uns darf es keine Parias mehr geben.«[31]

Voraussetzung für die Wahrnehmung ihrer moralischen Aufgabe ist die gesellschaftliche Gleichheit und Freiheit der Frau.

»Schließlich, meine Herren«, hält Suzanne den Herren der »Société des méthodes d'enseignements« vor, *»alles, was unser Frankreich in diesem Jahrhundert an bemerkenswerten Männern hervorgebracht hat, sie alle haben gefühlt, daß es auf dieser Erde kein System mehr geben wird, ohne daß wir hierin als eine Hälfte eintreten werden. Saint-Simon... und seine Nachfolger, sowie Ch. Fourier, einer der größten Wissenschaftler unserer Epoche, haben uns in ihren sozialen (gesellschaftlichen) Konzeptionen diesen Platz der Gleichheit zugewiesen, als einziges Mittel, die menschliche Gesellschaft zu erneuern.«*[32]

Gleichheit bedeutet jedoch nicht, daß die Frau in allem männliche Vorstellungen übernimmt. Gewiß kämpfen die Frauen um gleiche Rechte, aber um andere Gesetze zu machen. Sie wollen frei und gesellschaftlich geachtet sein, die Möglichkeit besitzen, ihre intellektuellen, psychischen und körperlichen Fähigkeiten zu entwickeln, ohne deshalb jedoch ihre besonderen Fähigkeiten als Mütter und Frauen aufzugeben. So fährt Suzanne in ihrer Rede fort:

»Und in der Tat, sind wir frei, wenn der Mann uns seine Wissenschaft, seine Intelligenz gegeben hat; wenn er uns geändert hat, wenn er uns gewissermaßen zu Männern gemacht hat? Solche Inkonsequenz würde die Macht der Stärke fortsetzen, die moralische Kraft wäre nach wie vor untergeordnet...«[33]

Als Mütter fühlen sich die Frauen den Männern überlegen. Sie sind die Mütter des Menschengeschlechts, denn:

»Gott hat nur der Mutter die Sicherheit der Familie anvertraut. Im Schoß des jungen Mädchens ruht das lebendige Band, das fortwährend die Generationen, die aufeinander folgen, mit denen, die enden, verbindet; ein Geheimnis, das sich ohne Ende im Schoß Gottes

unter dem großen Namen Humanität vollzieht!«[34]
Suzanne bezieht sich mit diesem Passus auf die Gewißheit der Mutterschaft, während die Vaterschaft stets unsicher ist. Sie schließt daraus: In Zukunft wird man *»nicht mehr Söhne der Männer sagen, sondern Kinder der Frauen«*[35].
Dieses Gefühl der sichtbaren Überlegenheit der Frauen als Mütter führt bei einigen Frauen der Bewegung auch zu einem großen Selbstbewußtsein gegenüber männlichen Systemen und der Sicherheit, daß nur Frauen bestimmen können, was für sie gut ist. Ich zitiere nochmal Suzanne:
»Ihr Männer kennt und versteht die Frau nicht. Wie könnte euer Männer-Herz unsere Gefühle richtig würdigen, wenn unsere untergeordnete Stellung, in der euer Geschlecht uns gefangenhält, niemals unsere freie Entwicklung möglich gemacht hat, und dennoch wagt ihr, die Welt aufzurufen, ein neues soziales System zu verwirklichen!
Gesetzgeber und alle, die ihr Systemveränderer seid, ihr werdet von jetzt an vergeblich nette Boudoirs für uns zurechtzimmern. Wenn wir sie zwangsläufig so benutzen müssen, ohne darin etwas zu ändern, werden wir uns bald darin traurig und überdrüssig fühlen; wenn wir vorher nicht die Einrichtung und das Dekor bestimmen dürfen und alles, was den Geschmack und das Gefühl betrifft, verzichten wir auf euch als unsere Glückswächter, und wir verweigern euch das Recht, auch nur irgendetwas, was uns angeht, anzurühren. Die vollständige Emanzipation der Frau ist der eigentliche Grund, um an der Verwirklichung einer neuen Welt zu arbeiten.«[36]
Ausführlicher noch äußert sich Désirée Gay zu dieser Frage:
»Aus meiner Sicht hängen alle sozialen Fragen von der Freiheit der Frauen ab, in ihr werden sie alle eine Lösung finden. Daher richte ich alle meine Anstrengungen auf diese Ziel; alles, was ich für unsere Emanzipation tun werde, werde ich auf das Banner der 'femmes nouvelles' schreiben: Die Sache der Frauen ist universell und nicht nur saint-simonistisch, denn wir werden auch woanders Kraft schöpfen: zur gleichen Zeit wie Saint-Simon haben auch andere Männer begriffen, daß die Freiheit der Frauen an die des Volkes gebunden ist. Wir haben bereits zwei genannt, Saint-Simon und Fourier, wahrscheinlich gibt es noch andere, die wir noch nicht kennen. Andere haben seitdem ihre Ideen verbreitet, und es werden sich welche finden, die uns unterstützen und die, auch wenn sie auf einen anderen Namen als den Saint-Simons hören, mit uns durch den gleichen Gedanken verbunden sind.
Überlassen wir den Männern diese Unterscheidungen der Namen und Meinungen; sie sind ihnen nützlich: Ihr Geist, systematischer als unserer, muß die Fortschritte, die er macht, an einen Namen knüpfen, um ordnungsgemäß vorgehen zu können; wir jedoch, als Gefühlswesen und voller Inspiration, überspringen die Traditionen und Regeln, von denen die Männer nur mit Mühe ablassen können. Wir können im Menschengeschlecht nur die Kinder einer einzigen Familie sehen, deren Mütter und natürliche Erzieherinnen wir aufgrund unserer Anlagen sind. Alle Menschen sind Brüder und Schwestern, die durch unsere Mutterschaft miteinander vereint sind. Die Männer bringen Lehrmeinungen und Systeme hervor und taufen sie mit ihren Namen, wir jedoch bringen Menschen zur Welt; wir sollten ihnen unsere Namen geben und unseren eigenen nur von unseren Müttern und Gott annehmen. Das ist das Gesetz, das die Natur uns diktiert, und wenn wir fortfahren, Namen von Männern und Doktrinen anzunehmen, werden wir, ohne es zu merken, zu Sklaven der Prinzipien, die sie (die Männer) hervorgebracht und über die sie eine Art Vaterschaft besitzen, der wir unterworfen sein müßten, um konsequent mit uns selber zu sein: So wer-

den wir Väter haben; ihre Autorität wird sanfter, liebevoller als früher sein – aber wir werden nie gleich sein, die Mütter der Menschen.«[37]
Gerade an diesem sehr selbstbewußten Artikel zeigt sich aus heutiger Sicht die Widersprüchlichkeit der feministischen Forderungen einerseits und ihrer Begründung durch die Mutterschaft andererseits. Durch die Gegenüberstellung *»männliche Systeme – Mutterschaft«* wird die Frau *»von Natur aus«* durch ihre Mutterschaft und als *»Gefühlswesen«* definiert. Die *»natürlichen Fähigkeiten«* der Frau sind es ja gerade, die später als Argument für ihre Unterdrückung herhalten müssen. In der Konsequenz bedeutet das: der Frau die Natur, die Emotionalität und die Kinder, dem Mann die gesellschaftlich anerkannte Arbeit, die Rationalität und die philosophischen oder politischen Systeme. Daß in der bürgerlichen Gesellschaft nur der dem Mann zugestandene Bereich Anerkennung findet und die weiblichen Qualitäten dem Reproduktionsbereich zugeschlagen und entsprechend minderbewertet werden, ist aus heutiger Sicht deutlich. Warum haben die Frauen damals, die doch viele weibliche Eigenschaften im gesellschaftlichen Zusammenhang erklären konnten, nicht gesehen, daß auch diese scheinbare Natur der Frau Resultat von Unterdrückung ist? Wir müssen die Antwort in den gesellschaftlichen Verhältnissen selber suchen, in denen die Frauen gelebt haben.

Die gesellschaftliche Situation der Frauen und Mütter zu Beginn des 19. Jahrhunderts

Daß die biologische Mutterschaft von den Frauen als naturgegeben und selbstverständlich hingenommen wurde, je geradezu als identisch mit dem Frau-Sein angesehen wurde, ist leicht aus der weitgehenden Unkenntnis über Verhütungsmittel zu erklären. Das Wissen um Verhütung und Steuerung des Kinderwunsches ist den Frauen mit der Vernichtung der Hexen im Übergang von der feudalen zur bürgerlichen Gesellschaft genommen worden.[38]
Zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren in Frankreich weder auf dem Land noch in der Stadt wirksame Mittel zur Verhütung allgemein bekannt. Schwangerschaftsabbrüche wurden praktiziert, waren aber lebensgefährlich. Unerwünschte Kinder wurden ausgesetzt.[39] Mit zunehmender Armut der Landbevölkerung und dem Anwachsen des verschuldeten städtischen Proletariats verschärfte sich auch das Problem der Findelkinder. Ab 1830 mehren sich Publikationen, die nach Lösungen für dieses Problem suchen.[40] Die Kinderzahl durch entsprechende Verhütungsmittel beeinflussen zu wollen, setzt zum einen ein gesellschaftliches Bewußtsein über die Gefahr einer demographischen Expansion voraus, wie es sich zuerst in den Schriften von Malthus widerspiegelt[41], zum anderen müssen entsprechende materielle und ideologische Voraussetzungen für die Anwendung von Verhütungsmitteln gegeben sein. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstand gerade erst ein *»demographisches Bewußtsein«*, von der Möglichkeit, Verhütung frei zu praktizieren, konnte noch keine Rede sein. Entweder waren Verhütungsmittel den Frauen unbekannt oder die Kirche, deren Einfluß noch weitgehend ungebrochen war, verbot ihre Anwendung. Folglich mußte sich jede Frau, die mit einem Mann schlief, darüber klar sein, daß dies gleichzeitig Mutterschaft bedeuten konnte. Verweigerung von Mutterschaft konnte allenfalls in der Form der Verweigerung von Sexualität erfolgen, wobei in der Regel die Abwehr von Beziehungen zum männlichen Geschlecht im Vordergrund stand und die Unfähigkeit, Kinder zu bekommen, als trauriger Verzicht gewertet wurde (so bei den Frauen in den Klöstern, die sich oft »Ersatzkinder« suchten und Waisenhäuser und Schulen schufen).
So lange es also keine Verhütungsmittel gibt, Schwangerschaftsabbrüche lebensgefährlich

sind und kein gesellschaftliches Bewußtsein über die Notwendigkeit und Möglichkeit der Steuerung der Fruchtbarkeit existiert, muß Mutterschaft als naturgegebene Tatsache erscheinen. Damit ist zunächst jedoch nur die Selbstverständlichkeit erklärt, mit der die Frauen der damaligen Bewegung die biologische Mutterschaft akzeptierten. Offen bleibt noch, warum sie aus der Mutterschaft ein starkes Selbstbewußtsein beziehen konnten und was es mit der *»moralischen Macht«* der Frauen auf sich hat. Betrachten wir dazu die Aufgaben der Frauen und Mütter auf dem Land und in der Stadt sowie die Veränderungen, die sie mit der Verallgemeinerung der kapitalistischen Produktionsweise zu Beginn des 19. Jahrhunderts erfahren.[42]

Auf dem Lande besitzen die Frauen der Bauern noch eine auf ihrer land- und hauswirtschaftlichen Tätigkeit beruhende reale ökonomische Macht, die allerdings immer mehr abnimmt. Die Frauen produzieren ebenso wie der Mann für den Unterhalt der Familie. Es gibt zwar eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, ohne daß jedoch daraus eine Minderbewertung der Arbeiten der Frau folgt, da die Arbeitsbereiche von Mann und Frau noch in gleicher Weise wichtig für das Leben der Familie sind. Die Frauen sind zuständig für Hauswirtschaft, Gartenanbau und Kleintierhaltung. Zur Hauswirtschaft gehört neben der Zubereitung und Konservierung der Nahrungsmittel die Herstellung, Beschaffung und Pflege aller lebensnotwendigen Dinge, wie z.B. Kleider, Licht und Heizmaterial sowie die Versorgung und Erziehung der Kinder. Durch die Entwicklung der Manufakturen und Fabriken und die Kommerzialisierung des Ackerbaus - d.h., daß Agrarprodukte zum Zwecke des Verkaufs großflächig angebaut wurden - wurden der Frau nach und nach Arbeitsbereiche entzogen. Produkte, die sie früher selbst hergestellt oder angebaut hatte und auf dem Markt verkaufte, können gegen die billigen Industrieprodukte nicht mehr konkurrieren. Hinzu kommt, daß der großflächige Anbau von Agrarprodukten auf dem Acker nun in den Arbeitsbereich des Mannes fällt. Trotz dieser Veränderungen, die zu einer Minderbewertung der Stellung der Frau führten, ist die Bedeutung der Frau auf dem Lande noch größer als in der Stadt. In einem Artikel in »La Voix des femmes« wird die Situation der Mütter auf dem Land und in der Stadt verglichen. Darin wir hervorgehoben, daß die Frau auf dem Land einen großen Einfluß auf Mann und Kinder besitzt, z.B. wenn sie abergläubisch ist, werden es ihr Mann und ihre Kinder auch. *»Und ihre Position ist so gefestigt, daß der Mann von seiner Frau als der 'Bürgerin' spricht. Ja, die Bürgerin, die Meisterin, die an alle das tägliche Brot verteilt und jedem seine Bestimmung im Leben zuweist.«*[43]

Wir dürfen unterstellen, daß das Bild der *»starken Frauen«* auf dem Lande auch für die Frauen, um die es hier geht, noch gesellschaftliche Realität war. Insofern konnte die Vorstellung von Mutterschaft und Hausfrauendasein noch eine Stärke beinhalten, die mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft nach und nach aus dem Bild der Frau verschwand.

In den Städten ist der häusliche Arbeitsbereich der Frauen schon viel eingeschränkter. »La Voix des femmes« nennt bereits einen Aspekt der Reduzierung mütterlicher Aufgaben: Die Erziehung wird, wo es um die Ausbildung allgemeiner Fähigkeiten geht, vom Staat übernommen und im öffentlichen Schulwesen organisiert (das damals auf dem Land noch nicht so weit entwickelt war). Die hauswirtschaftliche Produktion verliert nach und nach an Bedeutung, weil es weniger zu produzieren gibt und der Lebensunterhalt der Familie zunehmend über den Kauf von Waren gesichert wird. Warenkauf setzt Geld voraus, das in erster Linie durch den Mann eingebracht wird (Lohn, Rente, Kapital). Damit verringert sich die materielle Bedeutung der Arbeit der Frauen.

Dieses allgemeine Tendenz trifft auf alle Klassen der Gesellschaft zu, so sehr sie sich auch durch die Quelle und Höhe ihres Einkommens unterscheiden. Während der Adel und die Bourgeoisie einen großen Haushalt führen konnten, lebten die proletarischen Frauen in bitterer Armut. Hausarbeit hatte sich auf das Allernotwendigste zu beschränken und wurde zum nackten Kampf ums Überleben. Einerseits fehlte es in der Stadt an natürlichen Ressourcen für die Herstellung der lebensnotwendigen Produkte. Andererseits reichte der Lohn von Mann und Frau oft nicht aus, um Waren in erforderlichem Umfang zu beschaffen. Wenn es weder Schafe zu scheren oder Flachs anzubauen gibt, noch Wolle und Linnen gekauft werden können, entfällt das Spinnen, Weben, Schneidern und übrig bleibt nur das Flicken der Lumpen. Hinzu kommt, daß zahlreiche proletarische Frauen zur Lohnarbeit im Hause oder im Atelier gezwungen wurden, da der Lohn des Mannes für den Unterhalt der Familie nicht ausreichte. Die gesetzlich verankerte und aufgrund der niedrigen Frauenlöhne große materielle Abhängigkeit der Frau vom Mann zwang diese, ihr Sklavendasein auch unter härtesten Bedingungen zu ertragen, wollte sie nicht noch größerem Elend oder der Prostitution anheimfallen.
Die Kinderversorgung mußte notwendigerweise unter diesen Arbeits- und Lebensbedingungen leiden. Meistens wurden die proletarischen Kinder früh in die Fabriken getrieben, um zum Lebensunterhalt der Familie beizutragen. Oder sie entwickelten sich zu streunenden Straßenkindern, in der romantischen Literatur als der pfiffige *»garçon de Paris«* verherrlicht. Das Problem der Verwahrlosung der Kinder wird zunehmend zu einem gesellschaftlichen Problem, dessen sich auch der Staat anzunehmen beginnt. Ist es da ein Wunder, wenn die proletarischen Frauen die Möglichkeit, sich als Mütter überhaupt um ihre Kinder kümmern zu können, als erstrebenswerte Verbesserung ihrer Situation betrachten?
Mit der zunehmenden Durchsetzung der Lohnarbeit wird die häusliche Tätigkeit der Frau nicht nur real eingeschränkt, sondern sie verliert auch an gesellschaftlicher Anerkennung. Die Arbeit außer Haus, in den Werkstätten der Produktionsmittelbesitzer, wird zur gesellschaftlich relevanten Sphäre der Produktion. Die Arbeit im Haus wird im Bezug darauf als Reproduktionsarbeit definiert, die zwar notwendig, aber gesellschaftlich nicht anerkannt ist. Hinzu kommt, daß die Verallgemeinerung der Lohnarbeit die Anschauung mit sich bringt, daß nur bezahlte Arbeit Arbeit ist, woraus folgt, daß der Hausarbeit heute oft sogar der Charakter der Arbeit abgesprochen wird.
Diese Entwicklung ist zu Beginn des 19. Jahrhunderts erst im Anfangsstadium. Im landwirtschaftlichen und handwerklichen Bereich gibt es trotz entstehender Lohnarbeit noch Familienformen, in denen alle Familienangehörigen – und zur Familie gehörten damals auch Knechte, Mägde und Gesellen – eine Produktionseinheit bildeten. Wie die gesellschaftliche Bedeutung der Hausarbeit auch noch von den proletarischen Frauen in der Stadt wahrgenommen wird, zeigt ihre – an Fourier angelehnte – Forderung nach einer *»Reorganisation der Industrie und der Hausarbeit«*, die im Motto der »Tribune des femmes« erscheint. Auch die Assoziationsbewegung schloß die Organisation und politische Veränderung sogenannter reproduktiver Tätigkeiten mit ein. Eine Beschränkung der Politik auf die Sphäre der Produktion – oder eine Prioritätensetzung wie: erst Veränderung des Produktionsbereichs und dann der Rest – ist ein spezifisches Resultat der kapitalistischen Trennung von Produktion und Reproduktion. Daß diese historische Form der Politik, die in gleicher Weise dem Lebenszusammenhang entfremdet ist wie die Lohnarbeit, von manchen Gruppen als die revolutionäre Politik verkauft wird, zeigt nur in erschreckender Weise die Wirkungen der bürgerlich-patriarchalischen Produktionsverhältnisse auf die Vorstel-

lungen der Individuen. Abgesehen davon, daß ohne Reproduktionsarbeit das Subjekt »Mann« auch als Revolutionär nicht existieren würde!
Während auf der einen Seite die materielle Bedeutung und die gesellschaftliche Anerkennung der Hausarbeit abnehmen, entstehen auf der anderen Seite der Frau und Mutter neue Aufgaben in der Familie. Zu der materiellen Versorgung von Mann und Kindern kommen immer mehr emotionale Aufgaben hinzu, die durch die Veränderungen in der Organisation der Arbeit notwendig werden. Als Ehefrau ist die Frau nicht nur für die physische, sondern auch für die psychische Wiederherstellung und Erhaltung des Arbeitsvermögens des Mannes zuständig. Sie hat die desaströsen Auswirkungen der kapitalistischen Form der Arbeit, die Folgen von Entfremdung, Arbeitshetze, Vereinseitigung, Disziplinierung und geistiger Verkrüppelung aufzufangen, damit die Arbeitskraft des Mannes erhalten bleibt. Diese Funktion der Frau beginnt sich im 19. Jahrhundert in allen Schichten der Gesellschaft zu verallgemeinern. Wir haben gesehen, daß die Aufgabe der Frau, dem Manne das »*Glück in der Familie*« zu bereiten, von den proletarischen Frauen als Argument für ihre Befreiung aufgegriffen wird.
Auch die Aufgaben der Mutter ändern sich. Bestand im Mittelalter und in Frankreich auf dem Land noch im 18./19. Jahrhundert die Kindererziehung hauptsächlich darin, Kinder in die für sie gesellschaftlich vorgesehenen Funktionen hineinwachsen zu lassen und ihnen ansonsten die wenigen seit Jahrhunderten gültigen Verhaltensmaßregeln zu vermitteln, so erfordert die Erziehung eines bürgerlichen Individuums eine ganz andere Art, auf das Kind einzugehen.[44] In der Feudalgesellschaft erhält jeder Mensch von Geburt an einen durch äußere (Standes-)Schranken fest zugewiesenen Platz in der Gesellschaft, auf dem er sich entweder bewährt oder nicht. Die Schranken, die ihm in seinen Entfaltungsmöglichkeiten gesetzt sind, treten ihm als offene Gewalt der hierarchisch über ihm Stehenden gegenüber. Diese soziale Abhängigkeit und Festgelegtheit bedeutet auf der anderen Seite aber auch soziale Sicherheit. Der Einzelne bekommt genau vorgeschrieben, was er zu tun hat, ohne sich dafür individuell verantwortlich fühlen zu müssen. Die Verhaltensleitlinien werden ihm von außen gesetzt. Innerhalb des vorgeschriebenen Rahmens wird er durch ein Netz fester sozialer Strukturen aufgefangen. Ein Beispiel dafür sind die zahlreichen nachbarschaftlichen Aufgaben, die jeder im Dorf zu erfüllen hat, wozu auch die gegenseitige Überwachung der Einhaltung der gesetzten Normen gehörte.
Mit der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft verschwinden nach und nach die festgeprägten ständischen Rollenmuster und sozialen Erwartungshaltungen. Die Freiheit und Gleichheit von Warenverkäufern setzt die Freiheit und Gleichheit der Individuen voraus. Lohnarbeit in großem Stil ist nicht möglich ohne die formelle Freiheit und Gleichheit der Tauschpartner, der Arbeitskraftbesitzer und Kapitalisten. Wo sich die Menschen als Freie und Gleiche gegenübertreten und dies ihnen auch durch die bürgerlichen Rechte ermöglicht wird, bedürfen sie auch anderer individueller Fähigkeiten als die Menschen des Mittelalters. Sie müssen lernen, selbst ihr soziales Verhalten zu bestimmen, ihr Privatinteresse auch gegen andere durchzusetzen, sich als Individuen verantwortlich zu fühlen für das Gesamte, da sie es als einzelne real auch sind, die das Gesamtinteresse durchsetzen. Indem die soziale Verantwortung in das Individuum hineingenommen wird, muß es lernen, von sich aus über die Einhaltung von Normen zu wachen, von sich aus Verzichtsleistungen zu erbringen und seine Bedürfnisse zu steuern, sich gegen andere abzugrenzen und durchzusetzen, sich als autonomes Wesen zu entwickeln und für sich selbst zu handeln. Es muß lernen, sich in einer »*moralischen Ordnung*« zu bewegen, d.h., unabhängig von direkten so-

zialen Sanktionsmaßnahmen selber entscheiden zu können, was richtig ist und was falsch, und entsprechende Schuldgefühle entwickeln. Solche Fähigkeiten erfordern eine besondere Ausbildung, die nicht »einfach« dadurch geleistet werden kann, daß man den jungen Menschen in die prästabilierte Ordnung hineinwachsen läßt. Erziehungsarbeit wird zu einer eigenen Arbeit, sie ist nicht mehr eine Verlängerung der materiellen Arbeitsleistungen der Frau im Hause wie in früheren Jahrhunderten, sondern erfährt eine ganz eigene Gewichtung. Mit der Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft wird es Aufgabe der Frauen, das bürgerliche Individuum herauszubilden. Diese Arbeit erfordert, wie wir heute wissen, auch emotionale Leistungen ganz besonderer Art, die an die Mutterrolle geknüpft werden. Die Notwendigkeit einer solchen Erziehungsarbeit wird im 18. Jahrhundert von bürgerlichen Philosophen wie Rousseau formuliert und beginnt sich im 19. Jahrhundert im Zusammenhang mit den realen Veränderungen der Frauenarbeit allgemein durchzusetzen.

Die sozialistischen Frauen des frühen 19. Jahrhunderts waren sich dieser Veränderung bewußt. Sie bezeichneten sie als Abnahme der *»brutalen Macht«* zugunsten der *»moralischen Macht«*. Ihre Illusion bestand darin, in den neuen Erziehungsaufgaben eine reale Macht zu sehen, während doch in Wirklichkeit jede moralische Macht gegenüber der Macht des Eigentums und der Produktionsverhältnisse machtlos ist. Die neue gesellschaftliche Bedeutung der Mutterrolle drängte sich ihnen auf, voller Zukunftshoffnungen und ungetrübt von den heutigen Erkenntnissen um ihre Schranken. Dennoch besaßen sie ja nicht die Rechte und die Anerkennung, um die sie kämpften; wie sollten sie wissen, daß die in der neuen Mutterrolle angelegten positiven Möglichkeiten weiblicher Arbeit und Emotionalität mit zunehmender Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft nur zu einer neuen Form der Unterdrückung der Frauen führten? So ist es verständlich, daß die Frauen aus dem Argument der Mutterschaft und der Liebesfähigkeit der Frau Stärke bezogen. Und nur so wird einsichtig, wieso sich Frauen, die für die Befreiung der Frau kämpften, gleichzeitig an der ideologischen Verkleisterung ihrer Unterdrückung beteiligen konnten.

Konsequenzen

War aus damaliger Sicht den Verhältnissen noch nicht anzusehen, wohin die Entwicklung der neuen Frauen- und Mutterrolle führen würde, können wir uns heute – angesichts der endgültig vollzogenen Trennung von Produktions- und Reproduktionsbereich – der Realität nicht mehr verschließen; Muttersein bedeutet in dieser Gesellschaft bei allen positiven Erfahrungen, die Mütter mit ihren Kindern machen mögen, immer auch eine Form der Unterdrückung. Diese Seite der Mutterschaft zu verschweigen und die Gebärfähigkeit der Frau zu idealisieren, Mutterschaft als die Quelle alternativer Erfahrungen und Emotionalität ausschließlich positiv zu bewerten, halte ich für eine der Illusionen einer bürgerlich-patriarchalischen Mutterschaftsideologie, die heute auch noch in der feministischen Bewegung verbreitet ist und sie in eine Sackgasse zu führen droht. Gerade die Beschäftigung mit der Geschichte der Frauen- und Mutterrolle zeigt uns, daß *»natürliche«* Eigenschaften der Frau – außer den biologischen – nicht existieren, daß die emotionalen Fähigkeiten, die wir an ihr wahrnehmen, nicht aus ihrer Gebärfähigkeit abzuleiten sind, sondern überhaupt erst im Zusammenhang mit der bürgerlichen Gesellschaft in dieser Form entwickelt wurden. Aus Mutterschaft folgt nicht unmittelbar eine größere Sensibilität und Emotionalität oder ein Trieb zu Lebenserhaltung, wie manche Feministinnen uns weismachen wollen.

Die von mir auch positiv bewertete *»weibliche Emotionalität«* ist als gesellschaftlich notwendige Qualität durchaus widersprüchlich zu sehen. So sehr sie für uns Frauen Stärke bedeutet, so sehr müssen wir auf der anderen Seite berücksichtigen, daß sie in dieser Form nur in einer Gesellschaft entstehen kann, in der der Arbeit in der Regel jeglicher emotionaler Bezug fehlt. Weibliche Emotionalität als Kompensation für entfremdete Arbeit und als Bedingung für psychische Sozialisationsleistungen ist auch für diese Frauen unterdrückende Gesellschaft funktional. Ein Rückzug auf unsere Emotionalität, *»Weiblichkeit«* und mütterliche Qualitäten als Gegenprinzip zum Patriarchat kann daher zu einer grundlegenden Veränderung unserer Situation nicht beitragen.
Um Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu ziehen, können wir wiederum von den sozialistischen Frauenkämpferinnen des 19. Jahrhunderts lernen: für sie bestand die Grundlage für die Befreiung der Frau in einer neuen Organisation der Arbeit (Industrie und Hausarbeit), die alle Lebens- und Arbeitsbereiche umfaßte. Nur so können die Bedingungen unserer Unterdrückung beseitigt und gesellschaftliche Voraussetzungen geschaffen werden, in denen Frauen und Mütter freie Menschen sind.

Anmerkungen

1 vgl. H. Grubitzsch, L. Lagpacan, unter Mitarbeit von M. Schmoll: Abschlußbericht über das Forschungsvorhaben »Literatur und Geschichte der Frauenbewegung in Frankreich, 1789 - 1848«, Universität Bremen 1978
2 C. Friedrich, H. Müller: La voix des femmes - Monographie einer feministischen Zeitung, Staatsexamensarbeit Bremen 1978, S. 60
3 Zu der Bedeutung der Saint-Simonisten für die Frauenfrage vgl. M. Thibert: Le féminisme dans le socialisme français de 1830 - 1850, Paris 1926 und H. Grubitzsch, L. Lagpacan: »Freiheit für die Frauen - Freiheit für das Volk!« Sozialistische Frauen in Frankreich, 1830 - 1848, Frankfurt 1980
4 Eine ausführliche Darstellung des Lebens von Désirée Gay findet sich in: H. Grubitzsch, L. Lagpacan, a.a.O., S. 168ff
5 *»Oh! avoir des enfants, reporter sur eux cet immense besoin d'aimer qui tourmentait ma vie était, selon moi, le seul bonheur enviable«.* Suzanne Voilquin, Souvenirs d'une fille du peuple ou la Saint-Simonienne en Egypte. Paris 1865, S. 68
6 ebd., S. 15 (Übersetzung M. Schmoll)
7 Brief an Enfantin vom 18. 6. 1841 (handschriftlich), Paris, Arsenal 7791/136. 1978 sind die »Souvenirs« von Suzanne Voilquin mit einer ausführlichen Einleitung von Lydia Alhadad neu herausgebracht worden (Maspéro). Weitere Informationen finden sich bei H. Grubitzsch, L. Lagpacan, a.a.O., S. 116ff
8 Über Flora Tristan gibt es eine Menge Literatur, von der ich hier nur eine kleine Auswahl angeben möchte: Charles Neilson Gattey und Berta Rahm: Flora Tristan, Zürich 1971; Dominique Desanti: Flora Tristan, La femme révoltée, Paris 1972; Jean Baelen: La vie de Flora Tristan, Paris 1972; Paule Lejeune: Flora Tristan, Réalisations, Oeuvres, Paris 1975
9 Brief an A. St.-Hilaire, 23./24. Aug. 1832, zit. in E. Thomas: Pauline Roland, Socialisme et féminisme au XIXe siècle, Paris 1956, S. 14 (Übersetzung von mir, so auch alle folgenden Zitate, sofern nicht anders gekennzeichnet)
10 Brief an A. St.-Hilaire, Nov. 1833, zit. nach ebd., S. 64f
11 Brief an Mme B(achellery), 12. Aug. 1852, zit. nach ebd., S. 199
12 Jeanne Désirée Gay, Amélioration du sort des femmes et du peuple par une nouvelle organisation du ménage, in: La femme nouvelle. Apostolat des femmes (1832), S. 36 - 39 (Herv. im Original)
13 Flora Tristan: Union Ouvrière, Paris 1844, S. 60

14 Petition an Louis Blanc, in: La Voix des femmes, 22. 3. 1848, S. 2
15 ebd.
16 vgl. Jeanne Désirée Gay, a.a.O. S. 36ff. Das gleiche Argument findet sich schon in Fouriers »Traité de l'Association« (1823), Bd. 2, S. 363. Fourier meint, daß die Natur von acht Frauen nur eine zur Hausfrau bestimmt habe.
17 vgl. Désirée Gay: Nos principes, in: La Voix des femmes No 10, 30. 3. 1848, S. 1
18 zit. nach E. Thomas, a.a.O., S. 169
19 Flora Tristan, Union Ouvrière, S. 60ff
20 H. Grubitzsch, L. Lagpacan, a.a.O., S. 208ff
21 E. Thomas, a.a.O., S. 169
22 zit. nach C. Friedrich, H. Müller, a.a.O., S. 61
23 Union ouvrière, S. 62
24 Anders in der Bourgeoisie, wo das Ideal der aufopferungsbereiten sanftmütigen Ehefrau und Mutter schon länger verbreitet und teilweise auch verwirklicht ist, vgl. B. Duden: Das schöne Eigentum. Zur Herausbildung des bürgerlichen Frauenbildes an der Wende vom 18. zum 19. Jh., in: Kursbuch 47 (1977), S. 125ff.; K. Hausen: Die Polarisierung der »Geschlechtscharaktere« - eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs-und Familienleben, in: W. Conze (Hg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Stuttgart 1977, S. 363ff.
25 Gay, Améliorations..., a.a.O., S. 36
26 La Voix des femmes, No 13, 10.-13. 6. 1848, S. 3
27 Flora Tristan, Union Ouvrière, S. 53
28 La Voix des femmes, No 10, 30. 3. 1848, S. 1
29 Flora Tristan: L'émancipation de la femme ou le testament de la Paria (posthum), ed. A. Constant, Paris 1846; Auszüge in Ch. N. Gattey/B. Rahm, a.a.O., S. 235
30 vgl. Appel aux femmes, in: La femme libre, No 1 (1832), S. 3ff.
31 Suzanne Voilquin, Tribune des femmes I (1833), S. 170f. (Übers.: M. Schmoll)
32 Tribune des femmes II (1833), S. 92f. (Übers.: M. Schmoll)
33 ebd.
34 Suzanne Voilquin, in: Tribune des femmes I (1833), S. 125
35 ebd., S. 8
36 Tribune des femmes II, S. 111 (Übers.: M. Schmoll)
37 Désirée Gay: Par mes oeuvres on saura mon nom, in: La femme nouvelle (1832), S. 69f
38 vgl. G. Becker, S. Bovenschen, H. Brackert: Aus der Zeit der Verzweiflung. Zur Genese und Aktualität des Hexenbildes, Frankfurt 1977
39 Zum Problem der Verhütung, der Schwangerschaftsabbrüche und Kindesaussetzung und zur demographischen Entwicklung in Frankreich vgl. J.-L. Flandrin: Familien-Soziologie, Ökonomie, Sexualität, Berlin 1978
40 vgl. z.B. L. C. A. Desloges: Des enfants trouvés, des femmes publiques et des moyens à employer pour en diminuer le nombre (Pétition au roi, 27. 12. 1836), Paris: chez l'auteur 1836
41 Thomas Robert Malthus (1766 - 1834), ein englischer Ökonom, entwickelte die Theorie der Übervölkerung, d. h., er versuchte, das Elend des Proletariats aus einem Ungleichgewicht zwischen Subsistenzmitteln und Bevölkerungswachstum zu erklären (An essay on the principle of population, London 1798).
42 Ich stütze mich bei der folgenden Darstellung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen auf die Ergebnisse des Forschungsprojekts zur »Literatur und Geschichte der Frauenbewegung in Frankreich«, die ich hier nur in notwendig verkürzter Form wiedergeben kann, vgl. ausführlicher das Kapitel »Soziale und ökonomische Lage der Frau zu Beginn des 19. Jahrhunderts« in: H. Grubitzsch, L. Lagpacan, a.a.O., S. 19ff.
43 La Voix des femmes No 1, S. 1f.
44 Zur »Entstehung der Kindheit« mit der bürgerlichen Gesellschaft vgl. Ph. Ariès: Geschichte der Kindheit, München 1975

Gottfried Mergner

Anmerkungen zu Henry Jacoby, Von des Kaisers Schule zu Hitlers Zuchthaus. Erlebnisse und Begegnungen. Geschichte einer Jugend links-außen in der Weimarer Republik

(Frankfurt 1980, dipa-Verlag, 39.80 DM)

Auf Seite 104 des vorliegenden Buches wird ein Gedicht Otto Rühles aus dem Nachlaß abgedruckt. Vielleicht weil es so unbeholfen verfaßt ist, kann es so gut die Gefühlswelt von Moralphantasten und Vaterfiguren politischer Außenseiter wiedergeben, zu denen auch der Autor Jacoby gehört.

> *»Nun werde ich alt. / Und ich frage mich oft: / Warum fand nicht Gestalt, / was ich erstrebte? / Warum log, / was ich erhofft? / War es fremde Gewalt, / die mich betrog, / oder ein Fehler, der in mir selber lebte?«*

Was waren dies für Menschen, die für sich oder in kleinen Sektierergruppen gedacht, gehandelt und geträumt haben, die für ihre Träume von der Polizei verfolgt, von den Nazis eingesperrt und von den Kommunisten und Sozialdemokraten lebensbedrohlich belächelt wurden? Was gab Jacoby die Kraft, bis tief in die Nazi-Zeit hinein seine linke politische Identität zu erhalten?

Wie vereinbaren Leute wie Jacoby es mit ihrem Engagement für die Emanzipation, dem Buch die typische Widmung schreibender Männer voranzusetzen: *»Mit Dank für Frieda, der Gehilfin meines Lebens, denn was wäre dieses ohne sie gewesen?«* Jacobys eigene Antworten – so offen und ohne nachträgliche Kaschierung sie auch ausfallen – helfen da nicht recht weiter. Er bringt sein Leben und sein Denken nachträglich in eine »individual-psychologische« Ordnung, macht es passend, ohne auf seine eigenen Widersprüche erst zu stoßen. Der Begriff der *»Gesinnung«* (S.220) scheint ein Schlüsselwort für die Kontinuität der Widersprüche seines Lebens zu sein, während die *»Träume«* und *»Irrtümer«* die variablen Konstanten sind. Diese *»Gesinnung«* wird *»sozialistisch«* genannt, da er sich für eine *»würdigere Ordnung menschlichen Daseins«*, das *»sich im eigenen Verhalten auszudrücken hat«*, einsetzt (S.220). Diese Gesinnung entfaltet sich in *»Entwicklungsstufen«*: *»jüdische Herkunft«* – *»Jugendbewegung«* – *»anarchistische Vorschule«* – *»Das marxistische Apperzeptionsschema«*. Jedesmal wird wieder neu eine Gruppierung verlassen und dann von der neuen Erkenntnisstufe aus kritisiert (*»Irrtümer«*!). Am Schluß bleibt ihm dann nur noch die Gemeinschaft der vereinzelten Individuen, die nichts als ihre Unfähigkeit zur Macht verbindet: *»Auf den Wegen durch Gefängnisse, Lager und Fährnisse des Exils fanden sich stets ohne Rücksicht auf einst trennende Grenzen der Organisationen oder des Glaubens jene, die ihre Gesinnung ungeeignet machte, Rollen des Bösen auf der Bühne des Welttheaters zu spielen, für die im großen wie im kleinen die Nachfrage immer reichlich ist.«* (S.221)

Und diese Gemeinschaft der Opfer hat keine Erben. Ich erinnere mich, daß bei meinem Zusammentreffen mit Jacoby 1969 – ich war damals im SDS engagiert – er jegliche Verwandtschaft der eigenen Jugendgruppierung mit der sogenannten neuen Jugendbewegung leugnete. Ich verstand das damals nicht. In der Autobiographie schreibt Jacoby nun zu diesem Problem der Nachfolge: *»Die Jugendgruppe, der wir angehörten, war... am extremen Ende des politischen Spektrums angesiedelt und er (der Leser – G. M.) mag vielleicht in*

Gedanken eine Beziehung zu radikalen Gruppierungen in den 60er und 70er Jahren herstellen. Ein konkreter Vergleich würde größte Verschiedenheit feststellen müssen. Ein sonderbares Paradox: die Jugendlichen der 20er Jahre, jener 'zukunftsfrohen Zeit' lebten in dürftigsten Umständen. Der Lebensstandard, der ein halbes Jahrhundert danach normal erschien, gehörte damals zu den utopischen Vorstellungen, die sie hegten. Es war wohl aber gerade das Elend der Zeit, das ihnen das Gefühl gab, daß die große Änderung bevorstehen mußte, und daß ihre Träume in Erfüllung gehen würden« (S.225f). Wie kann man diese Unterscheidung verstehen? Etwa so, daß, wer nicht zu den Opfern gehört, keine Hoffnung auf Erlösung hat? Wer sich nicht bescheiden muß, findet nicht zu der *»Ehre, die der Arbeit zukam«* (S.226). Das Leben von Henry Jacoby ist eine Entwicklung zunehmender politischer Isolation und Handlungsunfähigkeit. Die Reinheit seines Gewissens macht ihn zum Objekt der Macht. Die Dramaturgie der *»Gesinnung«* des Autors strukturiert das Buch in zwei Monologe: Einmal wird ein Entwicklungsroman beinahe im Sinne der deutschen Klassik geschrieben: lehrreiche Erlebnisse werden durch tiefsinnige Gedanken verbunden. Selbst im Gefängnis gibt es zur Gedankentiefe Veranlassungen, z.B.: *»Auch als am 1. Mai zur Feier des 'Festes des Führers' jedem beim Spaziergang* (im Gefängnis Columbia Kaserne - G.M.) *eine Zigarette überreicht wurde und Ignaz* (der Gefängnisname für den Juden Henry Jacoby - G.M.) *mit besonderer Geste übergangen wurde, litt er als Nichtraucher nicht. Er fand es aber bedrückend, daß alle seine Mitgefangenen mit der Ausnahme von Holdi die Zigarette annahmen. Ein Vorgang, der ihm seine Aversion gegen jede Abhängigkeit von Dingen bestätigte. Leider mußte er in seiner Haftzeit noch oft erleben, wie sehr sich Menschen - selbst solche, die ihr Leben für menschliche Unabhängigkeit eingesetzt hatten - erniedrigen konnten, um in den Genuß von Tabak zu kommen«* (S.192f).

Der andere Monologstrang wird durch eine Kette von Begegnungen mit Zeitgenossen gebildet. Von den vielen beschriebenen *»Begegnungen«* finden sich nur drei mit Frauen:

1. Frieda, die Lebensgefährtin, verschwindet zwischen den Zeilen; sie hat in dem ganzen Buch nur die Aufgabe, Gehilfin im Leben des Autors zu sein. Nicht einmal die Briefe Friedas aus Prag, die ihm im Gefängnis zum Durchhalten verholfen haben, kommen zum Reden, ihr Inhalt bleibt verborgen.
2. Els Ascher und ihre Tochter Hete, die als Beispiele für die Grausamkeit des Stalinismus dienen, werden weder eine eigene Meinung noch eine Position zugebilligt.
3. Alice Rühle-Gerstel, die ihrem Mann selbstmörderisch in den Tod folgte, erfüllt trotz ihrer anerkannten und akzeptierten Intelligenz für Henry Jacoby ihre Aufgabe als Frau; denn sie bedroht nicht, sondern versöhnt. Billigt er seinem väterlichen Idol Otto Rühle zu, daß er ihm Schauer einflößt, daß der Antiautoritäre dem Antiautoritären *»Befangenheit«* einflößt (S.132), so versöhnt Alice voller Verständnis, Einfühlungsvermögen und mit geistiger Eleganz immer wieder aufs neue.

Doch wie alle Menschen, mit denen sich der Autor tiefer verbunden fühlt, entfaltet auch diese Frau sich erst als Opfer ganz: *»Aber erst in der Emigration erwiesen sich alle ihre menschlichen Qualitäten«* (S.133).

Sonst begegnet der Autor nur Männern. Eine Reihe skurriler Außenseiter - Opfer und Randfiguren geschichtlicher Prozesse, die sie zum Zeitpunkt der Begegnung nicht mehr beeinflussen wollen oder nicht mehr können: Curt Ehrlich, der »Anti-Kriegsminister« Ernst Friedrich, Franz Pfemfert, Otto Rühle u.a. Sie werden in der vorliegenden Schilderung merkwürdig blasse und abstrakte Gestalten: Ihre Sinnlichkeit ist Leiden, ihre Würde ist

mehr oder weniger redliche und aufrichtige Leidensfähigkeit und ihr Handeln ist der mit Notwendigkeit verhallende Mahnruf in der Wüste. Wenn sie wie Ernst Friedrich eine gewisse Zeit lang Popularität haben, sind sie dem Autor sofort unsympathisch bzw. begegnet er ihrer »Unseriösität« mit Mißtrauen. Auch der Bekannteste unter ihnen, Otto Rühle, wird erst zu dem Zeitpunkt zur Kenntnis genommen, wo er sich schon grollend und räsonnierend zur wissenschaftlichen Publizistik und zur Sektenpredigt zurückgezogen hat.
Im ausgehenden Jahrhundert des Kleinbürgerschreckens, in dem aktiv mordend oder passiv leidend die Zwischenschichten die politische Erscheinungsebene mit ihrem Terror, aber auch durch ihre kreativen Differenzierungen entscheidend gestaltet haben, in diesem auslaufenden 'secolo fascismo' sind der Fremdenhaß wie der Eigenhaß, die moralische Utopie wie der kleinbürgerliche terroristische Zukunftsstaat die verschiedenen Erscheinungen der gleichen sozialen Lage. Das Buch von Henry Jacoby dokumentiert - so wenig dies als Kritik an seinem Leben und an seinem Lebensbericht aufgefaßt werden darf -, daß der moralische Rigorismus der »ewigen Opfer« der Rigorosität der machtbesessenen Schlächter zugeordnet war. Der Kulturboden, auf dem beides entsteht, auf dem beide so grausam aufeinanderstoßen, ist die gesellschaftliche Objektivität, an der die Illusion der kleinbürgerlichen Söhne, eine individuelle Persönlichkeit, persönliche Moral und individuelle Handlungskompetenz verwirklichen zu können, zugrunde geht. Mit Recht sieht Jacoby - und damit weitsichtiger als die Miglieder der Studentenrevolte der 60er Jahre - daß sich durch den 2. Weltkrieg Grundsätzliches geändert hat: Die technische und bürokratische Vereinheitlichung läßt anarchistische oder soldatische Träume der Söhne aus den deklassierten Zwischenschichten nicht mehr zu.
Uns bleibt heute wahrscheinlich nur die Abwehr der geschlossenen Ordnungssysteme, technokratischer Vernunft, taylorisierter Lern- und Produktionssysteme und sich schließender Systeme psycho-sozialer Kontrolle und der Konsumdressur. Unsere Revolten lassen sich von der Moral der Enthaltsamkeit, der Arbeit und des Machtverzichts her nicht mehr begreifen, noch bestimmen.
Die Vergangenheit wurde endgültig im zweiten Weltkrieg zusammengebombt und im »Wiederaufbau« zugrunde saniert. Henry Jacobys Buch wird dadurch zu einer Quelle der Geschichte der Zerstörung der Ideologie der Persönlichkeit.
Es ist schon eine seltsame Ironie, daß der alternde Henry Jacoby sich gerade einen der hervorstechenden Vertreter der neuen Bürokratie, Herrn Matthöfer, zum Vorwortschreiber ausgesucht hat. Matthöfer beansprucht, etwas von Jacoby gelernt zu haben (S.8). Da ich die Aussagen von Politikern grundsätzlich ernst nehme, denke ich, daß die Lehre, die Matthöfer aus den Büchern Jacobys gezogen hat, folgende sein muß: Für den Technokraten heute und für seine potentiellen »Opfer« ist die kleinbürgerliche Verkleidung von Gestern noch immer die beste Verkleidung; er habe gelernt, *»daß die zuverlässigsten Sozialisten diejenigen sind, die eine positive Beziehung zu ihrer Berufsarbeit haben und deren Leistungswille existent ist; daß der anständige Charakter eines Menschen und sein Verantwortungsbewußtsein in der Politik wichtiger sind als seine Intelligenz...«* (S.9). Das muß doch so verstanden werden: Die tradierte Verkleidung einer kleinbürgerlichen Gesinnung, die Henry Jacoby noch zum ewigen Opfer bestimmt hat, weil er sich weigerte, sie mit der Macht zu verbinden, schmückt nun heute auch den technokratischen Machtanspruch eines sozialdemokratischen Finanzministers.

Ojars J. Rozitis

Beobachtungen zu zwei Vorträgen: Richard Johnson und Jürgen Kuczynski

Ästhetik und Kommunikation berichtete in der Nr. 42 (Dezember 1980) über das Tübinger Ludwig-Uhland-Institut und dessen Ansatz zur Lebensweltanalyse.[1]
Über ähnliche oder benachbarte Forschungsprojekte konnte man sich im westfälischen Raum in den ersten Mai-Tagen 1981 informieren. Am 6. Mai hielt Richard Johnson vom Centre for Contemporary Cultural Studies (CCCS) in Birmingham an der Universität Osnabrück einen Vortrag vor allem über »sein« Institut; zwei Tage später sprach an der münsteraner Universität Jürgen Kuczynski über sein neuestes Vorhaben, die auf fünf Bände angelegte *Geschichte des Alltags des deutschen Volkes*[2] . Das CCCS dürfte Lesern von *Ästhetik und Kommunikation* aus der Nr. 24 (Juni 1976) bekannt sein[3]; Richard Johnson hat zuletzt in *Das Argument* deutsch veröffentlicht[4]. Jürgen Kuczynski, nicht zu Unrecht als »grand old man« der deutschen Sozialgeschichtsschreibung tituliert, hat sich vor allem als Autor der 40-bändigen *Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus* einen Namen gemacht.
Richard Johnson wurde dem Publikum in Osnabrück von H. Gustav Klaus vorgestellt, der unter anderem darauf hinwies, daß sich an der Universität Osnabrück gewissermaßen ein Gegenstück zum CCCS herausgebildet habe, das mit diesem zwar das Merkmal der Interdisziplinität teile, nicht aber den festen institutionellen Rahmen.
Johnson, seit 1980 Direktor des CCCS, überschrieb seine Ausführungen mit der mokanten Frage »*What is Cultural Studies Anyway?*« und bezog seine keineswegs als definitiv vorgetragene Antwort nicht zuletzt auf das, was seiner Auffassung nach die Arbeit des CCCS kennzeichne, nämlich »*real historical objects*« zu untersuchen. Dieser Anspruch verweise zurück in die Geschichte des CCCS, das sich gleichsam in Front zu den klassischen Studiengängen englischer Literatur, positivistischer Soziologie, empiristischer Geschichtsschreibung, sowie zu einer mechanistischen Interpretation der Marxschen Theorie aufgebaut habe; die Vielschichtigkeit der »*real historical objects*« verbiete es ohnehin, Kulturanalyse in nur die eine oder die andere wissenschaftliche Disziplin zu vereinnahmen. Kulturanalyse, so Johnson, müsse also aus der Verzweigtheit und Komplexität ihres Gegenstandes heraus sowohl akademische Grenzen ignorieren, als auch sich anbietende, oft zueinander widersprüchliche theoretische Paradigmata durchspielen und - wo notwendig - durchbrechen, »*mapping the field*«, wie es im CCCS-Jargon heißt.
Das Modell, das Johnson als ein für Diskussionen und Veränderungen offenes Schema für die Arbeit des CCCS vorstellte, läßt sich als ein Bündel von Aspektanalysen beschreiben, die von verschiedenen Seiten her den Untersuchungsgegenstand einkreisen, ihn dingfest machen. Die wesentlichen Elemente dieses Modells sind:
1 über die »kulturelle Produktion« die gesellschaftlichen Produktionsbedingungen;
2 der »Text« eines historisch-kulturellen Phänomens, der hauptsächlich über wissenschaftlich-kritische Untersuchungen erschlossen wird;
3 über die »readings« die Bedingungen einer allgemein-gesellschaftlichen Auffassung von historisch-kulturellen Phänomenen; und

4 das Alltagsleben, die verschiedenen tagtäglich erlebten Kulturen, bzw. kulturellen Schichten, sowie die sozialen Verhältnisse, die sich in diesen Kulturen ausdrücken.
Zwischen (1) und (3) läßt sich außerdem das Feld öffentlicher Repräsentation und Ideologie einordnen, zwischen (3) und (4) der Bereich gelebter Kultur verorten. Mit diesem Inventar könne man, so Johnson, z.B. den publizistisch sehr aufwendig gestalteten »Auftritt« des Mini-Metro von British Leyland untersuchen, oder auch die damals noch bevorstehende Hochzeit von Prinz Charles und Lady Diana - dies als Hinweis darauf, welche Objekte Kulturanalysen erfassen können und wollen.[5] Wie Johnson aber selber ohne weiteres zugab, ist die Trennung der verschiedenen Aspekte mitunter schwer zu leisten, insbesondere was (3) und (4) angeht.
An der verwendeten Terminologie und an den einzelnen Analyseaspekten wird deutlich, daß vor allem zwei Argumentationssysteme in das vorgestellte Modell eingehen: auf der einen Seite die englische Tradition, die sich hauptsächlich den Arbeiten von Richard Hoggart, E.P. Thompson und Raymond Williams verpflichtet fühlt und in der Kultur in einem sehr umfassenden und historisch-materiellen Sinn als »way of life« bestimmt wird; auf der anderen Seite aber auch die auf Althusser zurückgehende Theorie der Ideologie. So ergänzte auch der Direktorenwechsel am CCCS von Stuart Hall zu Richard Johnson den ursprünglich theoretisierenden Schwerpunkt des Instituts durch einen historisierenden. Aufschlußreich für die neue Akzentuierung ist der 1979 vom CCCS herausgegebene Band *Working Class Culture: Studies in History and Theory*[6].
Aus dieser Konstellation heraus läßt sich das zentrale Anliegen in der Arbeit des CCCS nunmehr so umschreiben: die Formen zu erforschen, in denen (gesellschaftliches) Bewußtsein als und über wirkliche historische Gegenstände hergestellt wird. Zudem unterliegt dieses Vorhaben bereits selber geschichtlichen Bedingungen wie Trennung von Öffentlichkeit und Privatsphäre, hochentwickelte Massenmedien, demokratisches System, ausgebildeter Bereich kultureller Aktivitäten.
Weiterhin geht, zumindest in Johnsons eigenem Verständnis, in den Ansatz des CCCS ein weitgespannter Begriff von gesellschaftlichem Bewußtsein ein, über den schließlich auch Kultur definiert wird. Dabei wird vor allem auf den Marx der *Deutschen Ideologie* und des *Kapital* zurückgegriffen; Bewußtsein wird hier also in seinem Zusammenspiel von affektiven und kognitiven Elementen, in seinem offenkundigen Praxis-Bezug verstanden und analytisch von den Institutionen abgekoppelt, die sich professionell mit der Herstellung von Bewußtsein beschäftigen. Insofern ist auch Ideologie im Vergleich zum Bewußtsein als der engere, der schon strukturierte und strukturierende Aspekt von Kultur zu sehen.
Allein aus seiner Geschichte und seinen Mitarbeitern heraus hat sich das CCCS als ein Zentrum sozialistischer, feministischer und anti-rassistischer Intelligenz entwickelt. Zum Verhältnis von sozialistischer Politik und CCCS befragt, gab Johnson an, daß das Institut sich als gleichsam untergeordnete Gruppe verstehe, die ihr Wissen über das Feld öffentlicher Repräsentation und ihre Verfahren zur Analyse von Ideologien zu politischen Strategien im Bereich der gelebten Kulturen verarbeite; daß das CCCS mithin die Ergebnisse seiner Arbeit als Elemente einer kritischen gesellschaftlichen Praxis weitergebe.
Abschließend noch eine Aufzählung von Projekten, mit denen sich Arbeitsgruppen und Individuen am CCCS zur Zeit beschäftigen:
- Arbeiterkultur (anknüpfend an Paul Willis[7])
- Die Rolle von Geschlecht und Rasse in der Erziehung
- Staat (politische Ideologien, insbesondere der sog. Thatcherism)

- Rasse (die Geschichte von Rassenverhältnissen in England)
- Geschichte und Politik (»making histories«)
- Staat und Staatsangehörigkeit von 1890 - 1920
- Sexualität und Psychoanalyse
- Medien
- Das kollektive Gedächtnis (»popular memory«)[8]
- Nukleare Verteidigung, bzw. Aufrüstung in der öffentlichen Debatte
- Analyse des *Daily Express* (die Konstruktion von Geschichte und Vergangenheit in den Spalten dieses Massenblattes)
- Die »Scheinparlamente« in den britischen Streitkräften gegen Ende des II. Weltkrieges (hier wurden seinerzeit radikale gesellschaftspolitische Perspektiven durchgespielt)
- Der sog. »literarische Apparat« (wie ist gehobene Literatur konstruiert?).

Von anderem Zuschnitt war die Veranstaltung mit Jürgen Kuczynski zwei Abende später in Münster. Sein neuestes Vorhaben - die *Geschichte des Alltags des deutschen Volkes* - stellte Kuczynski, in dieser Hinsicht Johnson nicht unähnlich, selbstbescheiden als Versuch und Anfang einer neuen Art von Geschichtsschreibung vor. Am nächsten kämen diesem Projekt die *histoire petite* und die Arbeit der *Annales*, während zu der angelsächsischen *history from below* insofern Distanz geboten sei, als diese aus ihrer programmatischen Perspektive heraus sowohl das »Oben«, als auch das »Unten« einer Gesellschaft erfassen wolle; sein Anliegen, so Kuczynski, sei aber das zweite, das »Unten«, das sog. »gemeine Volk«. An dieser Stelle lassen sich zwei nachträgliche, in der Veranstaltung nicht gefallene Einwände machen. Zum einen befaßt sich die *history from below* vor allem mit dem sozialen »Unten«[9]; zum anderen aber fällt es einigermaßen schwer sich vorzustellen, daß die Geschicke und das Handeln gesellschaftlicher Unterschichten in ihrem Alltag unbeeinflußt wären etwa von Vorstellungen über die Oberschichten, bzw. über das Verhältnis und die Beziehungen zwischen »Oben« und »Unten« - Beziehungen, die in der gesellschaftlichen Wirklichkeit überdies wechselseitig sind. E.P. Thompson hat diesen Zusammenhang sehr deutlich anhand der Moralökonomie der englischen Unterschichten im 18. Jh. oder an der Strafgesetzgebung derselben Periode herausarbeiten können.[10]
Das klassische Vorbild Kuczynskis ist Engels' *Lage der arbeitenden Klasse in England*; auch die Schriften des Vereins für Socialpolitik seien für sein Vorhaben exemplarisch gewesen. Sein Vorgehen beschrieb Kuczynski - in Anschluß an L. Tolstoi - als *»sich hineindenken, -sehen, -fühlen in Menschen«*, die das Volk ausmachen. Unter diesem Vorzeichen entgleitet der Gegenstand seiner Geschichtsschreibung zumindest teilweise dem Klammergriff der offiziellen Darstellungen (über »Oben«) und der nüchternen statistischen Aufzählung und kann sich statt dessen in schöngeistiger Literatur wiederfinden[12]. An dieser Stelle ist Kuczynski aber (wider seinen Willen) nicht mehr weit entfernt von der *history from below*; man denke etwa an E.P. Thompsons Methode, die geschichtliche Praxis der frühen englischen Arbeiterklasse aus der Sicht und der Logik der Handelnden selber zu interpretieren. Beides, das Konzept der Alltagsgeschichte, das sich sehr wohl mit Johnsons Modell verknüpfen läßt, und der Verweis auf schöngeistige Literatur (Kuczynski nannte als Beispiele Grimmelshausen und Goethe) weisen auf ein Problem hin, das im Vortrag überhaupt nicht und in der anschließenden Diskussion nur allzu kurz angerissen wurde. Wie verhält es sich nämlich mit einer Unterschichtenkultur?
Nicht ganz überzeugend in diesem Zusammenhang erschien dabei die Aussage des Refe-

renten, die auch im ersten Band seiner *Geschichte des Alltags* zu finden ist: daß man von einer populären Kultur vor der bürgerlichen Gesellschaft nicht reden könne; der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse mache eine solche Kultur erst möglich. Alles, was kulturell diesem Gegensatz vorangegangen ist, sei auf das Konto der herrschenden Schichten zu verbuchen. Zur Begründung wird in der *Geschichte* auf die existentielle Angst (Abhängigkeit von Kriegen, Krankheiten usw.) in den vorbürgerlichen Unterschichten verwiesen, die sich in verschiedenen Formen des Aberglaubens, des unfreien Denkens also, ausdrückten[13].

Dem ließen sich allerdings die Forschungsergebnisse E. P. Thompsons entgegenstellen, der in seinen Arbeiten zum 18. Jahrhundert in England (über Gesetzgebung, Zeitgefühl, ökonomische Vorstellungen) überzeugend nachweist, daß die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Schichten noch vor dem Auftritt der modernen Arbeiterklasse sehr wohl auch auf kulturellem – im weitesten Sinne des Wortes – Gebiet ausgetragen wurden. So konnten bestimmte populäre Aktionen – Wildern zum Beispiel – nicht nur eine ökonomisch-legale Funktion haben (Übergriff gegen das Privateigentum), sondern darüber hinaus in der zugrundeliegenden Motivation den Zusammenstoß von gegensätzlichen Auffassungen über gesellschaftliche Zustände signalisieren. Ein Hinweis darauf wäre die symbolhafte Form, in der diese Aktionen durchgeführt wurden; ein weiterer die Selektivität solcher »Übergriffe«, ein dritter der offensichtliche Rückhalt bei den Unterschichten, wo sich ein Festhalten an traditionellen Kollektivrechten aufspüren läßt, die es gegen das usurpatorische Eigentumsrecht des mächtigen Einzelnen zu behaupten galt[14]. Ähnlich auch die Hungerunruhen des 17. und 18. Jhs., in denen sich die Massen mit Nachdruck und oft mit Erfolg für eine lokal orientierte Subsistenz-Ökonomie und gegen eine profit-orientierte Markt-Ökonomie einsetzten. Von diesen Unruhen ist es nicht mehr weit zu frühen Kampfformen der Arbeiterklasse, so dem *»bargaining by riot«* (Hobsbawm), dem Lohnkampf durch populären Aufruhr, wie er in England auch schon seit dem 18. Jh. zu beobachten ist[15]. Es läßt sich gleichfalls eine Verbindung knüpfen zwischen der sog. »Katzenmusik«, mit der die Unterschichten einer kollektiven Mißbilligung »abweichenden Verhaltens« Einzelner gehöriges Gewicht verliehen, und den walisischen Untergrundbewegungen »Rebecca's Daughter« und »Scotch Cattle«, die sich diese Form populärer Justiz zu eigen machten, um traditionelle Recht der kleinen Leute möglichst vor dem Zugriff der Herrschenden zu bewahren oder Streikbrecher und Spitzel von ihrem Treiben abzubringen[16].

Kurzum: zumindest für das englische Beispiel scheint einigermaßen zweifelsfrei zu gelten, daß auch die vorbürgerliche und vorindustrielle arbeitende Bevölkerung sehr wohl wußte, was an kulturellen und kollektiven Wertvorstellungen sie zu vertreten und was für einen – wenn auch bruchstückhaften – Entwurf von Gesellschaft sie der politischen, ökonomischen, ideologischen und kulturellen Hegemonie der Herrschenden entgegenzusetzen hatte; gar nicht zu reden davon, daß die populären Vorstellungen und Traditionen eine spätere Arbeiterkultur im Sinne Kuczynskis nicht nur vorbereiteten, sondern darüber hinaus auch schon fester Bestandteil einer solchen Kultur sind und sein müssen[17].

Zwar ließe sich hier einwenden, daß sich das englische Beispiel insofern von dem kontinentaleuropäischen unterscheidet, als auf englischem Boden seit dem 17. Jh. keine nennenswerten kriegerischen Auseinandersetzungen – eine Quelle von Angst! – stattgefunden haben. Dafür nahm allerdings die Industrielle Revolutiion hier ihren Anfang, ein Vorgang, der, einem Krieg nicht unähnlich, einen tiefen und schmerzlichen Einschnitt im Leben vie-

ler Menschen ausmachte. Die Auswirkungen der Industriellen Revolution mögen gewiß nicht so direkt mörderisch gewesen sein wie die eines Krieges, obwohl das äußere Bild beider ab und an arg gleichen konnte: in den Jahren 1811-12 nahmen an Wellingtons Spanienfeldzug **weniger** englische Truppen teil als zur gleichen Zeit in den nordenglischen Industrieregionen stationiert waren, wo sie weit verbreiteten Unruhen und organisierter Maschinenzerstörung Einhalt gebieten sollten.

Apropos Maschinen: es war mitnichten Zufall, daß sie mit Bedacht ausgewählte Ziele proletarischer Widerstandsmaßnahmen wurden; wie nichts anderes verkörperten die neuen mechanischen Webstühle den endgültigen Sieg eines Kalküls, das sich frei von jeglicher sozialer Verpflichtung fühlte und das wirtschaftlich das Prinzip des laissez-faire vertrat. Den betroffenen Arbeitern, hier: vor allem Webern, erschienen die Maschinen als der Inbegriff des modernen Industriekapitalismus, als verdinglichte Gewalt über menschliche Arbeitskraft, als das letzte Gewicht, das ein einst stolzes, mittlerweile aber auch schon ökonomisch angeschlagenes Gewerbe unwiderruflich in den Niedergang zerrte. Wohlgemerkt: unsere Beschreibung entspricht nicht immer der Ebene, auf der der Maschinensturm seinerzeit begründet, geplant und durchgeführt wurde; wir besitzen die Möglichkeit zusammenfassender und verallgemeinernder Rückschau, über die die damals Handelnden nicht verfügen konnten.

Schon Marx notierte in Hinblick auf die Maschinenstürmer ein, wie er meinte, Defizit: »*Es bedarf Zeit und Erfahrung, bevor der Arbeiter die Maschinerie von ihrer kapitalistischen Anwendung unterscheiden und daher seine Angriffe vom materiellen Produktionsmittel selbst auf dessen gesellschaftliche Exploitationsform übertragen lernt*«[18]; Marx scheint es dafür nicht bewußt geworden zu sein, daß diese Art des Widerstandes - gerade in seiner Beschränktheit, seiner Bedachtsamkeit und seinem Konservativismus - auch etwas darüber berichtet, was weiten Teilen der arbeitenden Bevölkerung in der Industriellen Revolution widerfahren war: der Verlust einer ganzen Lebensweise, einer sozio-kulturellen Identität. Die Zerstörung einer Maschine traf den industriekapitalistischen Produktionsprozeß an seiner »wertvollsten« und damit zugleich schwächsten Stelle; die Absicht war, einen bereits weitgehend verlorengegangenen Lebens- und Arbeitszusammenhang durch Androhung proletarischer Gewalt zu erzwingen.

In den ungeheuren sozialen Verwerfungen, die die Industrielle Revolution zweifelsohne erzeugte, wird also etwas erkennbar, was es laut Kuczynski in einer vorindustriellen Gesellschaft in dieser Form nicht geben konnte: ein gewiß (auch) auf die Oberschichten bezogenes, aber dennoch davon distinktes Bewußtsein der Unterschichten, auf das sich eine entsprechende kulturelle Formation aufbaute.

Freilich bleibt das historische Argument - kein Krieg auf englischem Boden seit dem 17. Jh. - von diesen Ausführungen weitgehend unberührt, es ist also für eine Erklärung des englischen Beispiels, bzw. dessen »Abweichung« weiterhin gültig; ebenso kann man das 17. Jh. nicht ohne weiteres mit dem 18. oder dem 19. Jh. vergleichen. Aufgeworfen werden sollten mit unserem Exkurs jedoch zwei andere Fragen. Zum einen, ob nicht gerade Zustände akuter sozialer Spannung (Krieg, Industrielle Revolution) eine Kultur der Unterschichten oder der Arbeiterklasse sichtbar werden lassen, anstatt, wie von Kuczynski behauptet, diese zu verschütten oder sie umstandslos in die Hegemonie der Herrschenden einzugliedern. Zum anderen wird man - nicht zuletzt des schon zitierten historischen Arguments wegen - die Allgemeingültigkeit der These Kuczynskis bezweifeln müssen, wonach erst der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat eine populäre Kultur,

eine Kultur der arbeitenden Bevölkerung ermöglicht habe. Sieht man Kultur als eine Lebensweise -und diese müßte sich vor allem im Alltag ausdrücken -, dann hat diese These für England nicht die uneingeschränkte Gültigkeit, mit der Kuczynski sie in Münster vortrug.
Über diese Probleme wird man sich unseres Erachtens nicht so leicht hinwegsetzen können, wie es Kuczynski vor dem Publikum vorführte, als er die leider allzu kurze Diskussion zur Möglichkeit einer vorbürgerlichen Unterschichtenkultur mit einem negativen Resümee und der routinierten Bemerkung schloß, im übrigen wären Marx und Engels in dieser Frage derselben Meinung wie er, Kuczynski.

Anmerkungen

1 Ästhetik und Kommunikation 42, Jg. 11 (Dezember 1980), S.97-135
2 bisher erschienen: Bd. 1, 1600-1650, Köln 1981; Bd. 2, 1650-1810, Köln 1981; Bd. 3, 1810-1870, Köln 1981; Bd. 4, 1870-1918, Köln 1982; Bd. 5, 1918-1945, Köln 1982
3 Ästhetik und Kommunikation 24, Jg. 7 (Juni 1976), S.35-61; s. auch den Beitrag von Michael Vester: »Was dem Bürger sein Goethe, ist dem Arbeiter seine Solidarität«, ebd., S. 62-72. Weiterhin Paul E. Willis: Symbol und Realität. Zur gesellschaftlichen Bedeutung der Popmusik, Ästhetik und Kommunikation 31, Jg. 9 (März 1978), S.44-55. Vor allem über die Geschichte des CCCS berichtet H. Gustav Klaus: Kulturvernichtung als Lädierung einer Lebensweise. Zur Arbeit Richard Hoggarts und des Centre for Contemporary Cultural Studies, Literaturmagazin, Bd. 5, Reinbek 1976, S.85-98. Einige Anmerkungen zum Verhältnis von allgemeiner Arbeit des CCCS und Arbeiterliteratur sind zu finden bei Gudrun Schütz-Güth/Helmut Schütz: Typen des britischen Arbeiterromans, Grossen-Linden 1979, S.408-414.
4 Richard Johnson: Edward Thompson, Eugene Genovese und sozialistisch-humanistische Geschichtsschreibung, Das Argument 119, Jg. 22 (1980), S.39-49
5 Diese Vorhaben erinnern an ein anderes populärsoziologisches Projekt, diesmal aus den 1930er Jahren in England: Mass-Observation. Mass-Observation war der einige Zeit überaus erfolgreiche Versuch, gleichsam die Massen in die Untersuchung der Massen mit einzubeziehen. Anders formuliert, ging es dabei um die Rekonstruktion populären Bewußtseins, wie es sich im Alltag und angesichts bedeutender öffentlicher Ereignisse (Krönung) ausdrückt. Einige hilfreiche allgemeine Anmerkungen zur Mass-Observation sind zu finden in: Marxistische Literaturkritik in England. Das »Thirties Movement«, hg. von H. Gustav Klaus, Neuwied 1973, S.19f. Noch ausführlicher: ders./Jürgen Engemann: »Let the people speak for themselves«, Gulliver, Bd. 6, Berlin 1979, S.145-172, insbes. S.158-163. S. ebenfalls Camerawork 11 (Sept. 1978), S.1-10. Neuerdings wieder herausgegeben worden sind die Berichte der Mass-Observer über die deutschen Luftangriffe auf London während des 2. Weltkrieges: Tom Harrison: Living through the Blitz, Harmondsworth 1978. Den zeitgenössischen Eindruck dieser Unternehmung verdeutlichen Rezensionen und Leserbriefe zum Thema Mass-Observation in den Spalten des New Statesman: Nr. 306 (2. Jan. 1937), S.12; Nr. 310 (30. Jan. 1937), S.155; Nr. 331 (26. Juni 1937), S.1038; Nr. 346 (9. Okt. 1937), S. 532-4; Nr. 347 (16. Oktober 1937), S.600f; Nr. 366 (28. Febr. 1938), S. 326f; Nr. 367 (5. März 1938), S. 364f und Nr. 368 (12. März 1938), S. 409f.
6 Working Class Culture. Studies in History and Theory, hg. v. John Clarke, Chas Critcher und Richard Johnson, London 1979. Zu den grundlegenden Texten der englischen Tradition gehören insbesondere Raymond Williams, Culture and Society, 1780-1950, London 1958 (dt. Ausgabe: Gesellschaftstheorie als Begriffsgeschichte. Studien zur historischen Semantik von »Kultur«, München 1972); E. P. Thompson, The Making of the English Working Class, zuerst London 1963; Richard Hoggart, The Uses of Literacy, zuerst London 1957. Auf Richard Hoggarts Initiative hin

wurde übrigens 1964 das CCCS ins Leben gerufen. Einen Einblick in das Denken und die Arbeit Raymond Williams' vermittelt die Auswahl »Innovationen. Über den Prozeßcharakter von Literatur und Kultur«, hg. v. H. Gustav Klaus, Frankfurt 1977; s. auch Michael Vester: »Was dem Bürger sein Goethe...«, a.a.O. Zu E.P. Thompson siehe: Interview mit E.P. Thompson, Ästhetik und Kommunikation 33, Jg. 9 (Sept. 1978), S.21-32 und die Beiträge von Michael Vester: Edward P. Thompson als Theoretiker der 'New Left' und als historischer Forscher - Notizen zu einer Bio-Bibliografie, ebd., S.33-45 und Edward Thompson und die 'Krise des Marxismus', in: E.P. Thompson: Das Elend der Theorie. Zur Produktion geschichtlicher Erfahrung, Frankfurt 1980, S.13-38. Gleichfalls Dieter Groh: Zur Einführung, in Edward P. Thompson, Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Frankfurt 1980, S.5-28.

7 Was mit »Arbeiterkultur« auch gemeint sein kann, deutet Paul Willis an in: Shop-floor Culture, Masculinity and the Wage Form, in: Working Class Culture..., a.a.O., S.185-198

8 s. Anm. 5

9 E.P. Thompson wird man gewiß der Geschichtsschreibung from below zurechnen müssen. In diesem Zusammenhang mutet es freilich wie ein Beispiel ungewollter Komik an, wenn Kuczynski in einer Besprechung zu Thompsons Hauptwerk dem Autor (und dies zurecht) vorhält: *»Er schreibt ein Buch von 850 Seiten über das Werden der englischen Arbeiterklasse, ohne gleichzeitig das Werden der Bourgeoisie zu untersuchen«* (Jürgen Kuczynski: Einige Überlegungen zur Struktur der Arbeiterklasse in der Zeit der Industriellen Revolution anläßlich des Erscheinens von E.P. Thompson, The making of the English working class, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Teil 2 (1965), S.285f.

10 Die 'moralische Ökonomie' der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert, in: Plebeische Kultur..., S.67-130; Patrizische Gesellschaft, plebeische Kultur, in: ebd., S.169-202; Die englische Gesellschaft im 18. Jahrhundert: Klassenkampf ohne Klasse?, in: ebd., S.247-289 und Whigs and Hunters. The Origin of the Black Act, Harmondsworth 1977, S.258-269. Zu den drei letzten Angaben siehe auch ergänzend Douglas Hay: Property, Authority and the Criminal Law, in: Albion's Fatal Tree. Crime and Society in Eighteenth-Century England, hg. von Douglas Hay u.a., Harmondsworth 1977, S.17-63.

11 Richard Johnson hat übrigens davor gewarnt, Engels' Schilderungen, was Arbeiterkultur angeht, uneingeschränkt für bare Münze zu nehmen; Three Problematics: Elements of a Theory of Working-Class Culture, in: Working-Class Culture..., S.206.

12 Auf den gleichen Sachverhalt zielt Detlev Puls, wenn er schreibt: *»Die in jüngster Zeit immer häufiger erhobene Forderung nach einer Sozialgeschichtsschreibung 'von unten' ist vorläufig weit mehr ein Theorieprodukt als ein inspirierendes oder gar bestimmendes Moment der historischen Forschung selbst. Viele der neueren sozialhistorischen Arbeiten sind noch immer von einem primär organisations- und ideologiegeschichtlichen Interesse geleitet, das die Geschichte der Arbeiterbewegung in Siege und Niederlagen einzuteilen, 'richtiges' oder 'falsches' Verhalten der Arbeiter ausfindig zu machen sucht. Was die Arbeiter wohl dachten oder taten, wenn einmal sie keine Zeit hatten, Parteikongresse zu besuchen oder über das Problem des Revisionismus in der deutschen Arbeiterbewegung nachzudenken, fällt dabei kaum ins Gewicht.«* Vorwort zu: Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert, hg. von Detlev Puls, Frankfurt 1979, S.7. In diesem Band ist übrigens Thompsons »Die 'moralische Ökonomie'...« unter dem Titel »Die 'sittliche Ökonomie'...« noch einmal wiedergegeben, S.13-80.

13 Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Bd. 1, (1600-1650), S. 38 sowie 136.

14 s. Whigs and Hunters, a.a.O.

15 s. Die »moralische Ökonomie«..., a.a.O.

16 s. »Rough Music« oder englische Katzenmusik, in: Plebeische Kultur..., S.131-168.

17 E.P. Thompson selber sieht eher einen analytischen denn einen wesentlichen Unterschied zwischen der vorindustriellen und der industriellen Arbeiterschaft; für die erste reserviert er den Be-

griff »Plebs«, für die zweite den der »Arbeiterklasse«, ohne jedoch die historischen, sozialen und ideologischen Bindungen zwischen beiden aufbrechen zu lassen. »*Eine Plebs ist vielleicht keine Arbeiterklasse. Es mag ihr an einer konsistenten Selbstdefinition, an Bewußtsein, an klaren Zielvorstellungen, an der Struktur einer Klassenorganisation mangeln. Aber die politische Präsenz der Plebs oder 'des Mobs' oder 'der Volksmenge' ist manifest.*« Patrizische Gesellschaft ..., a.a.O., S.188. Oder: es sei »*möglich, eine überkommene Volkskultur zu rekonstruieren, die von Erfahrungen genährt wird, welche von denen der gebildeten Kultur ganz verschieden sind, die mündlich tradiert, die durch das Beispiel (und im Laufe der Jahrhunderte vielleicht mehr und mehr mit schriftlichen Mitteln) reproduziert, in Symbolen und Ritualen und in großer Distanz zur Kultur der englischen Herrschaftselite zum Ausdruck gebracht wird. Ich würde zögern, dies als eine Klassenkultur in dem Sinne zu beschreiben, wie man von einer Kultur der Arbeiterklasse sprechen kann, in deren Wertesystem mit deutlich unterschiedener Klassenwertigkeit die Kinder im 19. Jahrhundert sozialisiert wurden... Mehr in der Klasse selbst, die in gewissem Sinne ein neues Kategoriensystem ist, als in den älteren Denkmustern finden wir die gestaltgebende kognitive Organisation der plebeischen Kultur.*« Die englische Gesellschaft im 18. Jahrhundert..., a.a.O., S.270 und 278; siehe auch S.279-82. Hervorhebung im Original.

18 Karl Marx: Das Kapital, Bd. I (Marx/Engels, Werke, Bd. 23), Berlin-Ost 1956, S. 452.

Quellennachweis

erste Umschlagseite: Lewis W. Hine, Kinderarbeit, USA um 1910, Rolandseck 1978, S. 6

S. 12: aus Jean-Luc Godard, Week End, 1967

S. 17: Kunstamt Kreuzberg/Institut für Theaterwissenschaft der Universität Köln (Hrsg.), Weimarer Republik, Berlin/Hamburg 1977, S. 246

S. 22: Hans Spethmann, Die Rote Armee an Ruhr und Rhein. Aus den Kapptagen 1920, Tafel 19

S. 23: Erhard Lucas, Märzrevolution 1920, Bd. 3, Frankfurt 1978, S. 381

S. 126/27: Anne-Marie Miéville/Jean-Luc Godard: France Tour Detour Deux Enfants/Frankreich Weg Umweg Zwei Kinder, Frankfurt 1982, S. 3-68 - 3-75

dritte Umschlagseite: 20th Century man, The Kinks, Muswell Hillbillies, 1971

vierte Umschlagseite: Jacques Rancière, Das Denken von anderswoher, in: Mai-Gruppe/Theoriefraktion (Hrsg.): Wissenschaft kaputt, Münster 1980, S. 229f.

Peter Wienand

Der „geborene" Rebell

Rudolf Rocker · Leben und Werk

Inhalt

Peter Wienand
Russel und Rocker – Zur Anregung vorweg

Kapitel I
Rudolf Rocker – Vom Sozialdemokraten zum Anarchisten

Der „geborene" Rebell
Kindheit in Mainz
Der Bücherschrank des „Petter"

Der Sozialdemokrat
Die sozialistische Bewegung in Mainz
Der Aufstand der „Jungen"
In Opposition

Der Weg zum Anarchismus
Entdeckung Bakunins in Brüssel
Der Anarchismus in Deutschland
David gegen Goliath

Kapitel II
Paris, Rue St. Honoré 146

Die Weltstadt an der Seine
Von der „Propaganda der Tat" zum „Syndikalismus"
Das jüdische Emigrantenmilieu

Die ersten Londoner Jahre
Das „Emigrantenparadies" an der Themse
Erste Eindrücke und Aktivitäten
Die sozialistische Bewegung Englands
Neue Freunde und Feinde

Im „East End" Londons
Milly Witkop
Die jüdische Arbeiterbevölkerung Londons
Die sozialistischen Anfänge

Über das „East End" hinaus
Der international bekannte Genosse
Die amerikanische Vortragsreise
Der Ausbruch des Krieges 1914
Zwischenbilanz

Der „feindliche Ausländer"
Zivilgefangener Nr. 4040
Die russische Revolution 1917
In Holland

Kapitel III
Der Aufschwung des deutschen Syndikalismus

Im revolutionären Berlin
Entwicklung des Syndikalismus in Deutschland
Rudolf Rocker und die FAUD

Eine internationale Karriere
Im Knotenpunkt des Geschehens
Die Gründung der IAA
Der Sekretär der anarchosyndikalistischen Internationale

Der „Rückfall in die Barbarei"
Die FAUD nach 1923
Rudolf Rocker und die deutschen Anarchisten
Bis zum bitteren Ende

Der „Theoretiker des Anarchosyndikalismus"
„Die Entscheidung des Abendlandes"
Auf der Suche nach neuen Wegen

Kapitel IV
Im zweiten Exil

Auf der Suche nach einer neuen Heimat
Die spanische Tragödie
Die Zeit des zweiten Weltkrieges

1945 - 1958
Die „Lehren" aus der Katastrophe
„Zur Betrachtung der Lage in Deutschland"
Ein erfülltes Leben

Literaturverzeichnis

Namensregister

460 Seiten **49.80 DM**

Karin Kramer Verlag
1000 Berlin-Neukölln (44), Braunschweiger Straße 22

off
albert:

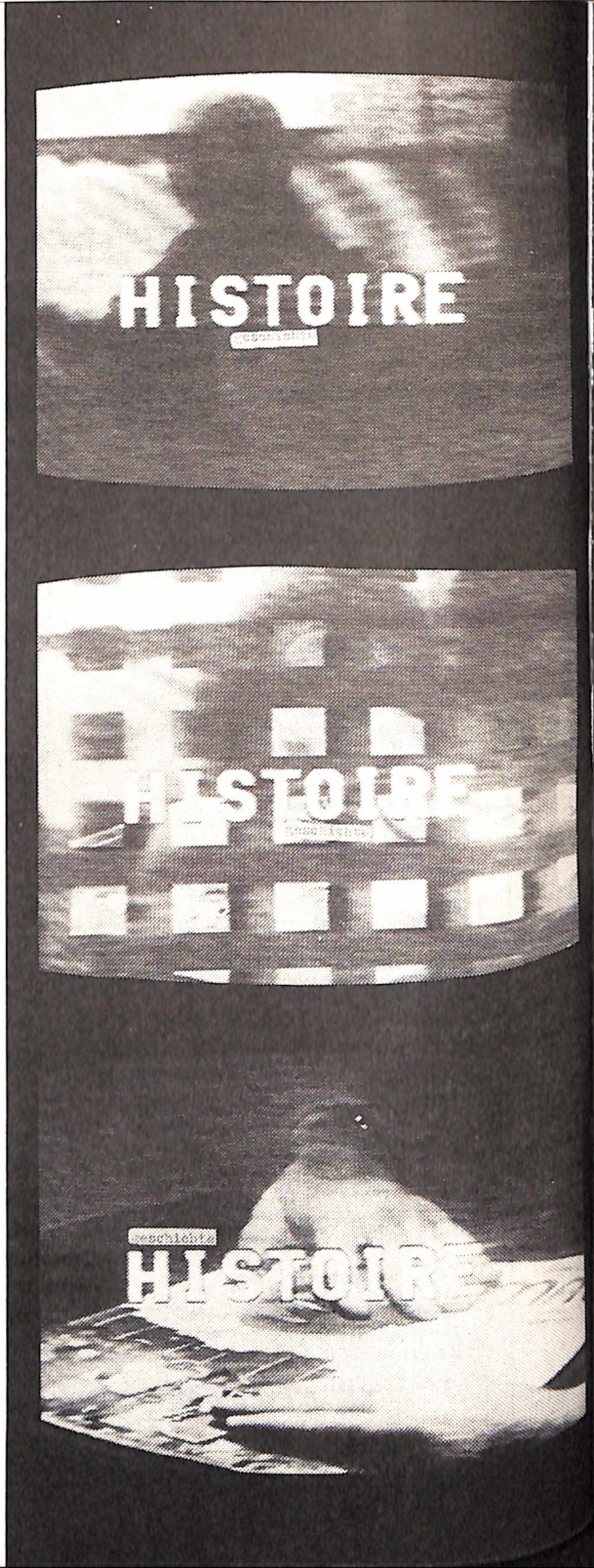
sie haben es satt, im liegen zu leben. sie sterben lieber im stehen.

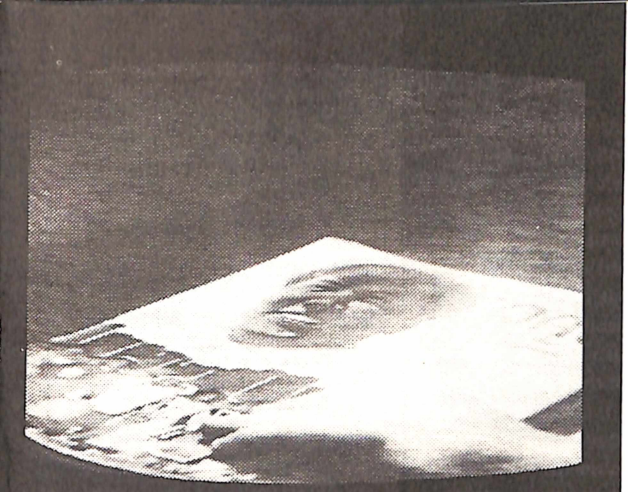
off
albert:

aber oft endete das schlecht für sie.

off
albert:

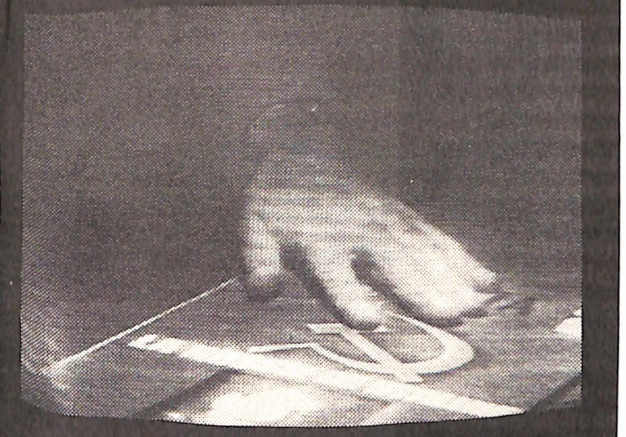
deshalb diskutieren sie miteinander, ob man die methode ändern sollte.





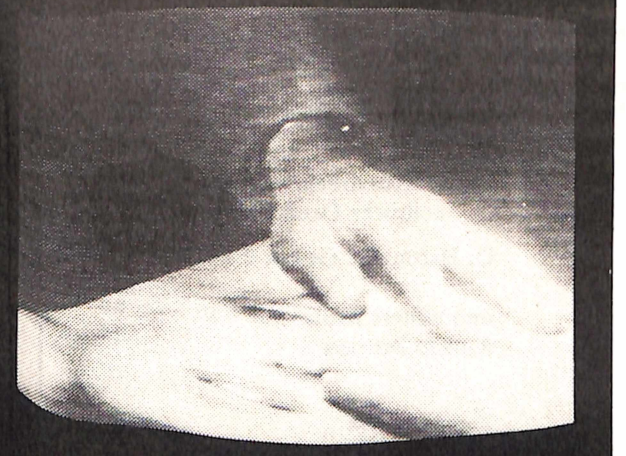
off
albert:

nicht den plan. nur die methode.



off
albert:

zum beispiel: weiterhin sehr wichtige leute als geiseln nehmen.



off
albert:

die götter selbst als geiseln nehmen.

Aus dem Inhalt der bisher erschienenen Hefte:

Heft 1 (10,- DM)

J. RANCIERE/P. VAUDAY
Auf dem Weg zur Weltausstellung:
Der Arbeiter, seine Frau und die Maschinen

K. BURKHARD
Thomas Hodgskins "Travels in the North of Germany" (1820)

A. BRANDENBURG/J. MATERNA
Zum Aufbruch in die Fabrikgesellschaft:
Arbeitersiedlungen

G. MERGNER
Johannes Knief und seine Region, Teil 1

A. BRANDENBURG
Zur Geschichte des Londoner Arbeiterbildungsvereins

Heft 2/3 (15,- DM)

K. BURKHARD
Zwischen Autonomie und Philanthropie.
Zu den Anfängen der Arbeiterbildung in England

G. MERGNER
Johannes Knief und seine Region, Teil 2

M. VAN DER LINDEN
Der "wilde" Rotterdamer Hafenstreik 1979

D. ROSSMANN
Statische Repräsentanz:
Kommunistische Öffentlichkeit in einer Kleinstadt der Weimarer Republik

Heft 4 (12,- DM)

A. BERGMANN
Geburtenrückgang - Gebärstreik.
Zur Gebärstreikdebatte 1913 in Berlin

A. BRANDENBURG/W. BRAUNSCHÄDEL/
J. HAUSMANN/J. MATERNA
Ruhr-Universität Bochum

D. VANOLI
Die Seidenklöster

G. ST. JONES
Die Grenzen proletarischer Theoriebildung
in England vor 1850

DER KOMMUNISMUS

ENTWICKELT SICH IM KAMPF

- GEGEN DIE ARBEIT

- GEGEN DIE QUALIFIKATION

- FÜR MEHR LEBEN

2. Auflage

AUTONOMIE reader

Bezug über die Redaktionsanschrift

enthält u.a.:

Karl Marx: Abschweifungen über produktive und unproduktive Arbeit

K.-H. Roth / D. Hartmann: Dialektik der Arbeit

Carlo Jäger: Arbeiterstandpunkt und politische Ökonomie

D. Hartmann: Gewalt der formalen Logik

und weitere Artikel von Karl Marx bis Raniero Panzieri

Preis: 6,- DM

This is the age of machinery,
A mechanical nightmare,
The wonderful world of technology,
Napalm, hydrogen bombs, biological warfare.

Raymond Douglas Davis

... eine Sabotagearbeit in der Absicht, das Wissen ungeeignet zur Konsumtion und nutzlos für die Herrschaft zu machen: die Arbeit, das Maß der Waren zu stören, die Anschlagzettel herunterzureißen, die Wegmarken zu entfernen; an den Kreuzungen der Waldwege die Angst davor wiederherzustellen, nicht zu wissen, wohin man gehen soll, und nur auf sich und jene Bäume angewiesen zu sein, die das Moos in bösem Vergnügen von allen Seiten bewachsen hat; den Kenntnissen ihre Einmaligkeit, den Rebellen ihre Vernunft, den verliebten Kindern ihre Karten und ihre Poesiebilder zurückzugeben.

Jacques Rancière

12,— DM